DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Dienstag, 25. November 1986 · D ***

Nr. 274 · 48. W. · Preis 1,20 DM · 1 R 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11 · Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1; Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 600,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,30 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 850 TL

exklusiv
WELT ? Wahlbarometer

Im Sommer hat sich bei den Wählern die Stimmung gedreht

Bis zur Bundestagswahl am 25. Januar beobachtet das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der WELT, wie sich die Wahlentscheidung vorbereitet. Bei der jüngsten Untersuchung sagten 46,5 Prozent der Befragten, sie wollten der CDU/CSU ihre Zweitstimme geben. Noch im Juli pendelte dieser Wert nur zwischen 42 und 43 Prozent, im Sommer 1985 lag er sogar unter dem Zweitstimmen-Anteil der SPD. Frau Professor Elisabeth Noelle-Neumann untersucht, wann und warum sich die Stimmung gedreht hat. Seite 5

Heute in der WELT

Karriere-Planung in den USA

Deutsche Hochschul-Absolventen fühlen sich oft beim Eintritt in die Berufswelt alleingelassen. Anders ihre Kollegen in den USA: Karriere-Planung ist dort von Anfang an ein wichtiger Teil des Studiums. Hochschulen, die sich dieser Aufgabe entzögen, stünden bald ohne Studenten da. Seite 10

POLITIK

Papst: Johannes Paul II. wird bei seinem Deutschlandbesuch Anfang Mai kommenden Jahres aller Wahrscheinlichkeit nach die Städte Köln, Münster, Kevelaer, Essen, Bottrop, Gelsenkirchen, München, Augsburg und Speyer besuchen. Das geht aus einem am Montag vom Bistum Münster veröffentlichten vorläufigen Besuchsprogramm hervor.

Terror: Im Prozeß gegen die beiden Jordanier Hasi und Salameh, denen der Sprengstoffanschlag auf die „Deutsch-Arabische Gesellschaft" zur Last gelegt wird, beantragte die Staatsanwaltschaft gestern eine Haftstrafe von 14 beziehungsweise 13 Jahren. Das Urteil wird für morgen erwartet. (S. 4)

Flucht: Ein „DDR"-Bewohner ist gestern über die Ostsee in den Westen geflüchtet. Nach Angaben der *„Bild"-Zeitung soll es sich dabei* um einen Neffen des „DDR"-Chefpropagandisten Karl-Eduard von Schnitzler handeln.

Polen: Ehemalige Funktionäre der verbotenen Bauerngewerkschaft „Land-Solidarität" haben die Schaffung eines provisorischen Nationalrates bekanntgegeben. Ziel sei „eine offene, einheitliche repräsentative berufsständische Interessenvertretung".

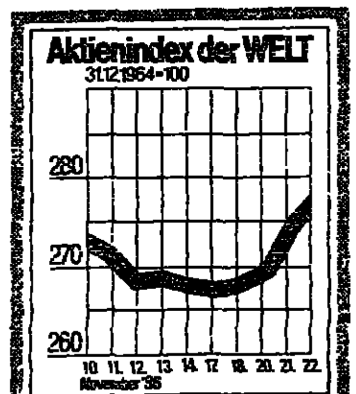
Philippinen: Der neue Verteidigungsminister Ileto hat sich indirekt für eine Beibehaltung der US-Stützpunkte in seinem Land ausgesprochen.

WIRTSCHAFT

Volksfürsorge: Die gewerkschaftseigene Versicherungsgruppe soll zu 49 Prozent verkauft und am Aktienmarkt breit gestreut werden. 51 Prozent der Anteile sollen weiterhin im Besitz des Deutschen Gewerkschaftsbundes bleiben. (S. 13)

Gastech 86: Mehr als die Hälfte aller Neubauten sind mit Erdgasheizung ausgestattet. Als junge Energie ist Erdgas heute am Wärmemarkt nach Heizöl die Nummer zwei. In Hamburg tagen 1500 Fachleute; dazu der WELT-Report Gastech 86. (S. 21–23)

Börse: Flankiert von reger Umsatztätigkeit zogen die Kurse an den deutschen Aktienmärkten gestern kräftig an. Am Rentenmarkt gab es im Bereich der öffentlichen Anleihen zumeist festere Kurse zu verzeichnen. WELT-Aktienindex 278,09 (274,35). BHF-Rentenindex 106,236 (106,061). BHF-Performance-Index 107,448 (107,242). Dollarmittelkurs 2,0200 (2,0152) Mark. Goldpreis je Feinunze 380,50 (388,20) Dollar.



KULTUR

Festspiele: Den Beigeschmack von *Provinzialität* hat es längst verloren. 24 Jahre nach dem Start bemüht sich das „Belfast Festival at Queen's", ein wenig vom Lorbeer Edinburghs abzupflücken. In diesem Jahr gastierte erstmals ein (ost-)deutsches Orchester in Belfast. (S. 27)

Ostkunde: Bilanz ziehen über „Deutsche Ostkunde im Unterricht" wollten die Teilnehmer einer Tagung des West-Ost-Kulturwerks in Bonn. Doch dies gelang nur bruchstückhaft. Einer der Gründe hierfür: Bis heute gibt es keine befriedigende wissenschaftliche Darstellung. (S. 27)

SPORT

Schach: Die Sowjetunion, hoher Favorit der Mannschaftsweltmeisterschaft in Dubai, unterlag den USA 1,5:2,5. Ausschlaggebend dafür war die Niederlage von Weltmeister Kasparow gegen den US-Spitzenspieler Seirawan.

Eishockey: Die deutsche Nationalmannschaft blamierte sich beim zweiten Spiel in Kanada. Sie unterlag der kanadischen Olympiaauswahl, die nur aus Amateurspielern besteht, hoch mit 2:11. (S. 11)

AUS ALLER WELT

LKW: Aus folgenschweren Unfällen mit Öltankwagen und anderen Transportern haben die LKW-Bauer Konsequenzen gezogen. Unter dem Namen TOPAS wurde jetzt ein Tankfahrzeug mit neuen Sicherheitseinrichtungen vorgestellt. (S. 28)

Ausbruch: Aus dem römischen Gefängnis Rebibbia, das als eines der sichersten Haftanstalten gilt, wurden in einem Rote-Kreuz-Hubschrauber zwei Gangster befreit. Das Unternehmen erinnert stark an die Flucht des Franzosen Vaujour vom Mai 1986. (S. 28)

Flucht endet im Kugelhagel. „DDR"-Posten empört sich

Schlägt Diepgen nun Honeckers Einladung zur 750-Jahr-Feier aus?

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Der Fluchtversuch eines jungen „DDR"-Bewohners über die Berliner Mauer im Bezirk Frohnau endete gestern im Feuer der Maschinenpistolen: Das 58. Opfer des Schießbefehls allein in Berlin löste Entsetzen im Rathaus Schöneberg und in Bonn aus. Der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen sprach von einer „verabscheuungswürdigen Tat". Mit Blick auf die Einladung von SED-Chef Honecker zur 750-Jahr-Feier nach Ost-Berlin fügte Diepgen hinzu: *„Schießbefehl und gute Nachbarschaft widersprechen sich. Die DDR-Führung sollte sich an ihren Satz halten: Lieber tausendmal reden als einmal schießen!"* Bei dem nächtlichen Drama, das ein Augenzeuge von westlicher Seite aus beobachtet hatte, kam es zum ersten Mal auch zu „Protesten" eines NVA-Postens gegen den mutmaßlichen Flüchtlingsmord. Der Soldat wurde sofort von Kameraden entwaffnet und abgeführt.

Nach einer Reihe teils geglückter, teils durch Schüsse vereitelter Fluchtversuche nach West-Berlin war der Zwischenfall am Rande der Villenkolonie Frohnau der tragische Höhepunkt. Allein in den ersten drei Novemberwochen griffen die „DDR"-Posten in sechs Fällen zur Waffe. Insgesamt vier Männern gelang die Flucht, weil die Kugeln nicht trafen, mindestens ein Flüchtling wurde beim Versuch erschossen, die Sperranlagen in einem Wagen zu durchbrechen.

Nach einem offiziellen Polizeibericht spielte sich der jüngste Vorgang so ab: An der Grenze zwischen dem Westberliner Ortsteil Frohnau (französischer Sektor) und der „DDR"-Ortschaft Glienicke (Kreis Oranienburg) näherte sich gegen 1 Uhr 30 nachts ein jüngerer Mann den hellerleuchteten Sperranlagen. An dieser Stelle ragt ein – von hohen Offizieren und Funktionären bewohnter – „DDR"-Zipfel keilförmig nach West-Berlin hinein.

„Um diese Zeit hörte ich Schüsse an der Grenze und Rufe halt, stehenbleiben, berichtete ein in der Nachbarschaft wohnender Eigenheimbesitzer der Polizei und der später alarmierten französischen Gendamerie.

„Ich lief aus dem Haus und zur Mauer. Es war MP-Dauerfeuer zu hören, mindestens 30 bis 50 Schüsse fielen", heißt es in dem Augenzeugen-Bericht weiter. „Auf der Betonröhre auf der Mauerkrone hockte ein Mann. Während weiter Schüsse fielen, stürzte er plötzlich nach hinten auf DDR-Gebiet", sagte der Anwohner. Die Alliierten gehen davon aus, daß der Mann tot ist.

Der Zeuge rannte zum Tatort und sah durch einen Spalt in dem weißen Betonwall den Flüchtling im Sand liegen. Ein „DDR"-Grenzer sei auf den am Boden Liegenden zugelaufen und habe triumphierend gerufen: „Dich Sau habe ich erwischt!" Sein Kamerad dagegen habe empört seine Mütze vom Kopf gerissen. „Scheiße" gerufen und sei daraufhin sofort von einem herbeigeeilten Alarmkommando gestellt worden: „Der Posten mußte seine MP abgeben und wurde abgeführt", schilderte der Augenzeuge die Szene. Dann hätten die Posten den Flüchtling „weggeschleift" und später eine Plane über den offenbar Erschossenen geworfen.

DER KOMMENTAR

Mitten in Berlin

HANS-RÜDIGER KARUTZ

Der Mord an dem jungen Mann, den NVA-Posten wie eine lebende Zielscheibe von der Mauerkrone schossen, zerstört endgültig eine gefährliche Illusion, die sich hüben und drüben eingestellt hatte: *Daß der Schießbefehl von der Ostberliner Führung aufgehoben worden sei.*

Entsprechende Mitteilungen hatte in diesem Sommer ein geflüchteter „DDR"-Oberstleutnant in den Westen gebracht: Erich Honecker wolle im Vorfeld der 750-Jahr-Feier Berlins 1987, die den SED-Staat ins hellste Propagandalicht tauchen soll, internationales Rufschaden vermeiden.

Die Leuchtspurgarben an der nächtlichen Mauer und die Menschenjäger-Mentalität aufgehetzter Grenzposten beweisen das Gegenteil: Es wird nach wie vor erbarmungslos geschossen – mitten in Berlin. Wider die Abmachungen von Helsinki und Madrid. Und mitten hinein in die Wiener KSZE-Beratungen. Wie hohl klingt da der Satz des SED-„Falken" Hermann Axen vor dem Zentralkomitee: „Miteinander reden ist zehnmal besser als aufeinander schießen."

Das Wort des Bundeskanzlers vom „menschenverachtenden System" jenseits der Mauer erweist sich als Auskunft über einen Sachverhalt. Insbesondere ist ihm zu danken dafür, daß er die Notwendigkeit der Erfassungsstelle Salzgitter zu deren fünfundzwanzigjährigem Bestehen betont hat – sie hat diesen Mord nicht verhindert, aber sie bleibt eine Warnung, die doch manchen potentiellen Todesschützen abschrecken mag. Die Blutspuren am Berliner Betonwall stellen Honeckers Glaubwürdigkeit generell in Frage: Seine Dialog-Politik gegenüber Bonn muß scheitern, wenn das Töten nicht aufhört.

Zudem: Gerade wer sich West-Gäste zum Geburtstagsfest Berlins einlädt, sollte zweifelsfrei klarstellen, daß in Berlin nicht mehr der Tod im Stacheldraht befohlen und mit Orden belohnt wird.

Die ÖVP steckt in einem Dilemma

Parteispitze für „Elefantenhochzeit" / Volksparteichef Mock dachte an Rücktritt

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Einen Tag nach der Wahl zeigt sich die politische Landschaft in Österreich vollkommen verändert. Während sich die Führungen der beiden Großparteien SPÖ und ÖVP auf Koalitionsverhandlungen vorbereiten und es bei beiden starke Kräfte gibt, die für eine „Elefantenhochzeit" plädieren, artikuliert sich unterhalb der ÖVP-Spitze in Teilen der Partei bereits Mißbehagen über eine mögliche große Koalition.

Der Wiener Vizebürgermeister und ÖVP-Landesvorsitzende Erhard Busek empfiehlt seiner Partei, in der Opposition zu bleiben: Die Wähler hätten ein klares Votum gegen ein Zusammengehen von ÖVP und SPÖ abgegeben. In den ÖVP-Organisationen der westlichen Bundesländer gibt es Stimmung zugunsten eines Zusammengehens mit Jörg Haiders FPÖ: Gemeinsam mit den Freiheitlichen hätte die ÖVP eine klare Mehrheit im Parlament. Sie könnte damit nach 16 Jahren wieder den Bundeskanzler stellen – eine Chance, die man sich, wie es hier heißt, nicht entgehen lassen sollte.

Auf der anderen Seite stehen die „Großkoalitionäre" in der Volkspartei: vor allem der Wirtschaftsflügel und einige Landeshauptleute. ÖVP-Chef Alois Mock, der am Sonntagnachmittag bereits an Rücktritt dachte, weil es ihm nicht gelungen war, die SPÖ zu überflügeln, scheint nicht gewillt zu sein, als Vizekanzler in eine von den Sozialisten geführte Regierung einzutreten. An seiner Stelle soll – wenn es zu einer Übereinkunft mit den Sozialisten kommt – der Volkspartei-Wirtschaftssprecher der ÖVP, Robert Graf, in die Regierung eintreten.

SEITEN 2 UND 6:
Weitere Beiträge

Der Stimmenverlust der Volkspartei hat zwei Quellen. Nach einer Analyse sind 3,6 Prozent der ÖVP-Wähler von 1983 zur FPÖ „abgewandert". An die Grünen verlor die Partei Mocks 2,8 Prozent der Wähler, die vor drei Jahren noch Volkspartei gewählt hatten. Auffallend war, daß Mock bereits in der Wahlnacht sehr präzise Bedingungen an die SPÖ stellte und damit der FPÖ ein Signal gab.

Der Spielraum der Sozialisten ist trotz der von ihnen knapp behaupteten relativen Mehrheit begrenzt. Einer Koalition mit der FPÖ, die besonders in „Krisengebieten" in SPÖ-Wählerschichten einbrechen konnte, haben sie noch am Wahlabend eine eindeutige Absage erteilt. Eine rot-grüne Koalition hätte keine Mehrheit.

Politische Beobachter vermuten, *daß eine große Koalition – selbst wenn sie zustandekäme – kaum eine Legislaturperiode überleben würde.* Bei vorgezogenen Neuwahlen könnten FPÖ und, wenn auch in geringerem Umfang, die Grünen, einen weiteren Stimmenzuwachs verbuchen.

Beim Erfolg der „Freiheitlichen" zeigt sich ein deutliches West-Ost-Gefälle: Während die FPÖ im Westen durchschnittlich 106 Prozent zulegten, waren es im Osten des Landes nur 63 Prozent.

Goethe-Institut auch in Peking?

Budapest ebenfalls an Austausch interessiert / Deutsche Sprache weltweit hart bedrängt

PAUL F. REITZE, Bonn

Es bestehen gute Aussichten, daß in absehbarer Zeit in Peking und Budapest Goethe-Institute eröffnet werden können. Bisher ist die in ihrer Programmverantwortung weitgehend unabhängige, aber vom Auswärtigen Amt finanzierte Organisation, die in 66 Ländern in fast 150 Häusern deutsche Kultur und Sprache vermittelt, innerhalb des Ostblocks lediglich in Bukarest vertreten. Wie der Präsident des Goethe-Instituts, Klaus von Bismarck, vor der Presse in Bonn mitteilte, gibt es aber in beiden Fällen noch keine verbindlichen Terminabsprachen. Die Volksrepublik China ist nur an Sprachunterricht interessiert, während Ungarn auch kulturelle Aspekte einbeziehen möchte. Im Gegenzug ist die Regierung in Budapest bereit, ein eigenes Institut in München aufzubauen.

Die deutsche Sprache befindet sich weltweit nach wie vor im Rückmarsch oder in einer hart bedrängten Verteidigungsposition. So hat sich in den letzten Jahren selbst in den Niederlanden die Zahl der Lehramtsstudenten mit dem Fach Deutsch zum Teil fast halbiert. Wie der Generalsekretär des Goethe-Instituts, Horst Harnischfeger, berichtete, hat hier mittlerweile eine Gruppe „Deutsch macht Spaß" erste Erfolge zu verzeichnen.

Im Rahmen des bis 1987 von der Bundesregierung finanzierten Projekts haben zunächst die rund 6500

SEITE 2:
Deutsch hat es schwer

niederländischen Deutschlehrer für ihren Unterricht attraktivere Materialien erhalten. Ferner wurden Wettbewerbe veranstaltet, an denen bisher gut 23 000 Schüler teilnahmen. Die Gewinne: Klassenreisen nach Bonn, Kleve und Münster. Seit einigen Wochen gibt es einen „reisenden Kulturladen": Junge deutsche Künstler besuchen jeweils für einige Tage niederländische Schulen und bieten dort literarische und musikalische Programme an.

Zunächst für den Einsatz in Frankreich wurde ein „Werbekoffer Deutsch als Fremdsprache" entwickelt. In 100 Exemplaren steht er Lehrern und Schulen zur Ausleihe zur Verfügung. Er wurde bisher tausendmal angefordert. Insgesamt wurden damit etwa 60 000 Schüler erreicht. Der Werbekoffer soll nun auch in anderen Ländern eingesetzt werden.

Das Goethe-Institut hat darüber hinaus soeben einen neuen Sprachkurs in Zusammenarbeit mit der Deutschen Welle zusammengestellt. Im nächsten Jahr wird, sozusagen als Appetitanreger, weltweit ein Fernseh-Sprachkurs angeboten, der aus 24 Sendungen zu je 15 Minuten besteht.

Seit einigen Jahren führt das Goethe-Institut Schwerpunktmaßnahmen in einzelnen Ländern Europas, Amerikas und Asiens, hier zunächst vor allem in Japan, durch. Für 1987 sind Aktionen in Belgien, Südostasien und Brasilien geplant, für 1988 in Australien und Neuseeland. Man *erhofft sich vom konzentrierten Einsatz von Mitteln bessere Ergebnisse.*

Strauß: Wir haben bei den Saudis viel Einfluß verloren

CSU-Chef spricht in Riad über Waffen-Exporte

PETER SCHMALZ, Riad

In der Frage von Rüstungsexporten müßten die Deutschen „endlich einmal herauskommen aus dieser ewigen deutschen Ängstlichkeit", sagte der bayerische Ministerpräsident *Franz Josef Strauß gestern am* zweiten Tag seines Besuchs in Saudi-Arabien gegenüber Journalisten. Er sei nicht für einen wahllosen Waffenexport, doch die Bundesrepublik müsse gleichziehen mit Ländern wie Großbritannien oder Frankreich.

Bei mehreren Gesprächen mit hochrangigen saudischen Politikern, darunter Innenminister Prinz Naif, Außenminister Prinz Saud al Feisal und dem Vizeverteidigungsminister Abdul Rahman hat Strauß den Eindruck gewonnen, daß die Araber inzwischen kein besonderes Interesse mehr daran haben, sich weiterhin der langwierigen und oft erfolglosen Bonner Genehmigungsprozedur zu unterwerfen. „Wir laufen euch nicht nach", zitierte der deutsche Gast einen seiner Gesprächspartner.

Für erhebliche Verärgerung soll ein Brief aus dem Bonner Verteidigungsministerium gesorgt haben, in dem die Saudis gebeten werden, sich künftig bei ihren Waffenwünschen direkt an deutsche Firmen zu wenden *und nicht erst bei der Regierung um eine Exporterlaubnis nachzufragen.* Strauß: „Da sagen Sie, das tun wir nicht. Wenn die amerikanische, englische, französische und italienische Regierung sich nicht zu gut sind, mit uns Abmachungen zu treffen, dann

SEITE 12:
Klage über „Kumpanei"

sollen die Deutschen es bleiben lassen."

Durch diese Haltung habe die Bundesrepublik bei den Arabern erheblich an politischem Einfluß verloren. Israel, so Strauß gestern, habe aber keinen Grund, vor Saudi-Arabien Angst zu haben.

Tief verunsichert zeigen sich die Saudis über den amerikanischen Waffenexport an Iran, der nach Angaben aus dem saudischen *Verteidigungsministerium auch eine moderne Panzerabwehrwaffe umfaßt.* Dies könnte aber die Panzer-Überlegenheit Iraks gefährden.

„Eine böse Überraschung"

HH. Bonn

Das Gutachten des Sachverständigenrats (DIE WELT vom 24.11.) hat bei Regierung und Opposition unterschiedliche Reaktionen ausgelöst. Während sich die Minister Bangemann und Stoltenberg in der von ihnen eingeschlagenen Wirtschafts- und Finanzpolitik bestätigt sehen, sprechen für die SPD deren stellvertretende Fraktionsvorsitzende Apel und Roth von einer „bösen Überraschung", da der Rat für 1987 nur mit zwei Prozent Wachstum rechne.

Seite 13: Marktgerechte Preise

Müll aus Hessen weiter in „DDR"?

DW. Wiesbaden

Hessen will einen Teil seines Sondermülls auch weiterhin auf der „DDR"-Deponie Schönberg lagern. Umweltminister Fischer (Die Grünen) kündigte gestern an, die Landesregierung werde „alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um an Schönberg festzuhalten". Dazu gehöre auch eine Beschwerde gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Darmstadt, Abfalltransporte nach Schönberg zu stoppen. Der Richterspruch mache eine geordnete Beseitigung des Mülls unmöglich.

Papst: Die Ökumene muß mehr als eine Partnerschaft sein

Unterstützung für Zusammenarbeit der Kirchen Neuseelands

DW. Christchurch

Zum Abschluß seines Besuches in Neuseeland hat der Papst das für die Kirche dieses Landes hochbrisante Thema der Ökumene in den Mittelpunkt seiner Predigt in Christchurch auf der Südinsel gestellt.

Die Entscheidung der katholischen Kirche für die Ökumene sei unwiderruflich. Ziel könne nicht eine einfache Partnerschaft oder eine Kirchenföderation sein, sondern die volle christliche Einheit. Bei der Suche nach der Wahrheit dürfe es keine Kompromisse geben.

Hintergrund der Äußerungen des Papstes ist die außergewöhnliche Zusammenarbeit der großen christlichen Religionsgemeinschaften Neuseelands, die eine Folge eines starken Einbruchs im religiösen Leben des Landes ist. Der Anteil der Christen ist in den vergangenen hundert Jahren von 93,1 auf 61,2 Prozent gesunken. Besonders die Anglikaner sind vom Mitgliederrückgang betroffen, während der Anteil der Katholiken von 13 auf 15,3 Prozent leicht gestiegen ist. Die Anglikaner machen heute 25 Prozent, die Presbyterianer 16 und die Methodisten etwa fünf Prozent aus.

Die ökumenische Zusammenarbeit wird allerdings durch Differenzen innerhalb der *nichtkatholischen Religionsgemeinschaften* erschwert. So haben die Anglikaner zehn Frauen zu Geistlichen ernannt. Für Frühjahr kommenden Jahres ist die Bildung einer Gesamtkonferenz der christlichen Religionsgemeinschaften vorgesehen. Die Katholiken werden erstmals diesem „Nationalen Kirchenrat" angehören.

Von Christchurch aus flog der Papst in die australische Hauptstadt Canberra. Dort erklärte er vor 100 000 Gläubigen: „Dieses euer Land ist von Gott so gesegnet, daß ihr eure Augen erheben müßt, um die Bedürfnisse der Menschen überall zu sehen. Als Australier habt ihr eine sehr besondere Berufung, alle Dimensionen der Gerechtigkeit in der Welt und der universalen menschlichen Solidarität zu beachten."

Der Papst bleibt eine Woche lang in Australien. 26 Prozent der Einwohner des Landes sind Katholiken.

Perschau bei Dohnanyi

ub. Hamburg

Zu einem ersten Gespräch über die politischen Konsequenzen aus dem Ergebnis der Bürgerschaftswahl vom 9. November sind Hamburgs Erster Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) und der CDU-Fraktionschef Hartmut Perschau gestern im Amtssitz des Regierungschefs im Rathaus der Hansestadt zusammengetroffen. Einzelheiten über den Verlauf der Unterredung wurden unter Hinweis auf die vereinbarte Vertraulichkeit nicht mitgeteilt. Es gilt jedoch als sicher, daß es bei diesem Treffen zunächst nur um Erläuterungen der bereits bekannten Positionen beider Parteien ging. Die von der CDU geforderte Bildung einer Großen Koalition wird von der SPD abgelehnt. Dohnanyi und Perschau vereinbarten eine Fortsetzung des Dialogs. Weitere Entscheidungen werden erst nach der Bundestagswahl vom 25. Januar erwartet.

Seite 4: Dohnanyis Spielraum

Spricht Reagan ein Machtwort?

wth. Washington

In Washington wird damit gerechnet, daß Präsident Reagan bald ein klärendes Wort zu den personalpolitischen Aspekten der Iran-Affäre sagen wird. Es wird nicht ausgeschlossen, daß er sich von jenen Leuten trennt, deren Rolle und deren Krisenmanagement für ihn enttäuschend und untragbar waren.

Im Mittelpunkt der Debatte steht die Frage, ob Außenminister Shultz wirklich nur eine Randfigur war und nur „bruchstückhaft" über die Waffenlieferungen informiert war, wie er bisher gesagt hatte, oder ob er voll eingeweiht war, wie es der ehemalige Sicherheitsberater McFarlane angedeutet hat. Der frühere Außenminister Kissinger kritisierte, daß Reagan sich selbst überlassen worden sei und nicht genug Hilfestellung erhalte. „Es ist die Pflicht eines Außenministers, mit dem Präsidenten auszukommen, und nicht umgekehrt", sagte er.

Seiten 2 und 6: Weitere Beiträge

Bonn rügt die Chemie-Industrie

DW. Bonn

Nach den jüngsten Zwischenfällen bei der BASF und bei Hoechst hat die Bundesregierung zum ersten Mal Kritik an der deutschen Chemieindustrie geübt. Nach einer Erklärung von Regierungssprecher Ost mißbilligte das Kabinett, daß einige Chemiebetriebe offenbar nicht die „notwendige Sorgfalt" hätten walten lassen. Darüber hinaus habe die Information „zu wünschen übriggelassen".

„Ungeklärt und ungewöhnlich" ist nach Auffassung der Frankfurter Staatsanwaltschaft die Einleitung von Chlorbenzol durch Hoechst in den Rhein. Zunächst sei ermittelt worden, daß etwa zwei Liter der Chemikalien in den Fluß gelangten. Dann seien weitere 15 Liter abgesaugt worden. Merkwürdig sei, daß in der Nähe einer Bodenablaufstelle ein Behälter mit der Aufschrift „16,5 Kilogramm Chlorbenzol" gefunden worden sei. Es sei unklar, wie der Behälter dorthin kam.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Tonton, halt dich gut

Von Peter Ruge

Waren es dreihunderttausend oder hunderttausend – nach der wahren Zahlengröße fragt zur Stunde niemand in Paris: Ins Gewicht fällt allein. daß es der Linken gelang, an der Bastille Massen zu mobilisieren, vor allem Jugend.

Die Regierung Chirac sieht sich an den Pranger gestellt wegen ihrer Reformpläne im Erziehungsbereich. Eine paradoxe Situation, waren es doch die Bürgerlichen, die vor zwei Jahren zum Kampf für die überkommenen Privatschulen gegen die Sozialisten antraten. Damals vereinte die Nation sich zum gewaltigsten Protest seit der französischen Revolution. Er erschütterte die Regierung Fabius; der Machtwechsel im März war die Folge.

Nun ist die geplante Hochschulreform der Gaullisten das Angriffsziel der Linken. Was von ihnen als Rückkehr zu archaischen Zuständen vor dem Studentenaufstand 1968 bezeichnet wird, haben vor allem die Führer der Sozialistischen Partei Frankreichs als Mittel erkannt, um endlich die Jugend gegen die Rechte zu aktivieren.

Die Jungen galten bisher auf Studium und Erfolg fixiert. Ohne Protest wurde der Reformkurs von Premierminister Chirac von ihnen hingenommen: Ob es sich dabei um eine Verschärfung der Sicherheitsbestimmungen handelte, die Privatisierung, oder die Änderung des Ausländerrechts – nichts schien diese Generation aus dem Gleichgewicht zu bringen. Bis in der linken Szene der Schreckensruf ertönte: „Studenten, euer Besitzstand soll angetastet werden." Verbunden mit dem Ruf nach Aufstand, ehe eine neue Klassengesellschaft den Minderbemittelten den Zugang zu den Hochschulen versperre.

Demonstrationen, angeheizt von der Lehrergewerkschaft FEN, haben in Frankreich einen Flächenbrand ausgelöst, den Marsch auf die Bastille. Öl in dies Feuer gießt der Staatspräsident mit seinem Wort von der „Gleichheit nationaler Rechte".

„Tonton, halt dich gut, wir kommen dir zu Hilfe" – mit diesem Schlachtruf für François Mitterrand ziehen jetzt Studenten in einen Generalstreik. Alle Studenten? Diese Woche wird zeigen, ob sich Frankreichs Jugend einer neuen, linken Protestbewegung anschließt.

Deutsch hat es schwer

Von Paul F. Reitze

Weltweit ist die deutsche Sprache in eine bedrängte Situation geraten. Die meisten Schüler hat sie im Ostblock, und zwar in der Sowjetunion. Der Ostblock bleibt hier nicht nur alten Traditionen treu, sondern trägt auch der relativen Wirtschaftsstärke der „DDR" Rechnung. Im Westen häufen sich die Hiobsmeldungen schon seit Jahren. In den USA gibt es vereinzelt bereits Staaten, wo Deutsch den Kampf um Platz drei – hinter Spanisch und Französisch – ans Italienische zu verlieren droht. Im Staat New York hat es ihn sogar schon verloren.

Erhebliche Einbrüche drohen, nach Skandinavien und selbst Holland, neuerdings in Belgien. Diese bedauerlichen Entwicklungen hängen nicht zuletzt damit zusammen, daß die deutsche Wirtschaft von ausländischen Mitarbeitern so gut wie nie Deutsch-Kenntnisse verlangt. Ferner rächt es sich, daß in sozialliberalen Zeiten Spracharbeit nicht als vorrangiges kulturpolitisches Ziel gesehen wurde.

Die Regierung Kohl hat gegenzusteuern versucht. Seit 1984 wurden so etwa dem Goethe-Institut für diese Aufgabe Sondermittel zur Verfügung gestellt, insgesamt bis heute etwa drei Millionen Mark. Damit sollte im Ausland für Deutsch geworben werden, zum Teil mit inzwischen entwickelten besseren Unterrichtsmaterialien. Aber das bleibt Stückwerk, solange die Industrie nicht mitzieht und der Staat sich haushaltsrechtlich nicht um mehr Flexibiltät bemüht.

Wegen des EG-Beitritts ist in Spanien das Interesse an Deutsch sprunghaft gewachsen. Das Goethe-Institut in Barcelona hat gegenüber 1985 die Zahl seiner Sprachschüler fast verdreifacht, auf rund 1300. Aber: Es hätten tausend mehr sein können.

Sie mußten abgewiesen werden. Warum reagiert in solchen Fällen der Geldgeber, das Auswärtige Amt, nicht spontan? Von 1988 an wird an spanischen Schulen, dem Beispiel anderer europäischer Länder folgend, der Fremdsprachen-Unterricht eingeschränkt. Wieso baut man deutscherseits da nicht vor, kümmert sich verstärkt um die Mediatoren, vor allem die Lehrer, buchstäblich fünf Minuten vor Zwölf?

Verheugens Einstand

Von Heinz Heck

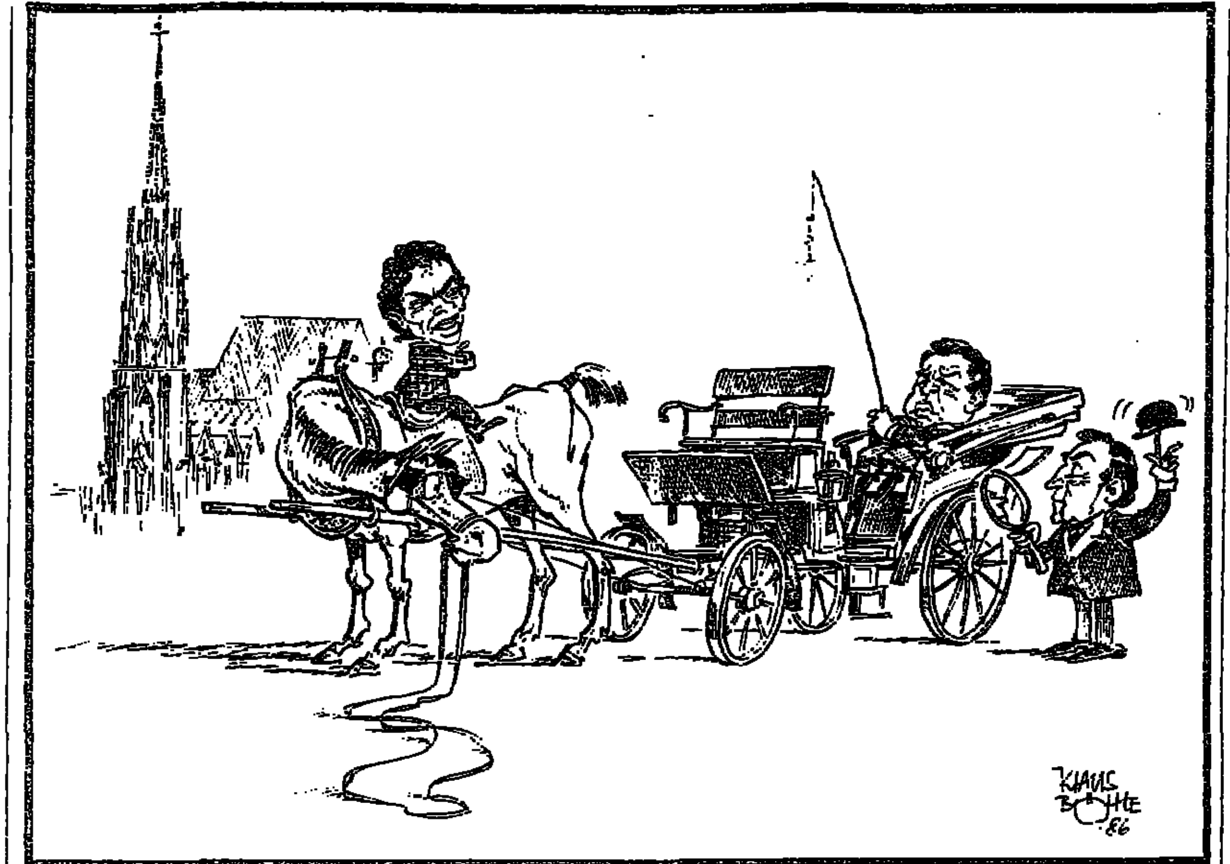
Der neuernannte SPD-Sprecher Verheugen hat sofort erkannt: „Das Image des Konsolidierers ist dahin." Gemeint ist Finanzminister Stoltenberg, der nicht ausschließen will, daß im Zuge der geplanten Großen Steuerreform notfalls ein Teil der Einnahmeausfälle vorübergehend durch höhere Neuverschuldung aufgefangen wird. Verheugen, zwar altgedient im politischen Geschäft, kann sich dennoch vehement über Stoltenberg erregen: „Er, der jahrelang das Image des sparsamen Kassenverwalters pflegte und Staatsverschuldung geradezu monomanisch verketzerte, will jetzt nicht nur investive Ausgaben, sondern schlichte Steuersenkungen über Staatsverschuldung finanzieren."

Heißt das im Umkehrschluß, daß die SPD, für die Verheugen spricht, schlichte Steuersenkungen künftig nur in Betracht zieht, wenn Bund, Länder und Gemeinden ihre Neuverschuldung auf Null gebracht haben? Oder will sie gar so lange warten, bis die dreistelligen Schuldenberge wieder abgetragen sind, also etwa bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag?

Bei welchem seiner – neuen – Parteifreunde mag Verheugen wohl Rat eingeholt haben, bevor er diese Jahrhundert-Erklärung unter die Leute brachte? Bestimmt nicht bei ehemaligen SPD-Finanzministern. Sie hätten ihn nämlich belehren können, daß die Steuersenkungen unter ihrer Verantwortung allesamt durch Erhöhungen an anderer Stelle teilweise gegenfinanziert wurden und daß die der Nettoentlastung nach immer geringeren Steuersenkungen in das Jahrzehnt der schnellststeigenden Verschuldung fielen, die die Bundesrepublik je erlebt hat.

Die siebziger Jahre haben gezeigt, daß bei explodierenden öffentlichen Ausgaben und Schulden immer weniger Spielraum für echte Entlastungen bleibt. Diese müssen allein schon wegen der Progressionswirkung des Lohn- und Einkommensteuertarifs gleichsam zur Routineaufgabe der Finanzpolitik werden, da sonst die Belastung automatisch zunimmt.

Zweifellos ist eine Steuerreform ohne höhere Neuverschuldung besser. Doch rechtfertigen die noch ausstehenden Konsolidierungsaufgaben keine Untätigkeit an der Steuerfront.



Und wer will auf den Bock? KLAUS BÖHLE

Neues in Österreich

Von Carl Gustaf Ströhm

Gehen in Österreich die Uhren anders als in der Bundesrepublik? Das Wahlergebnis vom Sonntag bietet in der Tat zunächst ein überraschendes Bild. Da ist es einer seit sechzehn Jahren regierenden Sozialistischen Partei doch noch gelungen, trotz schwerer Verluste in ihren Hochburgen eine – wenn auch auf einen Vorsprung von vier Mandaten geschrumpfte – relative Mehrheit gerade noch zu verteidigen. Da hat eine große christlich-demokratische Oppositionspartei ihr heißersehntes Ziel, wieder stärkste politische Kraft im Lande zu werden, trotz aller guten Aussichten verfehlt.

Statt dessen erlebte die dritte Kraft in Österreich, die Freiheitliche Partei (FPÖ), die irrtümlicherweise oft mit der deutschen FDP gleichgesetzt wird, einen Triumph. Unter der Führung ihres sechsunddreißigjährigen neuen Vorsitzenden Jörg Haider nahm sie beiden großen Parteien – aber hauptsächlich der ÖVP – Stimmen weg und erreichte einen Anteil von fast zehn Prozent. Demgegenüber blieb die andere Protestgruppe, die Grünen, unter der Fünf-Prozent-Marke; sie schaffte aber dank des etwas anderen österreichischen Wahlrechts den Einzug ins Parlament mit neun Abgeordneten.

Die österreichischen Sozialisten sind durch drei geschickte taktische Schachzüge mit einem blauen Auge an einer totalen Wahlniederlage vorbeigekommen: Sie präsentierten in der Gestalt Franz Vranitzkys einen neuen Bundeskanzler, der so unsozialistisch wirkt und argumentiert, daß man seine politische Herkunft vergessen könnte. Sie lösten vorzeitige Neuwahlen aus und erhielten damit einen für sie günstigeren Wahltermin: bei einem Abwarten bis zum regulären Auslaufen der Legislaturperiode im kommenden Frühling wäre ihnen womöglich der Bonus des noch unverbraucht wirkenden Kanzlerneulings verlorengegangen. Schließlich nahm die SPÖ ihre Hauptkonkurrentin, die Volkspartei, in die eherne Umarmung des Angebots einer Großen Koalition.

Die ÖVP unter Führung ihres Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten Alois Mock hat auf diese Herausforderungen nicht schnell und entschlossen reagiert, sondern sich statt dessen in den Fallstricken der Großen Koalition verfangen. Dabei irrte sich die Volkspartei offenbar über die Meinung des Wählervolkes, denn der österreichische Wahlsonntag hat jetzt, zur Überraschung vieler, eines klar bewiesen: Die Große Koalition von SPÖ und ÖVP ist in der Bevölkerung keineswegs sehr beliebt.

Vielleicht haben es die Wähler der ÖVP übelgenommen, daß sie als große Oppositionspartei zwei offenkundig unvereinbare Thesen präsentierte: einmal die Forderung nach einer „Wende" und nach der Beendigung einer, wie sie sagte, verfehlten sozialistischen Politik, zum anderen aber die Forderung nach einer „breiten Zusammenarbeit", was im Klartext doch nur Große Koalition mit eben jenen Sozialisten bedeuten konnte, die man zuvor für alle Mißstände des Landes verantwortlich gemacht hatte.

Allerdings ist festzuhalten, daß der ÖVP-Vorsitzende Alois Mock in dieser Frage offenbar unter dem Druck sowohl einiger Wirtschaftskreise als auch mächtiger „Landesfürsten" seiner Partei stand, die aus Angst vor der eigenen Courage – nämlich vor einer Konfrontation mit Sozialisten und Gewerkschaften im Falle der unvermeidlichen und unvermeidlich mit Entlassungen verbundenen Sanierung der Staatsbetriebe – eine Haltung kultivierten, die man fast als Erfolgsverweigerung bezeichnen könnte. So kam der Wunsch nach der Wende einem Mann zugute, der nicht von des Gedankens Blässe angekränkelt war und der es verstand, das Unbehagen der Wähler unbekümmert um Koalitionen zu artikulieren.



Er brach die linke Mehrheit: Jörg Haider FOTO EPA

Der Erfolg der FPÖ ist weitgehend der persönliche Erfolg Jörg Haiders. Wie beständig dieser Erfolg ist und ob sich der für die Freiheitliche Partei gigantische Stimmenzuwachs nicht bei der nächsten Wahl als Treibsand erweist, muß sich erst zeigen.

Es wird jetzt sicher auch nicht an Versuchen fehlen, Haider und damit auch seine Wähler als Rechtsradikale oder „Ewiggestrige" abzustempeln. Das aber führt an der Wirklichkeit weit vorbei: Haider ist kein Rechtsaußen, und für viele der Jungwähler, die ihm die Stimme gaben, ist dergleichen kein Thema. Wohl aber könnte es sein, daß der neue FPÖ-Chef das „dritte Lager" in Österreich auf neue Art stabilisiert hat, nämlich jene politische Schicht, die man früher als „großdeutsch" und nationalliberal zu charakterisieren pflegte.

Diese Gruppierung war durch das Jahr 1945 schwer kompromittiert und dezimiert worden. Wenn es Haider als einem von der Vergangenheit unbelasteten Politiker gelingen sollte, diese traditionelle dritte Kraft in Österreich neben Sozialisten und Christlich-Sozialen wieder zu einem stabilen Faktor zu machen, dann wäre das eine interessante Veränderung der politischen Landschaft. Sicher ist auch, daß Haiders Erfolg ein Symptom für die Abwendung vieler jungen Leute von den bisher vorherrschenden linken Ideen ist.

Der Erfolg der FPÖ hat nämlich gezeigt, worauf in der Wahlnacht erstaunlicherweise kein Politiker zu sprechen kam: Die Sozialisten haben, der Sozialismus hat in Österreich keine Mehrheit mehr. Volkspartei und Freiheitliche zusammen, beides bürgerliche, nicht-sozialistische Parteien, repräsentieren gemeinsam die absolute Mehrheit. Selbst wenn diese absolute Mehrheit regierungspolitisch nicht zum Tragen kommen sollte – Mock hat immerhin Fühler zur FPÖ angedeutet, während manche in seiner Partei ängstlich zögern –, ist sie eine Realität.

IM GESPRÄCH Rafael Ileto

Kommunisten eliminieren

Von Jochen Hehn

Mit Rafael Ileto ist ein Mann an die Spitze des philippinischen Verteidigungsministeriums gerückt, der als unerbittlicher Gegner der Kommunisten gilt und bereits erfolgreich gegen sie gekämpft hat. In den fünfziger Jahren hatte der heute sechsundsechzig Jahre alte General die Einheit der „Scout Rangers" organisiert und geführt. Ihnen gelang es 1954, die kommunistische „Volksbefreiungsbewegung" (HUK) aufzureiben.

Die Kommunisten reagierten auf Iletos Ernennung daher unzufrieden. Satur Ocampo, einer der Verhandlungsführer der Rebellen bei den Friedensverhandlungen mit der Regierung, nennt Ileto einen Erfüllungsgehilfen amerikanischer Interessen auf den Philippinen.

Ileto, der in der philippinischen Armee den Ruf eines intelligenten, „sauberen" Offiziers ohne politische Ambitionen genießt, erhielt wie Generalstabschef Fidel Ramos seine militärische Ausbildung an der US-Militärakademie in West Point. Unter dem früheren Präsidenten Marcos machte er danach schnell Karriere und stieg bis zum stellvertretenden Generalstabschef auf. Im Gegensatz zu Ramos widersetzte er sich der Verhängung des Kriegsrechts durch Marcos im Jahre 1972. Marcos gab Ileto die Schuld dafür, daß sein geheimer Plan vorzeitig bekannt wurde – durch den 1983 ermordeten Senator Benigno Aquino und Ehemann Corazon Aquinos, dem Ileto freundschaftlich verbunden war. Ileto wurde von Marcos vom militärischen Dienst entbunden und auf den Botschafterposten nach Teheran strafversetzt.

Als sein Amtsvorgänger Enrile und General Ramos im Februar dieses Jahres die Rebellion gegen Marcos unternahmen, unterstützte Ileto als einer der ersten Generäle die Aktion und trug damit wesentlich dazu bei, daß die Mehrheit der Offiziere sich schließlich von Marcos abwandte.

Obwohl Ileto sich selbst als „Mann der Mitte" und als neutral bezeichnet, schreckt er dennoch nicht vor dezidierten politischen Äußerungen zurück. Auf die Situation in seinem Lande angesprochen, meinte er unlängst: „Hier gibt es zu viele Leute, die Präsident werden wollen." Die Situation in der Armee sieht er trotz der Reformbewegung keineswegs durch die rosige Brille: „Ich bin enttäuscht", sagte er vor einer Woche und beklagte, daß Korruption, Verletzungen der Menschenrechte und Mangel an Disziplin vor allem bei den Truppen auf dem Lande noch gang und gäbe seien.



Einer der ersten Militärs gegen Marcos: Ileto FOTO: AP

Wie dieser Zustand geändert werden könnte, demonstrierte Ileto bei der Aufstellung der „Gelben Armee", jener Elitetruppe, die für die Sicherheit der Staatspräsidentin garantieren soll. Ileto überwachte Auswahl und Ausbildung dieser Spezialeinheit persönlich, die ein Gegengewicht zu jener tausend Mann zählenden Sicherheitstruppe bildet, die unter dem Enrile-Schützling, dem Obersten „Gringo" Honasan, steht und Enrile ergeben ist.

Die Berufung Iletos zum neuen Verteidigungsminister weist auch die Richtung für die künftige Handhabung des Rebellen-Problems. Ileto läßt keinen Zweifel daran, wie er die kommunistische Rebellion gelöst sehen möchte: „Die Kommunistische Neue Volksarmee muß eliminiert werden", sagte er kürzlich in einem Interview und machte keinen Hehl aus seiner skeptischen Haltung gegenüber den Versuchen der Regierung Aquino, eine politische Lösung zu finden.

In einer Woche läuft die Frist für die Kommunisten aus, sich mit der Regierung auf einen Waffenstillstand zu verständigen. Falls es zu keiner friedlichen Einigung kommt, wird Ileto zum großen Teil die Aufgabe zufallen, die militärische Lösung voranzutreiben.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Viele Zeitungen beschäftigen sich mit dem Ergebnis der Wahlen in Österreich:

Münchner Merkur
MÜNCHNER ZEITUNG

Abgesehen von der speziellen Gewohnheit, Probleme vorwiegend im Caféhaus zu lösen, zeigte sich in Österreich wieder einmal das, was Verhaltensforscher die „Neigung der Massen zum Wegschauen" nennen. Skandale in Serie, Explosion der Staatsverschuldung und Millionenpleiten wurden von vielen großzügig ignoriert. Folge: Die Sozialisten bleiben stärkste Partei.

STUTTGARTER ZEITUNG

Die Parlamentswahlen in Österreich endeten mit einer Sensation. Sie besteht nicht darin, daß es der seit 16 Jahren regierenden Sozialistischen Partei trotz etlicher Skandale und eines gerade erst unter Mühen vollzogenen Führungswechsels zu dem neuen Parteichef und Bundeskanzler Franz Vranitzky gelungen ist, so eben noch stärkste Partei zu bleiben. Sensationell ist die Verdoppelung der Stimmen für die Freiheitliche Partei (FPÖ), die im Herbst den Schwenk von einer liberalen zu einer nationalistischen Partei vollzogen und im Windschatten der Wahl Kurt Waldheims zum umstrittenen Staatsoberhaupt den lautstarken Jörg Haider zum Parteiobmann gewählt hatte.

KRONENZEITUNG

Der Wahlausgang ist ein vernichtendes Mißtrauensvotum gegen die beiden großen Parteien. Das österreichische Volk protestiert damit gegen die SPÖ und ÖVP; gegen die Sozialisten, weil ihre Regierungsarbeit als unbefriedigend empfunden wurde und gegen die Volkspartei, weil sie sich in der Opposition nicht erneuern konnte. (Wien)

LE MATIN

Die Bildung einer Koalition aus Sozialdemokraten und der Volkspartei würde die Rückkehr der alten Dämonen der österreichischen Politik bedeuten: Korruption, übermäßige Gebührenerhebung und Vetternwirtschaft auf allen Ebenen ... Die Österreicher sagen, daß sie dieses System leid sind. Sie haben aber nichts getan, um es zu ändern. (Paris)

Das Iran-Thema: Peinlich, aber nicht Reagans „High-noon"

Wie die Demokraten und die Medien es dennoch auszuwalzen suchen / Von Fritz Wirth

Politische Affairen haben in den USA ihre eigene Choreographie. Ihr auffallendstes Markenzeichen ist ein lustvoll verzögertes Finale. Da werkeln alle Mitspieler und Beobachter mit Inbrunst auf allen verfügbaren Instrumenten, da werden keine Trommelwirbel ausgelassen, und da werden alle Haupt- und Nebenthemen immer noch einmal in Dutzenden von Variationen wiederholt. Vor allem sorgen die Medien für die Verlängerung. Kurze, knappe Affairen, die mit einem Paukenschlag enden, machen keinen Spaß. Washington will keine reinigenden Gewitter, es liebt den Skandal-Monsun.

Das wurde zum Beispiel im letzten Jahr im Zusammenhang mit Bitburg offenbar. Als der „Washington Post" zu den Deutschen nichts mehr einfiel, brachte sie einen ausführlichen Artikel über die Rolle der teutonischen Bösewichter im Film. Es sagte zwar nichts zur Sache, doch es füllte den stoffarm gewordenen Bitburg-Rahmen. Dieser Overkill ist wahrscheinlich ein Relikt des Watergate-Skandals. Die Folge ist: amerikanische Affairen werden so schnell und so intensiv mit Details überschwemmt, daß am Ende Hauptthema, Anlaß und Ursache der Affaire verschwimmen. Der Bürger verliert die Übersicht.

Die Iran-Affaire hat inzwischen dies Stadium erreicht. Im Grunde genommen war sie zunächst leicht überschaubar. Die Reagan-Administration sandte hinter einem Schleier der Geheimhaltung Waffen an die falsche Adresse. Sie verstieß damit gegen zwei Prinzipien ihrer Außenpolitik: sie verletzte ihre selbsterklärte Neutralität im Krieg zwischen dem Iran und Irak, und sie lieferte Waffen an ein Land, das den Terrorismus in der Welt aktiv fördert. Dieses Grundthema nun ist weitgehend abgehandelt: die Verletzung dieser beiden Prinzipien war ein Fehler, der die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Außenpolitik in Gefahr brachte. Ronald Reagan hat die alleinige Verantwortung dafür übernommen, obwohl er sich weigerte, es als Fehler zu begreifen. Das ist eine Ermessenssache, deren Ergebnis man bedauern kann, doch noch lange kein Skandal.

Damit könnte diese Affaire beendet sein. Was sie in die Verlängerung trieb, war der unglückliche Einfall der Berater des Präsidenten, daraus ein filmreifes Geheim-Unternehmen hinter dem Rücken des Kongresses zu machen. Das brachte einen Hauch von Watergate in diese Affaire, zumindest in den Augen der Opposition und der Medien. Und dieser Aspekt wird nun genüßlich zelebriert in geheimen Anhörungen. Am Wochenende wurde CIA-Chef Casey vorgeführt. Die Enthüllungen und Reaktionen der Demokraten auf das, was sie dort eigentlich vertraulich vernahmen, lassen keine Zweifel: Dies ist für sie die große Stunde der Entrüstung.

Hier ist der Schrei einer seit Jahren verstummten Opposition zu vernehmen, die an der Popularität und Unangreifbarkeit eines Präsidenten zu scheitern pflegte und endlich eine schwache Stelle entdeckt hat. Daß sie gierig diese Schwachstelle attackiert, ist zum Teil als psychologisch begreifliche Reaktion eines lange Gedemütigten, zum Teil aber auch als kaltes parteipolitisches Kalkül zu verstehen. Alle Zeichen deuten deshalb auf ein schmerzhaft langes Nachspiel hin, und die Medien spielen eifrig mit.

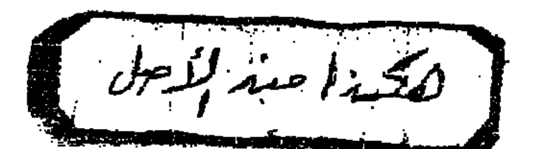
Es gibt Möglichkeiten für die Reagan-Administration, dieses Spiel zu verkürzen. Dazu gehört das Eingeständnis, daß man irrte, gehört ein Ende der Geheimhaltung – die angesichts der iranischen Partner, mit denen man es zu tun hatte, ohnehin fragwürdig ist, weil sie nach Belieben diese Geheimhaltung durchbrechen –, ein Ende des peinlichen und zum Teil öffentlichen Kleinkrieges einiger Präsidenten-Berater in dieser Affaire und schnelle personalpolitische Konsequenzen, sprich Rücktritte, wenn sie denn überhaupt geplant sein sollten.

Die politische Vernunft spricht für ein derartiges resolutes und schnelles Krisen-Management. Denn so bedauerlich die Mißgriffe waren, die Iran-Affaire bleibt weltpolitisch vorläufig ein Randereignis. Es wäre schlimm, wenn sie die Administration in ihren bedeutsamen Entscheidungen und Aktivitäten, etwa im Bereich der Sicherheitspolitik, lähmen würde.

Die Demokraten wären im übrigen gut beraten, ihre Strategie der genüßlichen Affairen-Verlängerung zu überdenken. Dies ist noch nicht die von ihnen vermutete Dämmerung der Reagan-Ära oder das Ende der „Reagan-Magic". Es mag zwar zutreffen, daß die letzten Umfragen dem Präsidenten einen Vertrauensverlust in außenpolitischen Entscheidungen bescheinigen. Zugleich aber weisen sie aus, daß die Popularität dieses Mannes heute immer noch größer als die jedes anderen amerikanischen Präsidenten dieses Jahrhunderts ist.

Die Dehnbarkeit dieser Krise hat deshalb Grenzen. Die Demokraten irren, wenn sie glauben, daß dies nach ihrem Wahlsieg vor zwei Wochen für sie bereits die große Stunde des „High-noon" mit Ronald Reagan sei.

هكذا عند الأصل



Des lieben Gottes Waschschüssel

Das Mittelalter als Bauaufgabe: In Ulm wurde der Wettbewerb für den neuen Münsterplatz entschieden. Dabei siegte der Amerikaner Richard Meier mit einem Entwurf, der auf den ersten Blick fremd wirkt vor dieser Kulisse.

Von DANKWART GURATZSCH

Keine andere Epoche der Weltgeschichte ist so sehr die der Europäer wie das Mittelalter. Heute, wo der Bestand Europas als einer eigenständigen Kraft zwischen den Weltmächten USA und Sowjetunion gefährdet scheint, füllt sich der Begriff des Mittelalters in der „alten Welt" auf ungestüme, elementare Weise mit neuem Leben. Die Faszination von Ecos Buch „Der Name der Rose", die neue Begeisterung für Mystik und Mythologie, die Neubelebung von Okkultismus und Hexenkult, von Meditation und Schwärmerei – dies alles zeugt von einer neuerwachten Sehnsucht nach alten Quellen abendländischer Kraft, nach Heimat, *Identität*, verlorengegangener Überlegenheit und kosmopolitischer Erfahrung. Das Mittelalter als die tiefste, spirituellste Manifestation europäischen Geistes – will es zum neuen Mythos der europäischen Selbstbehauptung, Selbstbestätigung, Selbstvergewisserung werden?

Wenn es sich so verhielte, dann wäre soeben in Ulm, in einem Architekten-Wettbewerb um eine Jahrhundertaufgabe, eine anachronistische Entscheidung gefallen. Zehn, mit nur wenigen Ausnahmen höchst prominente Architektenbüros waren eingeladen, eine Wunde im mittelalterlichen Zentrum der Stadt zu schließen. Aus der Konkurrenz ging aber kein deutscher und erst recht keiner der ansässigen Ulmer Architekten als Sieger hervor, sondern der Amerikaner Richard Meier – ein exzentrischer „Postmoderner" mit unübersehbaren Anleihen bei Le Corbusier.

Noch überraschender freilich, mit welchem Entwurf der New Yorker das Preisgericht (unter dem Darmstädter Jury-Profi Max Bächer) beeindruckte: mit einer Art Guggenheimmuseums-Verschnitt, wie ein Lokalblatt flapsig aber bewundernd kommentierte. Wenn der Gemeinderat zustimmt, kann Baubeginn schon 1988 sein.

Man muß den Bauplatz, einen der heikelsten in der Bundesrepublik und vielleicht in der deutschen Architektur-Geschichte, vor Augen sehen: den Münsterplatz von Ulm. Ähnlich wie in Köln, wenn auch entfernt nicht so radikal, hatte das 19. Jahrhundert rund um die Kathedrale (die erst 1890 ihren mächtigen Hauptturm – den höchsten Kirchturm der Welt – erhielt) tabula rasa geschaffen. Die Kirche sollte wie ein Ausstellungsstück freigestellt werden. Deshalb wurde eine ganze Gebäudegruppe, älter als das Münster selbst, abgebrochen: das Barfüßerkloster mit Kirche und Konventsgebäude.

Wie ein „Osterhase auf dem Pappdeckel"

Zu spät merkten die Stadtväter, daß das Münster nun wie ein „Osterhase auf dem Pappdeckel" dastand. Aber die Bürger blockierten jeden Versuch, die Lücke zu schließen. Erst jetzt, nach dem dritten Architektenwettbewerb in diesem Jahrhundert, scheinen sie bereit, den mittelalterlichen Dom von seinem Silbertablett herunter und in die Stadt zurückzuholen.

Meier will die Anregung zu seinem Rundbau auf der Aussichtsplattform des Münsters empfangen haben. Das zeugt von einer überraschenden Umkehrung des Standpunktes seit den früheren Wettbewerben. Damals hatten die Architekten noch sorgfältige Perspektiven mit Blick auf den Dom gezeichnet: Die neuen Gebäude sollten mit diesem harmonieren und seine Wirkung womöglich noch steigern. Den neuen Entwürfen ist dagegen kaum eine einzige derartige Perspektivzeichnung beigegeben.

Diesen Mangel hat das Preisgericht weder empfunden noch durch besonders intensive Erforschung der Blickbeziehungen auszugleichen versucht. So ist ihm entgangen, daß Meiers Rundbau – ebenso wie übrigens sein Vorschlag für die Neugestaltung des benachbarten Bankgebäudes – eine in der gesamten Münster-Umgebung bisher vermiedene horizontale Schnittkante in die Perspektive einführt (deren nachteilige Wirkungen zum Beispiel an der Rotunde der neuen Kulturschirn vor dem Frankfurter Dom zu studieren sind).

Im Ulmer Wettbewerb hat als einziger der Kölner Architekt Gottfried Böhm (2. Preisträger) mittelalterliche Kompaktformen aufgenommen. Die hohen, zum Teil gewalmten Dächer seines Entwurfs würden sich vorzüglich in die Struktur des Münsterplatzes einfügen und Akzente der alten Bebauung aufnehmen – wenn Böhm nur nicht als Konzession an moderne Materialien (Glas, Beton) eine halb plump, halb modisch wirkende Detailgestaltung vorgeschlagen hätte.

Mit Böhms Entwurf konkurriert im Ulmer Wettbewerb eine Idee, die in seltsamen Kontrast zur vorhandenen Bebauung tritt und fast als Polemik gegen das Münster gedeutet werden kann: die Kurvenform von Kreissegmenten, die sich vor den Giebelfronten der Nachkriegszeit und vor dem Filigran der Münsterfassade (die keine Rosette besitzt) mit ihren glatten Rundungen brüsten. Diese Idee stammt bereits aus dem Wettbewerb von 1924/25 und war damals von Hans Scharoun (dem späteren Erbauer der Berliner Philharmonie) als sozusagen antithetischer Einfall gegen eine als stickig empfundene mittelalterliche Domseligkeit formuliert worden. Wie ein runder, in sich gebrochener Schiffsbug schob Scharouns Stromlinienfront das mittelalterliche Ulm vor sich her und schnitt das Münster, als wäre es ein Luftschiff, wie mit dem Rasiermesser nach unten ab. Außer Meier haben nicht weniger als drei Teilnehmer des jüngsten Wettbewerbs diese Rundform aufgegriffen.

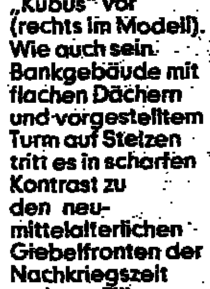
Meier, der in Frankfurt ein imponierendes, weltweit beachtetes Museum errichtet hat und heute als einer der „Stararchitekten" Amerikas gilt, wird den Ulmern mit Sicherheit einen imposanten, aufsehenerregenden Bau bescheren. Ob es freilich der richtige Bau für den richtigen Platz ist, wird wohl noch lange diskutiert werden.

Ein gleißendes Weiß für den Münsterplatz

Seine Rundfront wird Meierin das für ihn typische gleißende Weiß tauchen – eine exotische, körperlose Farbe für den Münsterplatz, die aus dem Bau so etwas wie des lieben Gottes Waschschüssel machen kann. Die Flachdächer des angehängten „Kubus" und des Bankgebäudes vor den Giebelfronten des Platzes werden den fremdartigen Eindruck eher noch verstärken und im Zusammenwirken mit der viel zu großen Baulücke im Süden den Anblick der Domfront von der architektonisch mißglückten Neuen Straße her nur noch mehr ernüchtern.

„Ein supermoderner Entwurf, sehr eigenständig, der viel zu weite Platz wird maßstäblich verkürzt", urteilt der baden-württembergische Landeskonservator August Gebeßler, und nichts daran ist verkehrt. Aber alles andere als eine Apotheose des Mittelalters, sondern dessen transatlantischer Kontrast. Aus dieser Spannung kann Dramatik erwachsen. Gemeinschaft, Verinnerlichung, mystische Union wohl nicht.

Der Alternativentwurf zum Ulmer Wettbewerb steht im Vorraum der kleinen Ausstellung der Modelle im Ulmer Stadtmuseum. Es ist das alte, vor mehr als 100 Jahren abgebrochene Barfüßerkloster mit dem Geschiebe seiner Baukörper, seinem durchaus „massigen" Volumen und dem hochaufragenden Giebel seiner Kapelle. Es ist die „frechste" und doch stimmigste *Alternative*. Nur schade: Sie läuft außer Konkurrenz.



Eine Jahrhundertaufgabe für Ulm: Das im 19. Jahrhundert freigestellte Münster (links) soll durch Neubauten in den Stadtzusammenhang zurückgeholt werden. Seit 1900 haben mehr als 500 Architekten dafür Entwürfe gezeichnet. Der Amerikaner Richard Meier schlägt jetzt ein Ausstellungshaus als Rundbau mit angehängtem „Kubus" vor (rechts im Modell). Wie auch sein Bankgebäude mit flachen Dächern und vorgestelltem Turm auf Stelzen tritt es in scharfen Kontrast zu den neumittelalterlichen Giebelfronten der Nachkriegszeit und zum Filigran der Münsterfassade.
FOTOS: KRUG-BILD (Freigabe Karlsruhe Nr.0/9775)/SIMON RESCH

Landwirt Sch. im Netz der „Politikbereiche"

Für den Pächter der hessischen Staatsdomäne Mechtildshausen ist die Welt nicht mehr in Ordnung. Vor drei Jahren noch sah sich der erfolgreiche Landwirt von Landes wegen ausgezeichnet, heute steht er unter rotgrünem Beschuß und soll einem alternativen Arbeitskollektiv Platz machen.

Von JOACHIM NEANDER

Der folgende Satz ist keine Parodie. Er findet sich in einer Magistratsvorlage der Stadt Wiesbaden: „Das Projekt Mechtildshausen ist eine beispiellose Chance für die Stadt Wiesbaden, durch Vernetzung der Politikbereiche Jugend/Soziales, Wirtschaft/Beschäftigung und Naturschutz/Landschaftspflege neue Handlungsspielräume in diesen zentralen Politikfeldern zu gewinnen." Das Projekt Mechtildshausen ist nicht etwa eine neue Akademie der politischen Wissenschaften, sondern ein Bauernhof. Ein ganz besonderer freilich, auf dem künftig offenbar nicht mehr Getreide, sondern Politik angebaut werden soll.

Das Land Hessen besitzt 52 Staatsdomänen. Eine davon ist Mechtildshausen bei Wiesbaden. Domänenpächter ist seit vier Generationen die Familie Schneider. Seit 1893 wurde der Pachtvertrag vertragsgemäß immer wieder um jeweils 18 Jahre verlängert. Der 50jährige Diplomlandwirt Hans-Eberhard Schneider dachte also, als er vor anderthalb Jahren fristgerecht die 1987 fällige Verlängerung beantragte, an nichts Böses. Er bewirtschaftet die 160 Hektar mit Saatgutvermehrung und Getreideanbau, dazu etwas Zuckerrüben. Er betreibt eine erfolgreiche Pferdezucht (35 eigene Zuchtpferde, Trakehner und Hessen), dazu eine Pferdepension (weitere 30 bis 60 Pferde, inklusive Deckbetrieb).

Ganz schlecht kann er das nicht gemacht haben. Vor drei Jahren verlieh ihm der hessische Ministerpräsident Holger Börner für seine Verdienste den „Ehrenbrief des Landes Hessen". Im selben Jahr hielt ihn auch sein Namensvetter, der damalige hessische Minister für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten, Karl Schneider, einer „Ehrenplakette in Silber" für würdig.

Doch die Zeiten sind stürmisch. In Hessen wird inzwischen rotgrün regiert. Schneider (Karl) ist jetzt Kultusminister. Sein Nachfolger Willi Görlach teilte Schneider (Hans-Eberhard), dem arglosen Domänenpächter, eines Tages mit, er müsse die Domäne wahrscheinlich mit einem „Projekt" der Stadt Wiesbaden teilen.

Mitte 1987 läuft der Pachtvertrag aus

Darin hätte der Pächter vermutlich auch eingewilligt. Er hätte sich wohl auch nicht gesträubt, wenn ihm der Minister eröffnet hätte, daß eine rotgrüne Staatsdomäne künftig auch rotgrün, also irgendwie biologisch-dynamisch, bewirtschaftet werden müsse. Aber ernsthaft wurde über so etwas nie verhandelt. Inzwischen steht so gut wie fest: Die Familie Schneider muß am 30. Juni 1987 völlig räumen. Sie soll zwar dafür materiell entschädigt werden. Aber ob und wo eventuell anderes Land für sie bereitgestellt werden kann, ist offen.

Der Diplomlandwirt Schneider mit dem Ehrenbrief des Landes muß sich jetzt in aller Öffentlichkeit vom ebenfalls rotgrün beherrschten Magistrat der Stadt Wiesbaden vorwerfen lassen, er habe durch „hohen Verbrauch an Pestiziden", „unkritische Anwendung von Abwässern" und eine „nur auf den Gewinn" und die Konkurrenz zu den Nachbarbetrieben ausgerichtete Bewirtschaftungsmethode zur *„Verödung der Landschaft" und zu* einem allgemein ungünstigen gesellschaftlichen Klima beigetragen. Dies solle nun alles anders werden: Freundschaft zu den Nachbarn, biologisch-dynamischer Anbau, Gemüse, Bienenweiden, Direktvermarktung ab Hof, soziale Kommunikation, Menschen statt Maschinen, Ökologie statt Profit und Überschußproduktion.

Gemacht werden soll das alles von der „Wiesbadener Jugend-Werkstatt", einem alternativen Arbeits- und Wohnkollektiv von 24 jugendlichen Lehrlingen mit unterschiedlichen Problemen (Drogenabhängigkeit, psychische Behinderung, Arbeitslosigkeit), 21 sogenannten Betriebsarbeitern und einem Stammpersonal von zehn Agrarfachleuten und Sozialarbeitern. Zur Zeit arbeiten auf der Domäne neben dem Pächter drei festangestellte Mitarbeiter und sechs Lehrlinge.

Nun ist die Idee, Probleme mit jungen Menschen mit Hilfe einer landwirtschaftlichen Kommune zu lösen, weder schlecht noch neu. In der Bundesrepublik gilt der Bauernhof der Drogenhilfe-Organisation „Synanon" *in Nordhessen als Vorbild*. Doch bisher kam noch niemand auf die Idee, Jugendliche mit Drogenproblemen mit psychisch oder körperlich Behinderten oder einfach nur Arbeitslosen zusammenzustecken.

Höchst erstaunlich ist die Kostenkalkulation der Wiesbadener Jugend-Werkstatt. Laut Magistratsvorlage soll sie binnen fünf Jahren Gewinne erwirtschaften, aus denen die hohen Investitions-Zuschüsse (3,5 Millionen Mark) zurückgezahlt werden sollen. Fachleute aus der Nachbarschaft dagegen prophezeien dem Unternehmen *mindestens für die* nächsten zehn Jahre Verluste von jeweils einer halben Million Mark.

Größter Nachbar ist der US-Militärflughafen

Rätselhaft bleibt die Sache mit der Pflege der Freundschaft zu den Nachbarn. Der größte unmittelbare Nachbar von Mechtildshausen ist der US-Militärflugplatz Wiesbaden-Erbenheim. Das Land Hessen, die rotgrüne Mehrheit der Stadt Wiesbaden und eine Bürgerinitiative bekämpfen ihn erbittert. *Demonstrationen häufen* sich.

Unter den Amerikanern, durch deren Sicherheitszone der einzige Zufahrtsweg zur Domäne führt, wird die rotgrüne Freundschaftsverheißung inoffiziell denn auch etwas anders interpretiert. Die alternative Domäne wäre schließlich ein idealer Sammelplatz für Großdemos und andere Aktivitäten. Verantwortlich für die Sicherung des Flughafens wäre in jedem Fall der hessische Innenminister. *Vermutlich ahnt er noch nichts* von seinem Glück.



Kein Baum, kein Strauch gibt Deckung: Mudschahedin in den Bergen von Nangarhar

Über „Little Moscow" dröhnt das Lied von der tapferen Leila

Der sowjetische Aggressor hat sich im Tal eingeigelt. Er verfügt über Panzer, Jets und modernste Raketen. Doch die Verteidiger kämpfen erbittert weiter, gegen den Feind, gegen die unwirtliche Natur, gegen Krankheit und gegen den Mangel an modernsten Waffen. Ein Besuch bei den Mudschahedin in Afghanistan.

Von WALTER H. RUEB

Die Berge entlang des Kunartals sind hoch, steil und schroff. Alle Bäche sind ausgetrocknet. Niedrige Bäume spenden nur wenig Schatten. Hie und da eine kleine *Lichtung – Gelegenheit, in die Runde* zu blicken. Kahle Berge, so weit das Auge reicht. Und überall Ruhe, nirgends sowjetische Hubschrauber. Also weiter.

Das Lager der Mudschahedin ist schon früh auszumachen. Laut dröhnen über Lautsprecher Lieder von der tapferen Leila, dann haßerfüllte Parolen durch den Wald, weisen die Richtung durch Stacheldraht und Gestrüpp. Schließlich ist das Berglager von 600 Freiheitskämpfern erreicht.

Dschamilluh Rahman drückt den Ankömmlingen am Eingang die Hand. Der Kommandant ist 55 Jahre alt, sieht aber wesentlich älter aus. Früher war er in der afghanischen Armee Brigadegeneral, jetzt befehligt er einen abenteuerlichen Haufen wilder Guerrilla-Kämpfer. Sein Gesicht *ist ernst, eine Brille mit dunklem Ge*stell macht es noch ernster.

Rahman ist stolz auf seine Truppe. „Von hier aus unternehmen wir Angriffe auf russische Konvois", sagt er und weist hinunter ins Tal. „Da wimmelt es von sowjetischen Soldaten mit *Panzern und Lastwagen. In drei* Stunden sind wir im Schutz der Nacht unten..."

Auf allen Bergspitzen sitzen die Mudschahedin

3000 Meter hoch sind die umliegenden Berge. Auf jeder Spitze haben *sich die Mudschahedin mit schweren* Maschinengewehren, Kanonen, Raketen und Granatwerfern eingegraben. Die Tarnung ist zwischen Bäumen, Sträuchern und Erdhügeln leicht. Überall blitzen Waffen und wilde Augen. Der jüngste Kämpfer ist 18, der älteste 70.

Unten auf dem Talgrund liegt Paschat. Früher war es ein kleiner afghanischer Marktflecken mit Obst- und Gemüsebauern. Heute ist selbst aus vier Kilometer Entfernung zu erkennen, was aus dem verschlafenen Nest geworden ist: ein Stützpunkt der Russen. „Wir nennen Paschat jetzt ‚Little Moscow'", sagt Rahman. „10 000 Russen sind da stationiert – mit *Hunderten* von *Panzern* und Lastwagen."

„In der kommenden Nacht greifen wir einen sowjetischen Posten an", sagt Rahman auf die Frage, was über Lautsprecher durchgesagt wird. „Der Mullah ruft zum Gebet, anschließend werden *letzte Instruk*tionen erteilt."

Ein junger Mudschahed hantiert mit einem Funkgerät. „Unten im Tal sind Leute von uns postiert", verrät er. „Sie geben *laufend* durch, was die Russen machen. Wir wollen kein unnötiges Risiko eingehen." Denn wer bei einem Angriff schwer verletzt wird, muß sterben.

Für Leichtverletzte und Kranke gibt es im Zentrum des Berglagers eine kleine Klinik mit zwei Sanitätern, drei *Betten, zwei* Tragen und einem bescheidenen Medikamentenlager. Die Vereinigung der Mudschahedin-Ärzte hat sie eingerichtet. Deren Präsident, Mohammed Quayum Yar, ist zu einer Inspektion heraufgekommen. Er ist 38 Jahre alt, Vater von acht Kindern und Sohn eines ehemaligen Parlamentsabgeordneten.

„Meine Partei sind die Patienten", antwortet er auf die Frage nach seiner Parteizugehörigkeit und beginnt mit der Untersuchung eines Mudschahed. Immer mehr Männer treffen im Hauptlager ein. Alle sind bewaffnet, schweigsam und ernst.

„Sie denken an morgen", erklärt Doktor Yar. „Die Russen üben nach jeder Attacke Vergeltung. *Vor 15 Mo*naten gab es hier bei Luftangriffen mit Napalm, Bomben und Raketen sieben Tote und viele Verletzte. Seit der Einrichtung des Lagers vor vier Jahren fanden 120 Mudschahedin den Märtyrertod, 200 wurden verletzt. Aber wir blieben den *Gottlosen* nichts schuldig, schossen vier Hubschrauber und zwei MiGs ab, zerstörten 250 Panzer und Lastwagen, erbeuteten Waffen und dies."

Dabei wirft Doktor Yar zwei Gegenstände vor uns. Der eine ist etwa 18 Zentimeter lang, acht Zentimeter breit und fünf Zentimeter hoch. Es ist eine Holzschachtel mit einem Deckel. Sie läßt sich öffnen. Der Blick fällt auf die Inschrift „Wawka 200r 37/1972".

Die Mudschahedin sind erstaunt über die Ignoranz der Besucher. „Eine Anti-Personen-Mine", erklären sie und weisen auf den zweiten Gegen*stand. Er ist rund, etwa zehn Zenti*meter hoch, hat einen Durchmesser von der Breite einer Männerhand, eine elastische Gummioberfläche und einen Boden mit der Aufschrift „OTK-I 705-76". „Wer darauf tritt, löst einen tödlichen Mechanismus aus", sagt der Kommandant. „Es ist ebenfalls eine sowjetische Anti-Personen-Mine."

Die Afghanen sind schockiert über diese schrecklichen Waffen, aber sie träumen davon, ähnliche Mittel einsetzen zu können und zeigen sich erfinderisch, den Sowjets Verluste zuzufügen. In einem Berglager, drei Tagemärsche von den Stellungen über Paschat im Kunartal, feuern sie gar Raketen ohne Zielvorrichtung ab.

Hier, in der Provinz Nangarhar schützen keine Bäume die Gebirgsstellungen der Mudschahedin. Da gibt es nur Steine, Sand und deckungslose Nacktheit. „Um uns der angreifenden Hubschrauber und Düsenjäger zu erwehren, setzen wir Raketen ein", prahlt der stellvertretende Kommandant. „Wir haben davon eine ganze Menge."

Nur die Abschußvorrichtungen *fehlen. Doch die Mudschahedin wis*sen sich zu helfen. Geduldig und sorgfältig betten sie das fast meterlange Geschoß auf Steine, sorgen mit Sand für eine flache Unterlage, nesteln an den Drähten zum Zünder herum, ziehen diese nach hinten.

Die Zielgenauigkeit haben sie angeblich im Gefühl. Minutenlang korrigieren sie mit *Hilfe einer senkrecht* auf der Rakete stehenden leeren Geschoßhülse deren Lage, legen sich dabei auf den Boden, schätzen die voraussichtliche Flugbahn der Rakete im blassen Morgenhimmel ab – während im fernen Dunst Panzerkolonnen am Kabul River entlangfahren, silberne MiGs am Himmel heulen und Detonationen von Bombeneinschlägen die Stille zerreißen.

Schließlich ist die fast andachtsvolle Prozedur beendet. Die Drähte zur Zündung sind gestrafft, an eine Batterie angeschlossen. Der Feuerball um die davonjagende Rakete wird mit Hurra-Gebrüll bejubelt.

Primitiv wie der Raketenabschuß ist auch das Lager. Eine vierstündige Fahrt im Geländewagen und achtstündige Strapazen zu Fuß durch eine steinige, staubige und unwirtliche Berggegend trennen es vom pakistanischen Landi Kottal am Khyber-Paß.

Bei der Ankunft hat sich die Aufregung über die letzten Tieffliegerangriffe gerade gelegt. Opfer hat es keine gegeben, doch Bomben haben tiefe Krater gerissen, die Nacht senkt *sich früh über die Trostlosigkeit des* Lagers. Durch die Zelte peitschen Staubwolken und Wind.

Vor dem Kampf ruft der Mullah zum Gebet

Es wird eine unruhige Nacht. Hunde bellen; von einem zum anderen Geschütznest hallen Rufe; doch der Mullah auf der höchsten Bergspitze übertönt alles. Er steigert sich in einen Rausch, heizt die Stimmung an.

Ein paar Meter von unserem Zelt entfernt entsichert ein Mudschahed alle paar Minuten seine Kalaschnikow, ballert schließlich eine Salve in den Himmel. Ein anderer singt stundenlang von Einsamkeit und Not, von Haß und Krieg. Wo ist der Todfeind?

Schon früh wird das Lager wach. Von ferne brandet Geschützdonner die Bergflanken herauf, die Mehrzahl der Mudschahedin verläßt das Lager, zieht hinunter in die Ebene. Am Kabul River soll der Feind erwartet werden...

Im Lager ist es ruhig geworden. Die in den Berg gebuddelten Räume für Waffen, Munition, Vorräte sind menschenleer. Betrieb herrscht nur im Medikamentenlager und im Mini-Hospital.

In einem Zelt kümmert sich der afghanische Arzt Nessar Ahmad Nuri um einen blutjungen Kranken. Am Bettpfosten hängt ein Gurt mit Maschinengewehrmunition, neben dem Krankenlager türmen sich Kisten mit Munition für sowjetische Maschinengewehre, zwei *Meter davon entfernt* stehen chinesische Raketenwerfer. Auf dem Boden liegen Decken und Stoffbündel mit den Habseligkeiten des Patienten, Granaten und ein chinesisches Maschinengewehr kunterbunt durcheinander.

Der 30jährige Nuri wird vom Deutschen Afghanistan-Komitee bezahlt. 750 Mark bekommt er im Monat, ausserdem Verpflegung und Unterkunft. Nuri leidet unter der Einsamkeit und möchte gerne heiraten. Der General-Manager des Afghanistan-Komitees hat versprochen, ihm eine Frau zu besorgen. Nuri ist glücklich und sagt: „Was Ibrahim Raschid verspricht, geht in Erfüllung. Inschallah."



Ein Lazarett in den Bergen: Wer schwer verletzt wird, muß sterben
FOTOS: JOSEF SPIEGL/SVEN SIMON

Bayerns Verleger bangen um ihre Werbeeinnahmen

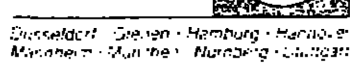
dpa. **München**

Nach dem Medienurteil des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes vom vergangenen Freitag (WELT v. 22.11.) sieht der Verband der Zeitungsverleger des Freistaates den Gesetzgeber vor einer „sehr schwierigen Aufgabe". Nachdem die Verlage „zugunsten ihrer Konkurrenten bei der Veranstaltung lokaler Rundfunkprogramme mit einem Handicap belegt werden sollen", müsse er nun darauf achten, daß er die Zeitungen umso weniger behindern dürfe, je mehr es um die Veranstaltung unterhaltender Programme ginge. Denn Entertainment, das aus der lokalen Werbung finanziert werde, beeinträchtige die Lebensgrundlage der Lokalzeitungen, die ebenfalls als Trägerinnen des Grundrechts der Pressefreiheit unter dem Schutz der Verfassung ständen. Sollte der Landtag jetzt die Entfaltungsfreiheit der Zeitungen einschränken, werde er ihnen einen Ausgleich bieten müssen, hieß es in einer Verbands-Mitteilung.

Eine entscheidende Verbesserung der Rechtsstellung der kleinen lokalen Anbieter sehen diese gerade darin, daß der Gerichtshof gegen eine „vorherrschende, multimediale Meinungsmacht" in einer Stadt oder Region Stellung bezogen hat und der Einfluß der Gemeinden auf die Kabelgesellschaften beschränkt wurde.

Anzeige

Klimatechnik · Lüftungstechnik
Reinraumtechnik



Die Spezialisten
Kessler + Luch

Düsseldorf · Gießen · Hamburg · Hannover
Mannheim · München · Nürnberg · Stuttgart

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Aus Stuttgart eine 6 für die Kollegschule

HARALD GÜNTER, **Stuttgart**

Vor einem guten halben Jahr hatte die Kultusministerkonferenz (KMK) der Länder mit Zustimmung Baden-Württembergs die nordrhein-westfälischen Kollegschulversuche „bis auf weiteres" anerkannt. Jetzt machte Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder (CDU) überraschend seinem aufgestauten Ärger über diesen alternativen Weg zur Hochschulreife Luft. Was hier versucht werde, schrieb er in „Schulintern", der amtlichen Lehrerzeitung seines Hauses, sei der bisher „gravierendste Anschlag auf die Qualität des Abiturs". Und: In ihrer derzeitigen Form degradiere die Kollegschule das Abitur zum „Muster ohne Wert". Eingangsprüfungen an den Universitäten, warnte Mayer-Vorfelder, wären die zwangsläufigen „Alternativen".

„Grenze erreicht"

Die schrillen Töne aus Stuttgart überraschen. Schließlich haben die rund zwei Dutzend Kollegschulen noch nicht einmal ein Drittel der Zeit hinter sich gebracht, die ihnen Mitte April in München von den Kultusministern aller Länder, wenn auch zum Teil höchst widerwillig, zugestanden worden war. Mayer-Vorfelder, Speerspitze der bildungspolitischen Gegenreformation in der Union, hatte jedoch schon damals zu Protokoll gegeben, daß er diese Kröte „entgegen meiner Überzeugung in der Sache" nur geschluckt habe, um die KMK-Verhandlungen nicht ganz scheitern zu lassen. Jetzt würgt er sie angesichts der nordrhein-westfälischen „Wirklichkeit" wieder hoch. Jede Kompromißbereitschaft habe irgendwo eine Grenze. Mayer-Vorfelder: „Diese Grenze ist jetzt erreicht".

Baden-Württembergs Kultusminister wirft seinem Düsseldorfer Amtskollegen vor, die vereinbarten Mindestanforderungen allenfalls „formal" zu erfüllen. Zwar würde die Anzahl der Kurse im Fach Deutsch der an der gymnasialen Oberstufe entsprechen. Ihr Niveau aber sei geradezu „grotesk". So heiße das Fach Deutsch im Ausbildungsgang für Erzieher „Deutsch mit Kinder- und Jugendliteratur". Statt mit Schiller, Goethe, Hölderlin, Brecht oder Max Frisch hätten sich die Kursteilnehmer mit dem „Struwwelpeter" zu beschäftigen. „Niemand kann erwarten", wettert Mayer-Vorfelder, „daß die Kultusministerkonferenz dieses Spiel mitmacht".

Gegenüber der WELT kündigte der Minister an, daß er bei den anstehenden Verhandlungen über Einheitlichen Prüfungsanforderungen für das Abitur (EPA) tiefgreifende Änderungen an Konzeption und Inhalt der Kollegschule verlangen will. Andernfalls werde Baden-Württemberg die Abschlüsse auf Dauer nicht anerkennen.

Zu den Bedigungen, über die Mayer-Vorfelder „nicht mehr mit mir reden lassen" will, gehört die Anhebung des Ausbildungsniveaus in den allgemeinbildenden Fächern. Der Kollegschulabschluß müsse auch inhaltlich dem Normalabitur entsprechen, „berufsbezogene Komponenten" dürften dabei nicht überwiegen. Unanehmbar seien außerdem das Angebot, verpatzte Abschlüsse durch eine Art Nachabitur zu korrigieren, die „zu großzügigen" Wiederholmöglichkeiten sowie der offene „Durchmarsch" von der Hauptschule aus. Zugangsvoraussetzung müsse mindestens ein „qualifizierter Realschulabschluß" sein.

Mayer-Vorfelders Brandbrief in „Schulintern" ließ freilich schon erkennen, daß der Minister die Kollegschule prinzipiell für eine bildungspolitische Schnapsidee hält. Der Versuch, Schüler in drei Jahren nicht nur zur allgemeinen Hochschulreife, sondern auch zu einem Berufsabschluß zu führen, sei „die Quadratur des Kreises". Wenn überhaupt, dann sei beides „nur auf dem untersten Level in allen Bereichen" möglich. Aber da werde Baden-Württemberg nicht mitspielen. Mayer-Vorfelder: „Auf der Basis von ‚Struwwelpeter' ist kein Kompromiß möglich".

Appell an die Länder

Gerhard Mayer-Vorfelder rief seine Kollegen in den Ländern auf, „wieder über Inhalte miteinander zu reden". Die bisher geübte „vornehme Zurückhaltung" habe mehr geschadet als genützt. „Jetzt sind wir an einem Punkt angelangt", betonte der Minister, „an dem sich manche Bildungspolitiker fragen lassen müssen, ob sie wirklich die Verantwortung dafür übernehmen wollen, daß das Abitur seinen Wert verliert". Bisher sei es als Bildungsabschluß in aller Welt anerkannt gewesen. Dies dürfe nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.

Langjährige Haft für Jordanier gefordert

DW. **Berlin**

Mit dem Antrag auf 14 bzw. 13 Jahre Haft für die beiden arabischen Hauptangeklagten ging gestern in Berlin der brisante Prozeß gegen zwei Attentäter in die entscheidende Runde: Die Staatsanwaltschaft sieht es als erwiesen an, daß die Jordanier Ahmad Hasi und Farouk Salameh mit Wissen staatlicher syrischer Stellen handelten, als sie bei einem Sprengstoffanschlag in Berlin neun zum Teil schwerverletzte Opfer in Kauf nahmen.

Staatsanwalt Detlev Mehlis sagte, für das Verbrechen sei „eigentlich eine lebenslange Freiheitsstrafe angemessen". Nur „mit viel Glück" habe es bei dem Bombenanschlag gegen das Büro der „Deutsch-Arabischen Gesellschaft" am Ostersonnabend 1986 keine Todesopfer gegeben. Das Gericht solle in jedem Fall durch sein Urteil deutlich machen, „daß Berlin nicht zum Schlachtfeld nahöstlicher Terroristen werden darf". Zudem hätten die beiden Angeklagten in der Verhandlung „keinen Funken Mitgefühl für die Verletzten" gezeigt.

Nach Auffassung der Anklage sei vor Gericht zweifelsfrei erwiesen worden, daß die Aktion von Hasi und Salameh „innerhalb des syrischen Bereichs" entscheidend mitgetragen worden sei. Es sei jedoch „Spekulation", über die Art der politischen Ebene, die es im Hintergrund offenkundig gebe, Überlegungen anzustellen. Gestern gab ein Experte an, die Bombe habe aus hochbrisantem Armee-Sprengstoff bestanden.

Die beiden mutmaßlichen Terroristen hatten in den drei vorangegangenen Verhandlungstagen den Sprengstoffanschlag vom März dieses Jahres nach längerem Taktieren gestanden bzw. verlesenen Aussagen dazu nicht widersprochen. Die Staatsanwälte sprachen gestern von einem „hinterlistigen, feigen und skrupellosen Anschlag". Der Haupttäter Hasi sei offenbar ein Werkzeug seines fanatischen Bruders Nesar Hindawi gewesen. Er war im Oktober wegen eines versuchten Bombenanschlags auf eine El-Al-Maschine in London zu 45 Jahren Haft verurteilt worden.

Das Urteil im Berliner Prozeß soll morgen fallen. Vom Schuldspruch hängt ab, ob sich die Bundesregierung gezwungen sieht, die diplomatischen Beziehungen zu Damaskus abzubrechen.



Verhandlungsfähig: Hartmut Perschau (CDU) FOTOS: CHRISTA KUJATH

Die Erklärung, man habe nichts zu erklären, war alles – das Gespräch, das Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi und der CDU-Fraktionschef Hartmut Perschau gestern vormittag im Dienstzimmer des Regierungschefs führten, dauerte eineinviertel Stunden, und beide Seiten hielten sich strikt an die vereinbarte Vertraulichkeit. Das Generalthema: Wie kann die Hansestadt nach der Wahlniederlage der SPD künftig regiert werden.



Ärger mit den Partei-Flügeln: Klaus von Dohnanyi (SPD)

Dohnanyis Spielraum ist eng

Von UWE BAHNSEN

Der Gast war verhandlungsfähig und *verhandlungswillig*, der Gastgeber hingegen war weder das eine noch das andere, sondern nur gesprächsbereit – auf diese Formel lassen sich die jeweiligen Ausgangspositionen für die Unterredung bringen, zu der Klaus von Dohnanyi am Vormittag um 10.30 Uhr im Senatsflügel des Rathauses seinen christdemokratischen Herausforderer vom 9. November, Hartmut Perschau, empfing. Im Flur zu den Räumen des Regierungschefs herrschte großer Andrang der Reporter, doch die Ausbeute an offiziellen Informationen war magerer als nach einem sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffen. Indessen brauchten die Journalisten das nicht allzu tragisch zu nehmen, denn auf dem Wege logischer Schlußfolgerungen läßt sich diese erste „offizielle" Unterredung der beiden Spitzenpolitiker seit dem tumultuarischen Wahlabend leicht rekonstruieren.

Perschau hat von einer in sich geschlossenen CDU das klare Mandat zu Verhandlungen mit der SPD über eine Große Koalition. Dohnanyi hingegen sind, obwohl er selbst ein solches Bündnis im Grunde für notwendig hält, in dieser Sache von den eigenen Genossen die Hände gebunden: Keine Allianz mit der Union, allenfalls Gespräche über eine bislang vage „Zusammenarbeit" im Parlament, und selbst das geht dem linken SPD-Flügel schon zu weit. *Vor diesem Hintergrund kann* der rote Edelmann auf dem Bürgermeisterstuhl dem CDU-Fraktionschef nur noch einmal erläutert haben, wie die Beschlußlage in den SPD-Führungsgremien ist. Perschau muß das zur Kenntnis genommen und dem Bürgermeister erwidert haben, ohne eine Große Koalition werde es keine Kompromisse mit der CDU geben, sondern die Union werde in der neuen Bürgerschaft dem Auftrag ihrer Wähler folgend CDU-Politik durchsetzen, wann immer das möglich ist.

Zwar ist die CDU vor allem als Folge der Wahlabstinenz vieler SPD-Anhänger zur stärksten politischen Kraft im Parlament aufgerückt, doch vorerst fallen die wesentlichen Entscheidungen in der Hansestadt unverändert in den Gremien des Wahlverlierers SPD. Für den Abend war eine weitere Sitzung des SPD-Landesvorstandes anberaumt, in der es erneut um die Konsequenzen der Sozialdemokraten aus der Wahlschlappe des 9. November gehen sollte. In den Distrikten und Kreisverbänden der Regierungspartei wird das Desaster derzeit aufgearbeitet. Dabei spielen Fragen der parteiinternen Taktik eine große Rolle. So haben die Vorstandsgenossen sich mit der schwierigen Frage auseinanderzusetzen, ob es für die Wahlchancen der SPD bei der Bundestagswahl vorteilhaft oder aber nachteilig ist, wenn sich ein Landesparteitag noch vor dem Jahresende mit der nun äußerst kompliziert gewordenen Lage der SPD nach dem 9. November beschäftigt.

Schwierig ist die Situation für die Sozialdemokraten nicht nur, weil der von ihnen gestellte Senat nun ohne Mehrheit regieren muß, sondern weil nach der Erkenntnis eines Spitzengenossen die Partei „unmittelbar vor einer Zerreißprobe steht". Um welchen Härtetest es dabei geht, läßt ein Beschluß der Kreisdelegiertenversammlung in dem vom linken Flügel beherrschten SPD-Kreis Nord erkennen. Darin wird nicht nur eine Große Koalition, sondern auch eine Tolerierungsvereinbarung zwischen SPD und CDU strikt abgelehnt, weil die inhaltlichen und programmatischen Positionen beider Parteien „unvereinbar" seien. Zur GAL heißt es in diesem Papier, auch mit dieser Partei werde ein Bündnis oder eine Tolerierungsvereinbarung „auf der Grundlage des vorliegenden Tolerierungskatalogs" ausgeschlossen; eine Zusammenarbeit scheitere an der „fehlenden Klärung des Verhältnisses einzelner Hamburger GAL-Funktionäre zur Gewalt".

Dann allerdings folgt ein Passus, der präzise die innerparteiliche Sollbruchstelle zwischen dem linken SPD-Flügel und dem Mitte-Rechts-Lager der Partei markiert: Das alles „entbindet uns aber nicht davon, darüber nachzudenken, wie denn langfristig tragfähige linke Bündnisse geschaffen werden können". Mit Klaus von Dohnanyi, der „mit dieser GAL keinen Millimeter" zusammengehen will, und seinem Stellvertreter Alfons Pawelczyk, der die GAL immer dort ortet, wo Gewalt im Spiele ist, wird ein solches Nach*denken nicht zu veranstalten sein* – weder vor, noch auf, noch nach dem nächsten Landesparteitag.

Unabhängige TV-Produktions-Redaktion (Reportage, Film, Spot) bietet
Product placement
ohne Brancheneinschränkung.
Ihre Zuschrift erbitten wir unter L 6907 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn, Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.), Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.), Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm, Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann, Wilhelm Furler (stellv.); Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Höft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzog.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Horst-Alexander Siebert; Johannesburg: Monika Germani; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Gerd Brüggemann.

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. In Österreich ÖS 330 über Morawa & Co., Wien. In Großbritannien DM 49,10 (als Luftpost-Abo am Erscheinungstag). Luftpost-Abonnement weltweit: Preis auf Anfrage. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 15 gültig ab 1. 10. 1986, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 51.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

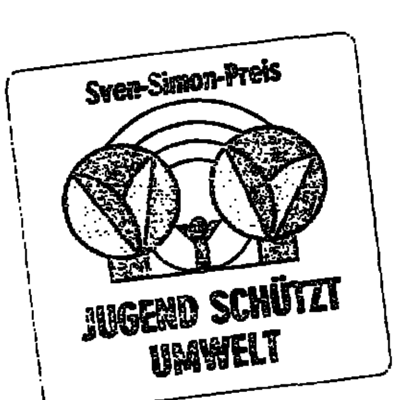
Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in: 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Unter der Schirmherrschaft von Alt-Bundespräsident Professor Karl Carstens

Wissenschaftliche Leitung: Verhaltensforscher Vitus B. Dröscher



30.000,- DM zu gewinnen

Die Natur ist in Gefahr. Die Politiker wehklagen darüber. Die Jugend möchte etwas tun. Wir wollen ihr dabei helfen. Mit dem Sven-Simon-Preis „Jugend schützt Umwelt".

Alle Jugendlichen der Bundesrepublik Deutschland zwischen 10 und 28 Jahren sind eingeladen, an diesem Wettstreit zur Rettung der Natur teilzunehmen. Gewinnen können aktuelle Arbeiten von Einzelpersonen oder Gruppen, die sich mit Tier- und Pflanzen-, Natur- und Umwelt-Schutz befassen.

Die beste „Arbeit des Monats" wird am letzten Sonntag jeden Monats in WELT am SONNTAG veröffentlicht. Unter den 12 Monatssiegern wählen dann die Leser von WELT am SONNTAG den Gesamtsieger. Zu gewinnen sind insgesamt 30.000 DM. Machen Sie mit. Es lohnt sich – für Sie und unsere Umwelt.

WELT am SONNTAG

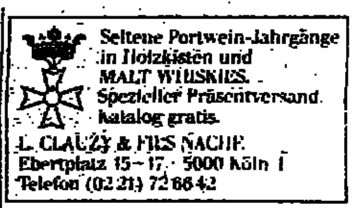
Bitte einsenden an: WELT am SONNTAG, Redaktion, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Ich interessiere mich für die Teilnahme-Bedingungen des Sven-Simon-Preises „JUGEND SCHÜTZT UMWELT"

Meine Anschrift:
Vorname/Name:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:

Berühmte Wahrsagerin Virchow
International ein Begriff für gute Zukunftsvoraussagung.
Viele nachweisbare Erfolge
Ein persönlicher Besuch wird auch Sie überzeugen und erstaunen. Schriftliche Ausarbeitung möglich.
Lessingstraße 40, 6830 Schwetzingen
Telefon (0 62 02) 1 04 24 und 2 30 79

Seltene Portwein-Jahrgänge in Holzkisten und MALT WHISKIES. Spezieller Präsentversand. Katalog gratis.
L. CLAUZY & FILS NACHF.
Ebertplatz 15–17 · 5000 Köln 1
Telefon (02 21) 72 66 42



IHRE VERKEHRS ⊕ WACHT
Wir sorgen für helle Köpfe im Verkehr – auch durch die Fernsehserie „Der 7. Sinn".

Abonnieren Sie DIE WELT
– Ihren täglichen Informationsvorsprung

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36, Telefon: 040/3 47 38 13

Bitte liefern Sie mir vom nächsterreichbaren Termin an bis auf weiteres DIE WELT zum monatlichen Bezugspreis von DM 27,10 (Ausland 37,10, Luftpost auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen

Vorname/Name:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Beruf:
Vorw./Tel:
Datum:

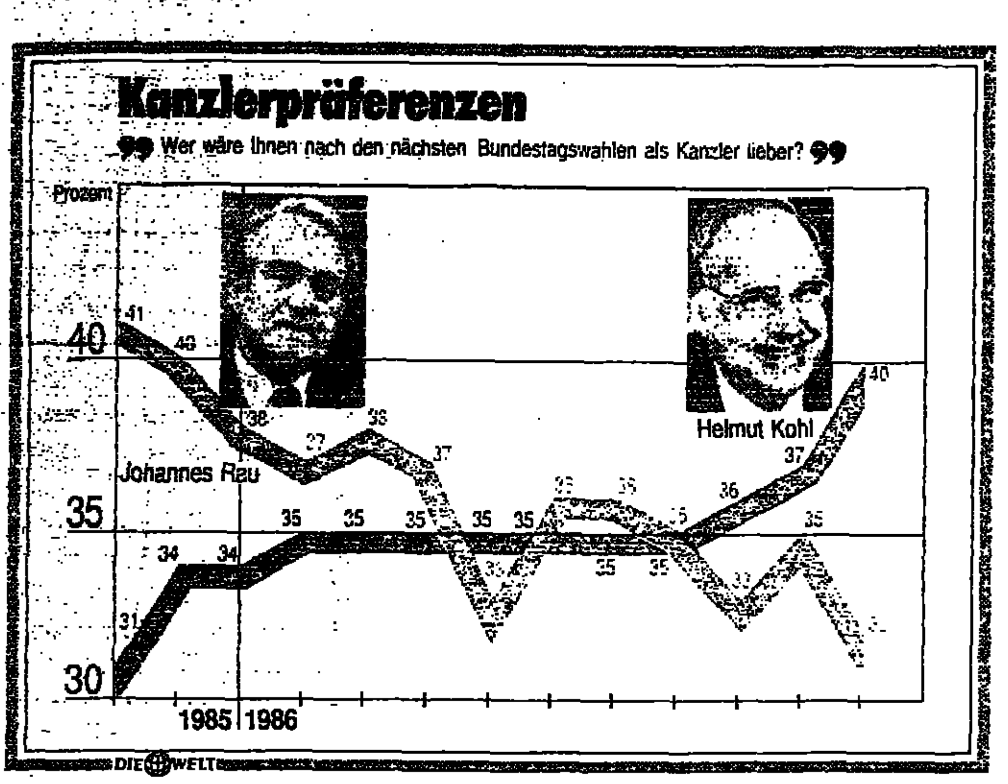
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift:

01-067

Lesenswerter denn je
DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Sie haben das Recht, eine Abonnementsbestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36



Wirtschaftsklima

Wie sehen Sie unsere wirtschaftliche Entwicklung: Glauben Sie, daß es mit unserer Wirtschaft in den nächsten 6 Monaten eher bergab oder eher bergauf geht?

Prozent – Gleichbleibend – Bergauf – Bergab – 1. 2. 3. 4. Quartal – 1982 1983 1984 1985 1986

DIE WELT

Sie ist die Pionierin auf dem Gebiet der Meinungsforschung in Deutschland: Elisabeth Noelle-Neumann. Mit dem Journalisten Erich Peter Neumann gründete sie 1947 das Institut für Demoskopie Allensbach. Seitdem wurde von ihr des „Volkes Seele" in mehr als 2500 Umfragen ergründet. Bis 1983 lehrte sie als Professorin an der Universität Mainz und leitete dort das Institut für Publizistik.

Bis zur Bundestagswahl am 25. Januar 1987 beobachtet das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der WELT mit wöchentlichen repräsentativen Umfragen, wie sich die Wahlentscheidung vorbereitet. Zu den Untersuchungen, über deren Ergebnisse wir jede Woche berichten werden, gehört die Frage nach der Stärke der Parteien gemessen an der Zweitstimmen-Wahlabsicht. Wer wird als Kanzler bevorzugt: Kohl oder Rau? In welcher Partei kämpfen die Anhänger am aktivsten an der Basis? Wer wird als Wahlsieger erwartet? Im Zwei-Wochen-Rhythmus berichten wir, wie der Zustand der Parteien eingeschätzt wird – geschlossen oder zerstritten. Welche Themen setzen sich im Wahlkampf durch – CDU/CSU-Themen oder SPD-Themen? Außerdem greifen die Umfragen aktuelle Themen auf, die sich auf die Wahlentscheidung auswirken könnten. – Die Daten werden vorgestellt und für die WELT exklusiv kommentiert von der Leiterin des Instituts, Elisabeth Noelle-Neumann.

58 Prozent erwarten Sieg der Koalition: Zwietracht der SPD verjagt Rau die Wähler

Von PROF. ELISABETH NOELLE-NEUMANN

Wie erklärt sich nur die gute Stimmung für die CDU, es war doch noch vor einem Jahr genau umgekehrt? Das ist die Frage, die gegenwärtig ausländische Journalisten, die von ihren Redaktionen geschickt werden, um Deutschland vor der Bundestagswahl zu beschreiben, am häufigsten stellen.

An der guten Stimmung für die Regierung ist kein Zweifel. **Schon vor dem Erfolg in Hamburg kletterte in einer Allensbacher Umfrage *zwischen dem 29. Oktober und 10. November* – über 2000 Interviews, repräsentativ für das Bundesgebiet mit West-Berlin – die CDU/CSU bei der Erststimmen-Wahlabsicht auf über 50 Prozent: ein Wert, der seit dem Wahljahr 1983 nicht mehr erreicht worden war.** Solider, wenn man das Ergebnis der Bundestagswahl vom 25. Januar 1987 abschätzen will, ist allerdings die Zweitstimmen-Wahlabsicht. Aber auch hier liegt die CDU/CSU auf einem Hoch von 46,5 Prozent, das seit dem Wahljahr 1983 *kaum mehr* erreicht worden war.

48,8 Prozent war das amtliche Zweitstimmenergebnis für die *CDU/CSU am 6. März 1983*, 47,4 Prozent der Zweitstimmenanteil der CDU/CSU im Jahresdurchschnitt 1983. 1984 fiel der durchschnittliche CDU/CSU-Zweitstimmenanteil auf 45,5 Prozent, 1985 auf 42,3 Prozent. Noch bis zum Sommer 1986 – und *auch in den Wochen nach der Niedersachsen-Wahl* vom 15. Juni 1986 – lag er zwischen 42 und 43 Prozent. Was hat die Stimmung gedreht?

Wenn Hans-Jochen Vogel erklärt, die Niedersachsen-Wahl, so knapp sie auch für die CDU/FDP-Koalition mit nur einer Stimme Mehrheit ausgefallen sei, habe die Stimmung gedreht, so muß das ein kompliziertes Wettermanöver gewesen sein; denn zuerst sah die Bevölkerung die Niedersachsen-Wahl als einen klaren Erfolg der SPD. Eine Allensbacher Frage Anfang Juli 1986 lautete: „Im letzten Monat war ja die Landtagswahl in Niedersachsen. Diese Wahl wurde vorher manchmal als Testwahl für die Bundestagswahl im nächsten Jahr bezeichnet. Wie sehen Sie das denn jetzt: Welcher Partei hat sie genutzt, oder hat sie keiner genutzt?" 37 Prozent meinten, die Niedersachsen-Wahl habe der SPD genutzt, 17 Prozent, der CDU.

Eine bekannte Regel – die allerdings lohnte, hinterfragt zu werden –, sagt, daß eine Partei weniger durch eigene Leistungen Erfolg hat als durch die Fehler ihres politischen Gegners. Die wochenlange Verzögerung einer negativen Stimmungswende gegen die SPD nach der Nieder*sachsen-Wahl spricht für parteiinter*ne Auseinandersetzungen, die sich schließlich auf die Einstellungen der Wähler ausgewirkt haben.

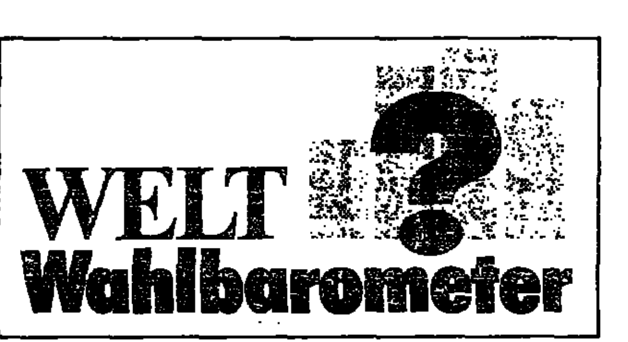
Was zunächst der Bevölkerung überwiegend als Erfolg der SPD in Niedersachsen dargestellt werden konnte, wurde natürlich intern bei der SPD nicht als Erfolg, sondern als Niederlage gesehen, und nach jeder Niederlage brechen die parteiinternen Gegensätze auf. Sobald das auch nach außen sichtbar wird, ändert sich die Stimmung der Wähler.

In jedem Fall verringerte sich bei den Wählern der Eindruck von der SPD als einer geschlossenen Partei *zwischen dem ersten und zweiten* Halbjahr 1986. **Im April antworteten auf die Frage: „Glauben Sie, daß die SPD im großen und ganzen einig oder zerstritten ist?" 46 Prozent, sie sei einig; 26 Prozent meinten dagegen, die SPD sei „zerstritten". Jetzt, Anfang November, sagen 38 Prozent, die SPD sei einig, 32 Prozent, sie sei „zerstritten".**

Gleichzeitig verstärkte die CDU/CSU den Eindruck von Einigkeit von 45 Prozent Ende August auf 54 Prozent Ende Oktober. Der Eindruck, sie sei zerstritten, ging zurück von 28 Prozent auf 20 Prozent.

Politische Profis haben es in den Fingerspitzen, daß Zwietracht in einer großen Partei die Wähler verjagt. Vor jeder Bundestagswahl in den 70er Jahren gelang es der SPD – trotz der schwierigen Jusos –, mit Näherrücken des Wahltermins zunehmend den Wählern den Eindruck von Geschlossenheit zu vermitteln. Nur 1980 vor der Schmidt/Strauß-Wahl klappte das *nach dem Sommer-Hoch der* SPD nicht mehr, der Sieg der SDP/FDP-Koalition schien sicher.

Es ist merkwürdig, daß der Sieg Raus im Mai 1985 bei der Landtagswahl praktisch nie im Zusammenhang mit der Zerstrittenheit der CDU-Spitze – hier Worms, dort Biedenkopf – gesehen wurde. Es wäre wohl das erstemal gewesen, daß eine in der Spitze zerstrittene Partei eine Wahl gewonnen hätte.



Da Rau ohne diese Perspektive den Sieg nur seiner überlegenen Leistung als Wahlkämpfer zu verdanken schien, waren die Erwartungen groß.

Bis Frühjahr 1986 lag Rau als bevorzugter Kandidat immer vor Kohl in Führung, und erst im zweiten Halbjahr wendete sich das Blatt. Auf **die Frage: „Nach den nächsten Bundestagswahlen muß ja wieder entschieden werden, wer Bundeskanzler werden soll. Wer wäre Ihnen als Bundeskanzler lieber: Johannes Rau oder Helmut Kohl?" antworteten Anfang November 40 Prozent „Helmut Kohl" gegen 32 Prozent „Johannes Rau". *Unentschieden* blieben noch immer, wie schon 1985, 28 Prozent.**

Der Eindruck der Zerstrittenheit der SPD läßt sich mit Taktik nicht zudecken. Der Konflikt lautet: Mit den Grünen oder nicht mit den Grünen regieren? Und Rau selbst bildet nicht den Kopf zwischen den Flügeln, sondern steht als *Symbolfigur für den* rechten Flügel: keine Koalition mit den Grünen.

Das bedeutet, daß die Mehrheit der Grünen Rau nicht unterstützt, nur 34 Prozent der Grünen sagen, daß sie einverstanden mit ihm seien. Aber auch von einem eventuellen Wunschpartner FDP ist für Rau nichts zu holen: Nur 13 Prozent der FDP-Wähler erklären sich mit Rau einverstanden.

Die Frage, die das Dilemma am deutlichsten macht, lautete im Oktober 1986: „Einmal angenommen, es gäbe nur die Wahl zwischen den jetzigen Regierungsparteien, also CDU/CSU und FDP, und einer Regierung, die von der SPD und den Grü*nen gebildet wird, welche Regierung* wäre Ihnen dann lieber?" **52 Prozent der Wähler stimmten für die bisherige Koalition und nur 31 Prozent für eine Regierung aus SPD und Grünen. Ein Drittel der SPD-Wähler wollen in diesem Fall lieber auf eine *Regierung der eigenen Partei* verzichten.**

Gegenwärtig bieten also die beiden großen Parteienlager ein denkbar gegensätzliches Bild. Die SPD befindet sich in einer Zerreißprobe, die CDU/CSU sieht sich überall von Sonnenschein umgeben.

1982 kündigte sich das Unheil der Regierung Schmidt schon im ersten *Quartal an:* 51 Prozent meinten damals, mit der Wirtschaft gehe es bergab. Nach kurzer Erholung im zweiten Quartal stiegen die Befürchtungen im dritten Quartal auf 54 Prozent. Nur noch zwölf Prozent glaubten an eine Erholung der Wirtschaft.

Die Bundestagswahl 1983 wurde bereits durch Hoffnungen auf den Wirtschaftsaufschwung gewonnen: Ab Anfang Januar 1983 brach sich die Stimmung Bahn, jetzt komme der Aufschwung – Wochen, bevor die CDU-Plakate mit dieser Parole angeschlagen wurden. *Mit der Wirtschaft* gehe es in den nächsten sechs Monaten eher bergauf, erklärten Anfang Januar 18 Prozent, Mitte Januar 20 Prozent, Ende Januar 21 Prozent, Mitte Februar 29 Prozent. Kurz vor der Bundestagswahl hielten sich zum erstenmal seit Jahren die Stimmen, es werde bergauf gehen, mit den Stimmen, es werde bergab gehen, wieder die Waage (30 zu 30 Prozent).

Jetzt, 1986, bleibt der Pessimismus, es werde demnächst mit der Wirtschaft bergab gehen, auf dem denkbar niedrigen Stand zwischen zwölf und 15 Prozent.

Die Erwartungen, es werde bergauf gehen, liegen nicht mehr so hoch wie am Anfang des Jahres (über 40 Prozent), aber Geldwertstabilität und gleichzeitiger Anstieg des Lebensstandards lassen auch die Antworten „Die Wirtschaftslage wird gleichbleiben" (44 Prozent) als Ausdruck behaglicher Zufriedenheit bewerten.

Zugleich erreicht auch ganz allgemein die Zufriedenheit mit der Bundesregierung mit 36 Prozent gegenüber 29 Prozent Unzufriedenen und einem guten Drittel „Teils, teils"-Antworten den besten Wert, seit die Frage 1984 zum erstenmal gestellt wurde.

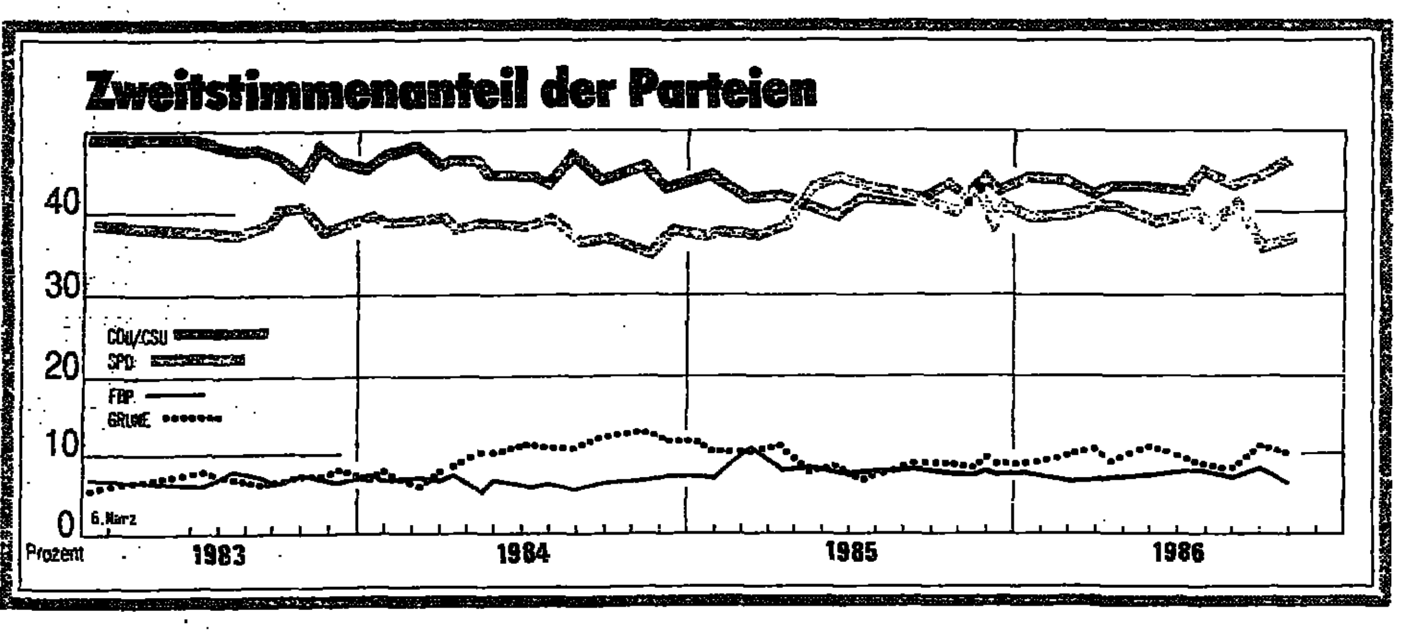
Ist die Bundestagswahl schon gelaufen, ist alles schon entschieden?

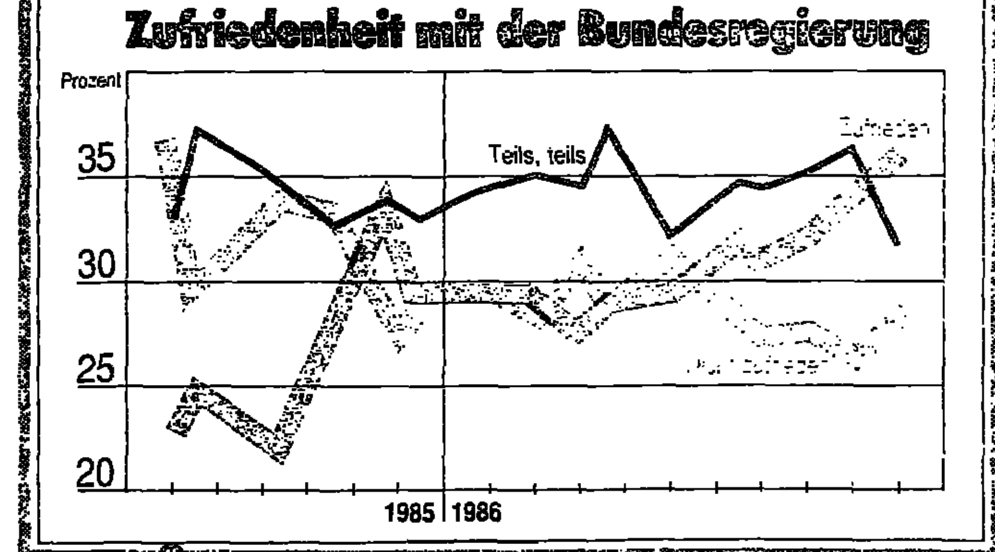
So klar wie jetzt im November sah die Bevölkerung bisher nur einmal *die Lage vor einer Bundestagswahl*, bei der Schmidt/Strauß-Wahl 1980. Die Frage: „Wissen kann das natürlich niemand, aber was glauben Sie, wer die kommende Bundestagswahl gewinnt, wer die meisten Stimmen bekommt, die CDU/CSU oder die SDP/FDP?" beantworteten *im* September 1980 58 Prozent mit: „Die SPD mit der FDP gewinnt"; 17 Prozent hielten daran fest: „Die CDU/CSU".

Jetzt, im November 1986, sagen 58 Prozent, die CDU/CSU mit der FDP werde gewinnen, 15 Prozent meinen dagegen: „Die meisten Stimmen bekommen die SPD und die Grünen." Es sind fast die gleichen Zahlen wie 1980 – nur umgekehrt.

Der Bericht über die Bundestagswahl 1983 endete mit dem Satz: „Die Zeiten, in denen Wahlforscher meinten, der Wahlkampf bewege nichts mehr, sind wohl für lange Zeit vorbei." Wird das auch das letzte Wort nach dem 25. Januar 1987 sein? Wenn eines wirklich zutrifft, dann ist es das: Politik ist die Welt der Überraschungen.

Am nächsten Dienstag lesen Sie in der WELT:
Die politische Stimmung nach der Hamburg-Wahl – Hat die SPD noch eine Chance? – Was wäre ihre beste Strategie? – Schafft die FDP 5 Prozent? – Plus und Minus der Regierung Kohl – Wallmann und der Gift-Unfall bei Basel – Einstellungen zur Kronzeugen-Regelung





Versöhnung der SED mit einem Abtrünnigen

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Späte Genugtuung widerfuhr jetzt in seinem Intendantenzimmer an der „Deutschen Oper" in Charlottenburg *Professor Götz Friedrich: Rund* 14 Jahre nach seinem Bleiben im Westen – die SED schleuderte damals gegen den Oberspielleiter an der „Komischen Oper" in Ost-Berlin den Bannfluch („unwürdig") – versöhnten sich die Genossen mit ihm: Eine SED-Delegation speiste als Gast der Berliner SPD mit Europas Opern-Heros Nummer eins und lud ihn nach Dresden an die Semperoper ein: „Man verstand sich prächtig", fanden Teilnehmer der Tischrunde.

Die Versöhnung der Staatspartei mit dem Abtrünnigen von einst, der 1972 von Stockholm aus seine Kündigung ins Arbeiter-und-Bauern-Paradies schickte, bildete den emotionalen Höhepunkt der Kultur-Expedition von drüben: Nach Pädagogen, Architekten und Stadtplanern sowie *Frauen aus der Politik zwängten sich* hoch angesiedelte Kunst-Ränge aus Ost-Berlin, Dresden, Schwerin mit einem unscheinbaren Bus durch die Mauer am Diplomaten-Übergang Invalidenstraße gen Westen.

„Tiefe Nachdenklichkeit"

Darunter befanden sich Ost-Berlins Chef-Konservator Ludwig Dei*ters, Professor Gerd Schönfelder* (Generalintendant der Semperoper Dresden), Chefdramaturgin Bärbel Jaksch aus Schwerin, Almuth Kilian vom „Deutschen Theater" in Ost-Berlin und mit Gabriele Fink die oberste SED-Kulturfunktionärin im Bezirk *Dresden*.

Deutsch-deutsche Begegnungen der mannigfachsten Art: Beim Streifen durch ein Sanierungsgebiet stieß die „DDR"-Truppe plötzlich auf überaus reale deutsche Gegenwart – einen Kunstmaler, der der „DDR" den *Rücken kehrte – man erkannte sich:* „Mensch, warum bist du denn weg? Wie gehts dir?" Und schon befand man sich mitten im politischen Gespräch über das, was manchen Künstler drüben keine Heimat mehr sehen läßt.

Auf westlicher Seite begleiteten unter anderen Ex-SPD-Spitzenkandidat Harry Ristock und der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, Alexander Longolius, die Gäste: „Eine große, tiefe Nachdenklichkeit auf beiden Seiten, ja – auch Rührung", schilderte Ristock der WELT seine Eindrücke.

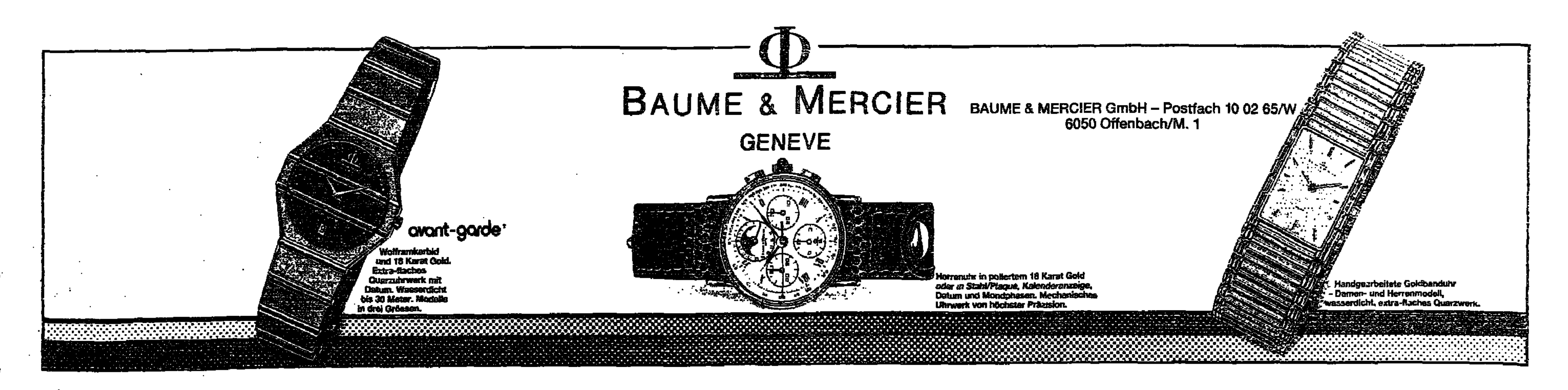
Abseits üblicher Funktionärsreisen in den Westen sahen die überaus angetanen Gäste keine morbide „politische Einheit Westberlin", sondern die vitale West-Hälfte mit ihrem Hauptstadt-Flair im Detail: „Wir sind auch zur Mauer gefahren, das ergab sich bei der Rundfahrt. Und wir haben ihnen gesagt, daß unsere Künstler heute dazu übergehen, den Beton zu bemalen", berichtete Ristock.

Ein westliches Life-Spektakel, das auch den besonnensten SED-Funktionär „regelrecht vom Sessel riß" (ein Begleiter), lieferte der Besuch im Szene-Musical „Linie 1", eine Story über Berlin, in einer U-Bahn angesiedelt: „Können wir das auch unserer Jugend in der DDR zumuten?", fragten sich die Gäste.

Unpolitischer Gruß

Nach einem Long-Talk-Abend im komfortablen Altbau einer West-Berliner Malerin im Villenvorort Zehlendorf und gestärkt durch wohligen Schlummer in einem noblen Hotel bester Schweizer Schule trafen die SED-Gäste dann sogar beim Kurfürstendamm-Bummel auf einen leibhaftigen CDU-Senator: Volker Hassemer, für Kultur und die 750-Jahr-Feier zuständig, stand plötzlich auf dem Trottoir. Man begrüßte sich, ganz unpolitisch, mit einem freundlichen „Guten Tag".

Im kommenden Frühjahr will die Berliner SPD ihre mit den Alliierten und dem Senat (die CDU bemüht sich bekanntlich um Ähnliches) abgestimmten Kontakte mit der SED fortsetzen – auf hoher Ebene, bis hin zum Leiter der West-Abteilung im SED-Zentralkomitee, Gunter Rettner. Das widrige Thema der Einladung Erich Honeckers an den Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen vermied man diesmal höflich.



Frankreichs Studenten rufen zum Streik auf

pr. Paris

Die 5. Republik wird von einer Woge jugendlicher Proteste erfaßt, die von der linken Szene ausgehen. Organisiert von der Lehrergewerkschaft FEN, die angeblich das französische Erziehungswesen verteidigen will, beginnen sich kleinere Manifestationen inzwischen wie ein Schwelbrand über die Universitäten Frankreichs auszubreiten: Studenten haben diese Woche zum Generalstreik aufgerufen – eine Kundgebung auf dem Platz der Bastille erhielt überraschenden Zulauf. Etwa 80 000 Teilnehmer waren in Paris erwartet worden. Über 300 000 sollen es nach Angaben der FEN gewesen sein. Für Stunden war

Anzeige

Verdienen Sie genug?

Interessante Aufstiegs-Chancen bietet Ihnen die BERUFS-WELT in der WELT – mit dem großen überregionalen Stellenmarkt für Fach- und Führungskräfte. Und mit vielen Informationen für mehr Erfolg im Beruf. Auf Wunsch: 4 Wochen kostenlos. Telefon 0130-6060 (zum Ortstarif!) Oder Postkarte an: Die WELT, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

01-252

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Jeden Samstag mit BERUFS-WELT

die Innenstadt lahmgelegt, der Verkehr brach zusammen. Ausschreitungen aber wurden nicht gemeldet, die Linke zeigte sich erstaunlich diszipliniert.

Dieser Aufmarsch an der Bastille vereinte viele bisher zersplitterte oder sogar verfeindete linke Gruppen. Fast das gesamte Kabinett der vor acht Monaten abgewählten sozialistischen Regierung trat an. Die früheren Premierminister Mauroy und Fabius, Kulturminister Jacques Lang, die Nummer zwei der Sozialisten, Jean Poperen, sie alle zeigten sich demonstrativ, umjubelt von den Jugendlichen.

Was Lehrer und Studenten auf die Beine bringt, sind die Reformpläne der bürgerlichen Regierung. Morgen soll im Ministerrat das „Projekt Devaquet" abschließend beraten werden, das unter Erziehungsminister Monory ausgearbeitet wurde. Es sind vor allem vier Streitpunkte, die den landesweit inszenierten Protest hervorrufen:

Der Zugang zu den Hochschulen wird durch Eingangsbedingungen geregelt, die die Universitäten jährlich neu erlassen – das nationale Diplom trägt künftig den Namen der Abschlußuniversität – die Mitbestimmung in den Hochschulgremien verschafft den Professoren wieder einen Anteil von 40 Prozent – die Studiengebühren werden von den Hochschulen selbst festgesetzt.

„Was also ist das Abitur noch wert", stand deshalb auf den Plakaten bei der Demonstration an der Bastille, wenn jede Universität ihre eigenen Eintrittstest durchführen kann? Welchen Sinn macht noch ein Abschluß in Besançon, wenn bei Stellenausschreibungen die Diplome von Paris oder Lyon bevorzugt werden? Wofür sind 1968 die Studenten auf die Barrikaden gegangen, wenn die Mitbestimmung zurückgedreht wird? Die größte Ungerechtigkeit aber, so die Jugendlichen, ist die vorgesehene Gebührenordnung: Das haben die sozial Schwachen auszubaden.

Diese Massenmobilisierung läßt vergessen, daß die Linke mit ihren Plänen zur Abschaffung der Privatschulen 1984 gegen sich selbst eine nationale Protestwelle auslöste. Nun macht die Eile der bürgerlichen Regierung um die Reform des Erziehungswesens verdächtig.

Pjöngjang spricht von einem Unfall des Ministers

AFP, Pjöngjang

Gerüchte über eine Verletzung des nordkoreanischen Verteidigungsministers Oh Jin-Wu bei einem Verkehrsunfall sind gestern zum ersten Mal von offizieller Seite Pjöngjangs bestätigt worden. Vor westlichen Journalisten betonte ein Vertreter des Regimes, der 74jährige Verteidigungsminister sei kürzlich Opfer eines Verkehrsunfalls geworden und seitdem nicht mehr öffentlich aufgetreten. Zu Berichten, Oh Jin-Wu liege im Koma, sagte der Verantwortliche des Internationalen Tourismus-Amtes der Volksrepublik, Kim Do Jun, ohne weitere Erläuterung: „Das habe ich sagen gehört."

Aus einer informierten osteuropäischen Quelle in Pjöngjang verlautete gestern, der Minister habe als einziger bei einem Autounfall auf der Landstraße zwischen Pjöngjang und der Hafenstadt Wonsan überlebt. Vier Personen seien ums Leben gekommen. Die osteuropäische Quelle gab zu Bedenken, daß eine Nachprüfung der Information in einem Land wie Nordkorea praktisch unmöglich sei. Sie schloß nicht aus, daß der treueste Weggefährte Präsident Kim Il Sung in Ungnade gefallen sein könnte.

Die Behauptung, Präsident Kim sei ermordet worden, bezeichnete der offizielle nordkoreanische Vertreter gegenüber den Journalisten als Lüge.

Trend zum populären Rechtskurs

Zupackende Art Haiders verhalf FPÖ zum Wahlerfolg / Die historischen Wurzeln der Partei

CARL G. STRÖHM, Wien

Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), die sich als der große und überraschende Wahlsieger bei den Wiener Parlamentswahlen erwies, wird oft fälschlicherweise mit der deutschen FDP gleichgesetzt. Dies aber ist – obwohl beide Parteien der Liberalen Internationale angehören – ein Fehler, der zu politischen Trugschlüssen führen muß.

Daß FPÖ und FDP weder miteinander identisch noch sehr verwandt sind, hat gerade das Schicksal des gestürzten früheren Parteichefs und Vizekanzlers Norbert Steger gezeigt, der nach der Wahl jetzt wohl endgültig von der politischen Bühne verschwindet. Steger scheiterte nicht nur daran, daß er – analog zur FDP – seine Partei in ein Bündnis mit den Sozialisten führte, sondern vor allem deshalb, weil er den Freiheitlichen ein „linksliberales" Image verpassen wollte. Dagegen rebellierten die Wähler und die FPÖ-Basis.

Das „dritte Lager"

Denn die FPÖ ist in Österreich immer noch die Vertreterin des „dritten Lagers" – eine Partei, die aus einem deutsch-nationalen Liberalismus und auch aus dem großdeutschen Element hervorgegangen ist. Doch: Keineswegs alle österreichischen Großdeutschen waren Nazis.

Die heutige junge Generation der FPÖ bekennt sich ohne Vorbehalte zur österreichischen Eigenstaatlichkeit. Auch von dem neuen FPÖ-Chef Jörg Haider waren keine Äußerungen zu registrieren, die als Anschlußideen oder als Rückgriff auf die braune Vergangenheit interpretiert werden könnten.

Allerdings hat der 1950 geborene FPÖ-Chef im Wahlkampf davon gesprochen, daß die junge Generation in Österreich Respekt vor der Leistung und den Leiden der Kriegsgeneration empfinde – und daß Österreich sich mehr als bisher um die „altösterreichischen" Volksgruppen im Ausland kümmern solle, die heute um ihren Bestand kämpfen müßten: etwa um Siebenbürger Sachsen oder um die Südtiroler.

Daß es Haider in frischer, zupakkender Art – manches Mal wohl auch mit einer Prise Demagogie – gelang, unter den Jungwählern, kleinen Gewerbetreibenden und Bauern (aber erstaunlicherweise auch unter den von Entlassungen bedrohten Industriearbeitern der Obersteiermark) Stimmen zu gewinnen, ist zwar auf den ersten Blick ein neuartiges Phänomen, läßt sich aber gleichfalls auf traditionelle Wurzeln zurückführen.

Das „dritte Lager" in Österreich – das waren schon immer jene Schichten, die sich weder von den stark marxistisch (austro-marxistisch) gefärbten Sozialisten, noch von der als katholisch und folglich „klerikal" geltenden Volkspartei (also den Christlich-Sozialen der Zeit vor 1934) repräsentiert fühlten. In der zweiten Republik organisierten sich die Angehörigen des dritten Lagers zuerst im Verband der Unabhängigen (VdU), der 1949 mit 14 Abgeordneten ein ähnlich spektakuläres Wahlergebnis erzielte wie jetzt Haider. Später wandelte sich diese Gruppe zur FPÖ.

In der Anfangsphase war die FPÖ zu einem gewissen Teil von „Ehemaligen" bestimmt – also von Leuten, die im Dritten Reich Funktionen oder militärische Ränge innegehabt hatten. So war etwa der langjährige FPÖ-Vorsitzende Friedrich Peter Offizier der Waffen-SS.

Keine Parallele zur FDP

Aber gerade Peter, den eine politische Freundschaft mit Bruno Kreisky verband, führte die Freiheitlichen in die Zusammenarbeit mit den Sozialisten, die dann 1983 ihren Höhepunkt in der Wiener Auflage der „sozialliberalen" Koalition fand. Und gerade Peter wurde zum erbitterten Gegner Haiders, als dieser die Abhängigkeit der FPÖ von den Sozialisten zu lockern versuchte.

Wenn sich der Erfolg Haiders tendenziell überhaupt mit Erscheinungsbildern in der deutschen Parteienlandschaft vergleichen läßt, dann sicher nicht mit der FDP, die in fast allen Punkten einen linksliberalen Kurs fährt, während Haider ein Nationalliberaler mit populistischen Elementen ist.

Haiders Erfolg spiegelt in hohem Maße eine gewisse Hinneigung zu einem populären Rechtskurs wider – wobei auch hier wieder „rechts" nicht, wie so oft von der Linken praktiziert, mit Faschismus und Nazismus gleichzusetzen ist. Die Rechte wird vielmehr wieder zu einem normalen Erscheinungsbild in der politischen Landschaft.

London widerlegt die Thesen von Khaddam

Syriens Distanzierungsversuch per Interview „untauglich"

CLAUS GEISSMAR, London

Das WELT-Interview mit dem syrischen Vizepräsidenten Abdel Halim Khaddam ist im Londoner Außenministerium mit großer Aufmerksamkeit gelesen worden. Khaddam hatte London vorgeworfen, eine „Kampagne gegen Syrien" mit einem „Theaterspiel" inszeniert zu haben. Gleichzeitig warnte er Bonn, auf die Linie Londons einzuschwenken. Als „Theaterspiel" qualifizierte Khaddam die Vorgänge um den Jordanier Nisar Hindawi, der zu 45 Jahre Gefängnis verurteilt wurde, weil er versucht hat, im Auftrag des syrischen Geheimdienstes eine Boeing 747 der israelischen Fluggesellschaft El Al in die Luft zu sprengen.

Im Londoner Foreign Office fand man es leicht, die angeblichen Lükken, die der syrische Vizepräsident in dem „Theaterspiel" entdeckt haben will, zu schließen. So behauptet Khaddam, weil die Bombe auf dem Kontrollband im Londoner Flughafen nicht entdeckt worden sei, könne die Bombe entweder zu diesem Zeitpunkt gar nicht im Gepäck gewesen sein oder die Polizei habe sie bewußt übersehen. Khaddam übergeht dabei die Tatsache, daß die Bombe aus Plastiksprengstoff bestand, der auf dem Kontrollbildschirm unsichtbar bleibt. Der Anschlag konnte nur verhindert werden, weil El Al eine zusätzliche Kontrolle durchführt, bei der die Sicherheitsbeamten die Gepäckstücke einzeln mit der Hand durchsuchen. Für diese zusätzliche Kontrolle ist das irische Zimmermädchen, das Hindawi benutzte, aber nicht „ausgesucht" worden (so eine weitere Behauptung von Khaddam). Sie mußte sich dieser Kontrolle wie alle anderen Passagiere unterziehen.

Rechtsstaatlicher Vorgang

Hindawis Verurteilung im Londoner Kriminalgericht Old Bailey ist für das britische Rechtsempfinden im übrigen ein rechtsstaatlicher Vorgang, der alle weiteren Zweifel ausschließt. In diesem Zusammenhang weist man in London darauf hin, daß der Schuldspruch von zwölf Geschworenen stammt, die als schlichte Bürger im Losverfahren ausgewählt werden. Am Schuldspruch nimmt kein Berufsrichter teil.

Khaddam sagte ferner, Frau Thatcher habe in Interviews erklärt, es sei „kein einziger Beweis" dafür gefunden worden, daß es Verbindungen mit Syrien in dieser Aktion gibt. Khaddam verschwieg dabei, daß Frau Thatcher nur unmittelbar nach der Aufdeckung des Anschlags in den USA in einer Bemerkung erklärt hatte, es gebe „im Augenblick" noch keine Beweise. Die britische Regierungschefin hatte ausdrücklich diese Einschränkung gemacht, weil die Untersuchungen noch nicht abgeschlossen waren. Hindawi lieferte dann selbst handfeste Beweise, als er versuchte, aus der Untersuchungshaft heraus Kontakte zum syrischen Geheimdienst zu finden. Daß Syrien Hindawi mit einem Paß ausgestattet hatte, konnte selbst Khaddam in dem Interview nicht bestreiten.

Endgültige Bestätigung

Die über den Strafprozeß im Londoner Old Bailey hinausgehenden Beweise gegen Syrien hat Außenminister Sir Geoffrey Howe seinen EG-Amtskollegen später in einem als „geheim" behandelten Dossier zugänglich gemacht. Teile dieser Dokumentation sind inzwischen durch die Pariser Zeitung „Libération" bekanntgeworden. „Libération", ein Blatt der französischen Linksintellektuellen, ist weit über den Verdacht erhaben, mit der konservativen Londoner Regierung gemeinsame Sache zu machen. Das Blatt bestätigte endgültig die direkte syrische Beteiligung. So sei Hindawi im Januar 1986 nach Syrien geflogen, um mit Mohamed Khuly, dem Chef des Geheimdienstes der syrischen Luftwaffe, zusammenzutreffen. Dessen Stellvertreter, Oberstleutnant Said, übergab Hindawi schließlich den syrischen Paß auf den Namen Issam Share.

Deutlichere Beweise, so meint man im Londoner Außenministerium, sind „eigentlich gar nicht möglich". Die Aussagen in dem WELT-Interview von Vizepräsident Khaddam werden von der Londoner Regierung daher als ein „untauglicher" Versuch bewertet, das zerschlagene politische Porzellan wieder zu kitten. (SAD)

Nachfolge für Karmal nur Zwischenlösung?

DW. Islamabad

Über die Machtverhältnisse an den afghanischen Staats- und Parteispitzen herrscht nach der Ablösung des Staatspräsidenten Babrak Karmal von allen Ämtern und nach Gerüchten über einen Anschlag auf Parteichef Nadschibullah keine vollständige Klarheit.

In Pakistan wurde eine Meldung des staatlichen Rundfunks von Kabul aufgefangen, in der mitgeteilt wurde, Hadschi Mohammed Tsamkani habe Karmals Posten als Vorsitzender des Revolutionsrates eingenommen. Tsamkani, so hieß es in der Meldung, gehöre der Partei nicht an. Außerdem wurde er als „Patron" des Revolutionsrates bezeichnet und nicht als Staatspräsident. Bisher war Tsamkani einer der Vizepräsidenten des Revolutionsrates.

Offensichtlich handelt es sich bei der Ernennung Tsamkanis um eine Zwischenlösung bis zur endgültigen Wahl eines neuen Staatspräsidenten. Möglicherweise wird der Revolutionsrat erst dann einen neuen Staatschef wählen, wenn er die geplante neue Verfassung vorstellt.

Radio Kabul meldete außerdem, der sowjetische Botschafter habe Tsamkani im Präsidentenpalast aufgesucht und ihm zu seiner „Beförderung" gratuliert.

Unterdessen kursieren in westlichen Kreisen in Pakistan Gerüchte, auf Parteichef Nadschibullah sei am Wochenende ein Anschlag verübt worden. Hinter dem Erziehungsministerium in Kabul sei eine Bombe explodiert. Dabei seien vier Menschen getötet und weitere verletzt worden.

Die Explosion wurde mit dem Umstand in Zusammenhang gebracht, daß Nadschibullah in einem nahegelegenen Gebäude eine Pressekonferenz hatte geben wollen. Das Fernsehen in Kabul berichtete angeblich in seiner Nachrichtensendung kurz über die Explosion, teilte jedoch keine Einzelheiten mit. Als Urheber wurden moslemische Widerstandskämpfer genannt. Der Kabuler Rundfunk erwähnte die Explosion jedoch nicht.

Beobachter in Pakistan spekulierten, ob Anhänger des früheren Machthabers Karmal hinter dem Anschlag stehen könnten.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Paris: Streit über private Gefängnisse

PETER RUGE, Paris

Die französischen Gefängnisse quellen über: 50 000 Häftlinge müssen sich 32 500 Plätze teilen – und die Zuwachsraten sind alarmierend. 700 bis 800 Verurteilte vermehren jeden Monat die Überbelegung.

Justizminister Chalandon ist nicht gewillt, zu den Methoden seines sozialistischen Amtsvorgängers zu greifen. Die Gefolgsleute von Staatspräsident Mitterand hatten ihre Justizreform mehrfach mit dem Mittel der Amnestie geschönt, was einen Kollaps in den Gefängnissen bisher verhindert hat.

Hinterlassen haben die Sozialisten der neuen bürgerlichen Mehrheit ein doppeltes Erbe: Es fehlen etwa 16 000 Plätze. Darüber hinaus sind durch die jahrelange Vernachlässigung des Strafvollzugs viele Haftanstalten sehr baufällig – es herrschen zum Teil mittelalterliche Zustände.

Revolutionärer Plan

Chalandons Plan ist ebenso einfach wie revolutionär. Da es der Staatskasse an Geld fehlt, wird das Gefängniswesen privatisiert. Die Vorlage des französischen Justizministers sieht vor, daß in den nächsten fünf Jahren etwa 25 000 Plätze in Privathaftanstalten geschaffen werden und 10 000 Plätze im alten staatlichen Bereich zu erneuern sind.

Der Protest kommt von allen Seiten: In den französischen Zeitungen ist eine wilde Kampagne für und wider privat verwaltete Gefängnisse ausgebrochen. Abgeordnete aller Parteien melden sich erregt zu Wort, im Ministerrat hat soeben auch Mitterrand scharf Einspruch erhoben. Das Hauptargument: Der Strafvollzug ist das alleinige Vorrecht des Staates. Dazu komme, daß hilflose Gefangene der Willkür ausgesetzt seien und der Bestechung etwa für mildere Behandlung, Tür und Tor geöffnet werde, da die Kerker nicht mehr durch Staatsbedienstete betreut würden. Die Beispiele für solchen Mißbrauch seien einschlägig aus vielen Filmen bekannt.

Emotionen verhindern also die sachliche Diskussion. Nicht auszuschließen ist auch ein Verfassungsstreit zwischen Mitterrand und Premierminister Chirac, der ideologische Züge anzunehmen droht.

Vor Verfassungsrat?

Inzwischen wurde der Plan Chalandon dem Parlament als Gesetzesvorlage zugeleitet. Die Sozialisten wollen deshalb den Verfassungsrat anrufen. Den Vorsitz in diesem höchsten juristischen Staatsgremium führt Robert Badinter, der ehemalige sozialistische Justizminister der 5. Republik. Sein Name ist für die Nation zum Begriff geworden; weil er eher die Gesellschaft für das Verbrechen verantwortlich machen wollte als den Täter. Badinter wird mit seiner Stimme unter Umständen den Ausschlag geben, ob Frankreich mit dem Reformplan Chalandon wieder zu einem geregelten Strafvollzug zurückkehren kann.

Gorbatschow preist die Freundschaft zu Indien

KP-Chef trifft heute in Delhi ein / Pakistan vorrangiges Thema

RMB/Die, Moskau/Neu-Delhi

Der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow ist gestern zu seinem „Staatsbesuch der Freundschaft" nach Neu-Delhi abgereist. Begleitet wurde er von Außenminister Schewardnadse, dem für Außenpolitik zuständigen ZK-Sekretär Dobrynin und Generalstabschef Achromejew.

Geradezu aufdringlich wirkten in den letzten Tagen in der Sowjetunion die Lobeshymnen auf die Freundschaft mit Indien. Es wurden die Verträge über die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern veröffentlicht, indische Kulturveranstaltungen abgehalten und zuletzt noch eine Televisionsbrücke nach Neu-Delhi geschlagen.

Gorbatschow erklärte: „Die Beziehungen zu Indien haben Vorrang in unserer Politik." Hinter dieser Äußerung verbirgt sich sicher auch die Beunruhigung Moskaus über die Bemühungen des indischen Premiers Radjiv Gandhi, die Beziehungen zu den USA zu verbessern.

In Neu-Delhi selbst wurden die umfangreichsten Sicherheitsvorkehrungen getroffen, die es je für einen Staatsgast gab. Das gescheiterte Attentat auf Gandhi am 2. Oktober, bei dem sich Indiens Sicherheitskräfte kräftig blamierten, steckt der Regierung noch in den Knochen.

Zum Jubeln abgeordnet

Offenbar hatten auch die Kreml-Gäste nicht allzu großes Vertrauen in die schützenden Fähigkeiten der Gastgeber: Sie schickten 200 Spezialisten und 20 kugelsichere Wagen nach Neu-Delhi.

Für ein herzliches „Willkommen" werden Tausende Fähnchen, Luftballons, Spruchbänder zum Ruhme der indisch-sowjetischen Freundschaft sowie überlebensgroße Plakate mit Porträts Gorbatschows und seiner Frau Raissa sorgen. Etwa 200 000 Schulkinder und Mitglieder der regierenden Kongreßpartei sind aufgeboten, um Gorbatschow entlang seinem Weg vom Flugplatz zum Präsidentenpalast zu begrüßen, wo er während seines viertägigen Staatsbesuchs wohnen wird.

Der KP-Chef trifft mindestens viermal mit Gandhi zusammen und hält eine Rede vor dem Parlament. Internationale Fragen wie Abrüstung, Entspannung und SDI stehen im Mittelpunkt der Diskussionen. Die beiden Länder stimmen darin weitgehend in ihren Ansichten überein. Uneinigkeit dagegen herrscht über den sowjetischen Vorschlag einer asiatisch-pazifischen Sicherheitskonferenz.

Zahlreiche Abkommen

Indien ist auch gegen eine atomwaffenfreie Zone Südasien, denn nach Ansicht Gandhis machen Auswirkungen von Atomwaffen nicht vor Grenzen halt; er plädiert für einen weltweiten Verzicht auf Atomwaffen.

Vorrang bei den Gesprächen wird das indisch-pakistanische Verhältnis haben, das durch die US-Hilfe für Pakistan und dessen Nuklearprogramm belastet ist. Dem sowjetischen Werben um Indien vor der Abreise Gorbatschows stand eine wilde Kampagne gegen Pakistan gegenüber. Es wurde beschuldigt, mit US-Unterstützung die Aggression gegen Afghanistan fortzusetzen.

Während des Besuches werden zahlreiche Abkommen unterzeichnet, so in den Bereichen Wissenschaft, Wirtschaft und Handel, Technologietransfer, Rüstung und Kultur. Außerdem wird Indien eine Wirtschaftshilfe von mehr als einer Milliarde Rubel erhalten. Erst am Wochenende wurde bekannt, daß die indische Luftwaffe Anfang Dezember die ersten sowjetischen Kampfflugzeuge vom Typ MiG 29 erhalten wird.

Golfstaaten fürchten die neue Kampfkraft Irans

Enttäuschung über Washingtons Geschäft mit Teheran

PETER M. RANKE, Kairo

Die zunehmenden Luftangriffe im Golfkrieg, die hohe Opfer unter der Zivilbevölkerung verursachen, führen Militärbeobachter auf die stärker gewordene iranische Luftwaffe und ihre bessere Raketenabwehr zurück. Die Verstärkung der iranischen Kampfkraft geht nach ihrem Urteil auf die amerikanisch-israelischen Waffen- und Ersatzteillieferungen zurück und ist seit Mitte Oktober deutlich erkennbar. Die irakische Luftwaffe, die ein Jahr lang über 120 Angriffe gegen die Öl-Verladepiers auf der iranischen Insel Kharg geflogen hatte, reduzierte ihre Angriffe wegen der zielsicheren Abwehr durch modernisierte Hawk-Raketen. Aus israelischen Beständen waren Ersatzteile und neue Radargeräte für 235 Hawk-Batterien nach Iran geliefert worden.

Irakische Militärs betonen zwar, ihre Luftwaffe und ihre Truppen seien nach wie vor überlegen ausgerüstet und besser als die iranischen, jedoch befürchten sie, daß die Iraner ihrer geplanten „endgültigen Offensive" mit den 2008 amerikanischen Tow-Panzerabwehrraketen eine viel stärkere Durchschlagskraft geben werden. Die Tow reicht knapp drei Kilometer weit, ist drahtgelenkt und wurde auf Bitten Washingtons von Israel über den privaten Waffenhandel und Drittländer geliefert. Diese Lenkwaffe läßt sich nicht nur gegen Panzer, sondern auch gegen befestigte Stellungen verwenden, etwa gegen die Befestigungslinien vor Basra.

Die neugewonnene Kampfkraft der Iraner, die angeblich wieder hundert Kampfflugzeuge der Typen F-4 und F-14 sowie über 40 Kampfhubschrauber einsetzen können, hat auch die arabischen Golfstaaten zu Vorsichtsmaßnahmen veranlaßt. Die arabischen Golf-Anrainer planen gemeinsame Patrouillen ihrer Kriegsschiffe und Kampfflugzeuge, doch wenn dabei die saudischen Fregatten mit ihrer weitreichenden Luftabwehr fehlen, ist eine erfolgreiche Abwehr fraglich. Sollte das Ayatollah-Regime in Teheran Angriffe gegen arabische Bohr- oder Verschiffungsanlagen befehlen, wäre das für die Golfaraber eine Kriegserklärung.

Im Golf können Tanker nach Meinung militärischer Fachleute wirksam nur durch die Einführung eines Geleitzug-Systems geschützt werden. Doch dafür fehlen zentrale Einsatz- und Kommandostäbe, eine gute Organisation, die Mitarbeit der ausländischen Reedereien und wenigstens gelegentliche Nachrichten von der irakischen Luftwaffe, wann und wo sie ihre französischen Mirage gegen feindliche Ziele einsetzt.

Auch wenn die arabischen Ölscheichs in ihren Feudalstaaten keineswegs einen sicheren Sieg des sozialistischen Baath-Regimes in Bagdad ersehnen, so sehen sie sich durch die stärker gewordene Kampfkraft Irans nun mehr denn je von Iran bedroht. Die Stimmung in den arabischen Golfstaaten war seit dem Sturz des Schah noch nie so anti-amerikanisch und pessimistisch.

Fast alle Zeitungs- und Rundfunkkommentare heben die verwerfliche Zusammenarbeit Amerikas mit Israel gegen die arabische Welt und zu Gunsten der Revolutionäre in Iran hervor. Die politischen Kräfte der Mäßigung könnten daher bald durch radikalere Strömungen abgelöst werden. In Saudi-Arabien steht dafür der Name des Kronprinzen Abdallah, des möglichen Nachfolgers von König Fahd. Von ihm erwarten politische Beobachter, daß er eine Aussöhnung mit dem Regime in Iran herbeiführen könnte – auf Kosten der USA. (SAD)

Die Alliierten und ihre Furcht vor Schuldzuweisungen bei Diepgens Absage

Von BERNT CONRAD

Bis Januar oder Februar nächsten Jahres soll nach den Vorstellungen des Berliner Senats Klarheit darüber herrschen, ob der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen im Juni 1987 am Oberbürgermeistertreffen im Ostsektor und vier Monate später am Ostberliner Staatsakt zur 750-Jahr-Feier der Stadt teilnehmen wird. Zwischen dem Senat, den westlichen Schutzmächten und der Bundesregierung sowie innerhalb der Berliner Parteien wird darüber derzeit intensiv konsultiert und debattiert.

Alle Beteiligten stimmen darin überein, daß es sich um eine politisch hochbrisante Frage handelt, die den Status der Stadt berührt. Ob aber die Gefahren eines solchen Unternehmens schwerer wiegen als seine Chancen, ist noch nicht ausdiskutiert. Während Diepgen offensichtlich gern nach Ost-Berlin fahren würde, herrscht bei den Alliierten reservierte Zurückhaltung. In den Parteien mischt sich der Wunsch nach gesamtstädtischer Gemeinsamkeit mit Skepsis über die Motive der SED-Veranstalter. Allein die SPD scheint keine Bedenken zu haben.

Pointiert kann man sagen: Für einen Besuch Diepgens sprechen Emotionen, die Vernunft aber warnt. Dies gilt auch für die allgemeine Stimmungslage in West-Berlin, die laut Umfragen offenbar mehrheitlich einer Annahme der Einladung zuneigt. Dahinter steht der Wunsch, den Feiern zum Stadtjubiläum – wenn es aufgrund kommunistischer Engstirnigkeit schon nicht zu gemeinsamen Planungen und Veranstaltungen kommen kann – wenigstens durch die Präsenz des „Regierenden" im Ostsektor einen Anstrich von Gemeinschaft zu geben.

Diepgen selbst neigt zu dieser Sicht. Von ihm war schon mehrfach zu hören, daß die Betonung der Gemeinsamkeit in der Stadt über die Sektorengrenzen hinweg, ja die Unterstreichung der Rolle Berlins als gemeinsamer Hauptstadt der deutschen Nation im Vordergrund stehen müsse. Offensichtlich schwebt dem CDU-Politiker eine Funktion Berlins als Klammer und Ort des Dialogs zwischen West und Ost vor. Dazu könnte

ANALYSE

eine Teilnahme an den Ostberliner Feiern passen – wenn die politischen Voraussetzungen stimmen, das heißt wenn sichergestellt ist, daß der Status der Stadt keinen Schaden nimmt.

Und da gibt es Bedenken – nicht nur bei den dafür zuständigen Schutzmächten, sondern auch unter Politikern der Koalitionsparteien CDU und FDP. Die „Gretchen-Frage" lautet: Wollen der „DDR"-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker und der Ostberliner Oberbürgermeister Grack als Einlader nicht in Wirklichkeit nur die östliche Drei-Staaten-Theorie untermauern und ihre These von der „besonderen staatlichen Einheit West-Berlin" voranbringen?

Dies könnte auf mancherlei Art geschehen: beispielsweise dadurch, daß der Regierende Bürgermeister beim Staatsakt in eine Reihe mit Staatsoberhäuptern kleinerer Länder plaziert und offiziell neben anderen Regierungschefs begrüßt wird. Es könnte ihm auch passieren – wie es peinlicherweise dem früheren französischen Premierminister Fabius geschehen ist –, daß ihm ein Volksarmeegeneral gegenübertritt und daß vor ihm ein militärisches Zeremoniell abrollt, das nach dem Viermächtestatus zwar in ganz Berlin verboten, bei Feiern im Ostsektor jedoch üblich ist.

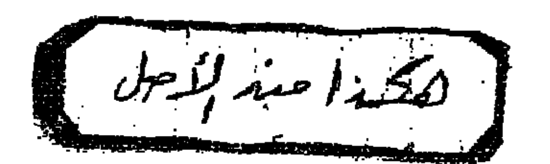
Diese Befürchtungen werden im Rathaus Schöneberg durchaus ernst genommen. Weil der Teufel auch hier im Detail sitzt, sollen alle protokollarischen Einzelheiten vorab mit der „anderen Seite" geklärt und – wie seinerzeit beim Treffen des damaligen Regierenden Bürgermeisters Richard von Weizsäcker mit Honecker in Ost-Berlin – Beeinträchtigungen des Berlin-Status von vornherein ausgeschlossen werden. Nur eine solche Klärung könnte eine Teilnahme Diepgens ermöglichen.

Aber im Rathaus Schöneberg hält man es anscheinend für denkbar, daß Honecker bereit sein könnte, westlichen Status-Bedenken entgegenzukommen. Als Indiz gelten dafür die Briefköpfe der Einladungen an Diepgen: Honeckers Einladung zum Staatsakt enthält dem Vernehmen nach als oberste Absenderzeile den Hinweis „Vorsitzender des Vorbereitungskomitees für die 750-Jahr-Feiern", dann erst folgen die Titel des Staatsratsvorsitzenden und des SED-Generalsekretärs. Auch Oberbürgermeister Grack fungiert in seiner Einladung zum Bürgermeistertreffen formell als stellvertretender Vorsitzender des Vorbereitungskomitees.

Gerade die kommunale Einladung aber, die man für relativ harmlos halten könnte, wirft rechtliche Probleme auf. Denn SED-Verwaltungschef Grack vertritt einen Magistrat, der nach alliierter Rechtsauffassung garnicht existiert, weil er 1948 bei der Spaltung der Stadt gewaltsam eingesetzt und seither nicht legitimiert worden ist. Und wenn es stimmt, daß Honecker den Regierenden Bürgermeister ausdrücklich in die „Hauptstadt der DDR" eingeladen hat, dann ist der Pferdefuß der Einladung schon jetzt sichtbar.

Die Entscheidung über den Besuch – darauf hat der amerikanische Gesandte John Kornblum jetzt noch einmal hingewiesen (s. WELT v. 24.11.) – soll auf jeden Fall von den Schutzmächten, dem Senat und der Bundesregierung einvernehmlich getroffen werden. Für eine Absage aber würde die Öffentlichkeit mit Sicherheit allein die Alliierten verantwortlich machen. Das könnte sich atmosphärisch sehr negativ auswirken. Darum meinte ein Berliner Politiker, am Besten wäre es gewesen, wenn Diepgen von sich aus schnell nein gesagt hätte.

هكذا عند الأصل



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Alle 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 02 28/30 41, Telex 8 85 714

Erzwungene Menschlichkeit

„Die ‚Schwäbische Türkei' – Eine Brücke nach Deutschland": WELT vom 17. Oktober

Sehr geehrte Herren,

der – auch aus ungarndeutscher Sicht – gute und begrüßenswerte Bericht Carl Gustaf Ströhms vom Ungarn-Besuch des Bundespräsidenten von Weizsäcker muß nur an der Stelle richtiggestellt werden, wo es heißt: „*Ungarn hatte sich 1945 an der in* Potsdam von den Siegern beschlossenen Deutschen-Austreibung anfangs beteiligt, hat aber, im Gegensatz zu anderen Staaten dieses Raums, diese Aktion relativ bald wieder eingestellt, so daß etwa die Hälfte der Schwaben im Lande verbleiben konnte."

Dazu ist folgendes zu sagen:

Ungarn hat – im Gegensatz zu „einem anderen Staat dieses Raums", *Rumänien – die* „Deutschen-Austreibung" bei den Siegern in Potsdam beantragt.

Da Rumänien die „Deutschen-Austreibung" erst gar nicht beantragt und sich an diesem (als „Aktion" verharmlosten) Verbrechen auch „anfangs" nicht beteiligt hat, konnte es diese „Aktion" auch nicht „relativ bald" wieder einstellen, wofür Rumänien Tadel, Ungarn dagegen Lob verdient...

Nicht weil Ungarn – angeblich von sich aus – diese „Aktion" eingestellt hat, sondern weil sowohl die Amerikaner als auch die Russen die Aufnahme weiterer „Schwaben"-Transporte aus Ungarn (aus Rumänien ka*men keine!) in ihre Besatzungszonen* verweigert haben („Wir dachten..., wir hätten... die weitere Aussiedlung der Schwaben unterlassen. Statt dessen aber flehen wir die Mächte an, daß wenn die Schwaben schon nicht mehr in die amerikanische Zone gebracht werden können, so sollen wir sie wenigstens in die russische Zone abschieben dürfen." Brief des ungarischen Episkopats an den Ministerpräsidenten Uj Ember vom 17. August 1947; zitiert bei Dr. J. Weidlein: Geschichte der Ungarndeutschen in Dokumenten, S. 384), „konnte etwa die Hälfte der Schwaben im Lande (Ungarn) verbleiben".

Mit freundlichen Grüßen
Franz Wesner,
Dortmund 14

Uni und Erlebniswert

Hochschul-Serie: „Wo sich Universitäten um Studenten reißen werden"

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei der Gesamtnachfrage nach Studienplätzen in Passau im 50-km-Einzugsbereich weist die Studie der Universität einen Platz nahe dem Durchschnitt aller Universitäten zu. Gewichtiger – und dies kommt bei Böckling zu kurz – ist die Feststellung der Studie, daß 46 Prozent der Nachfrage nach Studienplätzen nicht durch das Studierwilligenaufkommen und durch das Fächerangebot erklärbar sind, also nahezu die Hälfte von Böckling lediglich am Rande be*handelt ist.*

Bei diesen 46 Prozent geht es um den Erlebniswert, den Studienanfänger vom Studium in einer Stadt erwarten. Der Untersuchung geht es hier vor allem um das Image des Hochschulstandortes. Bedeutsam sei *– so die Verfasser – zum Beispiel, ob* die Stadt ein attraktives Stadtbild besitze, ob sie Atmosphäre und Leben ausstrahle, ob sie als Universitätsstadt Tradition besitze, ob sie studentenfreundlich sei oder welches Image sie bei Studenten und Eltern besitze. Hier liegt die Universität Passau auf Rang 23 unter den 52 untersuchten wissenschaftlichen Hochschulen.

Wenn Böckling die „Negativ-Rang*liste*" hervorhebt, so deswegen, weil die Studie, die laut ihrer Verfasser zunächst noch eine vorläufige ist, aufgrund ihrer bisweilen gewählten Untersuchungsansätze und -methoden vornehmlich den jungen und/oder kleinen Universitäten mit geringerem oder speziellem Fächerangebot nicht gerecht werden kann. Grund: Meist arbeitet die Studie mit absoluten Zahlen. Ohne – zum Beispiel prozentual – vergleichende Maßstäbe verweisen nach diesen Grundsätzen erstellte *Auflistungen zwangsläufig die kleinen* Universitäten auf die letzten Plätze.

Es bedarf sicherlich einer besonderen methodischen Hinwendung, will man jeweils in ein und derselben Untersuchung den Riesen München mit dem Zwerg Passau vergleichen. Sicher wollten die Verfasser der Studie – und dies gilt wohl bezüglich aller sogenannten „gefährdeten" Universitäten – eine negative Bundesligatabelle (mit Spitzenreiter „Bayern Passau") nicht provozieren.

Die Sensibilität der Materie verlangt zumindest dort nach intensiv-individueller Betrachtung, wo das Urteil negativ ist.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Karl August Friedrichs,
Kanzler der Universität Passau

Wort des Tages

„Die Zeit der Ideologien, wie sie noch nach 1918 möglich waren, ist vorbei; sie liegen den großen Mächten nur noch als ganz leichte Schminke auf."

Ernst Jünger, deutscher Autor (geboren 1895)

Gewerkschaft

„Breits Hut": WELT vom 14. November

Ihre Feststellung, daß wir eine starke Einheitsgewerkschaft und nicht englische Verhältnisse brauchen, kann nur unterstrichen werden. Auch die Zerstrittenheit in der SPD und deren diffuse Sicherheits- und Energiepolitik können nicht staatspolitischen Interessen dienen. In der Tat, SPD und Gewerkschaften haben insbesondere beim Aufbau unseres Staatswesens nach 1945 in schwerer Zeit mit dazu beigetragen, eine Kräftebalance zu verstetigen, ohne die *sich unser Gemeinwesen nicht so hätte* entwickeln können.

Herbert Singer,
Hamburg 1

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus Ultrarot wird flugs Grün – womit ich ergänzen möchte, daß die Linksaußen-Spieler auf ein Zusammengehen mit den Grünen drängen oder ihnen auch schon mal bei Wahlen ihre Stimme geben. So wird die grüne Bewegung ohne großen Aufwand leicht zum Zünglein an der Waage.

Die Kursbestimmung durch eine Minderheit führt schnell zur Pervertierung der Demokratie. Die großen Parteien sind gefordert, nicht nur mit einer Zunge redend ihrer Ablehnung Ausdruck zu verleihen – sie müssen auch kurz und knapp erklären, warum man Grün nicht wählen kann.

Die beste Methode, das Zünglein zu kappen, ist allerdings noch immer überzeugendes Handeln der politisch *Verantwortlichen – mit klarem Kurs* vor allem auf den von den Grünen okkupierten Feldern der Sicherheit und des Umweltschutzes.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Hans Georg Hess,
Wunstorf-Idensen

Lästerung?

„Eine trotzige Begeisterung im ‚Schwabinger Bräu'": WELT vom 13. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

in dem Artikel schreiben Sie, Johannes Rau scheine trotzig gewillt zu sein... die Rolle des „Menschenfischers" auch künftig zu spielen. Diese Bezeichnung des „Menschenfischers" wurde in der vergangenen Zeit schon öfter erwähnt, ob von den Medien oder von Johannes Rau selber, sei dahingestellt.

Will sich Johannes Rau damit auf eine Stufe mit Petrus, dem Menschenfischer mit dem Fischerring, den der Papst noch heute trägt, stellen? Ist dies nur einfach geschmacklos oder vielleicht sogar schon gotteslästerlich?

Man sollte doch in der Politik die Kirche und das Christentum aus dem Spiel lassen und nicht einen Kanzlerkandidaten mit dem „Menschenfischer" Petrus vergleichen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Werner Vilmar,
Laufen/Salzach

Rechtspolitik

„Streit um ‚Kronzeugen' bringt Bangemann in Bedrängnis": WELT vom 20. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

die gleichen Leute in der FDP, die jetzt Bedenken gegen die „Kronzeugen-Regelung" vorbringen, haben sich doch immer wieder für einen „liberalen" Strafvollzug eingesetzt. Dadurch war es möglich, daß Mörder, Sittlichkeitsverbrecher und andere Schwerverbrecher, die noch mehrere Jahre Strafe zu verbüßen hatten, „Urlaub" aus dem Gefängnis erhielten. Diesen Urlaub haben sie häufig zu neuen Straftaten benutzt. Aber selbst diese Tatsache hat bisher nicht dazu geführt, daß zumindest Schwerverbrecher von der Urlaubsregelung ausgenommen werden.

Die Argumente der Gegner einer „Kronzeugen-Regelung" erscheinen daher auch sehr scheinheilig, wenn sie jetzt argumentieren, daß eventuell auch am Mord Beteiligte Straffreiheit erhalten könnten. Bisher steht ja noch nicht einmal fest, ob mit dieser Regelung die Geschlossenheit der RAF durchbrochen werden kann. Die Politiker aller Parteien sollten sich aber klar darüber sein, daß der Schutz der unschuldigen Personen, die den Terrormördern zum Opfer fallen, Vorrang vor allen Bedenken hat.

Mit freundlichen Grüßen
U. Kracht,
Bückeburg

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

die FDP bemüht sich zur Zeit in ihren Gremien eine Linie zu finden und trägt damit wesentlich zur öffentlichen Meinungsbildung bei. Aber statt der FDP zu danken, wird sie nur kritisiert und an ihre Koalitionsdisziplin erinnert.

Heißt denn Demokratie, daß jedes noch so bedenkliche Gesetz verabschiedet werden muß, damit die Regierung keinen Schaden nimmt?

Nach dem Grundgesetz sind die Abgeordneten nur ihrem Gewissen verpflichtet. Das bedeutet für mich zwingend, daß Gesetzentwürfe, die liberaler Politik wesentlich widersprechen, so nicht verabschiedet werden dürfen, auch wenn dadurch der Koalitionspartner brüskiert wird. Sollte die Kronzeugenregelung tatsächlich zu Fall kommen, wäre dies ein überzeugendes Beispiel für gelebte Demokratie und ein Stück Glaubwürdigkeit der Regierungspolitik.

Mit freundlichen Grüßen
Peter Raubuch,
Sprockhövel

Wo George starb

„George war ihr Schicksal": WELT vom 18. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

es hätte der Buchbesprechung gut angestanden, wenn mit einem Satz erwähnt worden wäre, daß Heinrich George im KZ Oranienburg unter roter Diktatur starb. Gerade den jüngeren Lesern ist ja meistens unbekannt, daß nach der „Befreiung" viele KZs weiterbestanden. Es wurden nur die Insassen und die Wachmannschaften ausgewechselt!

Georg Zimmermann,
Wentorf bei Hamburg

Personen

ABSCHIED

Einer der großen profilierten Journalisten in Bonn, **Dankwart Reissenberger**, seit 1969 Leiter des Bonner Studios des Süddeutschen Rundfunks, wurde gestern abend verabschiedet. Zu Ehren des zukünftigen „Pensionärs" hatte Intendant Professor Dr. **Hans Bausch** zu einem Empfang in die Landesvertretung von Baden-Württemberg eingeladen. Bausch stellte einem Kreis von rund 300 Gästen auch den Nachfolger Reissenbergers vor, dessen langjährigen Mitarbeiter **Günter Krems**. Günter Krems war früher *WELT-Mitarbeiter. Dankwart Reis*senberger ist in Hermannstadt, Siebenbürgen, geboren. Bei der „Mainpost" in Würzburg trat er nach dem Kriege seine erste Volontärstelle an. Seine erste Redakteursstelle fand er 1948 bei der „Schwäbischen Post", danach wechselte er zur „Heidenheimer Zeitung". 1958 trat Reissenberger den Weg nach Bonn an. Zunächst ging er in das Pressebüro von **Harald O. Hermann** und arbeitete für vier Zeitungen, unter anderem für die „Berliner Morgenpost". 1959 wurde Reissenberger Leiter der Parlamentsredaktion der „Kölnischen Rundschau" und der „Bonner Rundschau". Dankwart Reissenberger hat sich als innen- und außenpo*litischer Kommentator einen großen* Namen gemacht. Engagiert arbeitete er im Vorstand der Bundespressekonferenz und des Bonner Presseklubs mit. Er ist heute außerdem stellvertretender Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen und einer der Vizepräsidenten des Bundes der Vertriebenen.

WAHL

Der CDU-Bundestagsabgeordnete **Heinz Schemken** (51) ist neuer Vorsitzender des deutschen Kolpingwerks. Schemken ist Nachfolger von Paul Hoffacker, der bei der Zentralversammlung des Kolpingwerks in Mainz nicht wieder für den Vorsitz kandidierte. Hoffakker war 14 Jahre lang Kolping-Vorsitzender.



Heinz Schemken

VERANSTALTUNG

Den Senioren wird die Christlich-Demokratische Union am 3. Dezember in Freiburg eine „Zielgruppenveranstaltung" widmen. Zu dem Motto „Sichere Renten, Selbständigkeit und Geborgenheit im Alter" werden die beiden Hauptredner, CDU-Generalsekretär Dr. **Heiner Geißler** und Bundesarbeitsminister **Norbert Blüm**, sprechen. Eröffnet wird die Veranstaltung in der Freiburger Stadthalle von dem Bundestagsabgeordneten **Gerhard Braun**, der Seniorenbeauftragter der Union ist. Als Vorsitzender der Senioren-Union von Baden-Württemberg wird sich der Landtagsabgeordnete **Alfred Löffler** zu Wort melden. Zu den Moderatoren und Diskussionspartnern gehören die frühere Stuttgarter Ministerin **Annemarie Griesinger**, der frühere Bundesgeschäftsführer der CDU, Dr. **Konrad Kraske**, und Baden-Württembergs Minister Dr. **Heinz Eyrich** sowie die Bundestagsabgeordneten **Hans-Peter Repnik** und Dr. **Conrad Schröder**.

KIRCHE

Neuer Rektor der Philosophisch-Theologischen Hochschule der Steyler Missionare in Sankt Augustin bei Bonn wurde P. Dr. **Werner Prawdzik**, Professor für Katechetik und Pädagogik. Sein Vorgänger in diesem Amt, P. Dr. **Paul Zepp**, wurde Vize-Offizial bei dem Erzbischöflichen Offizialat in Köln. Das Amt des Vize-Rektors der Hochschule hat P. Dr. **Hermann Gräf** übernommen, Professor für Liturgiewissenschaft.

EHRUNGEN

Verantwortungsbewußtes Mäzenatentum bescheinigte der Rektor der traditionsreichen Heidelberger *Universität, Professor Dr.* **Gisbert Freiherr zu Putlitz**, der Ehrenvorsitzenden des VDO-Aufsichtsrates, **Liselott Schindling-Rheinberger**, als ihr die Universität die Würde des Ehrensenators verlieh, mit der erstmals eine Frau ausgezeichnet wurde. Frau Schindling-Rheinberger, unter dem Namen **Liselott Linsenhoff** eine der ganz „Großen" im deutschen Dressur-Reiten, dem sie auch heute noch als Mäzen verbunden ist, hat die Universität aktiv beim Aufbau des Internationalen Wissenschaftsforums Heidelberg unterstützt.

*

Der mit 15 000 Mark dotierte Bremer Literaturpreis der Rudolf-Alexander-Schröder-Stiftung 1987 wird an den Schriftsteller **Jürgen Becker** verliehen. Der 54 Jahre alte, in Köln lebende Autor erhält die Auszeichnung für seinen Lyrikband „Odenthals Küste". In der Begründung der Jury für die Zuerkennung des Preises heißt es unter anderem, der Autor habe sich in seinen neuen Gedichten „mit unbeirrbarer Konsequenz der Wahrnehmung von Wirklichkeit jenseits fertiger Bilder und idyllischer Ansichten" verschrieben. Seine Lyrik weise ihn als „Seismographen von Widersprüchen, Erstarrungen und Verlusten unserer täglichen Erfahrung" aus. Der 23jährige **Daniel Grolle** aus Gießen erhält für seinen Erzählband „Keinen Schritt weiter" den mit 7500 Mark dotierten Förderpreis der Stiftung.

*

Dem stellvertretenden Vorstandsmitglied von Care Deutschland e. V. und früheren Chefredakteur des Senders Freies Berlin, Dr. **Peter Pechel**, ist das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen worden. Dr. Pechel erhielt diese Auszeichnung für seine unermüdlichen Bemühungen um eine bessere Verständigung zwischen den Völkern und seine ehrenamtliche Tätigkeit für die Hilfeorganisation Care Deutschland.



Peter Pechel

*

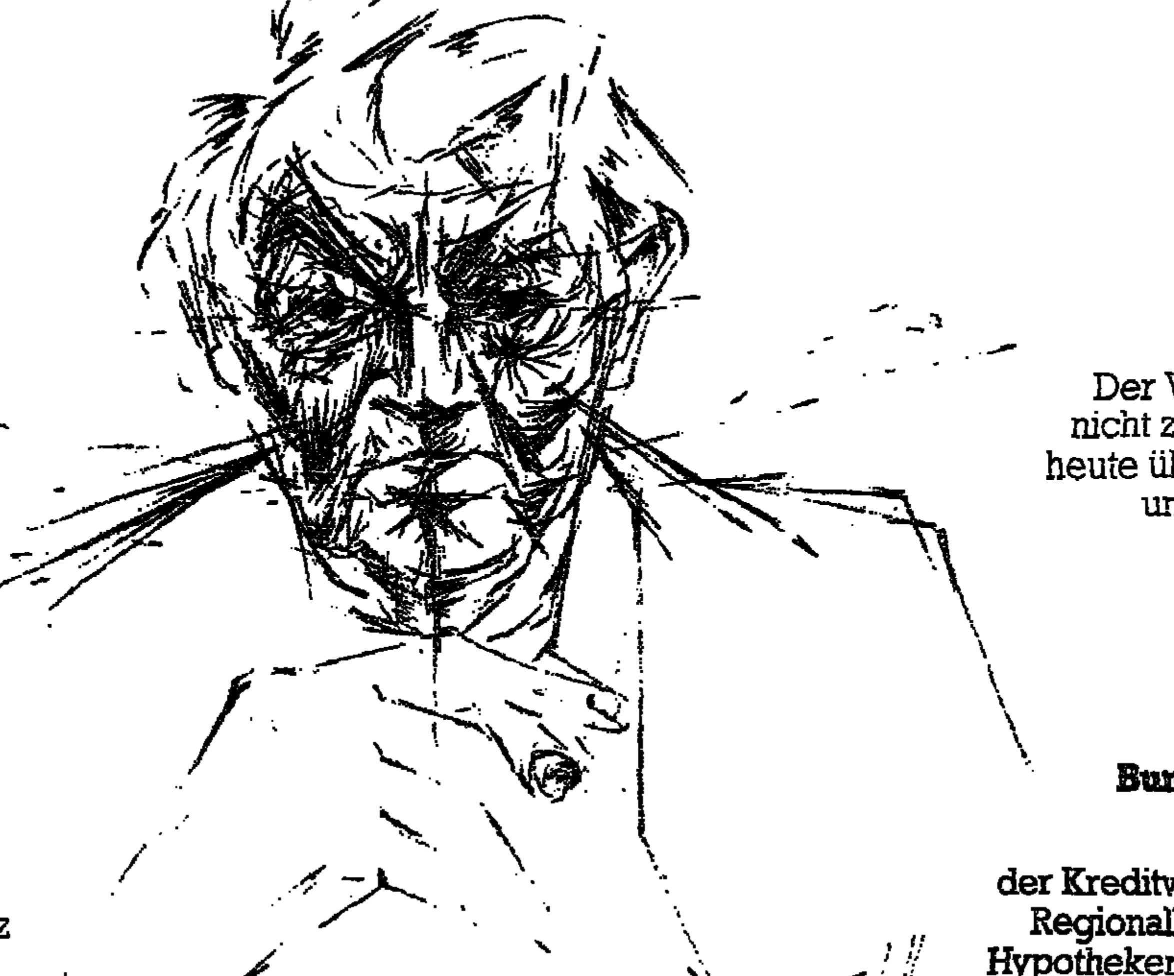
Der Maler, Graphiker und Bildhauer **Martin Wolter** hat den Kulturpreis 1986 der Mecklenburgischen Landsmannschaft erhalten. Nach Meinung der Landsmannschaft ist der 1913 geborene Mecklenburger Wolter ein Künstler, der den Blick „auf die alte deutsche Landschaft Mecklenburg lenkt". Die beherrschenden Themen in den *Arbeiten Wolters, der dem Expres*sionismus zuneigt, sind das Land und das Meer. Der Künstler, der in Hessen ein zweites Zuhause gefunden hat, sucht seine Stimmungsmotive heute in der Wattlandschaft der Nordsee.

GESTORBEN

Erich Riebartsch, emeritierter Professor für Kirchenrecht, Liturgik und Katechetik am Hildesheimer Priesterseminar, ist am Samstag im Alter von 84 Jahren gestorben. Riebartsch gehörte 1933 zu den Mitbegründern der Kirchenzeitung für das Bistum Hildesheim. Er war Rundfunkbeauftragter der katholischen Kirche und Mitglied des Rundfunkrates des Norddeutschen Rundfunks. Bis in seine letzten Lebensjahre leitete Riebartsch als Prior die norddeutsche Provinz des Ritterordens vom Heiligen Grab. Im vergangenen Jahr brachte er eine „Geschichte des Bistums Hildesheim von 815 bis 1024 auf dem Hintergrund der Reichsgeschichte" heraus.

Die privaten Banken zum „Lebensstandard"

Über soviel Wohlstand für alle hätte sich selbst Ludwig Erhard gewundert



Als alle Welt das deutsche Wirtschaftswunder rühmte, hatte Ludwig Erhard der Wirtschaft bereits ihr Ziel gesetzt: Wohlstand für alle. Das war 1957, neun Jahre nach der Währungsreform.

Was danach kam, ist die Geschichte eines steilen Aufstiegs. Es stiegen

* das verfügbare Jahreseinkommen der Haushalte von durchschnittlich DM 7.650 auf heute 50.300 DM
* die Zahl der privaten Autos von 2,4 Millionen auf 22,6 Millionen
* die Ausgaben für Auslandsreisen und -urlaube von 1,4 Milliarden Mark auf 43 Milliarden Mark
* die Zahl der Haushalte mit Haus- und Grundbesitz von 7,5 Millionen auf über 11 Millionen.

Wir privaten Banken meinen: Der Vater des Wirtschaftswunders hat nicht zuviel versprochen. Er würde sich heute über soviel Leistung des einzelnen und soviel Wohlstand für alle sogar wundern.

Bundesverband deutscher Banken.

Die Privatunternehmen der Kreditwirtschaft: Großbanken, Regionalbanken, Privatbankiers, Hypothekenbanken. Btx * 45900 #





Fast bei jedem zweiten Flug wird die Fliegerstaffel des Bundesgrenzschutzes bei ihren Patrouillenflügen über der Deutschen Bucht „fündig". Die mit Videokameras zur Beweissicherung ausgerüsteten Hubschrauber, die hier nach Umweltsündern Ausschau halten, werden auf dem Wasser durch Zoll- und Bundesgrenzschutzboote unterstützt FOTO: DPA

Wie Nessie die Nordsee schützen kann

Die Forschungen über die Schadstoffbelastung des Meeres sollen intensiviert werden

Von DIETER THIERBACH

Die Nordsee kann durchatmen" lautete die Schlagzeile einer Agenturmeldung vor einigen Wochen, in der verbesserte Sauerstoffverhältnisse vermeldet wurden. Wenige Tage darauf hieß es: „Nordsee eines der schmutzigsten Meere". Danach sollte das marine Ökosystem einem offiziellen Bericht der niederländischen Regierung zufolge so verschmutzt sein, daß negative Veränderungen bis ins nächste Jahrhundert anhalten werden, selbst wenn die Einleitung von Schadstoffen unverzüglich gestoppt würde.

Prof. Herwart Bungenstock, Leiter des Referates „Meeres- und Polarforschung" im Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT), kann diese Schlußfolgerung nicht teilen: „Die Fläche der Nordsee beläuft sich auf zwei Promille, bezogen auf die Gesamtfläche der Weltmeere. Was da – gerade jetzt – vom Rhein her alles hineinfließt, ist durch die intensive Vermischung so harmlos geworden, daß eine Belastung der Fische nicht auftritt. Wir wissen jedoch nichts über Langzeitschäden", erklärte er gestern vor Journalisten. „Pflanzen und Tiere in diesen Lebensräumen können noch nicht als Indikatoren für Umweltbelastungen genutzt werden."

Für den Parlamentarischen Staatssekretär im BMFT, Albert Probst, ist „die Entlastung der Nordsee von Schadstoffen ein erklärtes Ziel der Bundesregierung". Für ihn ist Euromar, der Zusammenschluß von elf europäischen Staaten zur „Entwicklung und Anwendung moderner Technologien zur Erforschung ökologischer Kausalzusammenhänge in den europäischen Meeren", eine notwendige Voraussetzung, um „aktuellen Ereignissen schnell wissenschaftlich folgen zu können".

Die vor zwei Monaten bei ihrem ersten Treffen vereinbarten Themenschwerpunkte sollen bis März nächsten Jahres zu konkreten Forschungsvorhaben formuliert werden, um dann unverzüglich in Entwicklungsarbeiten überführt zu werden. Das BMFT beteiligt sich an dem bis 1993 laufenden, mit 350 Mio. DM veranschlagten Projekt mit 25 Prozent.

Die jetzt vorgelegte Zwischenbilanz mache deutlich, welche Verbesserungen bei der Isolierung und Analytik von Schadsubstanzen erreicht wurden. Die maritime Forschung, lange Zeit von den Naturwissenschaften als Stiefkind behandelt, setzt Verfahren ein, die noch vor Jahren den Hochschulinstituten vorbehalten waren. Auf der technischen Seite haben Neuentwicklungen bei der Bekämpfung der Meeresverschmutzung zu Lösungen geführt, so z. B. die Entwicklung von Ölabsperrsystemen, die insbesondere auf hoher See bei Wind, Seegang und Strömung eingesetzt werden können. Hier hat sich eine am Einsatzort aus zwei flüssigen Komponenten gebildete Endlossperre aus Polyurethanschaum (System „Nessie") als besonders effektiv und ökonomisch erwiesen.

Doch, so mußten sich die Experten fragen lassen, was nutzen alle Maßnahmen, wenn auch weiterhin Restöle in Nacht-und-Nebel-Aktionen ins Meer abgelassen werden und für großflächige Verschmutzungen sorgen? Stehen Millionen-Aufwendungen für hochpräzise Analytik und unzureichende Mittel zur Kontrolle der Umweltsünder nicht im Widerspruch?

Herwart Bungenstock: „Ob Öl aus Tankern, beim Betrieb von Dieselmotoren anfallendes Bilgenöl oder von Förder-Plattformen: Die uns zur Verfügung stehenden Methoden zur eindeutigen Identifizierung per Fernerkundung vom Flugzeug sind sehr viel besser geworden. Die Herkunft des Öls – und damit Rückschlüsse auf den Verursacher – ist jetzt innerhalb kurzer Zeit möglich.

Spezialboote, die im Moment gebaut und voraussichtlich Ende nächsten Jahres zum Einsatz kommen, sollen dann die Flugzeuge ablösen, die bei großen Windstärken und stürmischer See die Überwachung nicht mehr vornehmen können.

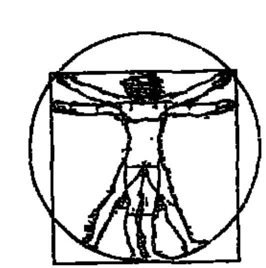
NOTIZEN

Alkoholschäden

München (dpa) – Der Anteil der exzessiven Trinker über 16 Jahre beträgt zwei Prozent der Gesamtbevölkerung, das sind rund 1,2 Millionen Alkoholkranke mit deutlich geistigen Störungen und Konflikten in ihren mitmenschlichen Beziehungen. Dies erklärte Prof. Eberhard Lungershausen (Erlangen) auf dem 26. Bayerischen Internistenkongreß in München. Neben den internistischen Folgeerkrankungen wie Herz-, Kreislauf- und Schlafstörungen stellten sich auch gravierende psychische Störungen wie Angst, Reizbarkeit, Depression und Störung der Wahrnehmung ein.

Schutz der Donauauen

Wien (DW.) – Heftige Kritik an der österreichischen Bundesregierung wegen des geplanten Wasserkraftwerks-Projektes zwischen



Gabcikovo (Tschechoslowakei) und Nagymaros (Ungarn) hat der Deutsche Bund für Vogelschutz (DBV) geübt. Dem Projekt, das von Österreich, der Tschechoslowakei und Ungarn zusammen geplant wird, würden 10 000 Hektar Auenwald zu Opfer fallen, die Donau würde auf einer Länge von 200 km total zugebaut und in ein Betonbett eingezwängt.

Digitaler Zahnabdruck

Grenoble (Rend) – Per Computer will der französische Zahnarzt François Duret Abdrücke von Zähnen herstellen, wie sie beim Zahnersatz benötigt werden. Die Stelle des zu ersetzenden Zahnes und seine Umgebung werden mit einer 3D-Videokamera aufgenommen. Die Videosignale werden digitalisiert und dann in einem Kleincomputer mit einem Programm, wie es aus Konstruktionsbüros bekannt ist, so umgerechnet, daß sich der Zahnersatz konstruieren und direkt computergesteuert fertigen läßt.

Hilfeleistung, die jeden anspricht

In den USA werden Herz- und Kreislauferkrankungen in einer großen Kampagne bekämpft

In der letzten Woche trafen sich mehr als 21 000 Kliniker und Forscher aus aller Welt in Dallas beim 59. Kongreß der American Heart Association. Aufgrund der Bemühungen dieser Gesundheitsorganisation konnte in den USA die Sterblichkeitsrate von Herz-Kreislauf-Erkrankungen um 29 Prozent gesenkt werden. Über die Gründe für diesen Erfolg und herausragende Ergebnisse der Tagung äußerte sich der Präsident des Kongresses, Professor Kenneth Shine (Universität von Kalifornien, Los Angeles), gegenüber der WELT. Mit ihm sprach Vera Zylka.

Sie sind mit dem Stand der weltweiten Herzforschung bestens vertraut. Gab es dennoch einen Kongreßbeitrag, der für Sie überraschende Ergebnisse vorstellte?

Shine: Ich war sehr beeindruckt von der Erweiterung verengter Herzklappen mit Hilfe eines Ballonkatheters. Ich glaube, daß dieses Verfahren besonders für die älteren Leute eine große Chance bedeutet, von ihren erheblichen körperlichen Beschwerden ohne Herzoperation befreit zu werden.

Welche Forschungen auf dem Gebiet der Herz-Kreislauf-Erkrankungen sind für Sie revolutionierend?

Shine: Ich glaube, daß die erzielten Entwicklungen auf zwei Forschungsgebieten einen Durchbruch für die Zukunft in der Vorbeugung und Behandlung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen bedeuten. Da ist zum einen die Aufklärung des genetischen Codes von Fermenten, die im Körper die Herstellung von Cholesterin (einem Hauptverursacher der Arteriosklerose) regulieren.

Diese Arbeiten sind bereits weit fortgeschritten. Nach ihrem Abschluß wird es möglich sein, die Cholesterinproduktion des Organismus zu kontrollieren. Das hätten wir vor Jahren in so kurzer Zeit für unmöglich gehalten. Auch die gezielte Auflösung von Blutgerinnseln (Thromben) zum Beispiel bei Herzinfarkten und Schlaganfall ist eine aufregende Sache. Diesen Weg werden wir weiter verfolgen müssen.

Welche Forschungen haben Ihrer Meinung nach nicht die gesetzten Hoffnungen erfüllt?

Shine: Wahrscheinlich war man zu optimistisch, was die Behandlung der Hochdruckkrankheit mit dem körpereigenen Herzhormon (ANF) angeht. Seine therapeutische Anwendung ist wegen seiner kurzen Wirkungszeit deutlich eingeschränkt und nicht nützlich. Ich glaube schon, daß die Ergebnisse dieser Studien unbefriedigend und enttäuschend sind.

Was ist der Grund für den großen Erfolg der American Heart Association in der Bekämpfung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen?

Shine: Wenn Sie die Geschichte dieses Landes verfolgen, dann gibt es hier eine lange Tradition von freiwilligen Hilfsleistungen. Hier gibt es viele Menschen, die sich uneigennützig bemühen, soziale Mißstände abzuändern. Tausende im ganzen Land arbeiten in der American Heart Association freiwillig nur mit dem Ziel, die Gesundheit der amerikanischen Bevölkerung zu erhalten. Die bekanntesten Radio- und Fernsehanstalten und ihre Stars arbeiten alle unentgeltlich für unsere Ziele. Sportveranstaltungen, Restaurants und Lebensmittelketten, Fluggesellschaften und viele andere veröffentlichen für uns Hinweise und Warnungen zur Vorbeugung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Über 100 Zeitungen im Land drucken kostenlos unsere Informationen.

Aber das ist nur ein Bruchteil der freiwilligen und kostenlosen Hilfen. Dies hat den Effekt, daß unsere Organisation und ihre Ziele der Bevölkerung immer wieder vor Augen geführt werden. Ein anderer Punkt, vielleicht der für den Erfolg entscheidendste: In der American Heart Association arbeiten Ärzte und Nicht-Mediziner zu gleichen Teilen mit. Wenn man der Bevölkerung medizinisches Wissen vermitteln will, dann muß man das in einer Form tun, die jeden anspricht. Und nicht so kompliziert, wie Ärzte das meist unbewußt aufgrund ihres Fachwissens tun.



Der amerikanische Herzspezialist Professor Kenneth Shine FOTO: DIE WELT

Sie glauben nicht, wieviel wir voneinander lernen und wie viele gute Ideen daraus erwachsen. Bei meinen Auslandsreisen hatte ich oft den Eindruck, daß die europäischen Wissenschaftler sich äußerst schwer damit tun, Rat von Nicht-Medizinern anzunehmen, wenn sie sie überhaupt gefragt haben.

Auf vielen wissenschaftlichen Gebieten sind die USA führend. Auf welchem medizinischen Gebiet ist es Ihrer Meinung nach die deutsche Forschung?

Shine: Bei den Calcium-Blockern (Medikamente zur Behandlung von Herzrhythmusstörungen, koronarer Herzkrankheit, Bluthochdruck). Aber auch die Grundlagenforschungen auf dem Gebiet der Elektrophysiologie sind herausragend. Aber sehen Sie das bitte nicht als Wertung an, denn ich kenne Deutschland nicht so gut. Meine Kenntnisse beziehe ich von deutschen Wissenschaftlern, die auf amerikanischen Kongressen auftreten.

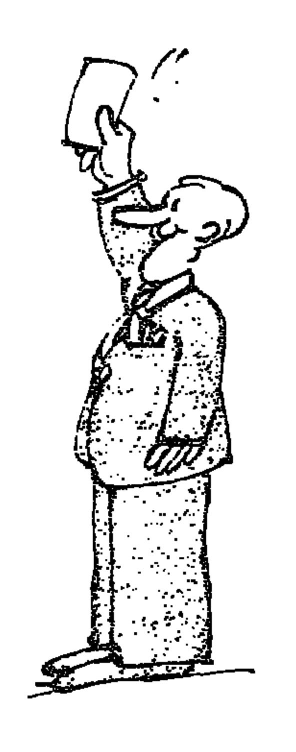
Unterstützung von medizinischer Forschung durch die pharmazeutische Industrie hat in Deutschland eher einen negativen Beigeschmack. Wie ist die Situation in den USA?

Shine: Obwohl die Industrie in den USA Forschungen finanziert, so werden doch die meisten Projekte von der Universität ausgeführt. Und die bekommt auch Gelder von Organisationen wie der American Heart Association. In Europa macht man sich mehr Gedanken über Beeinflussung, Kontrollen und Direktiven von außen. Von der amerikanischen Universität gibt es Vorschriften, inwieweit sich die Industrie an universitärer Forschung beteiligen darf. Mit den zur Verfügung gestellten Geldern sind keine Rechte verbunden, wie die Ergebnisse verwertet werden dürfen.

Ich weiß, daß in einigen europäischen Ländern die Wissenschaftler kein Geld haben, um Kongresse im Ausland zu besuchen, die sie sich dann gerne von der Industrie bezahlen lassen. In den USA ist das anders, da Gelder für wissenschaftliche Projekte solche Kosten bewußt miteinschließen.

Wie bezahlt der kluge deutsche Einkäufer seine klugen weltweiten Einkäufe?

Mit PostGiro international.



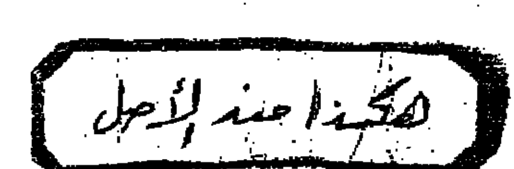
Wußten Sie eigentlich, daß die Post zur Abwicklung Ihrer Importgeschäfte beitragen kann? Durch einfache, zügige und preiswerte Auslandsüberweisungen.

Von einem Postgirokonto können Sie Zahlungen in praktisch alle Länder der Erde leisten. Ganz gleich, ob Ihr Geschäftspartner im Ausland ein Girokonto bei der Post oder ein anderes Girokonto hat. Selbst dann, wenn Ihnen die Kontoverbindung Ihres Geschäftspartners nicht bekannt ist – die Post findet immer einen Weg. Und wenn Ihr Geld binnen Stunden beim Empfänger sein soll, überweisen Sie es, was in viele Länder möglich ist, telegrafisch. Auch die Kosten sprechen für den Auslandszahlungsdienst der Post.

Sind das nicht gute Gründe, ein Postgirokonto einzurichten und sich mit Ihren Auslandspartnern auf diesen Zahlungsweg zu einigen?

PostGiro.
Noch bequemer und aktueller mit Btx. Informationen dazu über *20000#.

PostGiro. Das clevere Konto. Post



In der rheinland-pfälzischen Zentralen Sondermüll-Deponie lagern dioxinhaltige Stoffe

Wird Gerolsheim zum zweiten Georgswerder?

Von JOACHIM NEANDER

Die Abfall-Philosophie des Landes Rheinland-Pfalz und seines Umweltministers Professor Klaus Töpfer (CDU) ist stark von einem für die süddeutschen Bundesländer typischen Pragmatismus geprägt. Daß der „schwarze" Töpfer dabei seinem grünen Kollegen Joschka Fischer zumindest eine Zeit lang bereitwillig jenen Sondermüll abnahm, den Fischer in Hessen partout nicht unterbringen kann, gehört dazu.

Beim Hausmüll sinkt in Rheinland-Pfalz – im Gegensatz zum Bundesdurchschnitt – die anfallende Menge nach der jüngsten Statistik wieder um sieben Prozent. Das Konzept lautet: So viel wie möglich kompostieren, dabei aus mancherlei Gründen Biomüll und Papier zusammentun. Neuere Untersuchungen zeigen, daß die Gefahr der Schwermetallbelastung aus Zeitungspapier geringer ist als befürchtet.

Für den Haus- und Sperrmüll gilt in Rheinland-Pfalz: Sortenreinheit und Trennschärfe bei der Erfassung sind wünschenswert, haben aber ihre Grenze in der Akzeptanz beim Bürger. Regierungsdirektor Gottfried Jung vom Mainzer Umweltministerium: „Mehr als zwei Mülltonnen pro Haushalt sind nicht drin."

Beim Bauschutt und Erdaushub steigen die Mengen stark an – vor allem, weil durch die schärfere Überwachung die wilde Ablagerung deutlich abnimmt. Hier sind Untersuchungen im Gang, wie man das Material durch Trennung verwertbar machen kann.

Beim Sondermüll profitiert das Land erheblich von der Tatsache, daß der Chemie-Riese BASF im eigenen Bereich die Entsorgung so weit vorangetrieben hat, daß die rheinland-pfälzische „Gesellschaft zur Beseitigung des Sondermülls" (an ihr sind die Industrie, das Land und die Kommunen beteiligt) Abfälle aus anderen Betrieben und Bereichen in großer Menge bei der BASF deponieren bzw. verbrennen lassen kann. Einer der sechs Öfen der BASF-Verbrennungsanlage wird jetzt nach neuesten Erkenntnissen auch zur Rauchgasentgiftung von PCB-haltigen Rückständen ausgerüstet.

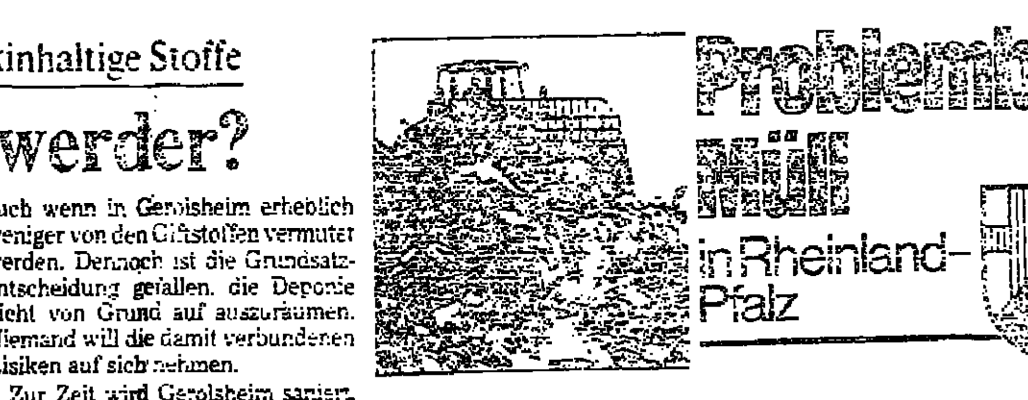
Dennoch will Rheinland-Pfalz – entsprechend dem Abkommen der süddeutschen Umweltminister von 1985 auf lange Sicht eine eigene Verbrennungsanlage bauen.

Das größte Problem mit der Abfallbewältigung hat das Land freilich mit der Deponie Gerolsheim. Hier lagern drei Millionen Tonnen Altlast. Niemand weiß genau über die Stoffe Bescheid, doch gilt es als gewiß, daß Dioxinhaltiges dabei ist. Erinnerungen an die Deponie im Hamburger Stadtteil Georgswerder werden wach, auch wenn in Gerolsheim erheblich weniger von den Giftstoffen vermutet werden. Dennoch ist die Grundsatzentscheidung gefallen, die Deponie nicht von Grund auf auszuräumen. Niemand will die damit verbundenen Risiken auf sich nehmen.

Zur Zeit wird Gerolsheim saniert. Das Problem der Entgasung zur Beseitigung der Geruchsbelästigung scheint weitgehend gelöst. Nur die optimale Verwertung des anfallenden Gases ist noch ein Gegenstand der Forschung. Die Abdeckung der Oberfläche der Altdeponie ist derzeit Gegenstand von Tests. Geprüft wird auch eine unterirdische Dichtwand, mit der der gesamte alte Deponiekörper wie ein riesiges Faß „umspundet" werden soll, um das anfallende Sickerwasser unter Kontrolle kriegen und abpumpen zu können. Die Kosten der Sanierung werden vorsichtig auf mindestens [illegible] Millionen Mark geschätzt. Die Verursacher, soweit sie zu ermitteln sind, sollen daran beteiligt werden. Nach fast einjährigen Verhandlungen wurde darüber zwischen dem Land und der Landesvereinigung rheinland-pfälzischer Unternehmerverbände Anfang November ein Vertrag geschlossen.

Nun wird Gerolsheim neben der Altlast mit offizieller Genehmigung auch noch als Sondermülldeponie weiterbetrieben. Die genehmigte Füllkapazität reicht noch für acht oder neun Jahre. Bis dahin muß das Land eine Grundsatzentscheidung darüber treffen, ob die Sondermülldeponie Gerolsheim an gleicher Stelle erweitert oder eine ganz neue Deponie an anderer Stelle errichtet werden soll – eine eminent politische Entscheidung. Sie hängt auch mit der Frage zusammen, ob man den Bürgern in der Region um Gerolsheim auf Grund der Erfahrungen eine Erweiterung eher zumuten kann, als an anderer Stelle die Bereitschaft der Bürger erst durch Aufklärung mühsam erkämpfen zu müssen.

Mit dieser Grundsatzentscheidung will das Land, wie Regierungsdirektor Jung sagt, nicht mehr allzu lange warten, damit sie nicht unter Zeitdruck fallen muß.



Daten und Fakten auf einen Blick

1. Gesamtmüllaufkommen in Rheinland-Pfalz: 2.23 Millionen Tonnen Hausmüll und hausmüllähnliche Gewerbeabfälle; 2.1 Millionen Tonnen Bauschutt und Straßenaufbruch; 1 Millionen Tonnen Erdaushub; 400 000 Tonnen Sondermüll.

2. Müllexport: Bis zu 10 000 Tonnen Sondermüll nach Hessen und Nordrhein-Westfalen.

3. Müll-Import: Knapp 40 000 Tonnen Sondermüll aus Hessen und 10 000 Tonnen aus Baden-Württemberg.

4. Deponie-Kapazitäten: Zentrale Sondermülldeponie Gerolsheim. Mitbenutzung der Sondermülldeponie und der Verbrennungsanlage der BASF (Ludwigshafen). 32 normale Deponien.

Die hohe Schule der niedrigen Werte.

Eine neue Art von technischer Führung.

Im Mittelpunkt jeder Fahrzeug-Entwicklung steht bei Mercedes die Steigerung des Gesamtnutzens – und damit auch der fahrerischen Freude. Aber dieses Mehr hängt heutzutage auch von einer Fülle wichtiger »Reduzierungen« ab. Hier zum Beispiel, im akustischen Versuchs-Studio von Mercedes-Benz, geht es um die Verringerung von Geräuschen – im Innenraum und nach außen: die Triebwerk-Kapselung bei den Diesel-Modellen ist ein konkretes Ergebnis. Im Windkanal werden für die Limousinen vorbildlich niedrige aerodynamische Werte erreicht. Dabei entstehen elegant-funktionale Formen, die zugleich extrem wenig Windgeräusch erzeugen. Aufwendige Forschung und jahrelange Versuche brachten die erheblichen Gewichtseinsparungen – ohne Verlust an Fahrzeugstabilität. Und das geringere Gewicht wirkt entscheidend wiederum dabei mit, den Verbrauch auf das heute denkbare Minimum zu bringen. Elektronische Systeme ermöglichen die konsequente Reduzierung der Schadstoff-Emission. Überall in einem Mercedes werden Aggregate oder Bauteile kompakter – meist bei gleichzeitig vermehrter oder verbesserter Funktion. Mehr Freude am Automobil: dazu tragen auch noch andere »Reduzierungen« bei. Zum Beispiel die Vereinfachung der Wartung oder die weitere Verringerung von Korrosionsgefahr oder Reparaturanfälligkeit. Denn »Technische Führung« heißt heute eben auch: Die konsequente Verminderung von Belastungen für Fahrer und Umwelt.



MERCEDES-BENZ
Ihr guter Stern auf allen Straßen.

Studium in „Modellfabrik der Zukunft“

DW. Hannover

Ein bundesdeutsches Novum: An der Universität Hannover werden demnächst Maschinenbau-Studenten in einer „Modellfabrik der Zukunft“ mit den wesentlichen Fertigungsverfahren der neuen Technologien vertraut gemacht. Zu diesem Zweck wurde ein sogenanntes CIM-Labor (Computer Integrated Manufacturing) eingerichtet, mit einem Kostenaufwand von rund elf Millionen Mark, den je zur Hälfte das Land Niedersachsen und die IBM Deutschland tragen. Hannover wird damit zu einem der modernsten Ausbildungsplätze für Fertigungstechnik.

Ranke-Programm

DW. Berlin

Der Berliner Senat hat ein „Leopold-von-Ranke-Programm“ beschlossen, das ab Sommersemester '87 durch intensive fachliche Betreuung zunächst 30 herausragende Studenten fördern soll. Es wird in den nächsten Jahren auf 180 Plätze aufgestockt, mit einem Finanzvolumen von dann 1,2 Millionen Mark jährlich. Bedingung: Studium in Berlin.

Lehrer im Handel

DW. Mainz

Die Umschulung von arbeitslosen Lehrern macht weiter Fortschritte. Nun hat auch das Europäische Bildungsforum des Schuhhandels GmbH (Mainz) im Rahmen eines Modellversuchs die Möglichkeit eröffnet, daß sich stellungslose Pädagogen zum Einzelhandelskaufmann und Handelsassistenten mit entsprechender Prüfung vor der IHK ausbilden lassen. Dauer: elf Monate, davon sieben als Betriebspraktika und vier Monate theoretisch-fachliche Schulung. Gute Absolventen können mit einer Beschäftigung in Führungspositionen des Schuhhandels rechnen. Anfragen: Kultusministerium, Mittlere Bleiche 61, 6500 Mainz, Telefon 06131/161.

Facharbeiter mit Dipl.-Ing.

DW. Hannover

An der Fachhochschule Hannover ist jetzt Produktionstechnik im Fachbereich Maschinenbau in einem neuartigen Studiengang zu belegen. Dauer: neun Semester. Während der ersten vier Semester verläuft die Ausbildung doppelgleisig an der Hochschule und in einem Industriebetrieb. Der betriebliche Teil wird mit der Facharbeiterprüfung vor der IHK abgeschlossen, das Studium mit dem Dipl.-Ing.

Zulassungsbedingungen: Lehrvertrag als Betriebsschlosser, Maschinenschlosser, Kfz-Mechaniker, technischer Zeichner, Meß- und Regelmechaniker, Kunststoff-Formgeber oder Chemiefacharbeiter sowie Hochschulreife.

Bewerben kann sich auch, wer bereits eine einschlägige Berufsausbildung begonnen oder abgeschlossen hat. Die Initiative für den neuen Studiengang ging von betrieblicher Seite aus, die erheblichen Bedarf signalisierte.

Austausch mit China

DW. Marburg/Bochum

Die Marburger Philipps-Universität will mit der Tongji-Universität in Shanghai kooperieren. Eine entsprechende Rahmenvereinbarung sieht den Austausch von Gastwissenschaftlern und die Bereitstellung von Arbeitsplätzen für die Weiterbildung von Assistenten vor. Gemeinsame Forschungsprojekte und der Austausch von wissenschaftlicher Literatur sind ebenfalls geplant.

Tongji zählt zu den Schlüsseluniversitäten Chinas, ist naturwissenschaftlich-technisch ausgerichtet, besitzt jedoch auch geistes- und wirtschaftswissenschaftliche Fachbereiche.

Austauschprojekte mit Tongji verfolgen gleichfalls die Technischen Universitäten Braunschweig und Darmstadt sowie die Ruhr-Universität Bochum. Ab sofort werden unter Mitwirkung deutscher Hochschullehrer jährlich rund 40 chinesische Hochschulabsolventen in wirtschaftswissenschaftlichen Aufbaustudiengängen ausgebildet. Das letzte der drei Jahre verbringen die besten chinesischen Absolventen in Braunschweig, Darmstadt oder Bochum. Hier schließen sie mit dem Wirtschaftsingenieur ab.

Technische Informatik

DW. Mannheim

Die Fachhochschule für Technik in Mannheim hat für den Bereich Technische Informatik ein Weiterbildungsmodell entwickelt, das zusammen mit Daimler-Benz, BBC, Freudenberg und Böhringer ab Wintersemester 1987/88 in Form eines viersemestrigen Studienkurses angeboten wird. Zunächst sind die Vertiefungsrichtungen Konstruktion und Produktion vorgesehen. Voraussetzung ist ein abgeschlossenes Ingenieurstudium. Der Unterricht erfolgt freitags und samstags in Mannheim. Auskünfte: FH für Technik, Speyerer Straße 4, 6800 Mannheim 1, Telefon 0621/2920.

Samstags: Die Serviceseiten Berufs-WELT. Die Hochschul-WELT erscheint jeden Dienstag in Zusammenarbeit mit dem RCDS.

In der Bundesrepublik tun sich immer mehr Hochschulabsolventen beim Überwechseln in den Beruf schwer. Sie entdecken, daß ihnen die eine oder andere karrierefördernde Zusatzqualifikation fehlt. Manches, was sie, dem Forschungsschwerpunkt des Professors folgend, für wichtig hielten, erweist sich in der Praxis als zweitrangig. In den USA werden noch während des Studiums die Weichen in Richtung Berufserfolg gestellt. Bei der Arbeitsplatzsuche leisten die Hochschulen Hilfe.

Starthilfe für Absolventen ist inbegriffen

„Brauche Job“: Das College läßt die Examinierten nicht im Stich FOTO:UPI

Von PAUL F. REITZE

An den gut 3500 amerikanischen Hochschulen – gleich, ob staatlich oder privat – herrscht härtester Wettbewerb nicht nur um Forschungsgelder der Wirtschaft und Professoren von Rang, sondern zunächst vor allem um Studenten. Uni-Fernsehspots sind keine Seltenheit, ebensowenig wie ganze Serien von Zeitungsanzeigen. Vorab werden regelmäßig Schulen besucht. Das Ziel: möglichst viele überdurchschnittliche Bewerber um einen Studienplatz. Man möchte die Wahl unter den Besten eines Jahrgangs haben.

Nicht allein die Hochschullehrer examinieren, sie müssen sich ihrerseits dem Votum der Lernenden stellen. Wer als Professor zum „teacher of the year“ gewählt wird, kann mit kräftigen Gehaltszuwächsen rechnen.

Auch die einzelnen Studiengänge stehen ständig auf dem Prüfstand. Eine Reihe von „accrediting bodies“ bewerten sie, in fachlicher Hinsicht wie unter berufspraktischer Perspektive. Abschlüsse, die durch dieses dichte Raster fallen, sind buchstäblich nichts wert – und mit ihnen büßen die betreffenden Hochschulen ihre Reputation ein. Eine Konsequenz daraus: Der Berufserfolg der Absolventen wird zu einem zentralen Kriterium akademischer Lehre.

Entsprechend eng sind die Kontakte zu den potentiellen Arbeitgebern. Bereits für die Ausgestaltung von Studiengängen werden Praktiker in gemeinsamen Kommissionen beigezogen. Man will verhindern, daß der Absolvent eines Tages feststellt, daß das meiste, was er gelernt hat, nicht mehr gefragt ist. Es gibt ständige Feinkorrekturen – zumindest für jene, die bereit sind, darauf einzugehen. Der Rest handelt auf eigenes Risiko, wird immer wieder nachdrücklich darauf hingewiesen.

Profis trainieren mit den Studenten „jobhunting“

Frühzeitig wird an den Hochschulen der berufliche Einstieg trainiert. Meist wurden dafür – mit eigenem hauptamtlichem Personal – Einrichtungen aufgebaut, „Placement Services“ oder „Career Planning Offices“, die mit Rat und Tat zur Verfügung stehen. Die Stellensuche, das „jobhunting“, wird sorgfältigst geübt, unter Anleitung von Profis.

Dabei spielt das „resume“ eine besonders wichtige Rolle, ein tabellarischer Lebenslauf. Der Student soll durch den Zwang, sich einer standardisierten Form bedienen zu müssen, lernen, das Wesentliche herauszuarbeiten. In „Workshops“ wird vielfach anhand von Musterlebensläufen die Abfassung geübt. Sitzt dieses Programm, so gibt es die Möglichkeit der Einzelberatung. Das Ziel: Einladung zu einem Vorstellungsgespräch.

Die Hochschule hängt alljährlich im Herbst Listen mit Arbeitgeberangeboten am Schwarzen Brett aus, mit Gehaltsangaben wie Hinweisen auf die erwartete Mindestnote. Nun wird aus der Übung Ernst. Der Arbeitsuchende kann seiner Hochschule ein „resume“ zur Weiterleitung einreichen.

Die einzelnen Firmen haben zwischenzeitlich Betriebsangehörige benannt, die zu bestimmten Terminen an die Hochschulen kommen, für erste „Interviews“ mit den Absolventen. An manchen Universitäten werden täglich in der „heißen Phase“ weit über hundert solcher Gespräche geführt.

Oberstes Prinzip dabei ist: Der Bewerber soll nicht mit Ja-Nein-Fragen konfrontiert werden, man will ihn dazu bringen, daß er aus sich herausgeht, sich als Persönlichkeit darstellt. Der Interviewer kann sich im allgemeinen erstmals einen visuellen Eindruck vom Kandidaten machen, da Paßfotos meist nicht erbeten werden. Die Hochschulzeugnisse spielen im Regelfall noch keine Rolle. Es geht um eine Vorauswahl, die möglichst spontan getroffen werden soll. Nimmt der Bewerber diese Hürde, beginnen die Studienleistungen zu interessieren. Gelegentlich wird ein Absolvent mehrfach an den Firmensitz eingeladen. Hier fühlen ihm die potentiellen Kollegen auf den Zahn.

Über die Umsetzung der Abschlußarbeit berichten

Betriebsangehörige aus dem gleichen Spezialgebiet ziehen den Bewerber in ein Gespräch über die wichtigsten Ergebnisse seiner Abschlußarbeit. In gewisser Hinsicht lebt dabei die europäische Tradition der Disputation auf, freilich weniger unter akademischen Gesichtspunkten. Von Interesse sind vielmehr jene Aspekte, die sich auf die praktische Umsetzung beziehen. Hat die Unterhaltung einen positiven Eindruck hinterlassen, kann es geschehen, daß vor der Einstellung ein weiterer Besuch in der Firma angeregt wird, diesmal zusammen mit dem Lebenspartner.

Je renommierter ein Unternehmen, je ausbaufähiger eine Position, desto gründlicher wird der Kandidat geprüft. Umgekehrt gilt ebenso: Je mehr ein Bewerber zu bieten hat, desto mehr wird er in der Schlußphase umworben. Alles hat in den Vereinigten Staaten im Hochschulleben seinen Preis, in erster Linie die Leistung.

Völkerkundler: Chancen in der Entwicklungshilfe

In der Bundesrepublik und in Berlin sind an insgesamt 13 Instituten annähernd 4200 Studenten im Fach Völkerkunde (Ethnologie) eingeschrieben, davon die Hälfte an den Universitäten Hamburg und Berlin. Die Stellen an Hochschulen und Museen sind alle besetzt, zum Teil werden sie sogar, wie zuletzt in Bonn, abgebaut. Also ein Studium für die Arbeitslosigkeit? Zwischen 40 und 50 Prozent erleiden zur Zeit dieses Schicksal.

Da die Absolventen über Auslandserfahrung und Fremdsprachenkenntnisse verfügen, versuchen manche ihr Glück im Auswärtigen Dienst. Die Anforderungen reichen dort jedoch weit über sprachliches und landeskundliches Wissen hinaus. Wer Fuß fassen will, muß Zusatzqualifikationen mitbringen, etwa in Staats- und Völkerrecht, Wirtschaft sowie europäischer Geschichte und Politik. Außerdem ist uneingeschränkte Tropentauglichkeit erforderlich.

Um die zahlenmäßig ohnehin begrenzten Arbeitsmöglichkeiten bei politischen Stiftungen, kirchlichen Stellen oder anderen Einrichtungen der Erwachsenenbildung konkurrieren Tausende von Lehrern, Soziologen und Politologen, die sich vergeblich um ein Unterkommen in ihrem Wunschberuf bemüht haben. Auch in der Schulung und Vorbereitung von Entwicklungshelfern, Technikern und Wirtschaftsfachleuten, die in die Dritte Welt entsandt werden, gibt es nur für wenige Chancen.

Ähnliches gilt im Augenblick noch für den direkten Einstieg in die Entwicklungshilfe. Die neuen Schwerpunkte – ländliche Regionalentwicklung, standortgerechte Landwirtschaft, Frauenförderung und eine Reihe anderer Ansätze – erfordern alle eine genaue Kenntnis der Lebensformen im jeweiligen Land. Zwar sind Werte, Normen und interethnische Beziehungen die klassischen Arbeitsfelder der Völkerkunde, doch viel zu wenig Absolventen des Faches bekamen im Studium genügend Praxisbezug mit.

Eine interessante Möglichkeit hierfür bietet die Entwicklungssoziologie und Sozialanthropologie, eine moderne Form der Völkerkunde, wie sie beispielsweise an der Universität Bielefeld gelehrt wird und nun auch an der Freien Universität Berlin ausgebaut werden soll. In Bielefeld wird ein Großteil der praxisbezogenen Lehrveranstaltungen mit Experten der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) oder dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) anhand konkreter Projekte in der Dritten Welt durchgeführt. Das zahlt sich bei der Stellensuche aus.

Das Bielefelder Institut kann stolz darauf verweisen, daß es die „Champions auf dem Arbeitsmarkt“ hervorbringt. Die fertigen Sozialanthropologen kommen etwa zur Hälfte im Bereich der Entwicklungshilfe unter, in erster Linie bei nichtstaatlichen Organisationen. Hier herrscht, so Professor Ewers gegenüber der Hochschul-WELT, ein erheblicher Bedarf, da Entwicklungshelfer selten eine Dritte-Welt-Sprache beherrschen oder einschlägige Feldstudien vorweisen können. Arbeitgeber wie die GTZ, so Ewers weiter, schätzen vor allem ein zügiges Studium (was ganz im Gegensatz zur derzeitigen Praxis im Fach Völkerkunde steht). Erwartet wird von den Bewerbern ein hohes Maß an Flexibilität.

Wer nach dem Studium keinen Job findet, sollte sich auf jeden Fall bei der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (Feuerbachstr. 42–46, 6000 Frankfurt) melden, die neben den Fachvermittlungsdiensten der Bundesanstalt für Arbeit für Absolventen aus „Orchideenfächern“ zuständig ist. Eine Möglichkeit, eine erste Brücke ins Berufsleben zu bauen, bietet das ASA-Programm der Carl-Duisberg-Gesellschaft (Lützowufer 6–9, 1 000 Berlin 30). Die Gesellschaft vermittelt Arbeits- und Studienaufenthalte in Afrika, Lateinamerika und Asien, für Studenten wie Promovenden. Der nächste Einsendeschluß für Projektvorschläge ist der 28. September 1987.

JOSEF-THOMAS GÖLLER

Wo die Skireise zum preiswerten Vergnügen wird



Das Angebot der Sportarten hängt von der Größe und den finanziellen Möglichkeiten der jeweiligen Universität ab.

Sportlichkeit und Fitneß sind „in“ – auch oder gerade bei Studenten, die als Schreibtisch-Arbeiter körperlichen Ausgleich oft sehr nötig haben. Aber kein Student muß sich deshalb im Bodybuilding-Studio oder Turnverein anmelden: an allen bundesdeutschen Universitäten bietet der Hochschulsport den Bewegungswilligen viele Möglichkeiten. Nicht zuletzt ergibt sich damit eine Chance, der vielgescholtenen „Anonymität der Massenuniversität“ entgegenzuwirken. Sport verbindet – ein Spruch, der auch in der Hochschule gilt.

Als eine im Hochschulrahmengesetz festgeschriebene Sozialleistung der Universität sind die angebotenen Kurse und Veranstaltungen zum größten Teil kostenlos. Eine Ausnahme bilden Sportarten, die eine aufwendige Ausstattung beziehungsweise intensive Trainerbetreuung erfordern – wie etwa Segelflug, Reiten oder Tennis.

Allerdings sind diese Kurse erheblich preisgünstiger als vergleichbare kommerzielle Angebote. So kostet zum Beispiel eine Reitstunde in Kaiserslautern und Berlin elf Mark. Ein Tennis-Semesterkurs (zwei Stunden pro Woche) wird an der Universität Kiel für 80 Mark offeriert, und in München können Tennis-Anfänger für nur 20 Mark sechsmal 90 Minuten lang testen, ob sie sich zum Boris-Becker-Nachfolger eignen.

Da die Nachfrage nach solchen Kursen sehr hoch ist, sollten sich Interessenten rechtzeitig anmelden; teilweise werden die Kursteilnehmer auch ausgelost.

Ebenso preiswert wie beliebt sind die vom jeweiligen Hochschulsport-Referat organisierten Skireisen. Einige Beispiele: eine Woche St. Moritz inklusive Fahrt, Unterkunft, Halbpension und Skikurs für 360 Mark (München); 14 Tage Spittal in Kärnten inklusive Fahrt, Unterkunft, Vollpension und Skikurs für 560 Mark; acht Tage Skilanglauf in Schwarzenbach im Frankenwald inklusive Unterkunft, Vollpension und Skikurs für 250 Mark (beide Angebote: Essen).

Wie viele und welche Kurse offeriert werden, hängt von der Größe und vor allem von den finanziellen Möglichkeiten der jeweiligen Universität ab. Was vor allem dem körperlichen Ausgleich und der Konditionsverbesserung dient, gehört indes zum Standard-Repertoire: Fitneß-Training, Jogging, Gymnastik, Leichtathletik, Schwimmen, Tischtennis, Badminton, Ballspiele, asiatische Kampf- und Verteidigungssportarten. Jazzdance, Ballett, Rock'n'Roll und Standardtanz stehen auf fast allen Hochschulsport-Programmen.

Auch „exotische“ Sportarten kommen nicht zu kurz, wie der philippinische Stockkampf „Arnis“ (Ulm) oder das Rhönrad-Turnen (Münster, Kiel). Darüber hinaus werden brachliegende künstlerisch-artistische Talente gefördert: So warten etwa Stuttgart und Münster mit Akrobatik auf, Pantomine wird in Essen, Berlin und Bonn groß geschrieben, und in Kiel gibt man sich dem Einradfahren hin.

Wer als immatrikulierter Student am Hochschulsport teilnimmt, ist übrigens automatisch unfallversichert. Die nötige Ausrüstung kann teilweise kostenlos entliehen werden. Die universitätseigenen Sporthallen und Stadien stehen außerhalb der Kurszeiten zum freien Training zur Verfügung. Und wer zur Befriedigung seines sportlichen Ehrgeizes den direkten Leistungsvergleich braucht: An fast allen Hochschulen finden Wettkampfveranstaltungen statt. Die Palette reicht von den universitätsinternen Turnieren über regionale Meisterschaften bis hin zu den Deutschen Hochschulmeisterschaften.

SUSANNE HAMMELRATH

PRAKTIKANTEN-BÖRSE

Für eine Reihe von Studiengängen sind Praktika erforderlich, in anderen wünschenswert und nützlich. Der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) bietet in der Hochschul-WELT wöchentlich solche Stellen für einzelne Tätigkeitsbereiche an. Während der Semesterferien besteht in begrenztem Umfang eine kostengünstige Unterbringungsmöglichkeit in Studentenheimen. Angebote und Nachfragen bitte ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Tel. 02 28 / 46 00 55.

Maschinenbau

lfd. Nr.	Einsatzort	Branche	Einsatz-Schwerpunkt	Besch.-Dauer
1	Baden-Baden	Emissionstechnik	Verfahrenstechnik	min.6Mo.
2	Bielefeld	Kunststoffverarbeitung	Labor	n. V.
3	Wuppertal	Fabrik für Messer	Fabrikation	n. V.
4	Nürnberg	Metall	Fertigung, Labor	b.26Wo.
5	Emsdetten (NRW)	Textil	Textilherstellung	n. V.
6	Ulm-Einsingen	Metall	Fertigung	1 Monat
7	Erbach/Odenwald	Kunststoffverarbeitung	Produktentwicklung	1–6 Mo.
8	Bruchsal	Maschinenbau	Produktentwicklung	6 Monate
9	Asperg	Metall	Produktentwicklung	6 Monate
10	Stuttgart	Plastik	Fertigung	n.V.
11	Adelebsen	Masch.- u. Anlagenbau	Konstruktion	n. V.
12	Eislingen	Mineralöl/Chemie	Bautenschutz	1–6 Mo.
13	Rheine (NRW)	Kfz-Zubehör	Kfz-Technik	1 Jahr
14	Oberkirch (Ba-Wü)	Kunststoff	Anwendungstechnik	1–3 Mo.
15	Krumbach	Wachswaren	Fertigung, Entwickl.	n. V.
16	Laupheim	Kunststoff	Konstruktion	18–26Wo.
17	Schwäbisch-Gmünd	Automobile	EDV, Kfz-Instandsetz.	n. V.
18	Neunkirchen (NRW)	Metall	EDV, Werkstoffkunde	ca. 8Wo.
19	Kassel	Schienenfahrzeuge	Instandsetzung	n. V.
20	Garching/München	Plasmaphysik	experimentell.Bereich	4–6 Wo.
21	Schwalbach	Markenartikel	Forschung, Entwicklg.	2 Monate
22	Hildesheim	Haustechnik	n. V.	n. V.
23	Altena (NRW)	Kaltwalzwerk	Beizerei, Glüherei	3 Monate
24	Rasdorf	Fleischereimaschinen	n. V.	3–6 Mo.
25	Ennepetal-Oelking.	Maschinenfabrik	Betrieb, Konstruktion	n. V.
26	Neuwied	Elektronik	n. V.	n. V.
27	Schifferstadt	Wasserversorgung	Werkleitung, techn,	1 Monat
28	Oetzingen	Baukeramik	Maschinenbau, Keramik	b. 6 Mo.
29	Velden/Vils	Bolzenfabrik	Fertigung	n. V.
30	Bremen	Molkerei	Produktion, Vertrieb	n. V.
31	Wiesensteig	Kunststoff	Vorbereitung	3 Mo.
32	Poing (Bay.)	Stahl	Betriebsschlosserei	1 Jahr
33	Münster	Filterwerk	Werkzeugmacher	n. V.
34	Coburg (Bay.)	Automob. Verstelltech.	Kfz-Design, Konstruk.	ca.20Wo.
35	Meschede (NRW)	Metall	Verbindungstechnik	1–6 Mo.
36	Rammingen	Maschinenbau	Hydraulikkonstrukt.	n. V.
37	Seeheim (Hessen)	Hartverchromung	chem. Vernickelung	1 Jahr
38	Hannover	Chemie	Spritzgießwerkzeuge	ab 6 Wo.
39	Heldenstein (Bay.)	Rolladen, Markisen	Entwicklung	1 Jahr
40	Wallertheim	Traktorenbau	n. V.	n. V.
41	Herschbach (NRW)	Industrieanlagen	Motorenbau	n.V.
42	Kehl-Sundheim	Blechverarbeitung	EDV-gest.Arbeitsvorb.	6 Monate
43	Plettenberg (NRW)	Kaltwalzwerk	Schlosserei	2–3 Mo.
44	Norderstedt	Baumaschinen	Werkstatt	n. V.
45	Regensburg	Druckgußwerk	Werkzeugbau, Konstr.	n. V.
46	Salach	Maschinenfabrik	Konstruktion	6 Monate
47	Willstätt-Legelsh.	Masch. u. Anlagenbau	Konstruktion	6–12 Mo.
48	Bochum	Härterei	Schlosserei	max.3Mo.
49	Bisingen-Hohenz.	Leichtmetall	Sand- u. Kokillenguß	2–8 Wo.
50	Mainburg (Bay.)	Maschinenfabrik	Fertigung	8–12 Wo.
51	Köln	Metallverarbeitung	n. V.	4–6 Wo.
52	Linnich	Papier- u. Kunststoff	n. V.	3–6 Mo.
53	Herzberg/Harz	Stahl-, Edelstahl	Gießereiwesen	n. V.
54	Hann. Münden	Gummiwerke	techn. Bereich	n. V.
55	Edertal	Kies, Sand, Beton	Bau	n. V.
56	Winsen/L.	Kunststoffwerk	Fertigungsanlage	min.3Mo.
57	Gelsenkirchen	Elektrizität	n. V.	n. V.
58	Hemsbach	Umwelttechnik	Luft-, Wasserreinigung	n. V.
59	Dettenhausen	Apparate-, Behälterbau	Produktionstechnik	n. V.
60	Düsseldorf	Computer	Techn. Service	3 Monate
61	Waghäusel	Maschinenbaufabrik	Techn. Abteilung	6 Monate
62	Gevelsberg	Maschinenbaufabrik	spangeb.Verformung	n. V.
63	Neustadt/Nieders.	Kali-Chemie, Pharma	Produktion, Technik	2–6 Mo.
64	Hamburg	Anlagenbau	Feinmechanik	ab 4 Wo.
65	Emsdetten	Textilindustrie	Weberei, Färberei	3 Monate
66	Göllheim (Rh.-Pf.)	Zementindustrie	Instandhaltg.,Produk.	max.4Wo.
67	Hanau	Metall	Walzwerk, span.Fert.	4W.–6M.
68	Neumünster	Apparatebau	Konstruktion	n. V.
69	Wermelskirchen	Gummi, Kunststoff	Verarbeitung	n. V.
70	Reinbek	Plastik	Extrusion, Konfektion	26 Wo.

In der nächsten Woche: Elektrotechnik

STUDIENPLATZ-TAUSCH

Die Anfragen und Antworten für die Tausch-Börse nimmt ausschließlich der *Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS)*, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon: 02 28 / 46 49 33, entgegen. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. In der Tabelle ist jeweils an erster Stelle der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort des Anbieters genannt. Die Tauschaktion betrifft das Sommersemester 1987. Die Semester-Angabe in der Tabelle bezieht sich dagegen auf das Wintersemester 1986/1987.

Zahnmedizin

1.Semester

Nr.	von	nach
1	RWTH Aachen	Uni Erlangen
2	RWTH Aachen	Uni Göttingen
3	RWTH Aachen	Uni Heidelberg
4	RWTH Aachen	Uni Münster
5	RWTH Aachen	Uni München
6	RWTH Aachen	Uni Regensburg
7	RWTH Aachen	Uni Tübingen
8	RWTH Aachen	Uni Ulm
9	FU Berlin	RWTH Aachen
10	FU Berlin	Uni Bonn
11	FU Berlin	Uni Düsseldorf
12	FU Berlin	Uni Erlangen
13	FU Berlin	Uni Heidelberg
14	FU Berlin	Uni Hamburg
15	FU Berlin	Uni Kiel
16	FU Berlin	Uni Münster
17	FU Berlin	Uni München
18	FU Berlin	Uni Regensburg
19	FU Berlin	Uni Tübingen
20	FU Berlin	Uni Ulm
21	FU Berlin	Uni Würzburg
22	Uni Göttingen	Uni Frankfurt
23	Uni Köln	Uni Düsseldorf
24	Uni Köln	Uni Göttingen
25	Uni Köln	Uni Hannover
26	Uni Köln	Uni Hamburg
27	Uni Köln	Uni Münster
28	Uni Marburg	Uni Bonn
29	Uni Marburg	Uni Düsseldorf
30	Uni Marburg	Uni Frankfurt
31	Uni Marburg	Uni Köln
32	Uni München	Uni Münster
33	Uni Mainz	Uni Heidelberg

2.Semester

Nr.	von	nach
34	FU Berlin	Uni Bonn
35	FU Berlin	Uni Frankfurt
36	FU Berlin	Uni Gießen
37	FU Berlin	Uni Göttingen
38	FU Berlin	Uni Hamburg
39	FU Berlin	Uni Kiel
40	FU Berlin	Uni Marburg
41	FU Berlin	Uni München
42	FU Berlin	Uni Tübingen
43	FU Berlin	Uni Ulm
44	FU Berlin	Uni Würzburg
45	Uni Erlangen	Uni Freiburg
46	Uni Marburg	Uni Bonn
47	Uni Marburg	Uni Köln
48	Uni Marburg	Uni Münster
49	Uni Mainz	Uni Bonn
50	Uni Mainz	FU Berlin
51	Uni Mainz	Uni München
52	Uni Mainz	Uni Tübingen
53	Uni Mainz	Uni Ulm
54	Uni Ulm	RWTH Aachen
55	Uni Ulm	Uni Bonn
56	Uni Ulm	Uni Düsseldorf
57	Uni Würzburg	Uni München

3.Semester

Nr.	von	nach
58	RWTH Aachen	Uni Bonn
59	RWTH Aachen	Uni Frankfurt
60	RWTH Aachen	Uni Mainz
61	Uni Bonn	Uni Düsseldorf
62	FU Berlin	Uni Heidelberg
63	FU Berlin	Uni München
64	FU Berlin	Uni Regensburg
65	FU Berlin	Uni Ulm
66	Uni Erlangen	Uni Bonn
67	Uni Frankfurt	Uni Heidelberg
68	Uni Frankfurt	Uni München
69	Uni Frankfurt	Uni Saarbrücken
70	Uni Freiburg	Uni Hamburg
71	Uni Freiburg	Uni Kiel
72	Uni Hannover	Uni Frankfurt
73	Uni Hannover	Uni Marburg
74	Uni Köln	Uni Heidelberg
75	Uni Köln	Uni Hamburg
76	Uni Köln	Uni Kiel
77	Uni Köln	Uni München
78	Uni Köln	Uni Tübingen
79	Uni Köln	Uni Ulm
80	Uni Kiel	Uni Hamburg
81	Uni Münster	Uni Freiburg
82	Uni Münster	Uni Hamburg
83	Uni Münster	Uni München
84	Uni Regensburg	Uni Erlangen
85	Uni Regensburg	Uni Würzburg

Wülfing gestorben

sid, Düsseldorf

Der deutsche Sport hat einen seiner *profiliertesten Repräsentanten* verloren. Im Alter von 85 Jahren verstarb in seiner Heimatstadt Hannover Walter Wülfing, langjähriger Präsident des Deutschen Ruder-Verbandes (DRV). Er war einer der wichtigsten Männer der ersten Stunde des deutschen Sports in der Zeit des Aufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg.

Über Jahrzehnte hinweg hatte der Rechtsanwalt und Notar an entscheidenden Stellen Weichen für den Sport gestellt. Ob es sich um die Gründung des Deutschen Sportbundes, dem er von Anfang an als Präsidiumsmitglied, später als Vizepräsident angehörte und dessen erstes Ehrenmitglied er war, ob es sich um die Gründung des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland (NOK), der Deutschen Olympischen Gesellschaft oder der Stiftung Deutsche Sporthilfe handelte – stets war Walter Wülfing als ebenso versierter sportlicher wie juristischer Berater dabei.

Seine ganze Passion gehörte jedoch dem Rudersport. 1949 wurde er nach Wiedergründung des Deutschen Ruderverbandes in Wetzlar mit großer Mehrheit zum Vorsitzenden gewählt, ein Amt, das er bis 1966 ausübte. In seine Amtszeit fielen große sportliche Erfolge: vier olympische Goldmedaillen, fünf Weltmeister-Titel und bei 24 Europameisterschaften siegten DRV-Ruderer. Seit 1957 war er Mitglied des Verwaltungsrates des Ruder-Weltverbandes FISA, dessen Ehrenmitglied mit Sitz und Stimme er 1973 wurde.

Seine Aktivitäten beschränkten sich nicht nur auf sportliche Gebiete. Er war langjähriger Vorsitzender des Fernsehrates des ZDF und stand dem Landesverband Niedersachsen des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes vor.

SCHWIMMEN

Berndt muß weiter warten

sid, Tuscaloosa

Der aus der „DDR" geflüchtete *ehemalige* Schwimm-Weltrekordler Jens-Peter Berndt muß in den USA weiter darauf warten, amerikanischer Staatsbürger zu werden. Damit schwinden auch seine Chancen, bei den Olympischen Spielen 1988 in Seoul für seine neue Heimat starten zu können. Knapp zwei Jahre nach seiner Flucht am 7. Januar 1985 muß der am 17. August 1963 in Potsdam geborene Berndt nach wie vor die Unterstützung höchster US-Dienststellen in Anspruch nehmen, um seine Einbürgerung zu beschleunigen. Normalerweise dauert dieser Prozeß fünf Jahre.

Berndts Coach Don Gambril, einer der weltbesten Schwimm-Trainer überhaupt, hat sich jetzt in der Hauptstadt Washington mit Mitgliedern des Repräsentantenhauses getroffen, um den Fall Berndt abermals vorzutragen. „Einige haben uns ermutigt, andere haben uns keine Hoffnungen machen können", meinte Gambril, der 1984 Olympiatrainer der USA war und bei dem früher auch der ehemalige *Deutsche Meister Andreas* Schmidt (Düsseldorf) trainierte.

Der Zweite der Weltmeisterschaft *1982 in Guayaquil über 400 m Lagen* hat in den USA politisches Asyl garantiert bekommen und verfügt auch über eine Aufenthaltserlaubnis auf Lebenszeit. Im Januar 1987 will der Kongreßabgeordnete Ben Erdreich einen Gesetzesantrag stellen, mit dem die sofortige Einbürgerung Berndts gesichert würde.

Don Gambril ist davon überzeugt, daß Jens-Peter Berndt, der mit 4:18,29 Minuten immer noch Europarekordler über 400 m Lagen ist, trotz seiner langen internationalen Wett*kampfpause in Seoul* „mindestens Gold oder Silber" auf dieser Strecke holen kann.

TENNIS / So nett wie nach dem Masters-Finale nahm Steffi Graf noch nie eine Niederlage hin

Die Besten sind müde. Ihr Wunsch: „Endlich Urlaub"

dpa, New York

So nett und gelöst war Steffi Graf noch nie nach einer Niederlage im Finale eines so großen Tennis-Turniers. Die eindeutige 6:7, 3:6, 2:6-Niederlage im Masters-Finale hinterließ bei der jungen Deutschen keine spürbare Enttäuschung. Wie die amerikanische Masters-Siegerin Martina Navratilova war das 17jährige Mädchen richtig froh, endlich die schwere und strapaziöse Saison hinter sich zu haben. Auch in der Beurteilung des Spiels bestand bei den beiden Einigkeit, und dann hatten sie auch noch den gleichen Wunsch: endlich Urlaub.

Martina Navratilova, die weiterhin auf dem Tennis-Thron unangefochten sitzen bleibt, will in Amerika „Thanksgiving", das Erntedankfest, mit der traditionellen Parade feiern und dann „in Ruhe Weihnachten erleben und Skifahren gehen". Die Nummer eins im Tennis ist müde, auch durch die Jagd der Nummer drei aus Heidelberg. Martina Navratilova wird es deshalb leichter fallen, im Urlaub den Schläger in einer Ecke liegen zu lassen. Steffi Graf dagegen macht sich da so ihre Sorgen: „O je, das wird *eine harte Zeit ohne Tennis für* mich."

Sie tat das Naheliegende, schaute nur mit einem kurzen Blick zurück auf das in 99 Minuten verlorene Finale und visierte im tiefsten Inneren ihrer ehrgeizigen Kämpferseele bereits die nächste Auseinandersetzung an. „Ich komme wieder", rief sie den 16 175 Zuschauern im New Yorker Madison Square Garden und speziell Martina zu, der sie Blumen in die Hand drückte.

Den Schlüssel zum Sieg fand Martina Navratilova am Ende des aufregenden Tiebreaks im ersten Satz – und in dieser Beurteilung stimmte ihr *Steffi Graf auch zu.* Ihn schloß die Amerikanerin mit einem von sechs Assen ab, stieß ein lautes „Yeah" hervor und ließ sich nun nicht mehr beeindrucken. Steffi Graf sagte: „Vielleicht wäre alles anders gekommen, wenn ich den ersten Satz gewonnen hätte." So sah es auch Martina Navratilova. Sie meinte eine Stunde nach dem Spiel: „Wenn Steffi den ersten *Satz gewonnen hätte, stünden wir* wohl noch immer auf dem Platz."

*So aber nahm die bis dahin ausge*glichene Partie eine Wende zugunsten der Amerikanerin. Denn die Leistungskurven der beiden Finalistinnen, die zunächst völlig gleich verliefen, gingen plötzlich auseinander. Offensichtlich wurde: Die Herausforderin fand kein Mittel gegen den Aufschlag der Nummer eins, was ihr im ersten Satz noch gelungen war.

„Ich habe ein solides Match gespielt. Mein Aufschlag kam konstant gut. In entscheidenden Augenblicken waren meine Aktionen spektakulärer, ich brauchte dann nur noch auf die Fehler zu warten. Es waren wenige, aber sie waren entscheidend. Meinen zweiten Aufschlag wollte Steffi mit langen Bällen beantworten, doch das war für mich jedesmal eine Einladung zum Angriff." So weit und *so kühl die Analyse der Martina Nav*ratilova.

Die 17jährige Verliererin vermied *es, das Spiel mit Kommentaren noch* einmal nachzuspielen. Ihr wichtigster Beitrag, der vieles erklärt: „Ich brauche jetzt eine Ruhepause." Ihre Saisonleistung ist für eine Spielerin ihres Alters beispiellos. Vor dem Beginn der Grand-Prix-Serie war es das Ziel, *ein Turnier, das erste, zu gewinnen.* Acht Mal kassierte sie dann aber das höchste Preisgeld als Turniersiegerin. Der verpaßte absolute Triumph im letzten Damen-Finale dieses Jahres ist kein Grund zur Sorge. Wenn er dazu beiträgt, daß sie netter verlieren gelernt hat, könnte er *in ihrer Ent*wicklung noch das Gewicht eines Sieges bekommen.

Am Ende des Tennis-Jahres steht auf jeden Fall die Erkenntnis, daß Steffi Graf doch noch einige Zeit braucht, um am Thron der Martina Navratilova ernsthaft rütteln zu können. Die 30jährige hat eines ihrer besten Jahre hinter sich: Sie gewann 14 von 17 Turnieren, ist nunmehr seit 52 Spielen ungeschlagen, schraubte ihren Jahresrekord auf 89:3 Erfolge und kassierte damit 1 905 841 Dollar. Wie lange sie noch Tennis spielen werde, wurde Martina Navratilova in der Pressekonferenz gefragt. „Das hängt davon ab, wie stark sich Steffi noch verbessern kann", war die Antwort der Amerikanerin. Und: „30, das ist *doch nur eine Zahl, genau wie zum* Beispiel 40 ..."

- In Frank Elstners Show „Wetten, daß ..." verlor sie als Patin einer Wette. „Ich verliere nicht gerne", sagte sie und kündigte an, ihrer nächsten Bezwingerin einen Blumenstrauß zu überreichen. Nun tat sie es in New York. Martina Navratilova bekam Blumen von Steffi Graf. Und dann fielen sich beide Spielerinnen lächelnd in die Arme.
- „Die Niederlage schmälert ihre Klasse in keiner Weise." So kommentierte die „New York Times" das 6:7, 3:6, 2:6 von Steffi Graf im Finale des Masters-Turniers. Der Kommentar der deutschen Spitzenspielerin: „Martina hat wie immer bei den ganz großen Ereignissen noch etwas besser als normal gespielt, ich selbst sicherlich etwas schlechter."
- 428 657 Dollar verdiente Martina Navratilova in New York. Ihr Peisgeld in diesem Jahr stieg auf 1 905 841 Dollar. Mehr als das Dreifache von dem, was Steffi Graf in diesem Jahr bei Turnieren einnahm (600 868). Auch ein Beweis für den Abstand, der zwischen der Nummer eins und der Nummer drei der Tennis-Weltrangliste doch noch besteht.



Blumen für die Besten: Martina Navratilova und Steffi Graf (rechts). FOTO: AP

STANDPUNKT / *Die fünf unlogischen Sätze*

Einmal im Jahr soll etwas Besonderes geboten werden. Das ist gut und auch reizvoll, wenn es zum Beispiel zum Abschluß einer Saison darum geht, die besten 16 Tennisspiele*rinnen der Welt in einem Turnier zu*sammenzufassen, sie noch einmal gegeneinander antreten zu lassen. Eine sportliche Krönung des Jahres.

Doch für einige scheint der Superlativ immer noch eine Nummer zu gering, sie wollen steigern, was nicht mehr zu steigern ist. Deshalb vollführen sie gedankliche Klimmzüge und hängen am Ende matten Geistes zwischen Lächerlichkeit und aufgesetzter, sportlich nicht mehr begründeter Spannungs- oder Geschäftemacherei.

So ist es, wenn die Damen bei ihrem Mastersturnier im Finale, nur dort und sonst nie, antreten zu einer Entscheidung über drei Gewinnsätze *(„best of five"). Die Kritik an diesem* nichtssagenden System liegt nicht etwa darin, daß das ach so schwache Weib vor Kraftanstrengungen bewahrt werden müßte, die ein für allemal Männersache bleiben müßten. Gerade im Sport haben die Männer *eine ihrer Bastionen nach der ande*ren aufgeben müssen.

Aber es gibt keinen logischen Grund, nur in einem einzigen Spiel des Jahres traditionelle Regeln zu brechen. Wollen die Veranstalter das Publikum zum Finale länger in der Halle halten, als es bei einem üblichen Match über zwei Gewinnsätze möglich ist? Redet der Hauptsponsor da in die bewährten Abläufe hinein? Ist es das Fernsehen?

Bei allem Respekt vor dem Damentennis (und der steigt von Turnier zu Turnier): Die Athletinnen haben keine Erfahrungen mit diesem System, ob ihre Kraft ausreicht, ein Spiel über *vielleicht einmal sechs Stunden* hochklassig zu überstehen, ist zweifelhaft, die Leistungsunterschiede zwischen den Weltbesten und der Gruppe unter ihnen sind so groß, daß ein dritter Satz sehr oft nur die langweilige Bestätigung der Überlegenheit *in den beiden ersten Durchgän*gen wäre. Und der Beginn einer neuen Entwicklung kann es wohl auch nicht sein, sonst hätten zumindest die Veranstalter der vier Grand-Slam-Turniere die nun drei Jahre alte Regelung des Masters-Turniers schon *ausprobiert.*

Auch die Männer spielen nur bei den Grand-Slam-Turnieren, in den Endspielen der Super-Series und im Daviscup „best of five". Der Trend bei ihnen ging zur Verkürzung der langen Ballwechsel.

Es bleibt eben dabei: Wer Superlative steigern will, kratzt sehr oft an der Grenze zur Lächerlichkeit, die ein *Ereignis dann eher ab- und nicht auf*wertet.

DW.

HANDBALL / Karpaten-Turnier als wichtige Prüfung vor der B-WM

„Es darf keinen Rückschritt geben"

JOSEF SIMON, Craiova

Wenn das Thema auf den Punkt kommt, auf Erhard Wunderlich nämlich, dann ziert sich Handball-Bundestrainer Simon Schobel wie ein kleines Mädchen: Im Innersten seines Herzens will er ihn nicht. Aber ganz auf ihn verzichten kann er *(noch) nicht. Deshalb will der Bun*destrainer die Entscheidung über eine mögliche Rückkehr Wunderlichs in die Nationalmannschaft möglichst weit hinausschieben – wenn es sein muß, sogar bis in die Zeit der B-Weltmeisterschaft. Schobel hat einen Weg gefunden, der die *Nominierung* Wunderlichs auch im allerletzten Moment noch ermöglichen würde.

„Nirgendwo steht geschrieben, daß ich das Kontingent von 16 Spielern voll ausschöpfen muß", sagt Schobel. Sein Plan: Er wird für die B-Weltmeisterschaft *(16. Februar bis 1. März* 1987 in Italien) nur 14 oder 15 Spieler statt der maximal erlaubten 16 Spieler nominieren. Hinter der Idee steckt eine „sehr ernste Überlegung". Sie erhält dem Bundestrainer die Möglichkeit, einen oder zwei Spieler noch während die Turniers *nach Italien zu* ordern. Beispielsweise im Fall einer Verletzung oder deutlichen Formschwäche eines Nationalspielers. Konkret heißt das: Wunderlich bleibt zunächst zwar vor der Tür, verschlossen wurde sie aber noch nicht. Sicher ist nur: Am heute beginnenden Karpaten-Turnier im rumänischen Craiova nimmt Erhard Wunderlich nicht teil.

Und das ist ein Hinweis darauf, daß Schobel die Zukunft ernsthaft ohne den ehemaligen Weltklassespieler *plant. Denn das Karpaten-Turnier* ist ein ernsthafter Prüfstein für die B-Weltmeisterschaft. Die teilnehmenden Mannschaften sind fast identisch mit den Teilnehmern der B-WM. Es sind: Polen (heute um 17.30 Uhr), Rumänien (morgen), Bulgarien (am Freitag), *die UdSSR (am Sonntag) und* Rumänien B (am Montag).

Schobel erwartet von seiner Mannschaft, daß sie „den positiven Trend der letzten Wochen bestätigt und die eigene Durchschlagskraft im Vergleich mit der internationalen Kon*kurrenz unter Beweis stellt". Verzich*ten muß der Bundestrainer dabei allerdings auf den Gummersbacher Kreisspieler Christian Fitzek, der in der vergangenen Woche wegen eines Bänder- und Kapselrisses operiert wurde und möglicherweise drei Mo*nate pausieren muß.*

Doch Schobel klagt nicht, er wertet den Unfall als „Risiko des Hochleistungssports, mit dem diese Mannschaft halt fertig werden muß". Gleichzeitig ist der kurzfristige Ausfall Fitzeks eine Rechtfertigung für Schobels Vorhaben, sein Spieler-Kontingent zur B-WM nicht vollständig auszuschöpfen, sondern sich die Möglichkeit zu erhalten, noch während des Turniers auf neue Situationen zu reagieren. Zu gut ist in Erinnerung, daß die hochgelobten Rumänen bei der *jüngsten WM* durch die Verletzungen der Torjäger Vasile und Stinga so sehr geschwächt wurden, daß sie das Turnier noch hinter der deutschen Mannschaft beendeten.

Einer ähnlichen Situation muß Schobel vorbeugen, will der deutsche *Handball international nicht in die* Drittklassigkeit abgleiten. „Wir brauchen in Italien keine Touristen", sagt Schobel, „in der Regel geht man in ein solches Turnier mit acht oder neun Spielern. Bei dem *Rest* schleicht sich schnell eine geistige *Abstinenz ein."*

Der Bundestrainer stellt schon jetzt hohe Ansprüche an seine Mannschaft, obwohl sie ohne einen Tag der Vorbereitung nach Rumänien gereist ist. „Es darf keinen Rückschritt geben", sagt Schobel. Das ist eine For*derung. Und eine Warnung. Vor allem* an jene Spieler, die sich offen gegen Wunderlich ausgesprochen haben. Wenn sie den Trainer enttäuschen, kommt Erhard Wunderlich doch noch. Und zwar früher als erwartet.

SPORT-NACHRICHTEN

Hannover sucht Spieler

Hannover (dpa) – Eine Million Mark haben Präsidium und Verwal*tungsrat von Hannover 96, dem Ta*bellenführer der Zweiten Fußball-Bundesliga, ab sofort für personelle Verstärkungen der Mannschaft bereitgestellt. Im Gespräch sind der dänische Nationalspieler Frank Arnesen (PSV Eindhoven) und National*spieler Jürgen Kohler (Mannheim).* Bereits gestern wurde der Engländer Peter Hobday (25) verpflichtet, der für die Stuttgarter Kickers spielte.

Trainer verurteilt

Moskau (dpa) – Einer der Fußball-Trainer der sowjetischen Jugend-Nationalmannschaft, Walentin Gerassimow, ist wegen Diebstahls zu neun Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden. Gerassimow soll die von der deutschen Firma „adidas" gelieferten Schuhe und Trikots der Spieler ge*stohlen und auf dem schwarzen* Markt verkauft haben. In seiner Wohnung wurden 50 000 Rubel sichergestellt.

Neue Erfolge für Clark

Gent (sid) – Der australische Radprofi Danny Clark, bei den Olympischen Spielen 1972 Silbermedaillengewinner im 1000-m-Zeitfahren, ist in dieser Saison der überragende Fahrer bei Sechs-Tage-Rennen. In Gent gelang ihm jetzt der fünfte Saison-Sieg. Drei der fünf Rennen bestritt Clark zusammen mit dem britischen Verfolgungs-Weltmeister Anthony Doyle, der insgesamt vier Saison-Erfolge errang.

Bewährungsprobe

La Manga (sid) – Vier Golf-Profis aus der Bundesrepublik Deutschland versuchen bis zum 6. Dezember im spanischen La Manga-Club die begehrte Tour-Karte zu erringen. Sie berechtigt, im Jahr 1987 auf der „European Tour" mitspielen zu können. Die deutschen Spieler sind: Oliver Eckstein (Hamburg), Heinz-Peter Thül (Düsseldorf-Hubbelrath), Frank Adamowicz (Gütersloh) und Antonio Postiglione (Bamberg). 500 Spieler kämpfen in La Manga um 50 Tour-Karten.

ZAHLEN

TENNIS

Grand Prix in Houston, Finale: Zivojinovic (Jugoslawien) – Davis (USA) 6:1, 4:6, 6:3. – Doppel: Acuna/Pearce (Chile/USA) – Hooper/Leach (USA) 6:4, 7:5.

GEWINNZAHLEN

Toto, 6 aus 45: 3, 4, 9, 30, 31, 37. Zusatzspiel: 2 (ohne Gewähr)

EISHOCKEY

Blamage in Kanada

sid/dpa, Red Deer

Die Eishockey-Bundesliga erlebt einen ungeahnten Boom, international aber ist die Nationalmannschaft *auf dem besten Weg, ihren guten Ruf* zu ruinieren, den sie vor allem ihrer Teilnahme am Canada-Cup 1984 zu verdanken hat. „Das war die größte Blamage seit Jahren", sagte Heinz Bauer, der Sportdirektor des Deutschen Eishockey-Bundes (DEB), nachdem auch das zweite Spiel gegen die kanadische Olympia-Auswahl deutlich verlorengegangen war.

*Mit 2:11 (1:5, 0:3, 1:3) fiel das Ergeb*nis nicht einmal zu hoch aus: Die deutsche Mannschaft war in der mit 1908 Zuschauern vollbesetzten Eishalle in Red Deer über die Rolle eines Prügelknaben nicht hinausgekommen. Enttäuscht war nicht nur der deutsche Funktionär, auch die Kanadier wunderten sich: „Ich weiß nicht, was mit den Deutschen los ist. Sie hatten den Ruf, viel besser zu sein", sagte Donald Beauchamp vom kanadischen Eishockey-Verband.

Bundestrainer Xaver Unsinn *schloß sich dem vernichtenden Urteil* der Funktionäre an: „Wer Angst hat, kann keine Leistung bringen", sagte er, nachdem seine Spieler in der Kabine verschwunden waren, um „den Angstschweiß abzuduschen", so der spöttische Kommentar des Trainers. *In den beiden Spielen in Kanada wur*de deutlich, woran das deutsche Eishockey krankt: In der Bundesliga bestimmen Ausländer das Geschehen, die Spielpraxis vor allem für Nachwuchsspieler ist gering. So fehlen personelle Alternativen, um die etablierten, aber *wenig motivierten* Nationalspieler ernsthaft unter Druck setzen zu können.

Besser machte es die als B-Mannschaft nach China gereiste DEB-Auswahl: Sie gewann das erste von vier Spielen gegen die zweitklassigen Chinesen mit 5:3.

FERNSEHEN

Proben für Olympia '88

sid, Düsseldorf

Der vorolympische Winter wird für die Zuschauer in der Bundesrepublik ein umfangreiches Fernsehangebot bringen. Die Weltmeisterschaften in den olympischen Disziplinen dienen nicht nur den Sportlern als Generalprobe für die Winterspiele 1988, sie liefern auch den Fernsehzuschauern einen *Vorgeschmack auf die* TV-Übertragungen aus Calgary.

Höhepunkte zu Beginn des nächsten Jahres sind die Alpinen Ski-Weltmeisterschaften vom 23. Januar bis 8. Februar in Crans Montana und die Nordischen Ski-Weltmeister*schaften vom 11. bis 22. Februar in* Oberstdorf. Von beiden Veranstaltungen berichten ARD und ZDF insgesamt 54 Stunden (23 aus der Schweiz und sogar 31 aus dem Allgäu). Aber auch von der Eiskunstlauf-WM in Cincinnati (10. bis 15. März) und der *Eishockey-WM vom 17. April bis 3.* Mai in Wien werden beide Fernsehanstalten in gewohntem Umfang mit Übertragungen live einsteigen.

Den Weltmeisterschaften im Bob in St. Moritz (10./11. und 17./18. Januar), Rodeln in Igls (24./25. Januar), Eisschnellaufen in West Allis/USA (Frauen, 7./8. Februar) und Heerenveen (Männer, 14./15. Februar) oder Biathlon in Lake Placid (19. bis 22. Februar) kommt entgegen, daß sie in die Winterpause der Fußball-Bundesliga (7. Dezember bis 22. Februar) fallen und auf entsprechende Berücksichtigung in den gewohnten Sportsendungen beider Sender hoffen können.

Wie üblich wird auch über den am Wochenende beginnenden alpinen Ski-Weltcup live und in Aufzeichnungen berichtet werden. Einen festen Platz haben auch die Übertragungen von der Vierschanzentournee der Skispringer zur Jahreswende mit dem traditionellen Neujahrsspringen in Garmisch-Partenkirchen.

Wir trauern um

Dr. Walter Wülfing

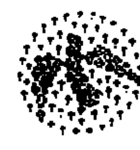
* 22. 7. 1901 † 22. 11. 1986

Lies Wülfing geb. Panzlau
Wolf Wülfing und
Frau Gisela geb. Zettel
Egbert Schoenfeld und
Frau Viktoria geb. Wülfing
Walther Wülfing und
Frau Magdalon geb. Harms
Wolf und Catharina
Frank Cord und Vera
Walther und Jim
Alfred Küster und
Frau Irma geb. Wülfing
Doris Fehn geb. Küster

3000 Hannover 61, Bevenser Weg 10

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 28. November 1986, um 11.30 Uhr in der großen Kapelle des Seelhorster Friedhofes statt. Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

Anstelle von Kränzen und Blumen erbitten wir im Sinne des Verstorbenen um eine Spende zugunsten des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes e. V. Hannover, Bank für Sozialwirtschaft Hannover, Kto.-Nr. 74 49500, BLZ 251 205 10.



Wir sorgen für die Gräber.
Wir betreuen die Angehörigen.
Wir arbeiten für Versöhnung und Frieden.



Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge
Werner-Hilpert-Straße 2 · 3500 Kassel
Postgiro Kontonummer 4300-603 Frankfurt/Main · BLZ 500 100 60

SANITÄTER FÜR AFGHANISTAN

Seit 5 Jahren führt die Sowjetunion Krieg gegen das afghanische Volk. Um die medizinische Versorgung zu unterbinden, hat die Rote Armee fast alle Hospitäler außerhalb Kabuls durch Luftangriffe zerstört. Hunderttausende Afghanen haben Verwundungen, leiden unter Seuchen und Krankheiten, ohne daß ihnen medizinisch geholfen werden kann.
Seit Frühjahr 1984 betreibt die Aktion „Sanitäter für Afghanistan" drei kleine Behelfshospitäler mit mehreren Außenstationen, die von deutschen und afghanischen Ärzten betreut werden. Medikamente und medizinisches Gerät werden ins Land geschafft.
Damit noch mehr Ärzte und Helfer zu diesen notleidenden Menschen geschickt, noch mehr Hospitäler errichtet werden können, brauchen wir Ihre Spende. Die Spenden sind steuerabzugsfähig.
Weitere Informationen: **Bonner Afghanistan Komitee, Meckenheimer Allee 91, 5300 Bonn 1**



Konto Nr. 9019

bei: Bank für Gemeinwirtschaft (bundesweit) · Commerzbank (bundesweit) · Deutsche Bank (bundesweit) · Volksbank Bonn (BLZ 380 601 86) · Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00)

„Anklage hätte nicht erhoben werden dürfen“

Egon Frankes Verteidiger: Der Politiker wurde getäuscht

WERNER KAHL, Bonn

Am 95. Verhandlungstag merkte man Egon Franke die Erleichterung über den in Kürze zu erwartenden voraussichtlichen Freispruch an. Bereits in der vorangegangenen Sitzung hatte der Staatsanwalt für den ehemaligen Minister für innerdeutsche Beziehungen in den Kabinetten von Willy Brandt und Helmut Schmidt Freispruch beantragt. Seine Verteidiger, Hermann Höcherl, früherer Bundesinnenminister, und der Bonner Rechtsanwalt Helmut Neumann, begnügten sich jedoch gestern nicht damit, den Anklägern dafür zu danken. Die beiden Anwälte begannen mit den Plädoyers der Verteidigung im Prozeß gegen Franke und dessen früheren Vertrauten Edgar Hirt um mutmaßliche Veruntreuung von 5,56 Millionen Geldern aus Haushaltsmitteln.

Der Vorsitzende der 1. Strafkammer erweckte zu Beginn den Eindruck, als hätte er es vorgezogen, auch die Plädoyers, wie bereits den überwiegenden Teil der rund einjährigen Hauptverhandlungen aus Sorge um die innerdeutschen Kontakte, unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu halten. „Es entschlüpft einem leicht manches Wort“, hielt der Richter den Verteidigern vor. „Nehmen Sie es mir daher nicht übel, wenn ich in einem solchen Moment ‚stop‘ sage.“

Hermann Höcherl begrüßte zwar den Freispruch, den die Ankläger im Fall des langjährigen Ministers für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke, stellten. Im Bezug auf das Verfahren kritisierte er jedoch rückblickend, daß aufgrund der Ermittlungen überhaupt eine Anklage erhoben worden sei. Der Strafkammer gegenüber hielt er vor, die Anklageschrift hätte gar nicht erst zugelassen werden dürfen.

Die Beweiserhebung habe nicht den leisesten Anhaltspunkt dafür erbracht, Franke könnte mehr gewußt haben als er im Prozeß behauptete, erklärten die Verteidiger.

An den Minister waren zwischen 1970 und 1982 häufig Wünsche herangetragen worden, getrennte Familien aus der „DDR“ mit Angehörigen in der Bundesrepublik Deutschland zusammenzubringen, Flüchtlinge zu unterstützen und Hilfe in anderen komplizierten Ost-West-Schicksalen zu leisten. Eine korrekte Buchhaltung innerdeutscher Hilfsleistungen weist während Frankes Amtszeit rund 63 000 Fälle aus, in denen Familien mit Hilfe der Bundesregierung wieder vereint und für rund 15 000 politische Gefangene durch Freikauf die vorzeitige Entlassung erreicht werden konnten. In anderen Fällen sollten die Kirchen helfen.

In diesem Bereich fühlt sich Franke heute, so die Anwälte, von seinem damaligen Vertrauten Edgar Hirt nicht nur „enttäuscht“, sondern „getäuscht“. Die „schwarze Kasse“, die für solche Zwecke angelegt wurde, habe der Minister nicht gekannt. Es gebe keine Zweifel mehr, so Höcherl, daß hier „Bargeld hinter dem Rücken von Herrn Franke vorbei geflossen“ sei. Der Anwalt sprach die Erwartung aus, daß das Gericht für Franke keinen „Freispruch zweiter Klasse“ verkünden werde. Zur Fürsorge um den kranken Politiker gehöre es, auch „seine Rechtschaffenheit und Staatstreue in das Urteil zu schreiben“, das Mitte Dezember erwartet wird. Das „Geheimnis um die verschwundenen Millionen“ könnte laut Höcherl nur der Mitangeklagte Hirt lüften, auf den Franke jedoch keinen Einfluß mehr habe. Hirts Verteidiger plädieren kommende Woche.

Saudi-Arabien klagt gegenüber Strauß die „Kumpanei“ der USA mit Iran an

Riad fürchtet das Übergewicht Teherans / Prinz Naif: Ende im Golfkrieg ist nicht abzusehen

PETER SCHMALZ, Riad

Die Angst geht um am Golf. In dem prächtigen, mit kostbarem Marmor und edlen Hölzern verschwenderisch ausgestatteten Verwaltungspalast, den Franz Josef Strauß nach seiner Ankunft in der saudi-arabischen Hauptstadt Riad am Sonntagnachmittag betritt, sind der Golf-Krieg und die amerikanischen Waffenlieferungen an den Iran das erste und wichtigste Gesprächsthema. „Wir alle in dieser Region wurden von dieser amerikanischen Aktion sehr überrascht“, erklärte der saudi-arabische Innenminister Prinz Naif Bin Abdul-Aziz, ein Bruder des Königs und einer der einflußreichsten Männer des Landes, der Strauß und seine Begleitung auf dem Teil des neuen Flughafen empfangen hatte, den nur die königliche Familie und ihre Gäste betreten dürfen. „Wir haben mit der Möglichkeit einer solchen Kumpanei nie gerechnet.“



Franz Josef Strauß in Riad: Als Gastgeschenk überreichte er dem saudi-arabischen Prinzen Naif (rechts) einen Jagdfalken FOTO: DPA

Präsident Reagans Iran-Coup trifft die Saudis zu einer Zeit, da sie ohnehin die Entwicklung des Golf-Kriegs mit wachsender Sorge beobachten und immer größere Zweifel hegen, ob die von ihnen massiv unterstützten Iraker dem weiteren Ansturm der iranischen Kriegsmaschinerie standhalten können. Sollten Teherans Truppen aber Basra am Nordende des Golfes einnehmen und dann auch noch in das weitgehend ungeschützt vor ihnen liegende Kuwait vorstoßen, wäre für Khomeini der Weg frei zu den wichtigsten saudischen Ölquellen.

Prinz Naif bejahte deshalb uneingeschränkt die Frage von Strauß, ob das heutige Teheran als ein Sicherheitsproblem für das arabische Öl zu betrachten sei, und wies darauf hin, daß Iran seit längerem versucht, durch die Unterstützung von Terror-Akten auf subversive Weise seinen Einfluß im arabischen Raum auszubauen. „Ein Ende des Golf-Kriegs ist nicht abzusehen und die Probleme werden durch die USA jetzt noch komplizierter“, klagte der Minister.

Der geplante Besuch bei König Fahd war am ersten Abend noch nicht zustande gekommen. Der Herrscher zog ein Treffen mit PLO-Führer Arafat vor, der mit Strauß gemeinsam im königlichen Gästehaus von Riad einquartiert ist. Strauß wird von einer hochkarätigen Wirtschaftsdelegation begleitet, darunter sind die Vorstandsvorsitzenden Hanns Arnt Vogel (MBB), Burkhard Wollschläger (Krauss-Maffei) und Bernhard Schneider (Schneider Rundfunkwerke) sowie Vorstandsmitglieder von Thyssen, BMW, Rhode und Schwarz und Siemens.

Riad erhofft sich von der Bundesrepublik Hilfe beim Ausbau von Sicherheitssystemen. Dazu gehört die jüngst bekanntgewordene Unterstützung beim Aufbau einer Anti-Terror-Einheit durch den GSG-9-Gründer Wegener ebenso wie das Milliardenprojekt eines effektiven elektronischen Horchsystems, mit dem Aktivitäten in den Nachbarländern frühzeitig erkannt werden sollen und über das gegenwärtig mit Siemens verhandelt wird.

Allerdings zwingt der gesunkene Ölpreis die Saudis zu einem radikalen Sparkurs, so daß soziale Leistungen gekürzt und teure Prestigeobjekte gestrichen wurden.

Gewerkschaftschefs vor Neue-Heimat-Ausschuß?

BGAG-Manager Freyberg sagt morgen aus / Termindruck

DIETHART GOOS, Bonn

Mit der Zeugenvernehmung des Gewerksschaftmanagers Harry Willinsky geht der Untersuchungsausschuß Neue Heimat heute in die Endrunde seiner Ermittlungstätigkeit. Willinsky ist Geschäftsführer der zum DGB-Wirtschaftsimperium gehörenden Immobiliengesellschaft BGI. Sein Unternehmen hat von der Neuen Heimat (NH) wertvollen Wohnungsbestand zu ungewöhnlich günstigen Konditionen übernommen. Dadurch soll der gemeinnützige NH-Bereich beträchtliche finanzielle Nachteile erlitten haben.

Morgen hört der Untersuchungsausschuß den BGAG-Manager Ralf Freyberg. Seine Aussagen werden mit großer Spannung erwartet. Denn nach dem spektakulären Ausscheiden seines Kollegen Alfons Lappas ist Freyberg der maßgebliche Mann an der Spitze der DGB-Finanzholding BGAG. Er soll den Verkauf der Neuen Heimat an den Brotfabrikanten Schiesser ebenso vorbereitet und abgewickelt haben wie den inzwischen vollzogenen Rückkauf des nach wie vor vom Konkurs bedrohten Wohnungsbauunternehmens.

Von der Auskunftfreudigkeit Freybergs wird es abhängen, ob der Untersuchungsausschuß noch weitere Zeugen laden wird. Sowohl der inzwischen ausgeschiedene BGAG-Vorstandsvorsitzende Lappas als auch DGB-Chef Ernst Breit hatten bei ihren Zeugenaussagen immer wieder ausweichend geantwortet und auf Gedächtnislücken verwiesen. „Wenn Freyberg alle noch offenen Fragen befriedigend beantwortet und die für uns notwendigen Informationen und Zeitabläufe über den Verkauf und den Rückkauf darlegt, können wir auf weitere Zeugen verzichten“, erklärte gestern ein juristischer Berater des Ausschusses.

Sollte der BGAG-Manager aber nicht zur Aufhellung der Hintergründe beitragen, will die CDU/CSU weitere Aufsichtsratsmitglieder der Gewerkschaftsholding laden. In diesem Gremium sitzen die Vorsitzenden der wichtigsten DGB-Einzelgewerkschaften. Nach der Satzung für gemeinwirtschaftliche Betriebe hat der BGAG-Aufsichtsrat im Gegensatz zu Aufsichtsräten privatwirtschaftlicher Unternehmen weitgehende Rechte und Kontrollbefugnisse. Unter den Unionsabgeordneten im Ausschuß herrscht die Meinung vor, die Gewerkschaftsführer seien ihrer Aufsichtspflicht über das Wirtschafts- und Finanzgebaren der BGAG als Muttergesellschaft der Neuen Heimat nicht gerecht geworden.

Im Gegensatz zur CDU/CSU lehnt der FDP-Abgeordnete Josef Grünbeck diese Vernehmungen ab. Ein entsprechender Vorstoß des CDU/CSU-Obmanns Johannes Gerster sei nicht mit der FDP abgesprochen worden, sagte Grünbeck der WELT. Durch die Ladung weiterer Zeugen begebe sich der Ausschuß in die Gefahr, seinen Abschlußbericht nicht termingerecht bis Mitte Dezember vorlegen zu können.

Am Donnerstag wird jedoch noch Bundesbauminister Schneider als Sachverständiger seine Vorstellungen über die Änderungen des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes erläutern. Finanzminister Stoltenberg wird am kommenden Dienstag die steuerrechtliche Thematik des Gemeinnützigkeitsrechts beleuchten. Die Steuerbefreiung gemeinnütziger Unternehmen soll im Fall der Neuen Heimat zu unerlaubten Transaktionen mißbraucht worden sein.



Die Finanzierung von Innovationen hat bei uns Tradition.

Der Begriff mag relativ jung sein. Aber das, was er besagt, ist so alt wie ein Grundsatz der Sparkassen: Technischer Fortschritt ist teuer, aber Stillstand noch teurer. Darum hat auch die Finanzierung der Innovation bei der Sparkasse Tradition. Als Partner von Mittelstand und Industrie war sie schon immer zukunftsorientiert engagiert: ob Dampfhammerschmiede oder Mikroprozessor.

Ihre Sparkasse kann heute weit mehr als Finanzierungskonzepte anbieten. Sie liefert Ihnen fundierte Markt- und Branchenanalysen und gibt viele Informationen, die Ihre Unternehmer-Entscheidung zwar nicht ersetzen, aber ganz wesentlich erleichtern können. Auch in diesem Sinne ist Ihre Sparkasse offen für Innovation. Paßt das nicht optimal zu Ihrer Konzeption?

Sprechen Sie mit unserem Geldberater darüber.

Wenn's um Geld geht - Sparkasse

Die Grünen wollen der SPD Wähler abspenstig machen

Anti-Atom-Broschüre nimmt Nürnberger Beschluß ins Visier

DIETHART GOOS, Bonn

Die Grünen halten an ihrer Forderung fest, sofort auf jegliche Nutzung von Kernkraft zu verzichten. Der Umstand, daß Umweltprobleme, die durch die chemische Industrie verursacht worden sind, in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt sind, hat daran nichts geändert. Gestern starteten die Grünen eine Kampagne, in deren Verlauf 100 000 Exemplare einer Broschüre „Der sofortige Ausstieg ist möglich“ verteilt werden.

Diese Anti-Kernkraft-Aktion zwei Monate vor der Bundestagswahl zielt, so Fraktionsmitglied Eckard Stratmann, bewußt auf SPD-Wähler, die sich mit dem Zehn-Jahres-Ausstiegsszenario der Sozialdemokraten nicht zufriedengeben. Außerdem wolle man mit der Kampagne Gewerkschaftsmitglieder, kirchliche Vereinigungen, Friedensinitiativen und die bereits bestehenden 500 lokalen „Energiewende-Gruppen“ ansprechen. Schließlich wandten sich die Grünen, wie Stratmann erklärte, an aufgeschlossene Teile in der SPD und – „wenn auch dort noch sehr minoritär vorhanden“ – in der CDU.

Matthias Künzel, wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundesvorstand der Grünen und Verfasser der „Ausstiegs-Broschüre“, berichtete über zahlreiche Resolutionen kommunaler Gremien und Institutionen sowie kirchlicher Organisationen, die den sofortigen Verzicht auf Kernenergie fordern. Bei den Grünen sind solche Schreiben in den letzten Wochen eingegangen, die gestern auszugsweise veröffentlicht wurden.

In der Broschüre werden die Positionen der Grünen und der SPD gegenübergestellt. Damit wollen die Grünen beweisen, daß ihr Zeitplan realistisch und nahezu kostenneutral ist und auf die Ängste der Menschen vor einer atomaren Katastrophe in der Bundesrepublik Deutschland Rücksicht nimmt. Dagegen werde mit dem SPD-Kurs die Radioaktivitätabgabe aus Kernkraftwerken fortgesetzt, es komme zu weiteren Auseinandersetzungen an Atomkraft- und Atommüllstandorten und zum „Ausbau der Überwachungs- und Atomstaatspraktiken“.

Offensichtlich in der Überzeugung, kritische SPD-Wähler für sich gewinnen zu können, halten die Grünen in ihrer Broschüre den Sozialdemokraten vor, der energiepolitische Beschluß auf ihrem Nürnberger Parteitag Ende August solle offenbar nur dazu dienen, „für den Rest des Bundestagswahlkampfes das Image einer ‚Atompartei‘ abzustreifen“.

Zugleich wird der SPD diese Frage gestellt: „Warum verzichtet die SPD darauf, gemeinsam mit den Grünen und der Ökologie-Bewegung den Atomausstieg anzugehen? Rangiert für die SPD die Absage an eine Zusammenarbeit mit den Grünen höher als der Ausstieg aus der Atomenergie und Plutoniumswirtschaft? Oder hofft die SPD, im nationalen Konsens mit der CDU und FDP den Atomausstieg schneller zu realisieren?“

Dregger greift Genscher an

gba. Bonn

CDU/CSU-Fraktionschef Alfred Dregger hat die indirekte Kritik von Außenminister Hans-Dietrich Genscher am „Newsweek“-Interview des Bundeskanzlers energisch zurückgewiesen.

In den Bonner Perspektiven des ZDF sagte der CDU-Politiker Dregger: „Ich finde es nicht gut, wenn der Außenminister innenpolitisch eine Aktion verstärkt“, die derzeit von der Sowjetunion unternommen werde, „um in den Wahlkampf in der Bundesrepublik Deutschland einzugreifen“. Er reagierte damit auf Genschers Rede vor dem FDP-Parteitag in Mainz am Wochenende, in der dieser gesagt hatte, die Menschen in der Sowjetunion erwarteten von unserer Politik, „daß sie die 20 Millionen Toten nicht vergißt, die der Überfall Hitlers in diesem Land gefordert hat“.

Dies war allgemein als indirekte Kritik an den in dem „Newsweek“-Interview gedruckten, aber von Bundeskanzler Helmut Kohl in dieser Sinn-Auslegung entschieden zurückgewiesenen Vergleich zwischen dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow und dem Hitler-Propagandist Goebbels verstanden worden.

Dregger verwies darauf, daß die Sowjetunion zwar unser großer Partner, aber „immer auch unsere Bedrohung“ bleibe. „Man muß mit ihr zusammenarbeiten, wo es geht, und im übrigen vor ihr auf der Hut sein.“

Kein „Fernsehduell“ Kohl – Rau

gba. Bonn

Das vom SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau jetzt erneut geforderte Fernseh-Streitgespräch mit Bundeskanzler Helmut Kohl wird nach Einschätzung des Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Theo Waigel, nicht zustandekommen. In ihrer Regierungszeit habe die SPD selber „Fernseh-Duelle mit den Herausforderern der Union nicht zugelassen, so zwischen Franz Josef Strauß und Helmut Schmidt“, sagte Waigel gegenüber der WELT. Die SPD halte offenbar nichts von gleichen Grundsätzen. Waigel: „Rau und die SPD müssen wissen, daß die anderen Parteien einen solchen Fernsehauftritt nicht akzeptieren würden. Und dabei bleibt es.“ Im übrigen habe Rau „am Mittwoch bei der Generaldebatte im Deutschen Bundestag über den Haushalt 1987 die beste Gelegenheit, sein Rederecht zu nutzen, der deutschen Öffentlichkeit seine Argumente zu präsentieren und sich mit dem Bundeskanzler und den Koalitionsparteien auseinanderzusetzen“. Unter Hinweis auf vergebliche Aufforderungen der Union an Rau, sich bei der ersten Haushaltslesung im Bundestag zu stellen, sagte Waigel: „Mangels Sachkompetenz wird Rau aber hier genauso wieder kneifen wie im September.“ Das Meinungsforschungsinstitut infas hatte festgestellt, 57 Prozent der Bevölkerung seien für ein solches TV-Duell.

„Erhebliche Probleme“ der Ökumene

idea, Stuttgart

Der Bischof der evangelischen Landeskirche in Württemberg, Hans von Keler, sieht im Verhältnis zur katholischen Kirche „erhebliche Schwierigkeiten“. Vor der Landessynode in Stuttgart betonte der Bischof gestern, man könne die Lehrautorität des Papstes nicht anerkennen und müsse aufgrund „reformatorischer Erfahrung“ am Grundsatz der Rechtfertigung „allein aus Gnade“ festhalten. Hindernisse sieht von Keler auch im katholischen Amtsverständnis. Der „Not“ konfessionsverschiedener Ehen solle man mit „eucharistischer Gastfreundschaft“ begegnen. Auch erlaube die katholische Kirche ihren Mitgliedern nicht die Teilnahme am evangelischen Abendmahl, obwohl die evangelische Kirche dies zulasse.

Zur Friedensfrage stellte der Bischof fest, er bejahe den Dienst in der Bundeswehr und den des Zivildienstleistenden als „Dienst für den Frieden“. Der Bischof betonte jedoch zugleich, man könne nicht von Frieden sprechen „und dabei Gerechtigkeit und Freiheit ausblenden.“

Arbeit über „Kirche und Wirtschaft“

idea, Stuttgart

Zu seinem 20jährigen Bestehen hat der Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer einen mit 20 000 Mark dotierten Preis für eine wissenschaftliche Arbeit über das Verhältnis zwischen Evangelischer Kirche und Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg gestiftet.

Während einer Feierstunde zum Bestehen des Arbeitskreises bezeichnete es dessen Vorsitzender, Max Dietrich Kley, als Zukunftsaufgabe, in geduldigen Gesprächen „den Kirchen wieder nahezubringen, daß auch Wirtschaft nicht für das Brot allein lebt, sondern von einem überzeugten und ethisch gefestigten Unternehmertum“. Es gelte deutlich zu machen, „daß die soziale Marktwirtschaft keine wertfreie Veranstaltung zur Bereicherung des einzelnen ist, sondern mit ihrer unbestrittenen Leistungsfähigkeit gerade die Mittel für die Armen und Schwachen bereitstellen kann, für die sich die Kirche einsetzen will“.

Bedenken gegen Raus Mediengesetz

dpa, Düsseldorf

Für verfassungsrechtlich bedenklich halten Rechtswissenschaftler einzelne Abschnitte des von der nordrhein-westfälischen SPD-Landesregierung vorgelegten Entwurfs eines Landesrundfunkgesetzes. Während einer Anhörung beurteilten die Experten vor allem die beabsichtigte Beteiligung von Kommunen und des WDR an privaten Rundfunkprogrammen kritisch. Der Bochumer Professor Tettinger riet der Regierung „dringend, auf eine Beteiligung der Kommunen am lokalen Rundfunk gänzlich zu verzichten“.

Das Hauptbuch der Nation Bundeshaushalt 1987 (Plan)

Einnahmen 268,5 Mrd DM — Ausgaben 268,5 Mrd DM

Mit 22,3 Mrd. DM erreicht die Neuverschuldung 1987 die niedrigste Rate seit 10 Jahren. Mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 268,5 Mrd. DM ist der Hauhalt um 1,9 Prozent höher als im Vorjahr.
QUELLE: GLOBUS

FÜR DEN ANLEGER

Welt-Aktien-Indizes: Gesamt: 278,09 (274,35); Chemie: 160,11 (161,83); Elektro: 350,66 (341,63); Auto: 729,26 (716,97); Maschinenbau: 153,87 (152,86); Versorgung: 167,20 (165,82); Banken: 413,22 (403,20); Warenhäuser: 193,96 (186,19); Bauwirtschaft: 526,62 (527,04); Konsumgüter: 185,91 (184,17); Versicherung: 1405,92 (1385,49); Stahl: 139,16 (138,27).

Münch.Rück.N.	2350,0	5,38
Matsushita El.	22,50	5,14
Henninger	147,00	5,00
Kaufhof	565,00	4,82
Kursverlierer:	DM	– %
Bco. Hispano Ame.	33,20	4,87
Buderus	470,00	4,08
Sanden Corp.	12,00	4,00
Balcke-Dürr	275,00	3,85
Control Data	50,50	3,81
(Frankfurter Werte)		

Kursgewinner:	DM	+ %
Dierig Holding	160,00	8,84

Nachbörse: Stabil

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

DIAG: Die Sanierung des Bereiches Werkzeugmaschinen scheint erfolgreich zu verlaufen. Die zur Werner und Kolb Werkzeugmaschinen zusammengeschlossenen Werke werden 1987 wohl schwarze Zahlen schreiben. (S. 14)

Mannesmann: Der Konzernumsatz blieb in den ersten neun Monaten 1986 mit 10,8 Mrd. DM dollarkursbedingt um zehn Prozent unter dem Vorjahrsniveau. (S. 14)

Klöckner-Werke: In den ersten neun Monaten des Geschäftsjahres 1985/86 (30. September) stieg der Weltaußenumsatz um 5,6 Prozent auf rund 5,78 Mrd. DM. Während die Walzstahlproduktion auf 3,24 Mill. Tonnen leicht zurückging, vergrößerte sich der Umsatz im Spezialmaschinenbau um 27 Prozent auf 1,75 Mrd. DM.

Zeiss: Während vielfach über Probleme für einen Einstieg in das Japan-Geschäft lamentiert wird, liefert das Optik-Unternehmen ein Musterbeispiel für erfolgreiche Aktivitäten im „Lande der aufgehenden Sonne". (S. 14)

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	21. 11. 86	20. 11. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	155,50	155,50	165,00	286,00	97,00
Heizöl (schwer/3,5 % S)	76,50	76,50	51,00	139,00	29,00
Gasöl (Heizöl/Diesel) 0,3 % S	121,75	125,00	104,00	226,00	84,00

MÄRKTE & POLITIK



O-Bahn-System: Was in Essen schon in Betrieb ist, empfiehlt die Daimler-Benz AG auch für Berlin. Mit geringen Kosten sei es möglich, den O-Bus auf einer stillgelegten S-Bahn-Trasse und auf der Straße zu erproben.

Zusammenarbeit: Wie VW mitteilte, haben der VW-Aufsichtsrat und der entsprechende Board of Directors der amerikanischen Ford Motor Compagny der Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens in Brasilien und Argentinien zugestimmt. (S. 14)

Sozialmarketing: Mit werbender Kommunikation kann mehr erreicht werden, als Produkte an Verbraucher zu bringen. (S. 15)

Südafrika: Die britische Barclays Bank hat ihren restlichen Anteil von 40,4 Prozent an der südafrikanischen Barclays National Bank für rund 470 Mill. DM verkauft. (S. 14)

NAMEN

BDI: Hans Merkle, Aufsichtsratsvorsitzender der Robert Bosch GmbH, wurde neues Ehrenmitglied des Präsidiums. Neue Vizepräsidenten wurden Werner Breitschwerdt, Daimler-Benz-Vorstandsvorsitzender, und Frank Pätzold, persönlich haftender Gesellschafter der W. Schlafhorst + Co.

Bayerische Landesbank: Da der Bayerische Sparkassen- und Giroverband nach eigenen Angaben keinen Gegenkandidaten aufgestellt hat, bleibt Ludwig Huber vorraussichtlich für weitere fünf Jahre Präsident der Bayerischen Landesbank Girozentrale.

WER SAGT'S DENN?

Die letzte Instanz in der Planwirtschaft ist der Scharfrichter, in der Marktwirtschaft der Gerichtsvollzieher.

Wilhelm Röpke

Krisenlage auf den Äckern mit marktgerechten Preisen stoppen

Sachverständigenrat fordert durchgreifende Neuordnung in der Landwirtschaft

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Für durchgreifende Reformen in der Agrarpolitik ist es höchste Zeit. Notwendig ist eine Preispolitik, die *sich an den Marktgegebenheiten orientiert.* Das stellt der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten fest, in dem er sich zum zweiten Mal nach 1980 in einem gesonderten Kapitel mit den Fehlentwicklungen auf den Äckern beschäftigt. Mit ihrer Blockade marktwirtschaftlicher Anpassungsmechanismen habe die Agrarpolitik bewirkt, daß sich die Krisenlage immer weiter zuspitzt.

„Die Produktionsüberschüsse steigen anhaltend, sie beanspruchen immer mehr öffentliche Mittel, und sie belasten das handelspolitische Klima", *heißt es in dem Gutachten.* Die durch falsche Preissignale im Übermaß gesteigerte Agrarproduktion verursacht Schäden an der natürlichen Umwelt.

„Dreh- und Angelpunkt der Reform muß eine Preispolitik sein, die sich am Markt orientiert", schreiben die Fünf Weisen. Sie könne durch *flankierende Maßnahmen unterstützt* werden, die es den Landwirten erleichtern, mit den schwierigen Anpassungsaufgaben fertig zu werden. *Die unerläßliche Reform der* Agrarpreispolitik weiter zu verzögern, hieße bei den Landwirten Illusionen nähren. Eine „schmerzfreie" Zurückführung der Produktionsüberschüsse gebe es nicht.

Die Bestrebungen der EG-Kommission, die Agrarpreise stärker an den Marktgegebenheiten auszurichten, wiesen in die richtige Richtung. Die Bundesregierung widersetzt sich nach Ansicht der Sachverständigen einem solchen Kurs. Die Fünf Weisen kritisieren auch die Bundesregierung, weil sie die nationalen Ausgaben für die Landwirtschaft, so durch die Erhöhung der Mehrwertsteuerpauschale, die Ausdehnung der benachteiligten Gebiete und die höheren Zuschüsse zur Sozialversicherung, kräftig gesteigert habe.

Auch diese Maßnahmen wirkten eher in Richtung auf eine Erhaltung überkommener Strukturen als darauf, den Wettbewerbsnachteil der *deutschen Landwirtschaft zu überwinden, der nicht zuletzt durch die im Vergleich zu den anderen EG-Staaten* kleineren Betriebseinheiten bedingt ist.

Der Hinweis darauf, daß trotz Preissenkungen deutliche Produktionseinschränkungen ausgeblieben sind, sei kein Beweis für die Unwirksamkeit der Preispolitik zur Eindämmung der Produktionsüberschüsse. Denn die Preissenkungen müßten auch im Zusammenhang mit den Produktivitätsfortschritten und den geringeren Preisen für landwirtschaftliche Betriebsmittel gesehen werden.

Der Sachverständigenrat wendet sich auch dagegen, zur Erhaltung der gegenwärtigen Agrarstrukturen den Landwirten das, was sie an Einkommen nicht mehr erwirtschaften können, pauschal unter dem Etikett „Entgelt für Landschaftspflege" zukommen zu lassen. Die Bemühungen, *durch produktionsbegrenzende Maßnahmen* Spielraum für Preisanhebungen zu gewinnen, stünden im Widerspruch zu einer marktwirtschaftlichen Wettbewerbsordnung.

Reform der Kohlepolitik gefordert

HEINZ HECK, **Bonn**

Die Fünf Weisen haben in ihrem jüngsten Gutachten erneut eine *„grundlegende Reform"* der Kohlepolitik gefordert. Die wieder stark gestiegene Subventionslast zugunsten heimischer Steinkohle, „die sich 1987 noch einmal erhöhen könnte", mache die Aufgabe „dringlich". Der neue Kurs müsse sich besser in eine Wirtschaftspolitik zur Stärkung der Marktkräfte einfügen.

Bereits im Jahresgutachten 1983 hatten die Sachverständigen vorgeschlagen, die Aufrechterhaltung einer heimischen Steinkohleförderung allein als Beitrag zur Sicherung der Energieversorgung anzuerkennen und dementsprechend die zu gewährende Subvention auch als Sicherheitsprämie zu bemessen. Die Prämie sollte sich danach an der Sicherheitsleistung ausrichten: „Das sind die eingesparten Kosten für zeitweilige Unterbrechungen der Lieferungen von Importkohle."

Das bisherige Vorgehen, bei der Bemessung der Kohlesubvention die höheren Kosten der deutschen Steinkohleförderung abzugelten, biete nicht genügend Anreiz zur Kosteneinsparung. „Vorsorgungssicherheit ist ein öffentliches Gut", meinen die Weisen. Deshalb müsse die Prämie vom Steuerzahler aufgebracht werden. Der bei der Verstromung deutscher Steinkohle eingeschlagene Weg, die Mehrkosten verbrauchsabhängig dem Stromkunden anzulasten, „ist volkswirtschaftlich falsch, weil er die Preisrelationen und damit den Wettbewerb der Energieträger verzerrt".

Dadurch werde Elektrizität künstlich verteuert und ihre Stellung im Wettbewerb auf dem Wärmemarkt entsprechend verschlechtert. Bei der Stromerzeugung sei die heimische Steinkohle durch Jahrhundertvertrag und Drittes Verstromungsgesetz „mit einer festen Menge vollständig dem Wettbewerb durch andere Energieträger und Auslandskohle entzogen".

Der Bemessung der Subventionshöhe liege die Fiktion zugrunde, daß die Verstromung schweren Heizöls die maßgebliche Alternative zum Einsatz deutscher Steinkohle sei. Bei Verbilligung des schweren Heizöls – wie in diesem Jahr – stiegen die Ausgleichsansprüche der Elektrizitätsunternehmen (EVU), die überwiegend deutsche Steinkohle einsetzen. Deren Stromkunden profitierten, während die Verbraucher anderer Energieträger, vor allem der Kernenergie, benachteiligt würden.

Somit bewirke die höhere Ausgleichsabgabe unter bestimmten Bedingungen einen Gewinntransfer von den Nettozahlern an die -empfänger unter den EVUs. Beide Transfers ließen sich nicht mit Argumenten begründen, die aus dem Ziel der Versorgungssicherheit hergeleitet werden könnten. „Sie entsprechen vielmehr allein der Vorstellung einer Art Solidargemeinschaft, die dem heimischen Steinkohlebergbau Preise ermöglichen soll, die seine Kosten decken", folgern die Weisen.

„Burgfrieden" zwischen USA und Europa bedroht

Ha. **Brüssel**

Die USA beharren weiter darauf, daß die EG sie für Handelsnachteile entschädigt, die ihnen durch den Beitritt Spaniens und Portugals entstehen. *Anders als die Gemeinschaft* wollen sie jedoch keine globale Bewertung der Vor- und Nachteile vornehmen, sondern direkte Kompensationen für den erschwerten Absatz von Mais und Sorghum (einer Hirseart) durchsetzen.

Im Außenministerrat berichtete der zuständige EG-Kommissar Willy Declercq gestern, daß sich die Position Washingtons in vier Verhandlungsrunden nicht aufgelockert habe. Die Amerikaner drohen, Ausgleichszölle auf EG-Exporte zu erheben, wenn ihrer Forderung nicht vor Jahresablauf entsprochen wird. Damit würde der „Burgfrieden" in Frage gestellt, der im Sommer zwischen Declercq und Präsident Reagans Handelsbeauftragten Clayton Yeutter vereinbart worden war. Allerdings finden am 12. Dezember noch einmal Konsultationen auf höchster Ebene statt. Wie in den vergangenen Jahren werden Außenminister George Shultz und mehrere andere Kabinettsmitglieder gemeinsame Probleme mit der EG-Kommission erörtern.

Der Rat hat der Brüsseler Exekutive gestern erwartungsgemäß politischen Rückhalt für ihre Verhandlungen gegeben. Bonn warnte allerdings davor, eine „Alles oder Nichts-Position" einzunehmen.

AUF EIN WORT

„Wenn im Norden statt Regulierungen wieder Marktkräfte zum Zuge kommen, verlieren Nicht-Markt-Faktoren wie Freizeitwert und Klima an Bedeutung für Standortentscheidungen. Dann zählen Kosten und Preise wieder mehr als Wind und Wetter."

Dr. Wilfried Prewo, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Hannover-Hildesheim.
FOTO: DIE WELT

DGB gibt 49 Prozent der Volksfürsorge ab

dpa/VWD, **Nürnberg**

Die gewerkschaftseigene Volksfürsorge-Versicherungsgruppe soll zu 49 Prozent verkauft und am Aktienmarkt breit gestreut werden. Dies bestätigte ein Sprecher der Versicherung am Montag in Nürnberg am Rande des Kongresses der Postgewerkschaft. 51 Prozent der Anteile sollen weiterhin im Besitz des DGB bleiben. Der Zeitpunkt des Aktienverkaufs stehe noch nicht fest, voraussichtlich werde aber der Transfer Anfang 1987 vollzogen. Auch sei noch nicht sicher, ob die 49 Prozent über eine Großbank an den Aktienmarkt gebracht werden.

Zum Jahresende wird die Volksfürsorge ihr Paket an der Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) von zehn Prozent an die Gewerkschaftsholding BGAG zurückgeben. Zu diesem Zeitpunkt gehen 50 Prozent plus eine Aktie der BfG zu einem Kurswert von 380 Prozent an die Aachener und Münchener Versicherungsgruppe. 1982 hatte die Volksfürsorge die BfG-Anteile zu einem Kurswert von 270 Prozent gekauft. Über den Rückgabepreis wollte der Volksfürsorge-Sprecher allerdings keine Aussage machen. „Die Kursgewinne werden einen zweistelligen Millionenbetrag erreichen", erklärte der Sprecher der Versicherung. Mit Nachdruck dementierte der Sprecher, in den letzten Jahren habe es finanzielle Hilfen von der Versicherung für die angeschlagene Neue Heimat gegeben.

Auftragsboom im Schiffbau in zwei Jahren erwartet

Deutsche Schiffahrtsbank: Wachsender Tonnagebedarf

ww. **Bremen**

Mitte 1988 wird ein weltweiter Auftragsboom für neue Schiffe einsetzen, der bis in die neunziger Jahre hineinreicht. Dann werden viele Schiffe so überaltert sein, *daß sie verschrottet* werden müssen, weil sie wegen strenger Sicherheitsvorschriften die Häfen nicht mehr anlaufen dürfen. Dies erwartet der Sprecher *des Vorstands* der Deutschen Schiffahrtsbank AG, Bremen, Walter Behrmann. Zudem gebe es mit der steigenden Bevölkerung *auf der Welt immer* mehr Bedarf, der die Frachten anhebe. „Wir werden immer Schiffe als Transportmittel brauchen", untermauert Behrmann seine Prognose. Schließlich bestehe der Globus zu 70 Prozent aus Meer.

Mit dem Blick in die Zukunft gelte es außerdem, einen gesunden Kern deutschen Schiffbaus zu erhalten, vorwiegend aus arbeitsmarktpolitischen, nicht zuletzt aber auch aus strategischen Gründen. Die lang anhaltende Schiffahrtskrise finde ihre Ursache in Fehleinschätzungen des Marktes durch die Reedereien, aber auch in staatlichen Subventionen.

Die Schiffspreise sind laut Behrmann auf einen Tiefstwert gesunken: sieben Jahre alte Tweendecker mit 15 000 Tonnen Tragfähigkeit (tdw), für die Ende 1981 noch über sieben Millionen Dollar zu zahlen waren, liegen heute auf einer Preisbasis von zwei Millionen Dollar und darunter. Außerdem befinden sich die Frachtraten *auf einem bislang nicht* gekannten niedrigen Niveau. Diese mißliche Entwicklung hat nach Aussage des Sprechers auch die Banken und Finanzinstitute in aller Welt getroffen.

Absurdes Theater

cd. – Als Spekulation ohne Hintergrund tut die Bundesbank Versionen einer japanischen Wirtschaftszeitschrift ab, nach der Bundestagswahl *stehe ein deutsch-amerikanischer* Deal nach US-japanischem Vorbild bevor: Deutsche Diskontsenkung und US-Verpflichtung *zur Dollarstabilisierung.*

Die Erfinder der Story unterstellen Washington offenbar das gleiche Interesse an einem stabilen Dollar gegenüber der Mark wie gegenüber dem Yen. Doch da gibt es einen feinen Unterschied. Die Japaner sind schließlich die größten ausländischen Finanziers der Defizite im Haushalt und in der Leistungsbilanz der USA; wenn der Dollarkurs weiter sinkt, könnte diese wichtigste *Finanzierungsquelle* versiegen.

Die deutsche Finanzierungsrolle ist dagegen für die USA so unbedeutend, daß sie für eine Wechselkursvereinbarung kaum einen Anlaß geben könnte.

Und dann zum vermuteten Zeitpunkt einer Diskontsenkung: Warum nach der Wahl? Da wird einmal verkannt, daß die Bundesbank ihre Entscheidungen nicht mit Blick auf solche Daten fällt, zum anderen wird damit ein Vorratsbeschluß unterstellt.

Das alles wird vollends zum absurden Theater angesichts des öffentlichen Drucks – die Empfehlung des Sachverständigenrats ist *ein Beispiel dafür* –, *in der Geldpolitik* 1987 einen etwas strafferen Kurs zu steuern. Die Frankfurter Währungshüter werden es schon schwer genug *haben,* der Öffentlichkeit klarzumachen, daß ein Verzicht auf vorsichtige monetäre Bremsmanöver nicht mit einer Absage an Stabilitätspolitik gleichzusetzen ist.

Weiter auf Kurs

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Auf den ersten Blick fallen die Fünf Weisen mit ihrem *Jahresgutachten* wieder etwas aus dem allgemeinen Prognose-Umfeld heraus. Vor einem Jahr waren sie mit ihrer *Vorhersage von reichlich drei Prozent* für das gesamtwirtschaftliche Wachstum im Jahre 1986 optimistischer als andere. In diesem Jahr bewegen sie sich mit ihren zwei Prozent am unteren Ende der Skala.

Und trotzdem: Das Gutachten ist keineswegs pessimistisch. Im Gegenteil. Denn der Aufschwung geht nicht nur bereits in sein fünftes Jahr – was allein schon beachtlich ist –, sondern die Chance, daß die deutsche Wirtschaft darüber hinaus auf Expansionskurs *bleibt,* beurteilen die Sachverständigen für gut.

Der Sachverständigenrat der Fünf Weisen ist optimistisch, daß der Aufschwung auch über 1987 anhalten wird. Eine entscheidende Voraussetzung sind moderate Lohnabschlüsse.

Damit relativieren sie jene, die nach den nicht gerade günstigen Produktionsergebnissen und Auftragseingängen der letzten Monate bereits über ein Ende des Aufschwungs spekuliert haben. Im *Unterschied zu den* fünf führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten erwartet der Sachverständigenrat *auch keine* Abschwächung in der zweiten Jahreshälfte.

Für ihn hat der Aufschwung vielmehr eine solide Basis, dank der verbesserten Produktionsbedingungen im Inland. Eine gestärkte Investitionsneigung und eine große *Investitionsbereitschaft gehören zu* seinen Hauptantriebskräften. Als Grund dafür wird besonders auf die Lohnzurückhaltung der Tarifpartner verwiesen; und der Sachverständigenrat geht davon aus, daß sich daran auch im nächsten Jahr nichts ändern wird.

Gerade von dieser Annahme hängt sehr stark ab, ob die Entwicklung im nächsten Jahr tatsächlich so günstig vorankommen wird wie jetzt vorausgesagt, ob die gesamtwirtschaftliche Produktion im Verlaufe des Jahres um 2,5 Prozent zunehmen wird. Die Fünf Weisen haben bei ihrer Prognose unterstellt, daß das kostenwirksame Gesamtergebnis der nächsten Tarifrunde, also die Anhebung der Tariflöhne unter Einschluß des Lohnausgleichs für eine Verkürzung der Arbeitszeit, etwas unterhalb von vier bis 4,5 Prozent liegen wird, die für 1986 vereinbart wurden. Denn das Einkommensgeschenk der Importpreissenkung kann 1987 nicht noch einmal verteilt werden.

Sie warnen auch davor, bei den Lohnabschlüssen von einer Grundtendenz des Preisauftriebs von 1,5 bis zwei Prozent auszugehen. Würde das gemacht, dann wird diese Teuerungsrate auch *selbst* vorbereitet. Bei Lohnabschlüssen, die dem Produktivitätsfortschritt entsprechen, gibt es nach Meinung des *Sachverständigenrates eine solche* Grundtendenz nicht. Wenn die Lohnstückkosten stabil bleiben, dann sei auch kein weiterer Anstieg des Preisniveaus zu befürchten.

Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 38,5 um eine weitere Stunde erhöht bei vollem Lohnausgleich den Stundenlohn bereits um 2,7 Prozent. Und das ist mehr als die erwartete Zunahme der Stundenproduktivität von zwei Prozent. Einfach wird es also nicht, Abschlüsse zu erreichen, die den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen entsprechen. Wird jedoch *nach* oben davon abgewichen, dann geht das nicht ohne Schaden *für* Wachstum, Beschäftigung und Preisniveau aus.

Die Anpassungsaufgabe, mit der die deutsche Wirtschaft fertig werden muß, ist gewaltig. Immerhin gingen in diesem Jahr, ganz anders als 1985, von der *Auslandsnachfrage keine Impulse* aus. Die Umstellung der Antriebskräfte von der Außen- auf die Binnenwirtschaft, die hier und da auch zu Reibungsverlusten geführt hat, dürfte in diesem Jahr überwunden werden. Wegen der günstigeren konjunkturellen Entwicklung in wichtigen Abnehmerländern dürfte auch der Export 1987 real wieder leicht zulegen, wegen der Aufwertung der D-Mark aber nur um 1,5 Prozent.

Und trotzdem steigen die Investitionen auf breiter Front noch kräftiger an. Die Erweiterung der Kapazitäten, aber auch die Modernisierung *der Anlagen,* gewinnen an Bedeutung. Auch die Aussichten für eine anhaltende Verbrauchskonjunktur sind gut.

All das schlägt auf den Arbeitsmarkt durch. Auch wenn die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt kaum unter zwei Millionen sinken dürfte, steigt die Beschäftigung im nächsten Jahr weiter um rund 250 000.

Eine Wachstumsrate von zwei bis 2,5 Prozent mag moderat erscheinen. Dabei sollte aber nicht vergessen werden, daß die Entwicklung spannungsfrei verläuft, daß sie über weitere Jahre durchgehalten werden kann. Dazu muß auch die Wirtschaftspolitik für die notwendigen Rahmenbedingungen sorgen – von der Steuerreform über die Anpassung der Sozialsysteme bis hin zum Abbau von Beschränkungen. Keine leichte Aufgabe.

Warum läuft der Mercedes auf Schotterstraßen der Dritten Welt?

ERWIN SCHNEIDER, **Berlin**

Wie lassen sich Entwicklungspolitik, *die ethischen und moralischen* Anforderungen unterliegt, und Firmenpolitik, die auf materiellen Gewinn ausgerichtet sein muß, zum Wohle der Länder der Dritten Welt koordinieren? Am Beispiel Verkehr, der mit einer gut funktionierenden Infrastruktur für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes von eminenter Bedeutung ist, war dies das Thema des traditionell in Berlin stattfindenden 8. Daimler-Benz-Seminars.

Der Grundtenor der sechs Wissenschaftler und Praktiker auf dem Podium wurde von Wolfgang Hillebrand (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Berlin) formuliert: Entwicklungsländer werden sich zukünftig nur dann erfolgreich in die arbeitsteilige Weltwirtschaft integrieren können, wenn sie über ein flexibles und leistungsfähiges Transportsystem zur Abwicklung des grenzüberschreitenden Güterverkehrs verfügen. Industrialisierungsgrad und Stand des Verkehrswesens seien eng verflochten. Er warnte davor zu glauben, daß die Alternative „Transport von Information anstelle von Leuten und Waren" in absehbarer Zeit Realität werde.

Aber, so ergänzte Prof. Hans H. Lechner (Technische Universität Berlin), wie „die Erfindung des Buchdrucks einst den Absolutismus und seine entwicklungshemmende Wirtschaftspolitik überwinden half, so werden wohl auch die neuen Kommunikationstechnologien die Errichtung einer tragfähigen Basis für die Einleitung breiter Entwicklungsprozesse beschleunigen helfen".

Für ein „Umdenken" in allen Bereichen von der Verkehrs- und Nach*frageprognose bis hin zu den* Konsequenzen der Liberalisierung der Verkehrsmärkte in den Entwicklungsländern plädierte Gerhard Metschies (Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit). Er wies nachdrücklich darauf hin, daß der Staat sich weitgehend zurückhalten und die Initiative den Privatleuten überlassen sollte. Die Effizienz würde durch Privatisierung verbessert. Dies hätten Erfahrungen der GTZ auf dem Transportsektor überall in der Welt bewiesen.

Auf die Verkehrsprobleme durch die zunehmende Verstädterung, die durch das rasante Bevölkerungswachstum von 3,5 Prozent jährlich in der Dritten Welt forciert wurde, wies Prof. Lutz Beckmann (Technische Fachhochschule Berlin) hin. Deshalb brauchen die Entwicklungsländer die Unterstützung der Industrieländer bei den Bemühungen, ihre Schwierigkeiten zu überwinden. Da es aber keine Standardlösung gebe, werde von den Verkehrsplanern mehr Kooperation, mehr Flexibilität, Einfühlungsvermögen und Ausdauer verlangt.

Daß auch „hardware", also die Bereitstellung von geeigneten Fahrzeugen, zum Verkehrswesen gehöre, betonte Michael Bassermann (Daimler-Benz AG). Dabei könne die Industrie aber nicht durch irgendwelche altruistischen oder sozialen Zielsetzungen motiviert werden, am Aufbau nationaler Autoindustrien in Entwicklungsländern mitzuwirken.

„Wir sind uns bewußt, daß letzlich nur ein entwickelter Markt mit entsprechender Kaufkraft auch langfristig Potential bieten kann", erklärte Bassermann. Und er folgerte: „Industrielle Engagements der Automobilbranche im Ausland sind langfristig geplante Unternehmungen – um agieren zu können und nicht reagieren zu müssen." Das Stuttgarter Unternehmen verfolge eine globale Strategie, die allerdings nie statisch ausgerichtet sei, sondern sich dynamisch den Veränderungen des Weltmarktes anpasse.

Auf das gegenseitige Geben und Nehmen verwies auch Rudolf Hörnig (Vorstandsmitglied der Daimler-Benz AG). Ein langfristig angelegtes Engagement müsse den Teufelskreis durchbrechen, daß weder Industrialisierung noch Verkehrssysteme gegeben seien, beides sich aber bedinge.

Der Seminarleiter Prof. G. Wolfgang Heinze (TU Berlin) zeigte noch einen anderen Teufelskreis auf, daß nämlich „Verkehr neuen Verkehr schafft", weil dann, wenn der Transport billiger würde, die Nachfrage schnell steige. Er warnte die Automobilindustrie davor, „Schrott" in die Entwicklungsländer zu liefern, nicht zuletzt auch aus Umweltgründen.

VW und Ford gründen Joint Venture

dpa/VWD. Wolfsburg

Die Zusammenarbeit von Volkswagen und Ford in Südamerika nimmt konkrete Formen an. Wie die Volkswagen AG, Wolfsburg, mitteilte, haben der VW-Aufsichtsrat und der entsprechende „Board of Directors" der amerikanischen Ford Motor Company, Dearborn, der Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens in Brasilien und Argentinien zugestimmt. Es entstehe eines der weltweit größten Unternehmen auf dem Automobilsektor.

Sobald die abschließenden Detailverhandlungen beendet und durch entsprechende Vereinbarungen unterzeichnet sind, soll in Brasilien eine neue Holding-Gesellschaft gegründet werden, welche die Aktivitäten der Volkswagen do Brasil S.A. und der Ford Brasil S.A. koordinieren wird. Darüber hinaus werden die argentinischen Tochterunternehmen Volkswagen Argentina S.A. und Ford Motor Argentina S.A. in einer neuen Gesellschaft zusammengefaßt. Das gesamte Gemeinschaftsprojekt soll „Autolatina" heißen.

Die Volkswagen AG wird an den geplanten Holding-Gesellschaften in Brasilien sowie Argentinien 51 und Ford 49 Prozent halten. Mit abschließenden Vereinbarungen könne im Frühjahr 1987 gerechnet werden. Identität und Image der beiden Marken sollen unverändert bleiben. VW und Ford betreiben in Brasilien und Argentinien 15 Fabriken, die über eine jährliche Fertigungskapazität von 900 000 Fahrzeugen verfügen.

Beide Firmen beschäftigen in Südamerika zusammen 75 000 Mitarbeiter und unterhalten ein Händlernetz von 1 500 Betrieben. Der Umsatz beider Unternehmen betrug nach den Angaben 1985 in Brasilien und Argentinien insgesamt vier Milliarden US-Dollar (etwa 11,8 Mrd DM).

Anzeige

Berufs-Chancen sind Zukunfts-Chancen. Darum einfach 0130-60 60 anrufen!

Dann erhalten Sie 4 Wochen kostenlos die BERUFS-WELT. Mit dem großen Stellenteil für Fach- und Führungskräfte und mit vielen Tips für mehr Erfolg im Beruf

01-248



Jeden Samstag mit BERUFS-WELT

Bundeseigener Diag-Konzern soll privatisiert werden

Die Radikalkur bei der Tochter Werner und Kolb Werkzeugmaschinen steht kurz vor dem Abschluß

ot. Berlin

Die Sanierung der Werkzeugmaschinen-Gruppe innerhalb des bundeseigenen Diag-Konzerns (Deutsche Industrieanlagen GmbH) in Berlin ist weitgehend abgeschlossen. Das sagte der Vorsitzende der Geschäftsführung, Helmut Hammer. Er kündigte die Privatisierung der Diag spätestens in drei Jahren an, will bis dahin noch weitere Schwachstellen abgestellt haben.

Hammer ist vor fünf Jahren bei der Diag angetreten, um den permanenten Verlustbringer des Konzerns, den Werkzeugmaschinenbau, zu sanieren. Damit meint er jetzt vor dem Abschluß zu stehen. Sichtbarer Ausdruck dafür ist nicht zuletzt die heutige Grundsteinlegung einer neuen Fabrik für den Werkzeugbau in Berlin, in der Hammer auch eine Verpflichtung für die Zukunft sehen will.

Hammer hat vor gut drei Jahren den Diag-Werkzeugmaschinenbau in der Werner und Kolb Werkzeugmaschinen GmbH mit Werken in Berlin und Köln konzentriert. Seit dem Tiefpunkt damals ist der Umsatz verdreifacht worden. In Köln wird wieder Gewinn gemacht, in Berlin soll das spätestens im nächsten Jahr der Fall sein. In diesem Zusammenhang ist auch die neue Fabrik zu sehen, von der sich Hammer eine Kostenersparnis um 7 Mill. DM pro Jahr verspricht. Die neue Fabrik, die Ende nächsten Jahres bezogen wird, erfordert rund 40 Mill. DM Investitionen, die Werner und Kolb aus eigenen Mitteln und Konzerndarlehen finanziert.

Hammer spricht im Zusammenhang mit der Sanierung von Werner und Kolb von einer Radikalkur. Das Produktionsprogramm ist völlig erneuert worden. Dabei hat sich Werner und Kolb ganz auf die Bereiche „bohren und fräsen" spezialisiert, die Maschinen zu Systempaketen zusammengefaßt. Damit hat Hammer, der vorher bei dem württembergischen Maschinenbauer Traub war, schnell Erfolg gehabt. Werner und Kolb habe *neue Märkte erobert und alte zurückgewonnen*, berichtet Hammer, beispielsweise die Sowjetunion, mit der heute wieder 20 Mill. DM Jahresumsatz gemacht wird. Insgesamt habe Werner und Kolb inzwischen 60 Anlagen im Wert von 250 Mill. DM verkauft. Der Umsatz ist von 60 Mill. DM 1984 um 110 Prozent auf 125 Mill. DM 1985 gesteigert worden.

In diesem Jahr peilt Hammer eine weitere Steigerung um 45 Prozent auf 180 Mill. DM an. Zu den Kunden der Werkzeugmaschinen von Werner und Kolb – „flexible Automatisierung mittels Rechnerintelligenz" – zählen alle deutschen Autokonzern wie auch mittelständische Firmen, sagt Hammer, der sich awomit er sich unabhängiger fühlt. Der Auftragsbestand von 160 Mill. DM sichert die Beschäftigung zur Zeit bis in das dritte Vierteljahr 1987. Einzig das US-Geschäft macht im Moment wegen des Dollarkursverfalls Sorgen.

Auch in der Mitarbeiterzahl zeigt sich Werner und Kolb wieder als wachsendes Unternehmen. In Berlin ist die Beschäftigtenzahl vom Tiefpunkt 1984 mit 480 Mitarbeitern auf inzwischen 560 wieder aufgestockt, bei Kolb in Köln sind 200 Personen beschäftigt. Hammer plant den weiteren Ausbau, wobei er vor allem auf den eigenen Nachwuchs setzt. Seinen Berliner Werkzeugmachern stellt Hammer ein hervorragendes Zeugnis aus. Mit einem Pro-Kopf-Umsatz von 237 000 DM dieses Jahr gehöre Werner und Kolb heute zur Spitzengruppe der deutschen Werkzeugmacher.

Die Obergesellschaft DIAG, zu der noch die Fritz Werner Industrieausrüstungen GmbH mit einem Werk in Geisenheim (Anlagen und Millerr Druckmaschinen) gehört, kann nur profitieren, sagt Hammer. Seit 1979 – damals rund 370 Mill. DM – habe die DIAG kein Geld mehr vom Bund erhalten. Im Jahr 1985 ist bei einem Umsatz von 700 (600) Mill. DM Überschuß von 35 Mill. DM erzielt worden, der ausschließlich aus Geisenheim kam. Der Gewinn ist mit Verlustvorträgen verrechnet worden. Dieses Jahr soll das Ergebnis bei 800 Mill. DM Umsatz weiter verbessert werden. Dazu soll nicht zuletzt Werner und Kolb einen Beitrag leisten.

Das ist für Hammer die Voraussetzung der Privatisierung, die Umwandlung der DIAG in eine Publikumsgesellschaft. Für den Schritt an die Börse hat er sich aber noch eine Frist von drei Jahren gesetzt.

Mitten im Röhrenproblem

Mannesmann-Konzern mit kleinerem Zwischengewinn

J. G. Düsseldorf

Vor allem durch den hohen Verlustausweis der Röhrenwerke sei das Konzernergebnis der ersten drei Quartale 1986 unter den Vorjahresstand gefallen, berichtet die Mannesmann AG, Düsseldorf. Im Einklang mit früheren Prognosen für einen 1986 „zufriedenstellenden" Abschluß betont Vorstandschef Werner H. Dieter, der Konzern habe in der Berichtszeit „mit Erfolg" gearbeitet. Bei den Mutmaßungen über eine Dividendenkürzung (der Aktienkurs liegt etwa unter dem Preis der im März zu 200 Mark emittierten jungen Aktien) haben sich die 180 000 Aktionäre mangels Zahlen zum Gewinnrückgang vernünftigerweise weiterhin daran zu orientieren, daß die für 1985 auf 6 (4) DM aufgestockte Dividende nur 55 Prozent des ohne Röhrenbeitrag verbesserten Konzerngewinns benötigte.

Ausschließlich durch das hauptsächlich währungsbedingt kleiner gewordene Auslandsgeschäft sei der Außenumsatz bis Ende September um zehn Prozent auf 10,8 Mrd. DM mit 61 (67) Prozent Auslandsanteil gesunken. Hingegen begünstigte die inländische Investitionsgüterkonjunktur das Geschäft der meisten Unternehmensgruppen. Im Maschinen- und Anlagenbau sank die Leistung (abrechnungsbedingt) um vier Prozent auf 4,8 Mrd. DM; in Elektrotechnik und Elektronik stieg sie um ein Prozent auf 1,5 Mrd. DM; die Stahlrohrproduktion hingegen fiel um 22 Prozent auf zwei Mill. Tonnen.

Ergebnisverbesserungen erzielten die Gruppen Demag, Rexroth und Kienzle; die Gruppe Brasilien habe „währungsbedingt" nicht ganz den hohen Vorjahreswert erreicht; im Anlagenbau und bei Hartmann & Braun seien die Ergebnisse „zufriedenstellend", bei der Gruppe Handel habe die schwache Verfassung der Röhren- und Walzstahlmärkte das Ergebnis beeinträchtigt. Bei der zur Sanierung des Inland-Röhrenbereichs vorgesehenen Personalreduzierung um 6500 Mann oder um ein Viertel sei für den größeren Teil der Betroffenen der Ausscheidetermin erreicht oder vereinbart. Gleichwohl erhöhte sich die Konzernbelegschaft binnen Jahresfrist auf knapp 109 000 (108 000).

Wirtschaftlichkeit der Ölheizung gestiegen

Brenner- und Kesseltechnik weit vorangekommen – Beitrag zum Umweltschutz

ot. Berlin

Durch moderne Technik läßt sich der Ölverbrauch in der Raumheizung weiter um 30 Prozent verringern. Das sagten Sprecher des Instituts für wirtschaftliche Ölheizung (IWO) in Berlin – in der Stadt findet heute und morgen das Symposium „Ölheizung 2000" statt, zu dem 250 Fachleute erwartet werden. Mit der Heizungsmodernisierung würde gleichzeitig ein Beitrag zum Umweltschutz geleistet. Hinter dem IWO steht die gesamte Brennstoffwirtschaft.

Die Ölheizung sei auf dem Gebiet der Raumheizung eindeutig Marktführer, betonte IWO-Vorstandsvorsitzender W. Blume. Sie komme heute auf rund 49 Prozent Marktanteil, der Jahresverbrauch liege bei rund 21 Millionen Tonnen. Die Wirtschaftlichkeit *der Ölheizung habe sich nach* dem Rückgang der Ölpreise weiter erhöht. IWO-Geschäftsführer Karl-Heinz Olschewski unterlegt das mit Zahlen. Heute kostet ein Liter Heizöl einschließlich Mehrwertsteuer rund 40 Pfennig, Erdgas komme auf den vergleichbaren Brennwert umgerechnet auf rund 70 Pfennig.

Die Dringlichkeit der Modernisierung unterstreicht Blume mit dem Hinweis, daß heute 80 Prozent aller Heizungen aus der Zeit vor 1979 stammten. Die Brenner-, Regel- und Kesseltechnik sei seitdem weit vorangekommen. Olschewski gibt der *Hoffnung Ausdruck, daß* etwa 300 000 Altanlagen pro Jahr erneuert werden könnten, was ein jährliches Auftragsvolumen von 2 bis 3 Mrd. DM für das Handwerk über einen Zeitraum von bis zu 15 Jahren bedeuten könnte.

Die Experten haben errechnet, daß *sich durch die moderne Technik in* dieser Zeit weitere 6 Mill. Tonnen Heizöl pro Jahr einsparen ließen. Ob sich die Mineralölwirtschaft, die das Institut mitträgt, durch eine solche Politik nicht selbst das Geschäft verdirbt, beantwortet Blume mit dem Hinweis, daß sich die Branche den Notwendigkeiten der weiteren Einsparung, verbunden mit dem Umweltschutz, nicht entziehen könne. Im übrigen setzt das Institut in der Erneuerungspolitik der Ölheizungen auf Kooperation zwischen Industrie, Handel und Handwerk.

Die Verbraucher sehen die Experten *hinsichtlich* von Preisen und Mengen vor diesem Winter in einer hervorragenden Position. Zur Zeit lagerten 10 Mill. Tonnen mehr Heizöl in den Tanks als üblich, rein statistisch seien die Tanks zu 80 Prozent gefüllt. Das sei ein Vorrat, mit dem sich der Verbrauch über einen Zeitraum von *eineinhalb Jahren strecken läßt*. Olschewski bezeichnet das als Preisregulativ in den Händen der Verbraucher.

Barclays verkauft Südafrika-Tochter

rtr. Johannesburg

Die britische Barclays Bank Plc. hat ihren restlichen Anteil von 40,4 Prozent an der südafrikanischen Barclays National Bank Ltd. nach Druck von Apartheidsgegnern verkauft. Chris Ball, geschäftsführender Direktor der Barclays National Bank, sagte, politische Faktoren in Großbritannien und den USA hätten den Rückzug der Großbank beschleunigt. Schon 1985 hatte diese ihren Anteil an der südafrikanischen Bank von 50 *auf 40,4 Prozent verringert.*

Der Erlös für die britische Bank belaufe sich auf rund 470 Millionen DM, so Barclays National. Anglo-American Corp. halte nun 22,5 Prozent der Barclays-Anteile, De Beer Consolidated Mines Ltd. 7,5 Prozent und die Versicherungsgesellschaft Southern Life Association Ltd. 25 Prozent. Ball sagte, der Rückzug werde die bestehenden Geschäftsbeziehungen nicht beeinträchtigen.

Aderlaß für die Kommunen

Industrie- und Handelskammern kritisieren Finanzkürzung

hdt. Bielefeld

Die Industrie- und Handelskammern von Nordrhein-Westfalen fordern den Gesetzgeber auf, die seit *Jahren praktizierte Kürzung* der kommunalen Finanzen zu beenden. Sie weisen darauf hin, daß durch solche Kürzungen der Anteil der Gemeinden an den Steuereinnahmen seit 1982 um fast 6 Mrd. DM reduziert und dieser Betrag in die Kassen des Landes umverteilt wurde.

Zwangsläufig hätten die Kommunen „diesen Aderlaß" auf die Privatwirtschaft abgewälzt, allein 396 Gemeinden haben in den letzten vier Jahren 962 Gewerbesteuererhöhungen beschlossen, die der Wirtschaft Mehrbelastungen von insgesamt 5,6 Mrd. DM brachten. Somit sei die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte von Land und Gemeinden zum überwiegenden Teil von der gewerblichen Wirtschaft finanziert worden.

Das Gemeindefinanzierungsgesetz von 1987 setze nun diese Politik fort: die Kommunen sollen rund 600 Mill. DM weniger erhalten. Nordrhein-Westfalen betreibe damit eine Haushaltskonsolidierung nicht durch einen echten Kostenabbau, sondern durch rigorose Kürzung der Gemeindefinanzen und durch eine Drosselung der Sachinvestitionen. Die Auswirkungen dieser Scheinkonsolidierung seien ein Rückgang der öffentlichen Investitionstätigkeit und eine überhöhte Steuerbelastung.

Nordrhein-Westfalen weise inzwischen nach Hessen die höchste Steuerquote auf. Zu den bereits vorhandenen Standortnachteilen wie überalterte Industriestrukturen und technologischer Innovationsrückstand entstehe damit ein weiterer Wettbewerbsnachteil. Die Kammern fordern daher den Gesetzgeber auf, die Konsolidierung des Landeshaushaltes über einen Abbau im Kostenbereich anzugehen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Strukturanpassung

Duisburg (dpa/VWD) – Nach den umfangreichen Anpassungsmaßnahmen im Stahlbereich der Klöckner-Werke AG, Duisburg, rechnet der Konzern für 1987 mit ersten Ergebnisbeiträgen aus den strukturverbessernden Investitionen. Sie sollen helfen, „den 1986 im Stahl aufgetretenen Turbulenzen entgegenzusteuern", erklärt Vorstandsvorsitzender Herbert Gienow in der Hauszeitschrift. In den ersten neun Monaten des Geschäftsjahres 1985/86 (30. September) stieg der Weltumsatz der Klöckner-Werke *um 5,6 Prozent auf rund 5,78* Mrd. DM. Während die Walzstahlproduktion auf 3,24 Mill. Tonnen leicht zurückging, vergrößerte sich der Umsatz im Spezialmaschinenbau um 27 Prozent auf 1,75 Mrd. DM. Die Zahl der Mitarbeiter im Inland erhöhte sich bis Jahresmitte um 2000 auf 31 200.

Bahlsen modernisiert

Hannover (dos) – Der hannoversche Dauerbackwaren-Hersteller Bahlsen hat die Umstrukturierung im Werk Varel abgeschlossen. Mit Investitionen von 12 Mill. DM wurde die Produktionsleistung erheblich gesteigert. Zugleich erhöhte sich die Belegschaft seit Ende 1985 von 243 auf nunmehr 424 Mitarbeiter. Im Werk Varel sind sechs Ofenanlagen und eine Anlage für die Veredelung von Gebäck mit Schokolade installiert.

Knoll kauft zu

Frankfurt (adh) – Die Knoll AG, Ludwigshafen, in der der Pharmabereich der BASF zusammengefaßt ist, hat das italienische Pharmaunternehmen Ravizza, Muggio, übernommen. Knoll erzielt mit einer italienischen Tochter in Mailand 55 Mill. DM Umsatz (1985). Ravizza kam mit 220 Beschäftigten auf 32 Mill. DM. Weltweit *erreichte die Knoll-Gruppe im vergangenen* Jahr mit 6100 Mitarbeitern 1,14 Mrd. DM Umsatz.

Importdruck bei Papier

Frankfurt (adh) – Am Verbrauchszuwachs von Papier und Karton von knapp 6 Prozent in diesem Jahr haben *die heimischen Hersteller* nur unterdurchschnittlich partizipiert. Nach Angaben des wiedergewählten Präsidenten des Verbandes der deutschen Papierfabriken, Graf von Deym, erhöhte sich der Inlandsabsatz der deutschen Papierindustrie nur um 1,4 Prozent. Gleichzeitig stiegen die Importe um 14 Prozent. Vor diesem Hintergrund äußerte sich Deym auf der Jahresversammlung seines Verbandes besorgt über den weiteren Kapazitätsaufbau in großen Papierländern außerhalb der EG.

Lagerbestände abgebaut

Bielefeld (hdt.) – Die günstigen Witterungsverhältnisse im Sommer und Herbst dieses Jahres haben wesentlich dazu beigetragen, daß der Fachhandel seine Lagerbestände an Gartenmöbeln und -geräten wieder auf einen normalen Stand abbauen konnte. Dies berichtet der Einkaufsverband EK Großeinkauf eG, Bielefeld, der den Umsatz mit diesen Artikeln *in der Saison 1985/86 um 25,5* Prozent gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres erhöhen konnte. Optimistisch sind die Umsatzerwartungen für die kommende Saison.

Liquidationsvergleich

Bielefeld (hdt.) – Die bereits 1898 gegründete Fahrradsattelfabrik Wittkop & Co. GmbH, Bielefeld, die in ihren besten Zeiten einmal 400 Mitarbeiter beschäftigte, muß infolge der schwierigen Marktlage für ihre Produkte aufgeben. Das Unternehmen, das mit derzeit nur noch 28 Beschäftigten einen Jahresumsatz von knapp 4 Mill. DM erzielte, beantragte einen Liquidationsvergleich, der einen Anschlußkonkurs befürchten läßt.

Patientenbefragung ist gescheitert

ww. Bremen

Die Patientenbefragung der Handelskrankenkasse Bremen (hkk) zur Verbesserung der Transparenz im Gesundheitswesen ist in ihren wesentlichen Punkten gescheitert. Ziel der Aktion war es, nach einem Vergleich der Aufzeichnungen mit den abgerechneten Krankenscheinen die erbrachten und abgerechneten ärztlichen Leistungen zu vergleichen. Dabei waren die Patienten allerdings zum großen Teil überfordert; außerdem zeigten sie sich bei detaillierten Nachfragen nicht bereit, ihr Vertrau*ensverhältnis zum Arzt aufs Spiel zu* setzen.

Die hkk hatte mit Beginn des dritten Quartals vom 1. Juli 1985 während vier Quartalen jeweils Gruppen von 9500 Mitgliedern angeschrieben. Sie sollten Aufzeichnungen über die Arztbesuche und die dort erbrachten Leistungen anfertigen. Von den 38 000 angeschriebenen Mitgliedern wurden 5280 (13,9 Prozent) Aufzeichnungen, bezogen auf 438 Ärzte, zurückgeschickt.

Die Auswertung dieser Fälle zeigte 388 Differenzen zwischen Aufzeichnungen und Abrechnungen. „Diese Methode ist nicht für das gestellte Ziel geeignet", sagte der Geschäftsführer der hkk, Gustav Figge.

IWF: Stagnation der Ausfuhren

Entwicklungsländer 1986 mit sinkenden Wachstumsraten

mdl. Bonn

Die Entwicklungsländer sind nach wie vor gezwungen, ihre Wirtschaftspolitik den Finanzierungsproblemen der Außenwirtschaft anzupassen. Zu diesem Ergebnis gelangt der Internationale Währungsfonds in seinem Jahresbericht 1986, der die Entwicklung bis zum Monat April berücksichtigt. Die abgeschwächte Expansion der Industrieländer im Jahr 1985 bewirkte zusätzlich ein Stagnieren der Ausfuhren, zumal es auch außerhalb des Ölbereichs zu einem starken Verfall der Rohstoffpreise kam.

Der Internationale Währungsfonds macht dafür auch die relativ schwache Wirtschaftstätigkeit in den Industrieländern und protektionistische Maßnahmen bei ungewöhnlich reichem Angebot verantwortlich. Kritisch wird auch die mangelnde Bereitschaft privater Gläubiger beurteilt, neue Kredite zu gewähren. Ausbleibende größere Nettorückzahlungen durch Länder, die ihre Kreditwürdigkeit nicht wiederhergestellt haben, sind wohl der Grund. Andererseits nahmen Länder mit einer relativ stabilen Wirtschaft weniger Finanzmittel auf. Insgesamt hat sich die Nettokreditaufnahme bei ausländischen privaten Gläubigern 1985 bei rund acht Mrd. Dollar eingependelt. Zum Teil wurden ausländische öffentliche Darlehen in Zuschüsse umgewandelt, wodurch sich dieses Ergebnis erklärt.

1985 stand die geringste Nettoinanspruchnahme von Fondskrediten zu Buche, doch wurden dadurch wichtige Finanzmittel vom Binnenmarkt absorbiert. Nur um 3,25 Prozent erhöhte sich 1985 insgesamt das Produktionswachstum der Entwicklungsländer, ein Prozentpunkt weniger als im Vorjahr. Am schwierigsten war die Lage für die brennstoffexportierenden Länder. Sie mußten einen Rückgang der realen Kaufkraft ihrer Ausfuhren um rund acht Prozent hinnehmen. Die anderen konnten die Kaufkraft ihrer Ausfuhren um rund 2,5 Prozent erhöhen und steigerten, dank zunehmender Nachfrage aus inländischen Quellen, ihr *Bruttoinlandsprodukt auf 4,75 Prozent.*

Besonders die asiatischen Entwicklungsländer, von denen viele gewerbliche Erzeugnisse exportieren, werden als positive Beispiele genannt. Trotz eines Rückgangs der Ausfuhrerlöse um 13 Prozent wuchs ihre gesamtwirtschaftliche Leistung um sechs Prozent. Der IWF nennt dies im Vergleich zu anderen Ländern ein historisches Ergebnis.

PERSONALIEN

Dr. Friedel Wehmeier, wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1987 zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Raab Karcher AG, Essen, bestellt.

Herbert Gassert, Vorsitzender des Vorstandes der Brown, Boveri + Cie AG (BBC), Mannheim, wurde zum Vorsitzenden des BDI-Ausschusses für Umweltpolitik gewählt. Er löst **Otto Koch**, Mitglied des Vorstandes der Bayer AG, Leverkusen, ab.

Dr. **Ernst Bracker** (DWS) wurde zum Präsidenten der Europäischen Investment-Vereinigung (EIV) und Dr. **Manfred Laux** (BVI) zu deren Generalsekretär berufen.

Horst Enzensperger wurde zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Hutschenreuther AG, Selb, ernannt. Er übernimmt ab 1. Januar 1987 den Produktionsbereich Gastronomie und löst den aus Altersgründen ausscheidenden Generalbevollmächtigten **Karl Troppmann** ab.

Dr. **Helmut Kappenberger** hat aus gesundheitlichen Gründen sein Amt als Vorstandsmitglied der Cassella AG, Frankfurt, niedergelegt. Sein Arbeitsgebiet ist von Dr. **Wolfgang Grünbein** übernommen worden.

Werner Perino, Vorsitzender der Geschäftsführung der Fiat GmbH, Heilbronn, gibt mit Erreichen des 60. Lebensjahres sein Amt zum Jahresende auf. Er übernimmt künftig als Berater für Fiat besondere Aufgaben. Sein Nachfolger ist **John M. Conzio** (40), bisher Marketing-Direktor der Fiat-Nutzfahrzeugtochter Iveco.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Homburg: Dr. med. Harald Keller, Oberursel/Ts.; **Bremen:** L. & P. Holz-Zubehörhandel und Fertigungs-GmbH; **Burgdorf:** Fliesen- und Sanitärkontor GmbH; **Cloppenburg:** Nachl. d. Otto Johannes Ording, Rentner, Saterland-Sedelsberg; **Dortmund:** Ohly KG i. L., Lünen; **Essen:** Nachl. d. Dieter Reich; **Iserlohn:** Krause Bauunternehmen GmbH; **Leverkusen:** Schwane GmbH u. Co. KG; **Mannheim:** Industrie-Stahlhandel F & F GmbH, Brühl; **Neuss:** Helmut Busch, Kaufmann; **Nürnberg:** Gilroistahl Internationaler Röhren- und Stahlhandel GmbH; **Osnabrück:** Hygienica Schnellreinigungs-Betriebe GmbH, Melle; Wilhelm Averbeck Fleisch Wurst Spezialitäten GmbH & Co. KG., Hasbergen; Averbeck Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH, Hasbergen; **Recklinghausen:** „Ilse"-Polster GmbH; **Zweibrücken:** GVG Gabelstapler Vertriebsges. mbH & Co., Kindsbach.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Stadthagen: Rode GmbH Sitzmöbel, Hülsede 1/OT Schmarrie.

Vergleich beantragt: Bremerhaven: Jutta Funk geb. Krohne, Alleininh. d. Fa. Wilhelm Krohne, Hoch-, Tief-, Holz-, Stahlbetonbau; **Düsseldorf:** Fensterbau Förster GmbH, Monheim.

Zeiss-Optik leuchtet im Land der aufgehenden Sonne

Kooperationen sind ein Baustein des Erfolgs in Japan – Perspektiven für Gesamtgruppe „zurückhaltend" beurteilt

W. NEITZEL, **Tokio/Hongkong**

Während hierzulande in der Wirtschaft vielfach über Probleme und vermeintlich unüberwindbare Hürden für einen Einstieg in das Japan-Geschäft lamentiert wird, liefert das Oberkochener Optik-Unternehmen Carl Zeiss geradezu ein Musterbeispiel für erfolgreiche Aktivitäten im „Lande der aufgehenden Sonne". Für Zeiss, dessen japanische Firma in diesem Jahr bereits das 75jährige Gründungsjubiläum begehen kann, hat sich jener Markt Nippons nach dem bundesdeutschen und dem US-Markt zum drittwichtigsten in der Welt entwickelt.

Derzeit beschäftigt die Carl Zeiss Co. Ltd., Tokio, eine 100prozentige Zeiss-Tochter, etwa 230 Mitarbeiter und erreicht einen Jahresumsatz von etwa 120 Mill. DM. Zusammen mit der Pentax Carl Zeiss, einem seit 1972 bestehenden Joint-venture zwischen Asahi Pentax und Zeiss im Bereich der Brillen und Gläser, kommt man *auf etwa 380 Mitarbeiter und einen* Jahresumsatz von 180 Mill. DM. In den letzten fünf Jahren sei der Umsatz in etwa verdoppelt worden, eine vergleichbare Entwicklung wird für die nächsten Jahre erwartet.

Eine weitere Kooperation besteht seit 1974 mit dem inzwischen zum Kyocera-Konzern gehörenden japanischen Kamerabauer Yashica. Diese führt das Kamerakonzept „Contax" fort, *wofür Zeiss die Objektive stellt.* Für weitere Kooperationen sei man bei Zeiss, sofern sich Ansatzpunkte böten, aufgeschlossen, bekräftigte Horst Skoludek, Vorstandssprecher von Carl Zeiss, auf einer Informationsveranstaltung in Tokio.

Faktoren des Erfolges auf dem japanischen Markt seien nach Einschätzung von Heinz Schmidt, Präsident der Carl Zeiss Co. Ltd., die Präsentation neuentwickelter Produkte wie auch das Sicheinstellen auf die Gegebenheiten des japanischen Marktes und die Mentalität der japanischen Abnehmer. In Japan spielten die vielstufigen Distributionsnetze eine große Rolle. Überdies sei es gelungen, japanische Mitarbeiter zu gewinnen und zu motivieren, die hochqualifiziert seien und als Gesprächspartner von Wissenschaftlern und Technikern die Zeiss-Produkte überzeugend präsentieren könnten.

> **„Wir haben eine glückliche Symbiose zwischen deutschen und japanischen Methoden der Marktbearbeitung gefunden."**
>
> Heinz Schmidt, Präsident der Carl Zeiss Co. Ltd.

Daß es für neu auf den Markt *Nippons vorstoßende deutsche Firmen* schwierig sei, gute Leute zu bekommen, räumt der seit dreißig Jahren in Japan arbeitende und einzige dort zugelassene deutsche Rechtsanwalt Reinhard Einsel ein. Man müsse schon schätzungsweise etwa 20 Prozent „drauflegen", um einen Japaner für eine ausländische Firma zu gewinnen.

Für die Markterfolge von Zeiss in einem Lande mit bekanntermaßen starker einheimischer Konkurrenz bei feinmechanisch-optischen Produkten sollen zwei Beispiele stehen: Bei Operationsmikroskopen eroberte Zeiss in Japan einen Marktanteil von *über 50 Prozent. Oder: Mit den NC*-gesteuerten Mehrkoordinaten-Meßgeräten kommt Zeiss auf einen Marktanteil von mehr als 80 Prozent. Damit hat man sich als erster Anbieter solcher Geräte den Einstieg in die japanische Autoindustrie gesichert.

Die Wichtigkeit der Internationalisierung des Zeiss-Geschäfts unterstreicht Horst Skoludek mit der Feststellung, daß die Exporte in den letzten zehn Jahren erheblich stärker gestiegen seien als das Inlandsgeschäft. Im gesamten fernöstlichen Raum erreicht die Zeiss-Gruppe heute einen Jahresumsatz von 270 Mill. DM, das ist eine Vervierfachung innerhalb von 14 Jahren. Viel verspricht sich Zeiss nicht zuletzt auch von den Entwicklungsmöglichkeiten auf dem Markt der VR China, der von der Vertriebstochter Carl Zeiss Far East, Hongkong, aus bearbeitet wird.

Für die gesamte Zeiss-Gruppe verlief das Geschäftsjahr 1985/86 (30. 9.) einmal mehr erfolgreich. Der Weltumsatz der Gruppe stieg auf rund 2 Mrd. DM (plus ein Prozent), bereinigt *von Währungseinflüssen ist dies eine* Steigerung um 8,5 Prozent. Das Stammhaus Carl Zeiss vergrößerte seinen Umsatz um zehn Prozent auf 1,31 Mrd. DM, wovon zwei Punkte auf Preiserhöhungen entfallen.

Zur Ertragslage meinte Skoludek, sie sei gut wie im Vorjahr, werde sich aber im laufenden Jahr – als Folge der Währungseinflüsse – „etwas verschlechtern". Westeuropa blieb mit einem Anteil von über 40 Prozent am Gesamt-Export stärkster Exportmarkt. Zweitwichtigste Region mit einem Anteil von etwa 30 Prozent blieb Nordamerika. Investiert wurden in der Inlandsgruppe 120 Mill. DM, womit man wiederum deutlich über den Abschreibungen lag.

Die Perspektive für die nächsten Monate wird aus der Sicht von Zeiss „zurückhaltend" beurteilt. Rund 60 Prozent des Exports entfalle auf Märkte, deren Kursentwicklung stark rückläufig sei. Die Zeiss-Gruppe, die weltweit 16 000 Mitarbeiter zählt, ist freilich „ *zuversichtlich, sich unter* erschwerten Bedingungen behaupten zu können".

Kursgewinne von 15 Prozent

Schweizer Aktien sind eher noch zu niedrig bewertet

ALFRED ZÄNKER, **Genf**

Kursgewinne von durchschnittlich 15 Prozent für Schweizer Aktien in den nächsten zwölf Monaten erwartet eine Studie der „Schweizer Bankgesellschaft" in Zürich. Den weltweit orientierten Kunden empfiehlt die Bank, einen wachsenden Teil ihres Vermögens in Schweizer Titeln anzulegen.

Was veranlaßt die Verfasser der Analyse zu ihrem Optimismus? Zunächst einmal stellen sie fest, daß sich Schweizer Titel im internationalen Vergleich seit 1973 als solide Anlagen mit relativ geringem Risiko erwiesen haben. Gemessen am Kurs/Gewinn-Verhältnis sind sie heute noch eher niedrig bewertet, wenn man auch die „fundamentale Stärke des Franken" berücksichtigt.

Dazu kommen gute Wirtschaftsaussichten für 1987/88 bei sinkenden Zinsen, einer vorsichtigen Geldpolitik und kaum mehr als ein Prozent Inflation. Die Rendite für Bundesobligationen könnte in den nächsten zwölf Jahren von heute 4,2 auf 3,7 Prozent fallen. Die Unternehmergewinne dürften 1986 um zehn Prozent und 1987 um zwölf Prozent steigen. Schließlich ist bei den jetzigen niedrigen Zinsen mit vermehrten kurssteigernden Aktienkäufen von Pensionskassen, Versicherungen und anderen Großinvestoren zu rechnen, die unter zunehmendem Erfolgsdruck stehen. Mit Obligationen und Immo*bilienanlagen allein können* institutionelle Anleger heute nicht mehr auf die von ihnen erwarteten Renditen kommen.

Zu den bevorzugten Papieren gehören vor allem die großen Schweizer Banken und Versicherungsgesellschaften. Bankaktien sind gemessen am Cash-flow immer noch billiger als zu Beginn der achtziger Jahre. Schweizer Banken sind zudem in Problemländern weniger exponiert und verfügen über höhere Reserven als viele andere ausländische Kreditinstitute.

Auch die Ertragslage der Chemie, besonders bei Hoffmann-La Roche, wird trotz der jüngsten Baseler Umweltkatastrophe günstiger beurteilt. Für die Chemie sprechen ihre starke Wettbewerbsposition, ihre hohen Abschreibungen, ihre vorsichtige Gewinnberechnung. Alle europäischen Chemiefirmen, nicht nur die Schweizer, müßten nun mehr in Umweltschutz und Sicherheit investieren.

Ferner werden verbrauchsorientierte Firmen wie Nestlé bei Nahrungsmitteln und der Warenhauskonzern Jelmoli empfohlen. Im Maschinensektor dagegen ist wegen der hohen Abhängigkeit von Export und Wechselkurs Vorsicht geboten. Die zuversichtliche Grundstimmung an den Schweizer Börsen wird auch durch *einen Kursgewinn* von zwei Prozent in der vergangenen Woche unterstrichen.

Unheilige Allianz

hg – Die einen halten es für einen bewährten Kompromiß, die anderen für eine unheilige Allianz zwischen Einzelhandel und Gewerkschaften: das Ladenschlußgesetz, das in dieser Woche 30 Jahre alt wird. Was eigentlich ein Schutzgesetz für Arbeitnehmer sein sollte, wurde schon während der Beratungen in ein Schutzgesetz für größere Handelsbetriebe umfunktioniert. Gegen Tante Emma, damit die nichts verkaufen konnte, während die Händler mit Angestellten ihre Läden schließen mußten. Und deshalb ist dies Gesetz vor allem ein ordnungspolitischer Sündenfall.

Das ist es heute mehr denn je: Die Wochenarbeit der Angestellten ist mittlerweile kürzer als die Wochenöffnungszeit der Geschäfte, so daß hier ohnehin flexiblere Regelungen notwendig geworden sind. Und es besteht wohl auch kein Bedürfnis mehr, Aldi vor Tante Emma zu schützen. So gehörte das Gesetz eigentlich abgeschafft; statt dessen wird weiter gesündigt. Warum?

Weil, zum einen, die Gewerkschaften etwas gegen Flexibilisierung haben. Vor allem aber findet der Handel den gesetzlich verordneten Verzicht auf ein Instrument der Verkaufsförderung bequem: Während fleißige Gastronomen zum Beispiel damit werben, daß sie dem Theaterbesucher nach der Vorstellung noch ein komplettes Menü servieren können, darf sich der Einzelhändler ausruhen.

Natürlich würden ihm abendliche Verkaufszeiten Probleme schaffen: so mit seinem Betriebsrat oder mit der Gewerkschaft, denn er kann derlei nicht gegen sie beschließen. Selbstverständlich müssen dem Personal Zuschläge gezahlt werden. Und schließlich macht das Ganze wenig Sinn, wenn nicht auch der städtische Nahverkehr funktioniert. Doch alle diese Probleme ließen sich wohl lösen; man muß es nur wollen.

Und das ist der Punkt: Diejenigen, die die Durchsetzungskraft für eine Reform des Ladenschlußgesetzes haben, wollen nicht, und diejenigen, die wollen, haben die Kraft nicht – wer hört denn dem Verbraucher schon zu? Und so wird uns die unheilige Allianz zwischen Handel und Gewerkschaften wohl noch einige Zeit erhalten bleiben.

Brot für die Welt gegen Gänsebraten daheim – Weihnachtszeit ist auch die Zeit für Spenden

Die Werbung kann viel mehr als lediglich Produkte und Dienstleistungen an den Verbraucher bringen

VOLKER NICKEL, Bonn

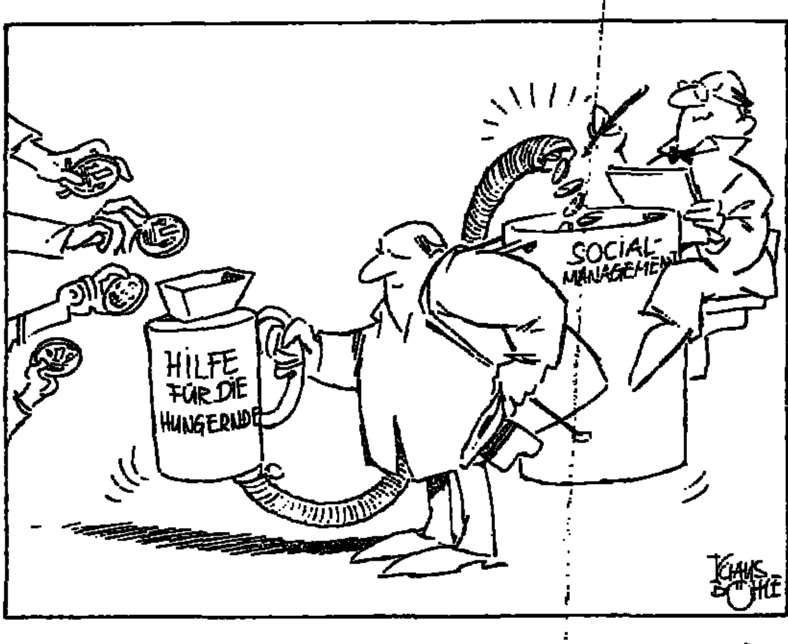
Klappern gehört zum Handwerk. Bundesaußenminister Genscher posiert gegenwärtig für einen guten Zweck. „Leben retten in aller Welt – *Unter diesem Motto rufe ich als* Schirmherr der Care-Woche die Bevölkerung auf, den Hungernden und Notleidenden durch eine Spende zu helfen. Konto: 333 333." Diese Werbeanzeige in deutschen Tageszeitungen, versehen mit einem aufmunternd lächelnden Konterfei des Politikers, ist *ein Beispiel von vielen. Denn* Weihnachtszeit ist Spendenzeit. Ob Brot für die Welt oder Deutsche Lebenshungerhilfe, ob Misereor oder Diakonisches Werk – sie alle strecken werbend ihre Sammelbüchsen hin mit dem Ziel, dem heimischen Wohlstand etwas abzuzwacken für die Linderung des Elends in entfernten Regionen der ungleichen Erde.

Eine Übersicht über die Spendenfreudigkeit der Bundesbürger gibt es zwar nicht. Aber die einschlägigen Organisationen vermelden immer wieder Rekorde, wenn sie an das Mitleid der Deutschen bei Hungersnöten, Erdbeben oder anderen Katastrophen appellieren. Einkalkuliert in dieses Spendenmarketing helfender Organisation ist das hochentwickelte weltweite Kommunikationsnetz. Via Satellit oder Funkbild wird das Schreckliche ins Wohnzimmer getragen – vierfarbig zumeist. Der Schock über das Grauenhafte im Kontrast zum wohlig-behaglichen Daheim geht an die Seele und führt die Hand zur Börse. Verleumdung wer da unterstellt, hier handele es sich um eine im christlichen Denken eingebaute Rückversicherung: Tu' Gutes auf Erden, der Himmel belohnt!

Wenn heute in Bonn der Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) auf einer Veranstaltung Modelle unter dem Titel präsentiert, „Sozialmarketing – Problemlösung durch Kommunikation", dann geht es um mehr als um Feuerwehr-Hilfe für erfrierende, ertrinkende, verhungernde Menschen vorwiegend außerhalb der Landesgrenzen. Denn soziale Probleme entstehen nicht nur durch Naturkatastrophen, Mißwirtschaft oder Kriege, sondern auch durch Fehlverhalten von Menschen – gleichgültig in welchem Staat sie leben.

Die hochentwickelte Werbewirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland hat in den vergangenen zehn Jahren bewiesen, daß mit werbender Kommunikation mehr erreicht werden kann, als Produkte und Dienstleistungen an Verbraucher zu bringen, Marken aufzubauen oder *neue Produkte bekanntzumachen.* Das Instrumentarium der Werbefachleute eignet sich bei professionellem Einsatz gleichfalls ausgezeichnet als nützliches Rahmenwerk für eine wirksame Sozialplanung. Krankenhäuser, Museen, Universitäten, politische Parteien, Gewerkschaften und öffentliche Bereiche vom Gemeinderat bis zum Bundeskanzleramt nutzen unterdessen den Wissensfundus der Werbefachleute. Allein der Bund und seine nachfolgenden Institutionen und Organisationen wie die Bundeszentrale für Gesundheitsaufklärung oder die Bundesanstalt für Arbeit gaben nach Angaben von Schmidt + Pohlmann, Hamburg, im vergangenen Jahr über 35 Millionen Mark für Werbung aus. Hinzu kamen weitere 14 Millionen Mark von Einrichtungen im Einflußbereich der öffentlichen Hand – zum Beispiel der Deutsche Verkehrssicherheitsrat mit einer halben Million Werbegeld, das Rote Kreuz (4 Millionen Mark), Kinderhilfswerk (1,7 Millionen Mark), Aktion Sorgenkind (1 Million Mark), SOS-Kinderdorf (1,3 Millionen Mark) oder das Müttergenesungswerk und die Arbeiterwohlfahrt mit jeweils knapp einer Million Mark.

Experten schätzen, daß sich insgesamt der Werbeaufwand für soziale *Zwecke in den vergangenen 20 Jahren* in der Bundesrepublik Deutschland verdreifacht hat und heute bei rund 300 Millionen Mark liegt. Wie hoch der tatsächliche Wert der in der Sozialwerbung erbrachten Leistung tatsächlich ist, läßt sich nicht herausfiltern: Ein Teil der Werbeaktivitäten wird von Werbeagenturen ehrenamtlich erbracht. Ebenso stellen Zeitungen und Publikumszeitschriften in besonderen Fällen Anzeigenraum ohne Gebührenberechnung zur Verfügung. Das wohl bekannteste Beispiel dafür ist die Zusammenarbeit unter dem Dach „Aktion Gemeinsinn".



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die Aktion Gemeinsinn hat oftmals als erste die breite Öffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht, daß die äußerlich so wohlgeratene Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland nicht frei von Problemen ist und daß dies oft Probleme von Minderheiten sind. Heute gilt es als selbstverständliches Allgemeinwissen, daß Hausfrauen, Gaststudenten, helfende Berufe, Alte, Straffällige, Kinder, Aussiedler oder Gastarbeiter mit den Umständen zu kämpfen haben, daß es oft Integrationsprobleme gibt, Verständnisschwierigkeiten, mangelnde Akzeptanz, zu wenig menschliches Verständnis.

Dieses Wissen wurde aber durch Sozialwerbung mühsam verbreitet. Der dazugehörige Lernprozeß mußte häufig gegen die Bequemlichkeit und die Vorurteile der Mehrheiten durchgehalten werden. Werbende Kommunikation praktizierte dort Sensibilisierungsarbeit für die Demokratie – geleistet von einem zwanglosen Zusammenschluß sozial engagierter Menschen unter Mithilfe der Verleger und des heutigen Gesamtverbandes Werbeagenturen (GWA).

Blauäugig wäre es indessen, nur die Schokoladenseite der Sozialwerbung zu sehen. Denn unter dem Deckmantel der Nächstenliebe tummeln sich häufig Gewinnstreben und Profitsucht. *Im Jahrbuch der Werbung* zeigte der Chefredakteur der Fachzeitschrift „werben und verkaufen", Peter Reichard, bereits 1980, wo es dort manchmal übel riecht: „Ich fürchte, daß ganz besonders das Funktionärs-Unwesen mit Schuld an der Situation trägt, denn weder Manager großer Wohlfahrtsorganisationen noch der kleinste Vereinsvorsitzende wollen darauf verzichten, als gute Menschen zu posieren."

Ebenso besteht kein Zweifel, daß gerade in den bundesdeutschen Werbeagenturen genügend Wissen für entsprechende Werbestrategien der Sozialwerbung vorhanden ist, daß *dies aber samt dem dazu notwendigen* Personaleinsatz nicht ständig kostenlos zur Verfügung gestellt werden kann. Auch die Verlage können nicht unbeschränkt unentgeltlichen Anzeigenraum anbieten.

Und die sozialen Organisationen: liegt da nicht etwas schräg, wenn die Bürger – wie bei der „Aktion Sorgenkind" oder „Ein Platz an der Sonne" – mit Lotterie und Belohnung zur guten Tat gelockt werden?

Doch was geschähe, wenn der seelische Telefonanschluß an die werbende Aufforderung zur guten Tat, die Erinnerung an sozialeres Verhalten fehlte? Gewiß käme es nicht zu einer Gefühlskatastrophe. Aber Sozialwerbung, das hat die Vergangenheit bewiesen, ist ein notwendiges Lebensmittel für die Gesellschaft geworden und ein Medikament gegen Resignation. Es sollte noch viel mehr geworben werden.

Erst die Antwort macht aus dem Monolog den Dialog

Kreative Erfolgskriterien im Direktmarketing

EIKE WOLFF, Stuttgart

Direktmarketing ist, entgegen weitverbreiteter Auffassung, nicht nur „direktes" Verkaufsmedium. Direktmarketing ist Dialog-Marketing. Welche Zielsetzung dieser Dialog *auch immer hat* – das Verkaufsgespräch mit direktem Abschluß (Bestellung), eine qualifizierte Verkaufsvorbereitung, die individuelle Kundenbetreuung (Kontaktprogramm) – es liegt auf der Hand: Ohne Antwort kommt kein Dialog zustande.

Erst die Antwort des Adressaten *macht aus dem Mono- den Dialog.* Das heißt: Die Reaktion des Umworbenen – es muß nicht immer die „Bestellung" sein, siehe oben – hat die absolute Priorität im Direktmarketing. Kommunikation setzt Response voraus. Mehr noch: Kommunikation setzt den erklärten Willen, Response zu produzieren, voraus. Response läßt sich produzieren. Sprechen Sie Klartext: „Klartext" in Wort, Bild und Material. Direktmarketing ist ein Spontan-Medium – der „Kunde" (Adressat) reagiert entweder sofort oder gar nicht. Das heißt: Direkt auf das Ziel losgehen. Umwege, Höhenflüge besonders „kreativer" Art, kann sich *niemand* leisten.

Praktizieren Sie Easy Handling: Dem Kunden (Adressaten) so einfach und interessant wie möglich machen, zu reagieren. Direktmarketing ist Reiz plus Reaktion – aber die Reaktion ist die Meßlatte. So viel Reaktionshilfen wie nur möglich geben – verbal, visuell, konzeptionell.

Dramaturgie entwickeln

Eine Aktionsdramaturgie entwickeln: Einen konsequenten Spannungsbogen von der Aufmerksamkeit zur Aktion inszenieren – im kompletten Konzept (vom Türöffner bis zum Point of Sale, dem Response-Formular), wie auch in jedem einzelnen Materialteil beziehungsweise bei der Beilage/Anzeige in der jeweiligen Funktions-Einheit. Grundsätzlich gilt: In der Regel verspüren die Adressaten weder Lust noch haben sie Zeit, sich der Offerte zu widmen. Direktmarketing-Konzepte werden nicht logisch, sondern „preisgesteuert" wahrgenommen. Das heißt: Jedes zufällig wahrgenommene Materialteil sollte in der Lage sein, „zu verkaufen".

Priorität des Response-Formulars, kreativ wie operativ: Das Response-Formular ist der eigentliche „Verkäufer", das letztlich ausschlaggebende Stück Papier – das über Erfolg oder Mißerfolg entscheidet. Es verdient absolute Priorität – kreativ wie operativ.

Je mehr Arbeit das Auffinden, Ausfüllen, Ausschneiden, Absenden des Response-Formulars macht, um so weniger Response produziert es. Der klassische Kardinalfehler ist wohl: die Angst des Verkäufers vor dem Kunden. Der „Verkäufer" hält sich vornehm im Umfeld versteckt, an*statt auf den ersten, oft entscheidenden* Blick präsent zu sein und dem Kunden demonstrativ, freundlich, aber bestimmt entgegenzugehen.

Kunde im Mittelpunkt

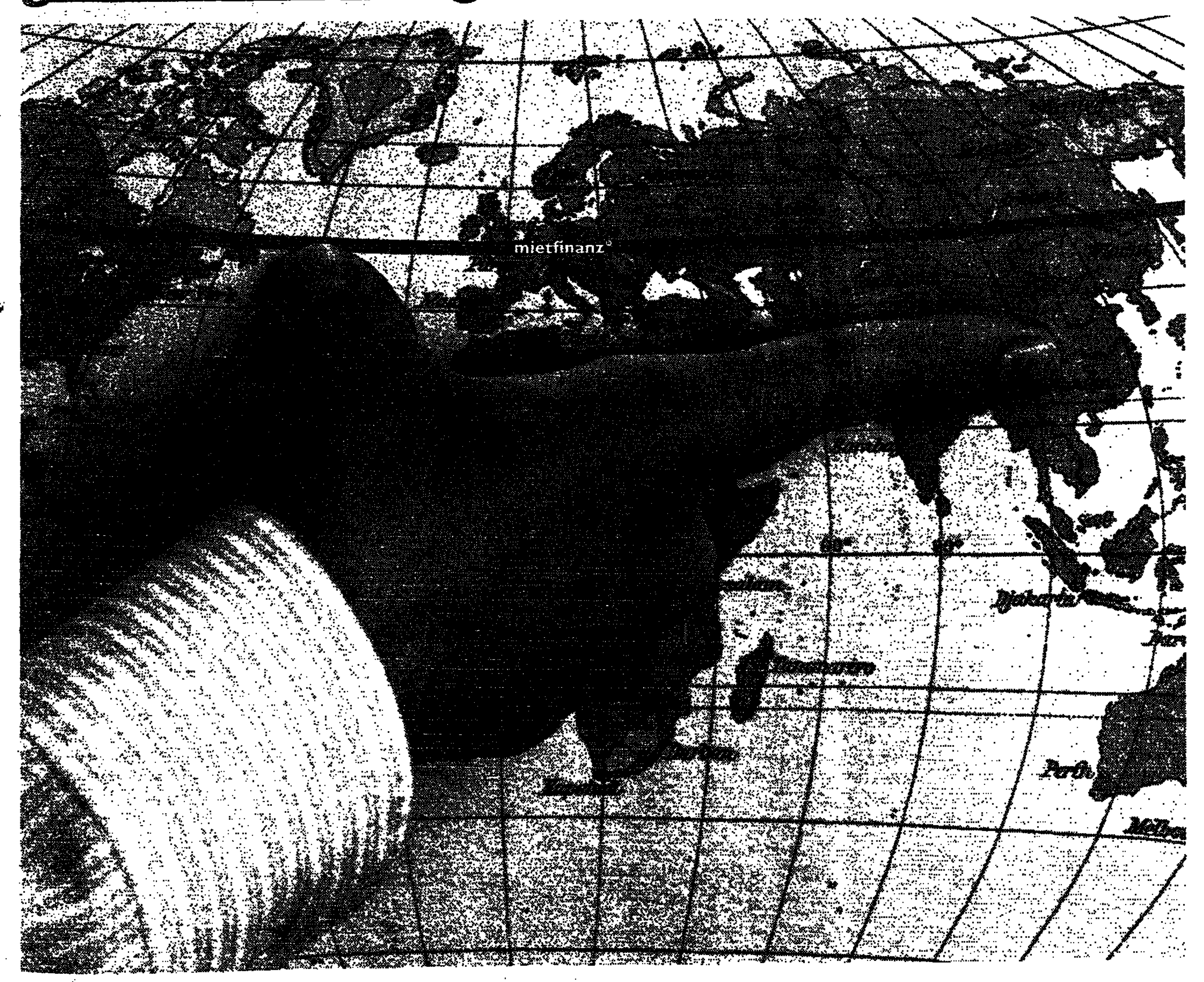
Persönliche Ansprache: Um gleich einem Mißverständnis zu begegnen: Persönliche Ansprache ist nicht identisch *mit* „Personalisierung". Die entscheidende Frage, die man stellen sollte, lautet doch wohl: Steht der Kunde im Mittelpunkt des Dialogs oder das Produkt? Es muß nicht immer der kreative Personalisierungs-Computer sein, der intensive Einsatz der Wörter „Sie" und „Ihnen" wirkt aktivierende Wunder.

Kein Produkt verkauft sich von allein: Auch und gerade im Direktmarketing (das ohne echte Verkäufer auskommen muß) geht in der Regel nichts ohne Einsatz zusätzlicher Verkaufs-Instrumente. Oberste Prämisse: Die zusätzlichen Aktivierungsanreize in jedem Fall zielgruppenadäquat konzipieren. Auch hier gilt: Der Kunde steht im Mittelpunkt des Interesses – nicht das Produkt.

Zum Erfolg im Direktmarketing gehört selbstverständlich mehr als eine professionelle kreative Umsetzung (Konzept). Ohne das maßgeschneiderte Angebot, ohne die stimmige Adressen-Basis und nicht zuletzt ohne eine kompetente Realisierung steht das stärkste Verkaufskonzept auf verlorenem Posten.

Ein professionelles Verkaufskonzept jedoch, das ebenso konsequent wie kreativ strukturiertes Verkaufen betreibt – produziert Ergebnissteigerungen, die nicht selten bei über 100 Prozent und mehr liegen! Dies sind Margen, die – es liegt auf der Hand – in der Regel über Erfolg oder Mißerfolg einer Aktion entscheiden können.

Wenn Sie internationale Märkte erschließen wollen, liegen auch größte Entfernungen in unserer Reichweite. mietfinanz.®



Große Chancen liegen im Export. Besonders für mittelständische Unternehmen. Erfolg im harten Export-Geschäft setzt voraus: das richtige Finanzierungskonzept, Know-how und umfassende Marktkenntnisse.

Deshalb: Vertrauen Sie der Finanzkraft eines starken Partners, und nutzen Sie die weltweiten Verbindungen, die wir über Jahrzehnte geschaffen haben. Unsere Brücken sind vorhanden und helfen Ihnen, auch weit entfernte, internationale Märkte zu erschließen.

Der Ablauf? Die ausländischen Vertragspartner der mietfinanz, an die Sie liefern, mieten die Investitionsgüter. Für Sie als Hersteller ist es ein Bargeschäft, weil wir von Ihnen kaufen. Deshalb kein Auslandsrisiko für Sie! Der Vorteil für Ihren ausländischen Kunden: Er zahlt für die Nutzung der Produktionsmittel und schont sein Eigenkapital.

mietfinanz: Wir finanzieren Investitionen in Deutschland und in aller Welt. Mit Erfolg. Seit 1962.

Vertrauen in einen starken Partner.

mietfinanz.



mietfinanz GmbH, Wilhelmstraße 20, 4330 Mülheim/Ruhr, Postfach 101338, Telefon (0208) 31031, Telex 856755, Telefax (0208) 360545

Kaufwelle bei den Aktien

Großchemiewerte unter Druck

DW. – Auf dem Aktienmarkt hat sich die Aufwärtsbewegung am Wochenbeginn beschleunigt. Neben Kaufaufträgen aus dem Ausland wurden verstärkt Anlageaktivitäten inländischer Investoren gemeldet. Die Spitzennotierungen wurden wegen Gewinnmitnahmen nicht überall gehalten.

Ausgenommen von der überraschend festen Tendenz blieben die Aktien der Großchemie. Der Chemieunfall der BASF hat diese Papiere noch weiter in die Schußlinie geführt. BASF-Aktien gaben bis zu sechs DM nach. Auf der anderen Seite wartete Schering mit einer weiteren Sonderbewegung auf. Sie führte den Kurs bis zu 690, die Schlußnotierung lag jedoch wegen Glattstellungen um rund 20 DM darunter. Um rund 30 DM wurde Beiersdorf heraufgesetzt. Am Bankenmarkt wartete die Deutsche Bank neben den beiden bayerischen Großinstituten mit überdurchschnittlichen Kurssteigerungen auf. Von der festen Tendenz beginnen zunehmend auch Autoaktien zu profitieren, von denen BMW und Daimler um mehr als 20 DM anzogen. Auch bei den VW-Aktien zeichnete sich eine Besserung ab. Am Markt für Elektrowerte konzentrierten sich die Käufe auf Siemens, wo der Kurs ebenfalls um rund 20 DM angehoben wurde. Meinungskäufe gab es bei den Warenhauspapieren. Karstadt und Kaufhof gewannen rund 20 DM. Im Maschinenbaubereich wurde dagegen vorsichtiger disponiert.

Nachbörse: stabil

DW-Akt.ind.: 278,09 (274,55)
DW-Ums.ind.: 6899 (7428)
Adv.-decline-Zahl: 127 (145)
38-Tg-Linie: 271,07 (270,85)
200-Tg-Linie: 277,49 (277,51)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

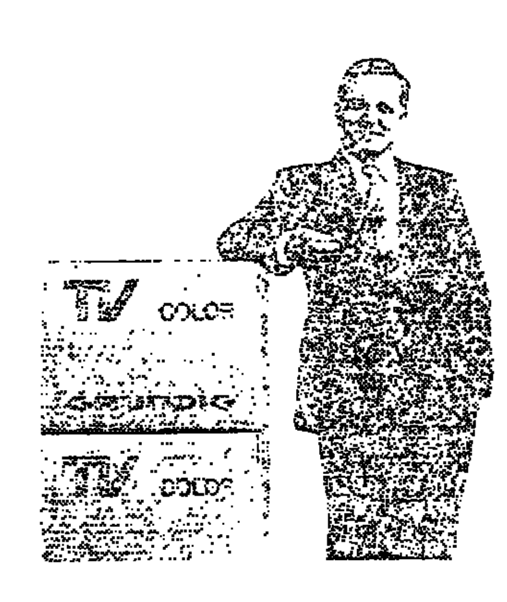
Düsseldorf	Frankfurt	Hamburg	München	Aktien-Umsätze
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]

Inland

		24.11.	21.11.
H	Aach M Bell 11,5	2330	2350
H	Aach. M. Vers. 7	2045	2060
D	Aach. Rück. 9	2650	2550
D	Adeag 14	515T	495T
M	Akt-Gögg. 8	157,5	159
H	Adca 3	166,5	167G
D	Adler 12+16	309G	300G
F	AEG 0	317,5	317
D	AEG KABEL 7	393bB	395G
S	Aesculap 9	389	381bG
F	AGAB 5	154	154
D	Agrippina 10	3740	3740
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
D	dgl. Vz.	785	780
D	Commerzb. 8	315,5	311,5
D	Conti. Rosio 0 RM	141	147
D	Conc. Chem. 4,5	270	272G
B	Conc. Spinne 0	665G	675bB
D	Contigas 3	345bG	345G
D	Conti Gummi 5	350	350
D	Dahlb. St. 7,75	258G	257
D	dgl. Vz. 14,75	380T	380G
S	Daimler 12+2,5	1310	1292
M	Degussa AG	230	228bG
D	Dt. Atl. Tel 10	790T	800T
D	Dt. Babcock St. 3	214	213
D	dgl. Vz. 5,5	195	193
F	Dt. Bank 12	835,5	815,5
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]

Die neue Bahn

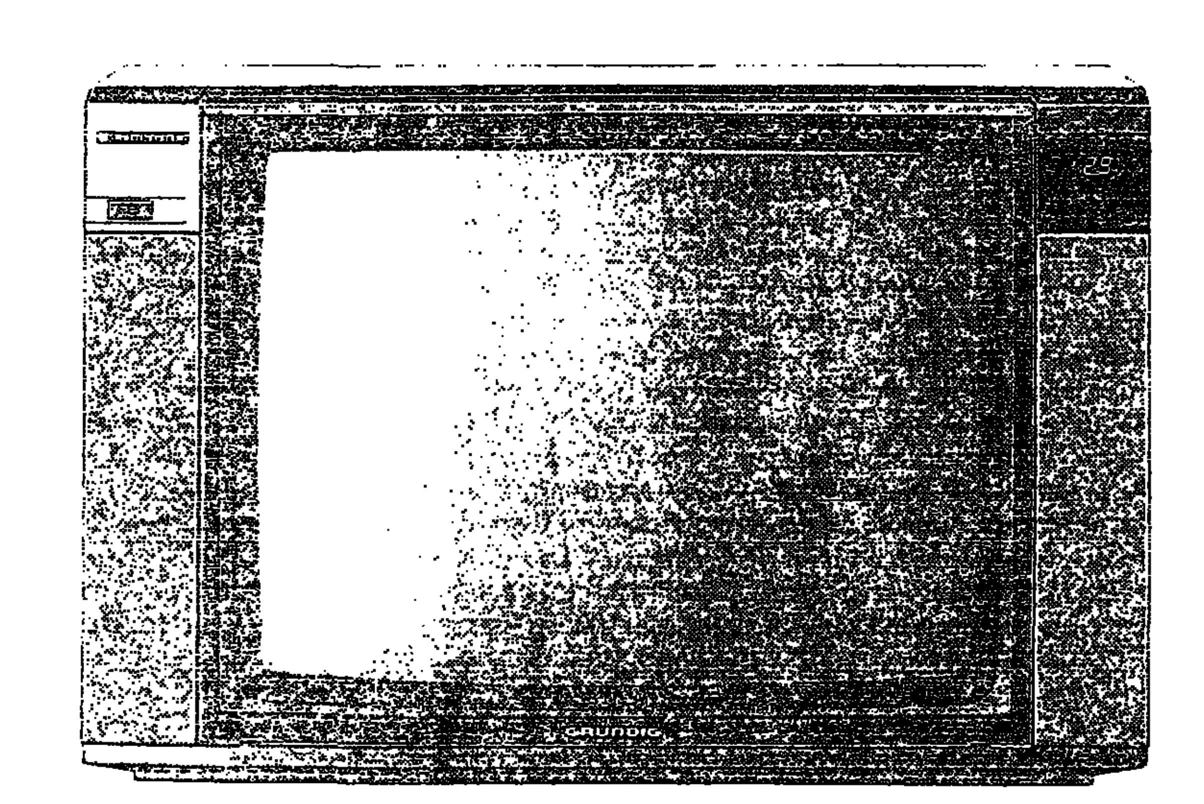
Warum die Güterbahn bei Grundig ein so exzellentes Bild abgibt.



„Eigentlich", meint Heinz Schreiber, bei Grundig in Nürnberg Direktor für Logistik und Distribution, „waren wir schon immer ein sehr schienenorientiertes Unternehmen. Und damit", fügt er an, „sind wir auch bis heute bestens gefahren."

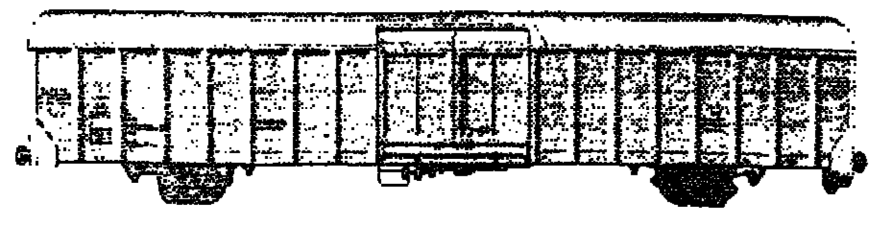
Schon seit vielen Jahren setzt man bei Grundig konsequent auf die Schiene. Wie alle anderen Niederlassungen im In- und Ausland, so ist auch das Grundig-Produktionszentrum in Nürnberg-Langwasser durch einen eigenen Gleisanschluß mit dem Streckennetz der Güterbahn verbunden. Pro Tag werden hier, am „Grundig Bahnhof", etwa 50 Wagen abgefertigt.





Drei Regionallager unterhält Grundig im gesamten Bundesgebiet: Hamburg, Köln und Nürnberg. Versorgt werden diese Läger ausschließlich von der Güterbahn. Und zwar im „Nachtsprung". Von heute auf morgen erreichen so alle Sendungen zuverlässig ihr Ziel. Aber die Güterbahn beliefert nicht nur die Regionallager, sie versorgt auch die Produktion.

Etwa 80 % aller Lieferungen erreichen das Grundig-Produktionszentrum in Nürnberg auf der Schiene; so z. B. auch Bildröhren aus dem Herstellungswerk in Aachen. Speziell für den Transport dieser hochempfindlichen Teile wurden gemeinsam mit Partnern der Güterbahn Privatgüterwagen entwickelt. In diesen fahren die Bildröhren nicht nur ausgesprochen sicher, sondern auch sehr kostengünstig.

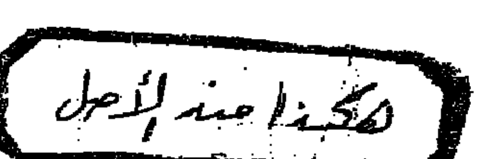




Auch mit den Niederlassungen im Ausland ist Grundig via Schiene verbunden. Bis nach Finnland, England und Italien rollen die Wagen der Güterbahn. Und aus Portugal treffen regelmäßig Hifi-Anlagen und Autoradios in Nürnberg ein. Dabei stellt die Güterbahn ausschließlich Transfesa-Wagen bereit. Die nämlich sind auch auf der spanisch-portugiesischen Breitspur einsetzbar.

Sprechen Sie doch einmal mit Ihrem Kundenberater bei der DB. Sie werden sehen, die Güterbahn wird auch in Ihrem Unternehmen ein ganz exzellentes Bild abgeben.





Rentenoptionen

Frankfurt: 24. 11. 1986

Kaufoptionen: 7 3/4 Bund 82 I(90): APR87-106/1,8G, OKT87-106/2,3G; 108/0,5G; 7 1/2 Bund 85 III (91): APR87-106/2,3B; 106/3B; 108/0,3G; 8 1/2 Bund 82 (92): APR87-110/2G, 112/0,5G, OKT87-110/2,5G; 8 3/4 Bund 82 (92): APR87-112/1,5G, OKT87-112/2G; 7 1/2 Bund 85 I (95): APR87-106/1,8G, 108/0,3G; OKT87-106/2,3G, 108/0,3G; 8 Bund 85 (95): APR87-108/2G, 110/0,3G; OKT87-108/2,5G, 110/0,5G 8 1/4 Bund 85 V (95): APR87-110/1,5G, OKT87-110/1,8G, 112/0,30G; 7 1/2 Bund 84/94: APR87-104/3,7G, 106/1,5G, OKT87-104/4,3G; 106/2G, 108/0,5G; 7 Bund 86 I (95): APR87-102/1,5G; 104/0,5G, OKT87-102/3G, 104/0,8G, 7 1/4 Bund 85 II (95): APR87-104/2,5G, 106/0,5G; OKT87-104/3G; 106/1,5G, 108/0,3G, 6 3/4 Bund 85 (95): APR87-100/3,5G, 102/1,5G, 104/0,3G; OKT87-100/4,3G, 102/2G; 104/0,3G; 6 1/2 Bund 85 (96): APR87-100/1,8G; 102/0,3G, OKT87-100/2,3G, 102/1,2G; 7 1/6 Bahn 85 (95): APR87-102/1,2G; 104/0,3G, OKT87-102/1,8G, 104/0,5G, 7 Post 85 (97): APR87-100/3,5G, 102/1,5G; OKT87-100/4G; 102/2G; 104/0,5G.

Verkaufsoptionen: 7 3/4 Bund 82 I(90): APR87-108/1,2G, 110/3G, OKT87-108/2,3G, 110/4G; 7 1/2 Bund 85 III (91): APR87-106/0,8G, 108/1,8G, OKT87-106/1,2G, 108/2,3G; 8 1/2 Bund 82 (92): APR87-112/1,5G; 110/0,8G; 112/2,5G, 8 3/4 Bund 82 (92): APR87-114/1,3G; OKT87-112/1,2G, 114/2,5G, 7 1/2 Bund 85 I (95): APR87-108/1,3G; OKT87-108/2,5G, 8 Bund 85 (95): APR87-110/1G; 112/2,8G, OKT87-110/2G, 112/4,3G; 8 1/4 Bund 85 V (95): APR87-112/1,2G: 114/3G; OKT87-112/2,5G, 114/4,3G, 7 1/2 Bund 84/94: APR87-106/1,2G; 108/2,8B: OKT87-106/2,55B: 108/3,75B; 7 Bund 86 I (95): APR87-104/0,8G, 106/2,3G, OKT87-102/0,3G, 104/1,8G; 106/3,5G, 7 1/4 Bund 85 II (95): APR87-106/1G; 108/2,8G; OKT87-106/2,2G, 108/4G, 6 3/4 Bund 85 (96): APR87-102/0,8G, 104/2G, OKT87-100/0,3G, 102/1,8G; 104/3,5G, 6 1/2 Bund 85 (95): APR87-102/1,5G 104/3,2G; 106/5G; OKT87-100/0,8G; 102/2,5G, 104/4,2G, 7 1/6 Bahn 85 (95): APR87-102/5,8G; 104/7G, OKT87-102/1,5G, 104/3,2G: 7 Post 85 (97): APR87-104/1,3G, 106/3G; OKT87-104/2,5G; 106/4G.

Junge Aktien

Berlin: Hermes 810B, VAB 2600B. **Düsseldorf:** BMW 568, Goldschm 228G, Lehnkering 225, O & K 107, Thuga 425G **Frankfurt:** BMW 575, Frankona 595, Fuchs St. 1650B, Fuchs Vz. 1577, Goldschm. 239G, Magdeburger Feuer NA 480B, Magdeburger Feuer 1200G, Maingasw. 208B, Mercedes 1150, Nixdorf 691, Thurgas 425G, Ymos Vz. 193. **Hamburg:** –. **München:** Mercedes 1165TG, Stumpf 1201B, VAB 2550B

Bezugsrechte: Berlin: Berl. Elektrik 1,00.

Devisenmärkte

Ohne neue Faktoren blieben die Marktteilnehmer auch zum Wochenbeginn zurückhaltend. Die technische Analyse bestimmte erneut die Handelsaktivitäten. In einem ruhigen Handelsgeschehen konnte der Dollarkurs einen anfänglichen Anstieg bis 2,028 nicht behaupten und fiel rasch auf 2,017 zurück. Über die amtliche Notiz mit 2,02 setzte sich am Nachmittag eine Erholung bis 2,024 durch. Mit einem Tagesgewinn von 1,5 Pfennig auf 2,864 lag das Britische Pfund wieder im Aufwind. Der Schweizer Franken verlor 52 Pfennig auf 119,47, ohne daß ein spezifisches Ereignis zu erkennen war. Der Japanische Yen rutschte mit 1,231 auf das tiefste Niveau seit Januar dieses Jahres. Die EWS-Währungen verzeichneten zur D-Mark ausnahmslos leichte Kursgewinne. US-Dollar in: Amsterdam 2,285, Brüssel 45,0525, Paris 6,62, Mailand 1401,25, Wien 14,214; Zürich 1,6908; Ir. Pfund/DM 2,725, Pfund/Dollar 1,4178; Pfund/DM 2,864

Devisen und Sorten

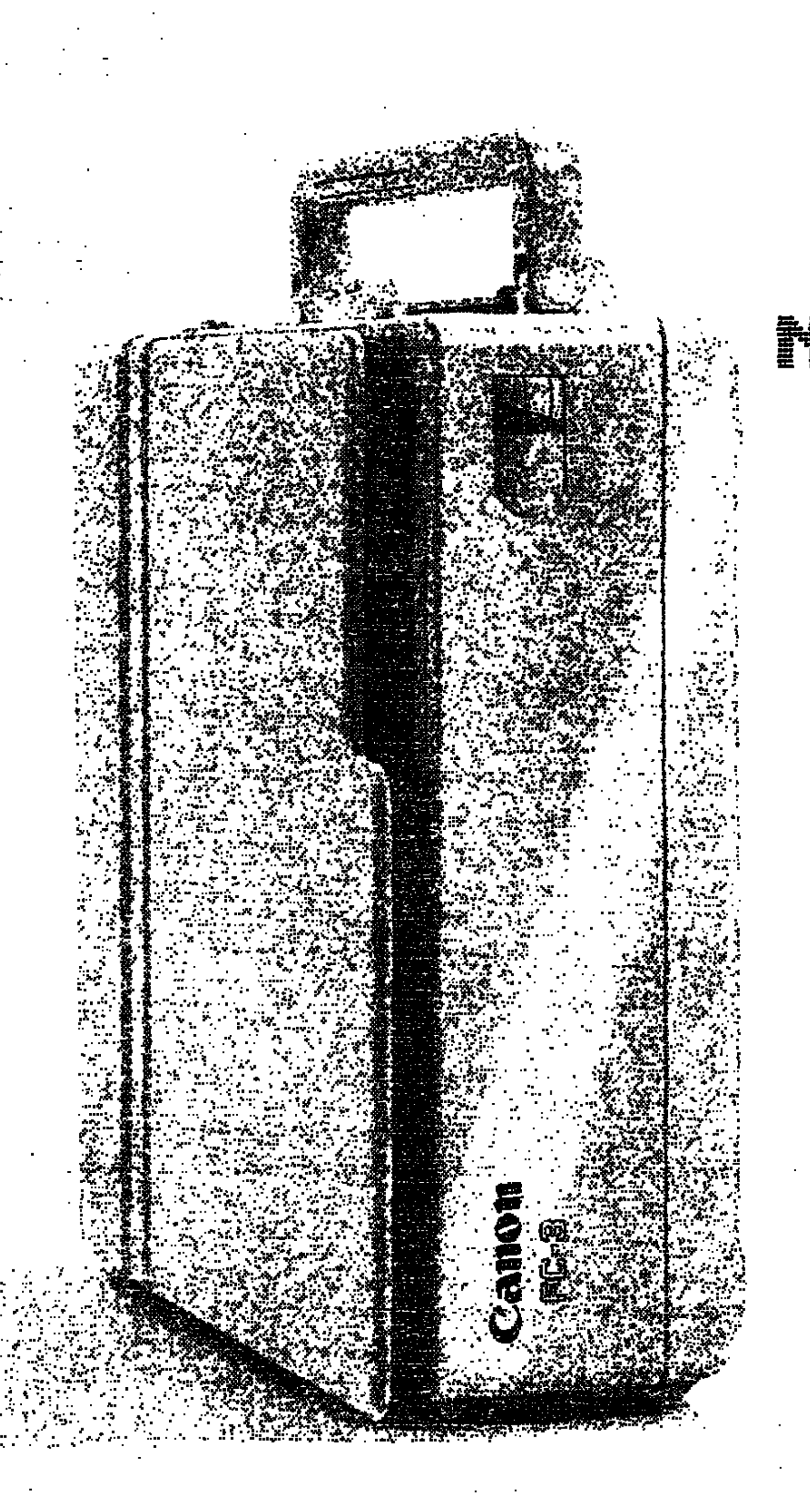
24.11.1986	Disk.-satz	Frankf. Devis. Geld	Brief	Ank.-Kurs[3]	Wechs. Sorten* Ankauf	Verkauf
New York[1]	5,50	2,016	2,024	2,0159	1,97	2,07
London[2]	11,0	2,857	2,871	2,812	2,80	2,95
Dublin[2]	12,0	2,718	2,732	2,658	2,65	2,79
Montreal[1]	5,47	1,4555	1,4655	1,4455	1,41	1,51
Amsterd.	4,50	88,42	88,64	88,53	87,50	89,25
Zürich	4,00	119,37	119,57	119,40	118,25	121,00
Brüssel	8,00	4,802	4,822	4,777	4,68	4,88
Paris	9,50	30,475	30,635	30,315	29,65	31,30
Kopenh.	7,00	26,41	26,53	26,155	25,50	27,25
Oslo	8,00	26,46	26,58	25,86	25,75	27,50
Stockh.	7,50	28,92	29,08	28,65	28,00	29,75
Mailand[2]**	12,0	1,439	1,449	1,425	1,405	1,465
Wien	4,00	14,183	14,223	14,166	14,10	14,31
Madrid	6,00	1,461	1,491	1,458	1,43	1,55
Lissabon**	14,5	1,342	1,362	1,311	0,95	1,55
Tokio	3,00	1,2295	1,2325	1,232	1,19	1,28
Helsinki	8,50	40,64	40,84	39,955	39,50	41,50
Belgrad* **	–	–	–	–	0,15	0,55
Budap.* **	–	–	–	–	2,50	4,00
Athen* **	20,5	1,423	1,477	–	0,80	1,55
Ankara* **	–	–	–	–	0,18	0,27
Sydney*	–	1,2945	1,3135	–	1,24	1,36
Johannbg.*	10,0	0,883	0,977	–	0,72	0,97
Hongkong*	–	25,75	26,03	–	23,25	29,75

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund, [3] 1000 Lire; [4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage. * nicht amtlich notiert; ** Einfuhr begrenzt gestattet

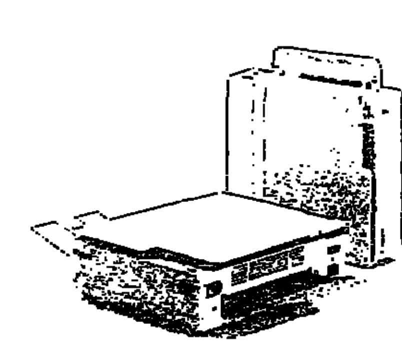
Mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen

HÖCHST PERSÖNLICH


BEIM KOPIEREN 1. WAHL



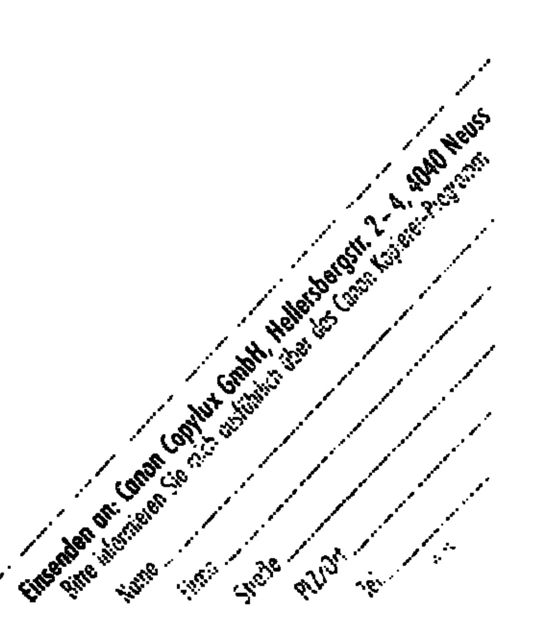
NEU



Die neuen Kopierer für die ganz persönlichen Noten. Für den Einsatz am Schreibtisch Ihres Büros oder für Sie privat. Kleiner, handlicher, wartungsfrei. Und mit der ganzen Zuverlässigkeit zukunftssicherer Kopierertechnologie von Canon. Für A4 bis A8. Für problemloses farbiges Kopieren in Schwarz, Rot, Grün, Braun oder Blau.

Als Variante zum Koffermodell FC-3 bietet der neue FC-5 einen automatischen Papiereinzug mit einer Kopienvorwahl. Lassen Sie sich die beiden robusten Leichtgewichte vorführen. Wie sie auf Normalpapier und auf Folien kopieren. Nach wenigen Sekunden haben Sie die perfekte Kopie in der Hand. Und damit die Entscheidung für die unabhängigen Kopierer einer neuen Generation.

FC-3/FC-5



Renten weiter freundlich

Auf dem Rentenmarkt hielt die Nachfrage nach länger laufenden öffentlichen Anleihen an. Die Kurse wurden teilweise um mehr als 0,5 Prozent heraufgesetzt. Die neue 6,5prozentige Bundesanleihe ging zu 102,65 um. Der Renditerückgang im längeren Laufzeitbereich führte zu Korrekturen für Papiere mit mittleren und kürzeren Laufzeiten. Bundesobligationen stiegen um rund 0,30 Prozentpunkte. Bei den Pfandbriefe lagen die Renditen für zehnjährige Papiere im Großgeschäft bei etwa 6,89 Prozent.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

Industrieanleihen

F PWA 86/94	108	107
F Ranown Look 86/91	760	750G
F 5¼ Rhythm W. 83/88	1418G	1375G
F dgl. 84/89	645	635
F 3½ RWE 86/96	99	98
F Ryobi 83	800bG	788
F Salamander 86/96	159,5	159
F 6½ Schering 83/90	352	342
F 3 Schw. Bankg. 84/89	3275	3200
F 3½ Schw Bk.V.I 84/89	289,5	278
F 7½ dgl. II 86/91	159	156
F Schw.Kredit 85/90	1750	1800
F Senko 86/91	575	540G
F 7¾ Siemens 83/90	483	461
F dgl. 86/92	716,5	705,8

Optionsscheine

Währungsanleihen

Optionsanleihen

F 3½ dgl. 84/94 oO DM	81	81
F 2¾ dgl. 86/96 mO DM	104	102
F 2¾ dgl. 86/96 oO DM	78,5G	78,5
F 4 SKA Fin. 85 mO	132	131T
F 4 dgl. 85 oO	97,5	97,5
F 3 Taiju 85/90mODM	208G	208G
F 3 dgl. 85/90 oO DM	90,6G	90,5bG
F 3½ Kenw. 85/90mODM	128G	128G
F 3½ dgl. 85/90oO DM	94,2G	94,2bG
F 3½ Tsum.84/90mODM	186,5G	186,5G
F 3½ dgl. 84/89oODM	95,5	95,5
F 4 Veba 83/93 mO DM	192G	192G
F 4 dgl. 83/93 oO DM	87,7	87,75bB
F 3 VW 86/96 mO DM	158,5T	137
F 3 dgl. 86/96 oO DM	75,5bG	75,1

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

9½ dgl. 81/91	112,5	112,25
9¾ dgl. 87/91	111,5	111,65
7¾ dgl. 82/92	107,5	108,1
6¾ dgl. 83/93	105,5T	105,25bG
7½ dgl. 84/96	104bG	103,6
6¾ dgl. 86/96	98,6	98
6¾ Austral IDC 72/87	101,5G	102G
6¾ Autop. C.E. 72/87	101G	101G
7½ Avon 83/95	102,25	102,5
10¾ Banrual 87/90	109,9	109T
8¾ BNDE 77/87	100,25T	100G
9¾ dgl. 89/88	105,45	103,25T
5¾ Bk. America 78/90	97,5	97,5
7 Bank China 85/92	102T	102
7¾ Bank Tokyo 83/90	106	106T

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

EINE DER ERFOLGREICHSTEN KOMBINATIONEN GEHT AN DIE BÖRSE.



Addiert man Eins und Eins, ergibt das Zwei.

Kombiniert man aber Eins und Eins und sorgt dafür, daß sich beides ergänzt und reibungslos zusammenarbeitet, dann *ergibt das Ganze mehr als Zwei*: Ein Vielfaches an Vorteilen.

So geschehen durch die Kombination von MAHO-Werkzeugmaschine und MAHO-Computersteuerung: Einer bis dahin kaum gekannten Einheit aus Qualität und Flexibilität, die zu einer neuen Art der Produktivität führte.

Die Vorteile der computergesteuerten Werkzeugmaschinen sorgten dafür, daß sich die Positionen der Anbieter verschoben.

In den letzten zehn Jahren stieg unsere Gesamtleistung von 60 Millionen auf 340 Millionen Mark.

Für das laufende Geschäftsjahr sind 400 Millionen Mark geplant.

MAHO gehört inzwischen zu den größten und wichtigsten Unternehmen der Branche – und *nicht zuletzt auch zu den innovativsten.*

Unseren Umsatz erzielen wir zu fast gleichen Teilen im In- und Ausland, mit Schwerpunkt Europa.

Im Geschäftsjahr 85/86 betrug der aktienrechtliche Jahresüberschuß 11,78 Millionen Mark (Vergleich zum Vorjahr: 4,87 Millionen Mark).

Weltweit beschäftigt die *MAHO-Gruppe rund 1650 Mitarbeiter.*

Wir investierten über 25 Millionen Mark. Oder rund 8 Prozent vom Umsatz. Dazu kamen noch einmal 6 Prozent vom Umsatz für die Umsetzung neuer Ideen.

Und demnächst gehen wir an die Börse.

Wir wollen die Chancen, die der Werkzeugmaschinenmarkt bietet und die geplante Geschäftsausweitung *auf die beste Art* finanzieren, die es gibt: Durch Eigenkapital.

Wenn Sie mehr über uns wissen wollen, schreiben Sie uns.

MAHO

MAHO Aktiengesellschaft
D-8962 Pfronten

Warenpreise – Termine

Mit kräftigen Verlusten schlossen am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Schwächer ging Kupfer aus dem Markt. Fester notierte Kaffee, Kakao präsentierte sich uneinheitlich.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	21.11.	20.11.
Dez.	278,50-279,00	282,50-282,75
März	271,25-271,75	271,75-273,50
Mai	257,00-256,50	257,75-258,25

WEIZEN Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.		
St. L. 1 CW	203,68	203,68
Am. Durum	201,46	201,46

ROGGEN Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	97,00	96,80
März	101,60-101,70	101,50
Mai	105,00	102,70

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	85,40	83,70
März	81,90	82,30
Mai	80,90	81,50

HAFER Chicago (c/bush)		
Dez.	160,00-160,25	162,75-163,00
März	154,00	156,50-157,00
Mai	147,00	149,50

MAIS Chicago (c/bush)		
Dez.	167,50-168,00	168,75-169,00
März	177,50-177,25	178,50-178,25
Mai	183,25-183,00	184,25

GERSTE Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	89,00	87,90
März	86,00-86,30	85,90
Mai	86,00	85,90

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	21.11.	20.11.
Dez.	149,00-149,40	146,53-147,00
März	151,50-152,50	149,40-149,70
Mai	152,60-153,00	151,00

KAKAO New York ($/t)	21.11.	20.11.
Dez.	1849-1855	1847
März	1895-1897	1875-1898
Mai	1928-1932	1935-1937
Umsatz	2005	unerh.

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Jan.	6,00-6,20	6,25-6,40
März	6,60-6,62	6,78-6,79
Mai	6,74	6,88-6,90
Juli	6,88	7,00-7,01
Sept.	6,94-6,96	7,08
Umsatz	7775	7200

Iso-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	5,89	5,81

KAFFEE London (£/t) Robusta	21.11.	20.11.
Nov.	2100-2112	2044-2050
Jan.	2050-2064	2010-2015
März	1945-1950	1940-1945
Umsatz	5991	2428

KAKAO London (£/t)		
Dez.	1452-1453	1471-1472
März	1481-1482	1501-1502
Mai	1495-1497	1524-1525
Umsatz	5711	2921

ZUCKER London ($/t) Nr. 6 (fob)	21.11.	20.11.
Dez.	140,00-140,20	140,00-140,20
März	152,60-153,00	152,60-153,00
Mai	155,00-156,00	155,00-156,00
Umsatz	2506	2506

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg) schw.	24.11.	21.11.
Saraw. spez.	1012,50	1012,50
weiß Saraw.	1415,00	1415,00
weiß Muntok	1430,00	1430,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)	21.11.	20.11.
Jan.	121,65	122,05
März	121,80-121,90	122,00-122,10
Mai	121,80-121,90	122,00-122,20
Juli	121,75-121,85	122,00-122,10
Sept.	121,90-122,00	122,50-123,00
Umsatz	500	700

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	21.11.	20.11.
	29,00	30,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	20,62	20,75

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Dez.	14,77	14,95-14,92
Jan.	14,96-14,97	15,11-15,10
März	15,28-15,26	15,39-15,40
Mai	15,51-15,50	15,56-15,60
Juli	15,70-15,72	15,80
Aug.	15,78-15,80	15,85
Sept.	15,65	15,60-15,70

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk		
	16,50	16,50

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	13,50	13,00
Choise white hog 4 % fr. F.	10,50	10,50

TALG New York (c/lb)		
top white	12,25	12,25
fancy	11,75	11,75
bleichf.	11,50	11,50
yellow max. 10% fr.F	9,25	9,25

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Dez.	54,50-54,60	54,70-54,55
Febr.	51,35-51,50	51,35-51,45
April	45,90-46,00	45,75-45,60

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Febr.	73,30-73,20	72,80-73,40
März	72,10-71,90	71,75-72,07
Mai	71,90-71,85	71,20-71,35

HÄUTE Chicago (c/lb)	21.11.	20.11.
Ochsen einh. schwere River Northern	64,00	64,00
Kühe einh. schwere River Northern	60,00	60,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Jan.	498,0-497,75	500,5-500,0
März	501,75-501,2	503,25-502,5
Mai	505,0	506,25
Juli	507,5-507,75	508,25-508,0
Aug.	505,0	505,5
Sept.	496,5	496,0
Nov.	497,0-497,5	496,0

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Dez.	150,0-149,9	150,6-150,3
Jan.	149,1-149,0	149,6-149,5
März	149,0-148,8	149,3-149,5
Mai	149,1-148,9	149,1
Juli	149,0	149,0
Aug.	149,1	149,3
Sept.	149,0	149,2-149,3

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	21.11.	20.11.
Dez.	221,90	217,50
März	230,80	226,30
Mai	235,80	231,50

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	21.11.	20.11.
	18,50	18,50

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk.	24.11.	21.11.
cif	530,00	540,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	370,00	370,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	305,00	295,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	72,00	73,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	430,00	420,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	–	–

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr. Nr. 2	21.11.	20.11.
Dez.	49,25-49,40	46,60-47,00
März	49,11	47,01-47,20
Mai	49,30-49,50	47,50-47,60
Juli	49,51	48,02
Okt.	51,00	49,31-49,41
Dez.	51,16-51,25	49,76

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1		
	44,00	43,75

WOLLE London (Neus. c/kg) – Kreuzz.	24.11.	21.11.
Dez.	556-560	554-560
März	553-565	550-552
Mai	556-558	–
Umsatz	2544	2544

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	24.11.	21.11.
Okt.	ausg.	ausg.
Dez.	ausg.	ausg.
Umsatz	–	–
Tendenz: –		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	24.11.	21.11.
Dez.	670,00-693,00	660,00-690,00
–	–	–
–	–	–
Umsatz	0	0

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	24.11.	21.11.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	24.11.	21.11.
Nov.	geschl	11999
Dez.		11991

KAUTSCHUK London (p/kg)	21.11.	20.11.
spot	63,50-66,50	63,00-66,00
RSS 1 Dez.	61,50-62,50	61,00-62,00
RSS 2 Dez.	60,50-61,50	60,00-61,00
RSS 3 Dez.	59,50-60,50	59,00-60,00
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	24.11.	21.11.
Dez.	213,50-215,50	212,00-214,00
Jan.	214,50-216,50	213,00-215,00
Nr. 2 Dez.	212,00-213,00	211,50-212,50
Nr. 3 Dez.	207,50-208,50	207,00-208,00
Nr. 4 Dez.	204,00-205,00	203,00-204,00
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	24.11.	21.11.
BWC	280	290
BWD	280	280
BTC	315	315
BTD	315	315

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	24.11.	21.11.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	225,66-225,80	224,34-224,48
dritt. M.	229,54-229,68	228,05-228,19
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	97,47-97,61	98,10-98,25
dritt. M.	93,31-93,59	93,96-94,25
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	730,67-732,11	728,28-728,85
dritt. M.	742,15-742,44	741,13-741,42
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	150,15-153,02	152,80-155,65
Prod.-Pr.	186,21	185,77
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	24.11.	21.11.
	16,04	16,20

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	24.11.	21.11.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	269,45-271,46	270,18-272,18
BLEI in Kabeln	105,25-106,25	105,75-106,75
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	24.11.	21.11.
MS 58, 1.VS	258-263	259-264
MS 58, 2.VS	311-313	312-313
MS 63	290-294	291-295

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	24.11.	21.11.
Leg. 225	240-257	240-257
Leg. 226	242-259	242-259
Leg. 231	277-289	277-289
Leg. 233	287-304	287-304

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	24.11.	21.11.
PLATIN (DM/g)	32,158	32,908
GOLD (DM/kg Feingold incl. MWSt.)		
Bank-Vkfpr.	28728	29298
Rückn.-Pr.	24400	24900
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	25290	25830
Rückn.-Pr.	24610	25140
verarbeitet	265208	271008
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	24840	25300
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	350,60	362,30
Rückn.-Pr.	340,10	351,70
verarbeitet	366,208	378,208

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze)	24.11.	21.11.
London 10.30	380,40	389,50
15.00	380,50	388,20
Zürich mitt.	379,50-380,00	390,10-390,60
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	81900	83750
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	371,30	386,80
3 Mon.	381,55	394,90
6 Mon.	391,75	405,65
12 Mon.	412,80	427,65
PLATIN (£/Feinunze) London	21.11.	20.11.
fr. Markt	329,40	353,65
PALLADIUM (£/Feinunze) London	21.11.	20.11.
1. Händl.-Pr.	84,30	93,55

New Yorker Metallbörse

	21.11.	20.11.
GOLD H & H Ankauf	368,20	389,55
SILBER H & H Ankauf	535,00	545,50
PLATIN		
l. Händl.-Pr.	488,00-493,00	498,00-473,00
Prod.-Pr.	600,00	600,00
PALLADIUM		
l. Händl.-Pr.	118,00-121,00	118,00-121,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
COMEX GOLD		
Nov.	378,90	391,50
Dez.	379,00-379,50	391,50-391,90
Jan.	381,00	393,50
Febr.	382,50-383,30	394,80-395,40
April	385,00-386,30	398,00
Umsatz	8000	78000
SILBER (c/Feinunze)		
Nov.	521,00	542,70
Dez.	520,00-522,50	543,00-544,00
Jan.	524,40	546,40
März	528,00-531,00	551,00-551,90
Mai	535,00-536,00	556,00-557,00
Juli	540,00-542,00	562,40
Sept.	546,00	568,10
Umsatz	11200	20090

KUPFER (c/lb)	21.11.	20.11.
Nov.	59,00	59,50
Dez.	59,05-59,15	59,55-59,60
Jan.	59,35	59,80
März	59,90-59,95	60,30-60,40
Mai	60,50-60,60	60,90-60,95
Juli	60,95	61,30
Sept.	61,30	61,60
Umsatz	6000	11200

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (£/t)	24.11.	21.11.
mitt. Kasse	786,00-786,50	786,00-787,00
3 Mon.	799,50-800,00	799,00-799,50
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	339,50-340,00	339,00-340,00
3 Mon.	325,00-326,00	328,00-328,50
KUPFER grade A (£/t)		
mitt. Kasse	920,00-920,50	927,50-928,00
3 Monate	945,50-946,00	952,50-955,00
ab. Kasse	–	928,00-929,00
3 Monate	–	952,00-952,50
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	898,50-899,50	906,00-907,00
3 Monate	927,00-929,00	935,00-934,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	566,00-567,00	560,00-561,00
3 Monate	557,50-558,00	554,00-555,00
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/Fl.)	–	155-165
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	35-40

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	21.11.	20.11.
Dez.	43,15-43,30	43,25-43,30
Jan.	44,15-44,35	44,25-44,35
Febr.	45,05-45,15	45,00-45,15
März	43,50-43,80	43,70-43,80

GASÖL – London ($/t)	21.11.	20.11.
Dez.	125,00-125,25	–127,25
Jan.	129,25-129,50	132,00-132,25
Febr.	131,75-132,00	133,75-134,00
März	127,25-127,50	128,75-129,50
April	123,75–	125,50-126,00
Mai	120,50-123,00	121,00-124,00
Juni	–123,00	–125,75
Juli	119,00-124,00	118,00-124,00

BENZIN (bleifrei) – New York (c/Gallone)	21.11.	20.11.
Dez.	41,55-41,65	41,25-41,45
Jan.	42,25-42,35	41,80-42,10
Febr.	42,85-43,00	42,60-42,70
März	43,70	43,60
April	44,35	44,15

ROHÖL – New York ($/Barrel)	21.11.	20.11.
Dez.	15,55-15,59	14,98-15,17
Jan.	15,43-15,46	15,31-15,35
Febr.	15,41-15,45	15,42-15,45
März	15,38	15,27-15,43
April	15,30	15,33-15,36

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	21.11.	20.11.
Arabian Lg.	11,92	12,2[illegible]
Arabian Hv.	11,63	11,91
Iran Lg.	14,95N	14,95N
Forties	14,85N	15,05
North Brent	14,90	15,20
Bonny Light	15,25N	15,40N

Kartoffeln

London (£/t)	21.11.	20.11.
Febr.	111,50	111,50
April	150,90	150,60
Mai	170,50	170,00
Nov.	85,00	85,00

New York (c/lb)	21.11.	20.11.
–	–	–
März	4,40	4,40
Mai	5,10	5,15
–	–	–

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	21.11.	20.11.
Jan.	158,50-168,30	168,80-168,70
März	163,70	164,10-164,00
Mai	163,50	164,10
Juli	163,50	164,10-164,20

Devisenterminmarkt

In einem ruhigen Markt hielten sich die Veränderungen am 24. 11. in engen Grenzen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,30-0,20	0,73-0,63	1,35-1,15
Pfund/Dollar	0,63-0,61	1,80-1,77	3,53-3,48
Pfund/DM	2,30-0,90	5,30-3,90	9,60-8,20
FF/DM	16-2	32-16	59-43

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 24.11.: Tagesgeld 4,30-4,35 Prozent, Monatsgeld 4,45-4,55 Prozent; Dreimonatsgeld 4,60-4,70 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,75 Prozent, 6 Mon. 4,75 Prozent.
Privatdiskontsätze am 24.11.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 24.11. 3,5 Prozent, Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 24.11. Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	5⅞-6⅛	4⅜-4½	2¾-3⅛
3 Monate	5⅞-6⅛	4½-4⅝	3⅝-4⅛
6 Monate	5⅞-6⅛	4½-4⅝	3⅝-4⅛
12 Monate	5⅞-6⅛	4⅝-4¾	3⅝-4⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 24.11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 16,00; Verkauf 18,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 14,75; Verkauf 17,75 DM West

Edelmetallmünzen

In Essen wurden am 24.11. folgende Edelmetallmünzpreise genannt (in DM):

	Feingew. in Gramm	Ankauf	Verkauf inkl. MwSt	Preis je Gramm
20 Goldmark	7,1690	193,00	248,52	34,67
20 fr. Napoleon	5,8070	143,00	191,52	32,98
20 sfr Vreneli	5,8070	155,00	205,20	35,34
1 Sovereign Neu	7,3220	170,00	222,30	30,36
1 Sovereign Alt	7,3220	171,00	223,44	30,52
100 Kronen Öster	30,4880	710,00	877,80	28,79
20 Kronen Öster	6,0980	142,00	184,68	30,29
10 Kronen Öster	3,0480	77,00	103,74	34,04
4 Dukaten Öster	13,7700	340,00	421,80	30,63
1 Dukaten Öster.	3,4420	78,00	109,44	31,20
10 Rubel Tscherw.	7,7425	190,00	245,10	[illegible]
Krügerrand 1 Uz	31,1035	751,00	897,18	28,84
Krügerrand ½ Uz	15,5517	395,00	473,10	30,42
2 Rand Südafrika	7,3220	167,00	218,88	29,89
1 Rand Südafrika	3,6610	76,00	109,44	29,89
50 C.$ Mapl.L.1 Uz	31,1035	777,00	925,66	29,76
5 C.$ Mapl. 1/10 Uz	3,1103	80,00	107,60	32,99
20 US-$ Dbl. Eagle	30,0930	960,00	1242,60	41,29
Gold Am.Eagle 1 Uz	31,1035	795,00	934,80	30,05
Nob. Platin 1 Uz	31,1035	970,00	1151,40	37,02
Nob. Platin 1/10 Uz	3,1103	96,00	125,40	40,32

Mitgeteilt von der Dresdner Bank, Essen

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. November 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/9 (Typ A) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,25) – 5,50 (4,64) – 6,00 (4,95) – 7,00 (5,32) – 8,00 (5,70); Ausgabe 1986/10 (Typ B) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,25) – 5,50 (4,66) – 6,00 (5,00) – 7,00 (5,39) – 8,00 (5,82) – 8,00 (6,13). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,90, 2 Jahre 4,75. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,75, Kurs 100,00, Rendite 5,75

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 24.11.	Rendite in %
EW-Bank 6.69	100,00	1.7.95	57,225	6,70
Commerzbank	100,00	22.5.95	58,75	6,46
Commerzbank	100,00	4.8.00	41,00	6,73
Deutsche Bk. 5	287,00	23.1.95	142,00	9,09
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	112,55	5,60
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	82,15	5,60
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	56,75	6,73
Hbg. Ldbk. A 1	100,00	1.7.95	51,95	7,05
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	58,33	6,55
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	39,80	7,06
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	57,76	6,65
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	27,64	7,15
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	27,57	7,05
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	26,16	7,17
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	13,90	6,95
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	57,67	6,65
WestLB 600	100,00	2.5.95	57,95	6,58
WestLB 603	100,00	1.6.01	39,25	7,21
WestLB 606	100,00	1.8.06	26,35	7,33
WestLB 500	126,86	16.2.89	114,90	4,57
WestLB 501	137,01	16.2.90	116,95	5,05
WestLB 504	141,65	1.10.91	109,25	5,52
WestLB 505	143,24	1.9.92	105,60	5,75
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	113,75	6,88
Österreich	294,12	24.5.00	115,00	7,20
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	133,35	6,42
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	136,10	7,64
Prud. Realty	$ 100	15.1.99	73,55	6,78
Emittenten (Dollar)				
DuPont Overs	100,00	11.2.90	79,375	7,44
Pepsi-Co (AA)	100,00	4.2.92	68,00	7,70
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	59,50	10,47
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	56,25	8,21
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	64,125	8,15
Gen. Elec. (AAA)	100,00	17.2.93	62,125	7,93
Caterp Fin (AA)	100,00	11.2.94	52,625	9,30
Penney (A+)	100,00	17.2.94	54,75	8,68
Sears (AA)	100,00	27.5.94	53,875	8,58
Philip Morris A	100,00	6.6.94	53,125	8,75
Gen. Elec. (AAA)	100,00	4.2.95	52,125	8,18

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.% (Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,70 (4,70)	100,3	101,2	10[illegible]	103,1	104,0	105,0
2	4,78 (5,00)	100,1	101,7	[illegible]	105,6	107,7	109,2
3	5,35 (5,36)	99,05	101,5	104,2	10[illegible]	10[illegible]	[illegible]
4	5,70 (5,76)	97,20	100,7	10[illegible]	107,7	111,5	11[illegible]
5	5,92 (5,93)	95,80	100,4	104,3	108,5	11[illegible]	11[illegible]
6	6,13 (6,16)	94,00	99,35	103,3	108,[illegible]	113,5	118,4
7	6,45 (6,48)	[illegible]	97,30	102,8	109,0	11[illegible]	1[illegible]
8	6,75 (6,73)	98,90	94,90	101,5	10[illegible]	112,9	118,9
9	6,65 (6,68)	87,25	95,80	101,0	10[illegible]	11[illegible]	119,9
10	5,87 (6,70)	85,15	93,30	100,[illegible]	107,5	114,[illegible]	1[illegible]
15	7,05 (7,15)	80,60	89,60	99,75	10[illegible]	[illegible]	1[illegible]

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die mit den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können

Commerzbank Rentenindex: 112,518 (112,205)
Performance-Rentenindex: 249,875 (249,2[illegible])
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	21. Nov.	[illegible]
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	5,575
	60–270 Tage	5,50
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	[illegible]
	60 Tage	5,55
	90 Tage	5,20
Certificates of Deposit	1 Monat	5,55
	2 Monate	[illegible]
	3 Monate	5,20
	6 Monate	5,20
	12 Monate	5,55
US-Schatzwechsel	13 Wochen	[illegible]
	26 Wochen	[illegible]
US-Staatsanleihe	10 Jahre	[illegible]
	30 Jahre	[illegible]
US-Diskontsatz		5,50
US-Primerate		7,50
Geldmenge M1	10. Nov.	[illegible]
NYSE-Aktienindex (New York)		
Dez.	141,20	[illegible]
März	141,30	[illegible]

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	21.11.	20.11.
9¼ EEC 90	106	105,75
11¾ dgl. 90	111,125	111,25
10¾ EIB 95	110,75	110,375
11 dgl. 91	114	113,875
11½ dgl. 90	114,875	114,75
11⅞ dgl. 93	121,125	120,75
12 dgl. 95	121,125	122,875
12½ dgl. 90	117,375	117,125
12⅞ dgl. 93	128,125	127,75
13 dgl. 94	121	120,75
10¾ Wld. Bk. 95	113,5	113,125
10⅝ dgl. 88	104,75	104,75
10⅞ dgl. 90	111,125	111,125
10⅝ dgl. 93	116	116
11 dgl. 92	115,125	114,675
11⅛ dgl. 88	106,75	106,75
11¼ dgl. 93	114,25	114
11⅜ dgl. 89	109,125	109,125
11⅝ dgl. 90	114,5	114
12 dgl. 93	123,125	122,75
12⅛ dgl. 94	126,375	125,675
12⅞ dgl. 94	129,125	128,75
6⅞ Sears 91	104,625	104,875
6⅞ Swed.Ex.91	103,125	102,125
7 TRW 94	101,625	102,125
6⅞ Un.Tech.92	103,125	103,375
6⅞ W.Disn.96	105,5	105,5
6⅞ World Bk96	104,25	104,5
6⅞ dgl. 90	104,25	104,375
6⅞ dgl. 94	105,75	105,75
7 dgl. 94	109,5	108,75

Lux. Franc Bonds

	21.11.	20.11.
7 Amro 73	99,25	99,25
9⅝ Asea 89	100,75	100,75
6⅞ Asian Dv87	99,75	99,75
10⅞ BFG Lux90	105	105
11 BNP 90	105,5	105,5
9 dgl. 95	104,5	104,5
10⅞ Caca 94	106,75	106,75
11 dgl. 92	105,5	105,5
13 dgl. 91	–	–
8⅞ Consoil 95	105	105
12⅞ dgl. 92	105	105
6 Copiel 88	100	100
8⅞ dgl. 87	100,75	100,75
7⅞ Crispon.88	100	100
10 dgl. 89	104	104
7⅞ Den.Mtg.88	100	100
8⅞ EEC 95	105	105
8⅞ Euratom 89	103,25	103,25
10⅞ dgl. 96	110	110
11 dgl. 95	101,25	101,25
8⅞ Eurof. 89	101,5	101,5
9 dgl. 95	106	106
10 dgl. 91	106,5	106,5
10 dgl. 94	104,75	104,75
8 EIB 91	100	100
9⅞ dgl. 93	105	105
9⅞ dgl. 95	107	107
9⅞ dgl. 86	100,25	100,25
9⅞ dgl. 95	107	107
10⅞ dgl. 94	111	111
11⅞ dgl. 88	100	100
12⅞ dgl. 90	105	105
8⅞ Goodyear97	103,5	103,5
9⅞ Ind.B.F.95	104,5	104,5
9⅞ Hypo Bk.88	102	102
11 Kredbk.93	104,75	104,75
7⅞ dgl. 87	99,75	99,75
12⅞ dgl. 88	104	104
10 dgl. 90	103,75	103,75
11⅞ dgl. 89	100,5	100,5
8 Luxair 87	99,75	99,75
8⅞ dgl. 87	100	100
9⅞ Mot.Chim92	103,25	103,25
9 dgl. 95	105,5	105,5
8 Norges 86	99,75	99,75
9 Oslo 89	100	100
8⅞ dgl. 87	99,75	99,75
9 Paribas 92	107	107
10⅞ Paribas87	103,5	103,5
9 Philips 89	100,5	100,5
7⅞ Renault 88	99,75	99,75
7⅞ Soconal 91	100,5	100,5
9⅞ dgl. 92	106,25	106,75
10⅞ Solvay 87	100,25	100,25
8 Sveriges 88	100	100
9⅞ Volvo 87	100,25	100,25
8 WorldBk. 96	103,75	103,25
7⅞ dgl. 90	103,5	103,5
10⅞ dgl. 89	101	101

Euro-Yen

	21.11.	20.11.
6⅞ Al.Corp 91	102,625	103
6⅞ All.Sign93	102,875	102,75
7⅞ ADB 94	110	110,25
7 Austria 95	107	107,375
7 BP 92	104,75	104,675
6⅞ Denmark 92	105	105,375
7 Denm.Bk. 92	105,75	105,875
7 Dow Chem.94	101,75	107
6⅞ EDF 95	106,25	106,375
6⅞ Eurofima95	102,375	102,625
5⅞ dgl. 92	103,75	103,875
6⅞ dgl. 93	103,5	103,75
7⅞ dgl. 94	106,375	106,375
6⅞ Fcornie 92	105,5	105,625
6⅞ Finl.Rep90	104,75	105
6⅞ GMAC 90	102,375	102,625
7⅞ Goodyear95	103,5	103,75
6⅞ dgl. 94	101,875	102,125
6⅞ ITT 92	105,75	103,875
6⅞ McDonal 92	103,25	103,5
6⅞ Montreal95	104,625	105,25
6⅞ NordLB 93	102,375	102,75
6 NIB 91	101,875	102,125
7 dgl. 92	106,625	107
7 Pac.Gas 94	–	–
6⅞ Penney 92	103,375	103,375
6⅞ Procter 92	104,5	104,675
6⅞ Sallie 92	104,375	104,5

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,52832

	21.11.	20.11.
8⅞ Cap. City91	99	99
12⅞ dgl. 92	101	101
8⅞ CCA 91	99,5	99,5
11⅞ Ned. G 88	100,5	100,5
9⅞ Queb. P.94	99,5	99,5
8⅞ SDR 94	99,5	99,5

ECU

	21.11.	20.11.
7⅞ Aegon 95	94,625	95,125
9⅞ ABN 92	105,25	105,25
9 ANA 95	106,25	106,375
9⅞ ANZ 92	106,75	106,375
10⅞ Austria93	111,875	112,25
10 BNDA 92	104,5	104,625
8⅞ B.d.Roma93	100,25	100,375
9 M.+Hope 92	104,75	104
9 Bk Hes. 94	100,25	100,25
7⅞ BNP 95	96,25	95,875
8⅞ dgl. 75	104,75	105
8⅞ Bay.Vbk.86	101	101,25
8⅞ BFCE 93	102,125	102,375
9⅞ dgl. 92	105,75	108,25
9⅞ dgl. 95	107,375	107,75
9⅞ Eyll 92	102,675	102,75
9⅞ CNT 92	103,375	108,675
9⅞ dgl. 95	107,625	107,875
8⅞ Carg.B 95	105,375	103,5
10⅞ Caca 89	107,125	107,375
9 Chrysl. 92	100,25	100,25
9⅞ dgl. 94	100,125	100,25
9 ClubMed 88	103,5	103,5
9 Colgate 91	102,375	102,625
9 Cap City 95	101,625	102
9⅞ CCF 95	105,125	105,25
9⅞ CrdNord 91	105,75	105,875
11⅞ CrdFonc90	–	–
11⅞ dgl. 90	–	–
5⅞ Cr.Lyon.92	94,375	94,5
8⅞ CrdNat 95	105,625	105,125
12⅞ dgl. 94	109,375	109,875
9⅞ Cudenet 94	104,125	104,25
[illegible] Credito 92	105	106,375
7⅞ Denmark 96	97,125	97,125
9 EDF 92	105,25	105,25
8⅞ EEC 95	104,875	105
8⅞ ELFAqu 88	102,125	102,25
9 Enso Gut 92	107,625	107,625
9⅞ dgl. 93	101,75	101,875
10 Euratom 92	107,25	107,375
7⅞ dgl. 72	96,25	96,375
9⅞ Eurofima93	103,875	104,125
8⅞ EIB 90	104,25	104,5
8⅞ dgl. 93	105,25	105,5
8⅞ dgl. 92	104,125	104,375
9⅞ dgl. 93	109,75	109,375
10⅞ dgl. 94	111,875	112
10⅞ dgl. 94	107,875	107,75
10⅞ dgl. 90	109,75	109,75
11⅞ dgl. 92	109,375	110
9 Eurobar 93	102,75	102
8⅞ EVC 94	90,675	91,125
8⅞ Fiat 90	101	103,375
9 IBKFinst 95	105,375	101,375
8⅞ Ford C 95	104,125	104,25
7⅞ Gill 93	99,625	99,625
7 Gooz 92	94,5	94,675
10⅞ dgl. 93	110,175	110,125
10 IADB 93	111,5	111,125
8⅞ IBM 90	105,125	105,375
6⅞ Iceland 96	88,5	88,5
9 Imatran 95	101,875	101,875
7⅞ Italia 89	104	104,25
10⅞ dgl. 93	110,25	110,375
9⅞ Kansall 92	104	104,125
9⅞ Kbifima 93	107,25	107,375
[illegible]	[illegible]	[illegible]
10⅞ Mooci 95	109,625	109,5
9⅞ Mits.Tr 93	106,375	102,675
9 Mooi Her.91	104,125	104,275
9⅞ McI 90	101,25	101,875
8⅞ Morgan 90	103,5	103,675
9⅞ Motor.M.92	103,2	103,125
9 Nerss 95	102	102
9⅞ N S Wel 95	103,5	102,625
9⅞ N.Zeal 90	105,375	106,875
9⅞ N.Zeal 92	104,625	104,875
7⅞ Nissan 96	96	96,25
9 OstLok 89	104,125	104,375
8⅞ Olivetti93	–	–
8⅞ Pargel 89	101,375	101,675
10 Pecnin 95	106	105,125
9 Ferroc 95	–	[illegible]
9⅞ Peugeot 90	104,[illegible]	[illegible]
8⅞ Philips 96	[illegible]	[illegible]
9 Philips 92	[illegible]	[illegible]
9⅞ Pirelli 92	[illegible]	[illegible]
[illegible]	105,5	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
9 SAS 95	104,125	[illegible]
7 Samwa 95	[illegible]	[illegible]
8⅞ Scipor 90	[illegible]	[illegible]
7 SNCF 95	[illegible]	[illegible]
9⅞ Summome92	[illegible]	[illegible]
9⅞ dgl. 92	[illegible]	[illegible]
9 dgl. 95	[illegible]	[illegible]
8⅞ Schweden92	91,[illegible]	[illegible]
7 Unbk.Sw.95	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
8⅞ WestLB 94	104,25	[illegible]
9⅞ dgl. 95	104,5	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
8⅞ WorldBk.95	[illegible]	[illegible]
8⅞ dgl. 95	105,[illegible]	105,375
[illegible]	[illegible]	101,75
10⅞ dgl. 89	[illegible]	[illegible]
10⅞ dgl. 94	[illegible]	[illegible]
11 dgl. 95	106,5[illegible]	[illegible]
8⅞ Xerox 90	[illegible]	[illegible]

ECU-Tageswerte

[illegible]

SZR-Wert

[illegible]

SIEMENS

Wie ein PC für die Industrie aussehen sollte:

Man sieht es auf den ersten Blick: der IndustriePC ist für den industriellen Einsatz gemacht! Im 19-Zoll-Rahmen und mit geschützter Folientastatur (IP 65) kann ihm auch rauhe Umgebung nichts anhaben.

Und erst sein „Innenleben"! Alle Standards und Schnittstellen, die im industriellen Einsatz gebraucht werden, bringt der IndustriePC von vornherein mit. Aufwendiges Aufrüsten für industrielle Anwendungen ist endgültig passé. Und AT-kompatibel ist er natürlich auch.

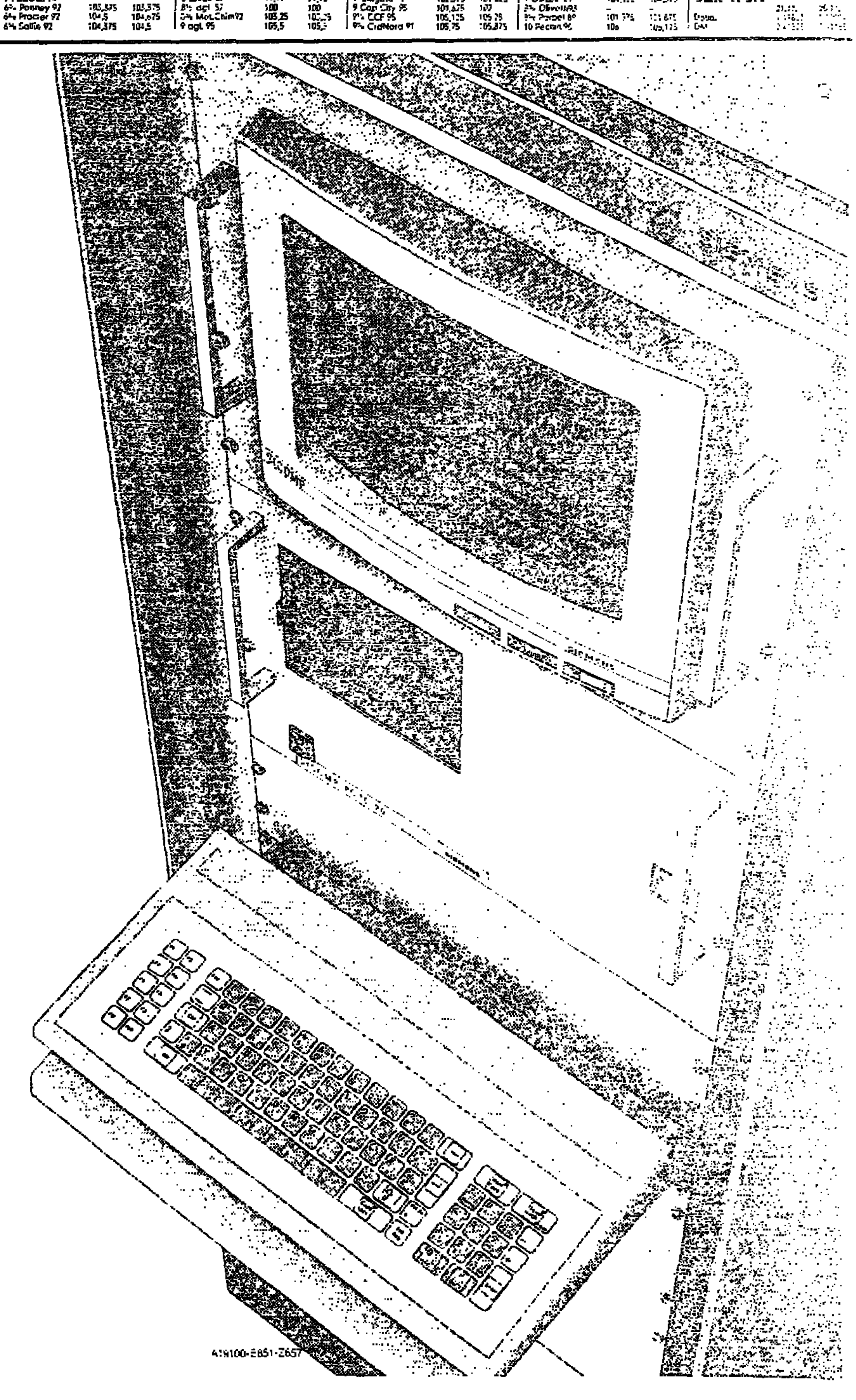
Wer seine Anwendungslösung zum Messen, Steuern, Regeln oder Erfassen von Betriebsdaten einmal erstellt hat, kann sie jederzeit schnell reproduzieren. Das modulare ProzeBinterface oder z. B. die Schnittstellen-Baugruppen DF 20/DF 30 helfen dabei. Ganz gleich, ob es um den Einsatz im Labor, im Technischen Büro – oder eben in der Produktion geht.

Wobei man vielleicht hinzufügen sollte, daß sich niemand einen 19-Zoll-Schrank ins Technische Büro stellen muß: der IndustriePC kann – rein äußerlich – auch wie einer seiner Büro-Kollegen aussehen. Das ist dann aber wirklich nur „rein äußerlich".

Die kostenlose Informationsschrift über den IndustriePC liegt für Sie bereit. Schreiben Sie an Siemens AG, Infoservice 215/Z435, Postfach 2348, 8510 Fürth.

progress in automation. Siemens

Der IndustriePC SICOMP PC 16-20 von Siemens.





Saint-Gobain kehrt an die Börse zurück!

EMISSIONSBEDINGUNGEN
Verkaufsangebot von
28 Millionen Aktien
zum Preis von FF 310
dividendenberechtigt ab 1. Januar 1986.

Ende 1986 in Paris, 1987 an weitere europäische Börsen

Einer der welt- oder europaweiten Marktführer in vielen seiner Aktivitäten. Seit 300 Jahren heißt die Devise: Wettbewerb. Saint-Gobain ist eine große französische Unternehmensgruppe mit internationaler Ausrichtung. Saint-Gobain, das sind über 100 Firmen, die über 100 Produkte in mehr als 100 Ländern fertigen.

Saint-Gobain, das sind: Heckscheiben vieler neuer europäischer Autos, immer leichtere Flaschen. Gebäude mit Spiegelglasfassaden, Schleudergußrohre, glasfaserverstärkte Surfbretter... Gestern stand Saint-Gobain für den Spiegelsaal in Versailles, und heute sind es die Fassaden der Wolkenkratzer überall in der Welt, die Saint-Gobain verkörpern. Dieser Erfolg beruht auf seiner Innovationskraft und Dynamik; in allen seinen Bereichen immer wieder neue Kompetenz gewinnen, um dem technischen Wandel gerecht zu werden; die Baustoffe und deren Anwendungen ständig fortentwikkeln, um den großen Wettkampf auf den weltweiten Märkten zu gewinnen.

Saint-Gobain hat es verstanden, Glas zu biegen, widerstandsfähigere und leichtere Glasfasern zu entwickeln, Parfumflakons mit Computern zu entwerfen oder auch Quartz zu verarbeiten. Durch diesen Drang zur Innovation konnte die Gruppe ihren Beitrag zur Entwicklung im Weltraum-und Nuklearbereich, in der Datenverarbeitung, in der Verpackungs- und in der Bauindustrie leisten. Und gerade weil die Gruppe ihren technischen Fortschritt ständig auf die Anforderungen der internationalen Märkte ausrichtet, deshalb ist sie wettbewerbs- und konkurrenzfähig.

Saint-Gobain – seit 130 Jahren in Deutschland – entwickelt sich schnell in den USA, baut neue Fabriken in Korea und in China und verfolgt weitere Projekte in Japan, Ägypten und Australien.

Diese Dynamik hat den französischen Staat überzeugt: Saint-Gobain ist das erste französische Unternehmen, das "privatisiert" wird.

Gewinnen: Das Metier von Saint-Gobain.

SAINT-GOBAIN - DIE ZAHLEN VON 1986
(Schätzungen)
– Umsatz: 76 Milliarden FF - Reingewinn: 1,25 Milliarden FF - 149.000 Mitarbeiter, davon die Hälfte in Ländern ausserhalb Frankreichs - 2.000 Forscher - 108 Tochtergesellschaften in 17 Ländern - 200 Werke in Frankreich - 120 Werke in anderen Ländern.

In der Bundesrepublik Deutschland werden die Aktien vom 24. November 1986 bis zum 6. Dezember 1986 von dem folgenden Bankenkonsortium unter Federführung der Deutsche Bank AG und Mitführung der Bayerische Vereinsbank AG, Commerzbank AG, Dresdner Bank AG sowie Westdeutsche Landesbank Girozentrale zum Kauf angeboten.



PUBLICIS C. 6050

Anschriften der Gruppe Saint-Gobain: Compagnie de Saint-Gobain Generaldelegation für Deutschland, VEGLA Vereinigte Glaswerke GmbH; Gevetex Textilglas-GmbH: Viktoriaallee 3-5, 5100 Aachen. Grünzweig + Hartmann und Glasfaser AG: Bürgermeister-Grünzweig-Strasse 1, 6700 Ludwigshafen. G + H MONTAGE GmbH, Westendstrasse 17, 6700 Ludwigshafen. Halbergerhütte GmbH: Saarbrücker Strasse 51, 6604 Saarbrücken-Brebach.

هكذا عند الأصل

هكذا منذ الأصل

Im Strudel des Öls

Von HANS BAUMANN

Unbequeme Zeiten auch für die Erdgasproduzenten der Welt. Da sie ihre Preise an die des Öls gebunden haben, sind sie nun gezwungen, *mit ihrer Konkurrenzenergie* das Tal der Tränen zu durchschreiten. Der Preis für importiertes Erdgas lag im August bei durchschnittlich 24 Pfennig je Kubikmeter. Das sind 37,4 Prozent weniger als im August 1985.

Die Selbstkosten der Förderländer sind unbekannt. Es kann daher nicht gesagt werden, bei welchen Gaserlösen sie in die Verlustzone geraten. *Die Rentabilität wird aber* auch mitbestimmt von der Art der Quelle, ihrer Geologie und ihres Reichtums. Gas aus den Tiefen der Nordsee zu gewinnen oder aus den Tundren Sibiriens und diese flüchtige Energie über komplizierte Pipeline-Systeme fortzuleiten, erfordert nicht nur hohen finanziellen Aufwand, sondern auch Engelsgeduld beim Kapital-Rückfluß.

Unter *solchen Bedingungen* ist es eine herbe Bürde, Erlöseinbußen in der Größenordnung von 20 Prozent im Durchschnitt des ganzen Jahres hinzunehmen. Es ist durchaus denkbar, daß manche Gasquelle durch diesen Preisverfall marginal geworden ist. Sicher ist aber, daß die Förderländer zur Zeit nicht mehr explorieren, womit die Gefahr für die Verbraucherländer wächst, daß die *Gasströme mit der* Zeit schmaler werden und die Preise steigen.

Die Grundphilosophie der Förderländer, daß jedes einzelne Gasprojekt permanenten wirtschaftlichen Nutzen garantieren müsse, ist erschüttert. Aber auch hier gibt es Ausnahmen. Zu Beginn dieses Jahrzehnts haben einige westeuropäische Staaten mit Gaslieferländern Fixpreise vereinbart.

Diese Importländer müssen heute feststellen, daß die Exporteure nicht nur ihr Gas, sondern auch ihre Ertragsprobleme an ihre Abnehmer verkauft haben.

Ähnliche Probleme haben sich die Franzosen eingebrockt. Im Juni unterschrieb die Gaz de France zusammen mit den Belgiern, Niederländern und der Ruhrgas AG einen Erdgasbezugsvertrag mit den Norwegern. Er sollte die Basis sein für die Entwicklung des Erdgasfeldes „Troll“; das rund 100 Kilometer nordwestlich von Bergen und etwa 900 Kilometer nördlich von Emden liegt. Rund 1300 Milliarden Kubikmeter Erdgas werden *in* diesem Feld vermutet. Mit ihm würden die insgesamt gewinnbaren norwegischen Erdgasreserven auf 2300 Milliarden Kubikmeter steigen und damit auch die deutsche Erdgasversorgung über das Jahr 2020 hinaus decken helfen.

Der Vertrag mit dem europäischen Erdgaskonsortium vom Juni sieht vor, daß Frankreich jährlich acht Milliarden Kubikmeter aus dem Troll-Feld bezieht, die Belgier zwei Milliarden, die Holländer ebenfalls zwei Milliarden und die Bundesrepublik wie Frankreich acht Milliarden Kubikmeter. Die Lieferung soll mit kleineren Mengen 1993 beginnen und sich bis zum Jahr 2000 auf die volle Vertragsmenge erhöhen. Von den jeweiligen Regierungen mußten bis Oktober *die Genehmigungen für diese* Verträge beigebracht werden, was bis auf Frankreich geschah.

Politiker in Paris knüpften jedoch in letzter Minute an den Vertrag mit Oslo Bedingungen, die Norwegen nicht akzeptieren kann. Im wesentlichen ist es die Forderung nach größeren Aufträgen aus Oslo für die französische Industrie, um die für die Franzosen negative *Handelsbilanz mit Norwegen* auszugleichen.

Doch der norwegische Energieminister Arne Öien lehnt strikt ab. Er verweist darauf, daß Sonderrechte die übrigen Vertragspartner Oslos diskriminieren würden, daß eine solche Regelung *zu einem* Präjudiz werden könnte und daß das gesamte Gasprojekt „Troll“ so scharf kalkuliert sei, daß keine gro*ßen Spielräume mehr vorhanden* seien. Die vorhandenen Spielräume, also die Gewinnchancen, dienten in Norwegen dazu, die Beschäftigung der Bevölkerung zu sichern. Und davon will man nichts an Paris abgeben.

Bis Ende November haben die Franzosen jetzt noch Zeit, den Vertrag zu genehmigen, den schließlich die wirtschaftlich denkenden Verantwortlichen bei der Gaz de France unterzeichnet haben. Die aus Frankreich vorliegenden Zahlen über Erdgasförderung, Import und Verbrauch bis zum Jahr 2000 lassen darauf schließen, daß die mit Oslo kontrahierten Mengen von acht Milliarden Kubikmeter im Jahr gut gebraucht werden können, es sei denn, man bedenkt, daß die Franzosen erhebliche Überkapazitäten bei Kernkraft geschaffen haben, mit denen sie auf die Nachbarländer im Osten, also auch in die Bundesrepublik, vorstoßen möchten, was bis heute in nennenswertem Umfang nicht gelungen ist.

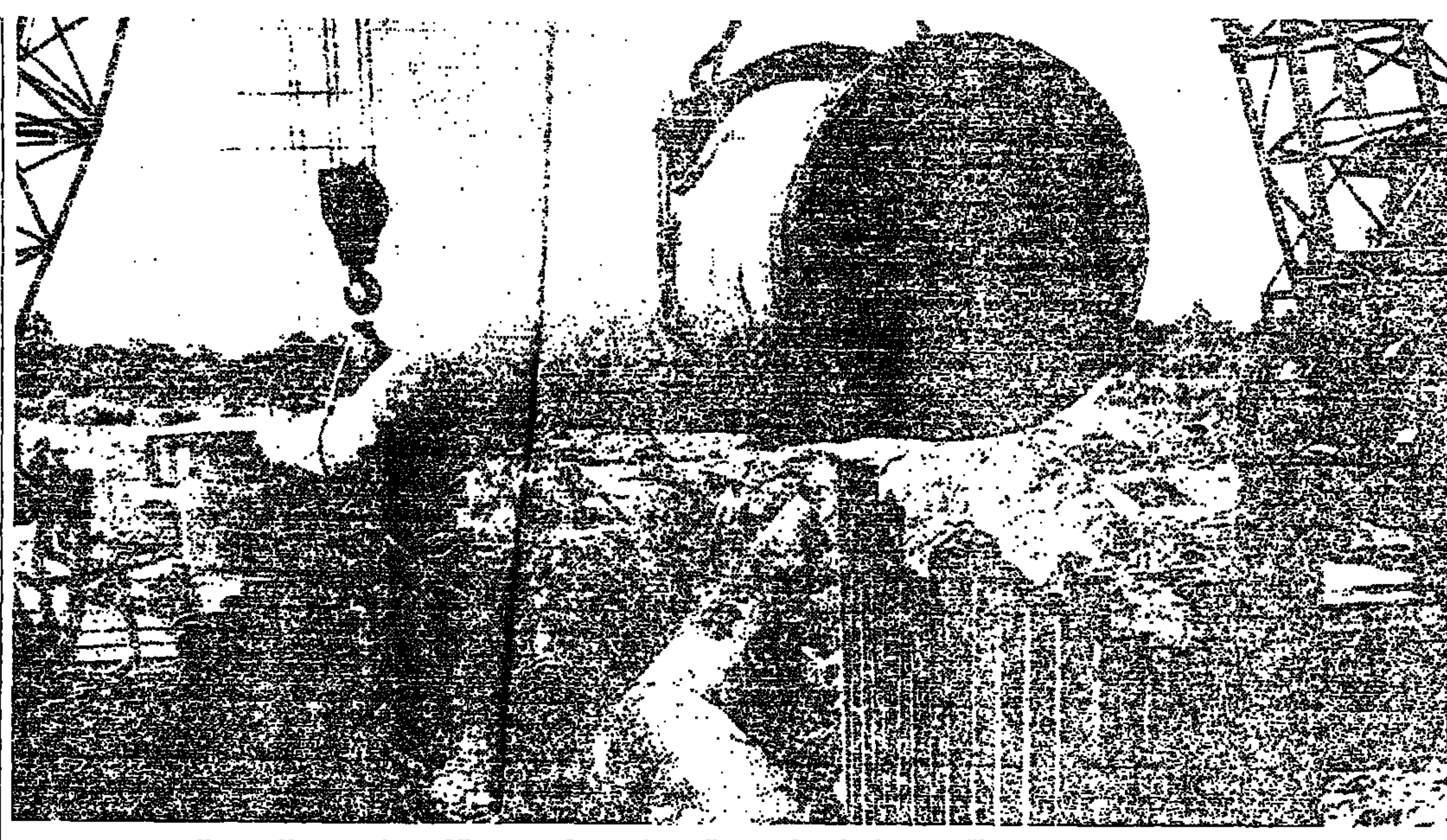
Die Sorge lag nahe, daß nach einem Ausscheren der Franzosen das ganze Troll-Projekt scheitern werde, womit auch für die Bundesrepublik die Erdgasversorgung nach 2000 problematischer geworden wäre. Doch da kommen von Arne Öien beruhigende Nachrichten.

Der Operator für Troll, die britische Shell, hat Oslo wissen lassen, daß die Ausbaukosten entsprechend dem kleineren Liefervolumen von bisher geplanten 25 Milliarden Kronen auf 21 Milliarden gesenkt werden können.

Wie Paris sich also auch immer entscheidet: Troll wird entwickelt und damit die Tür aufgestoßen für die Gasversorgung auch der Bundesrepublik im nächsten Jahrhundert.

Unabhängig von den Gesprächen mit den Franzosen verhandelt Oslo auch mit den Italienern und den Spaniern über Erdgaslieferungen, um Troll zu sichern. Mit Österreich gelang bereits ein Abkommen über die Lieferung von einer Milliarde Kubikmeter im Jahr. Die Belgier, Niederländer und die Bundesrepublik sehen keine Möglichkeit, über die kontrahierten Mengen hinaus *weitere Gasmengen abzunehmen*, da die Energieversorgungslage es nicht zuläßt.

Das Beispiel Troll zeigt also, daß es ungeheuer schwierig ist, in Zeiten eines Energieüberflusses neue Quellen für die Lieferung zu erschließen. Der Milliarden-Aufwand wäre in die See gesetzt, wenn der Ölpreis auf dem heutigen Niveau verweilte. Norwegen speku*liert also auf die Zukunft, auf* wieder erheblich steigende Ölpreise, denen dann das Gas folgen kann mit dem Resultat, daß sich von 1993 an „Troll“ nicht nur als Gas-, sondern auch als Renditequelle bezahlt macht.



Von der Nordsee bis zum Mittelmeer: Rund 174 000 Kilometer lang ist das europäische Erdgasverbundsystem. FOTO: RUHRGAS

Erdgas – der Sieger am Wärmemarkt

Mit 23 Prozent ist es heute die Nummer 2 – Lange Laufzeiten der Lieferverträge sichern die Versorgung

Das *Erdgas ist eine junge Energie.* In den sechziger Jahren begann die Ablösung der Kohle am Wärmemarkt durch das preislich kaum schlagbare leichte Heizöl. Dieses Heizöl ist auch heute noch am Wärmemarkt die Nummer eins. Erdgas kam erst Mitte der sechziger Jahre zögernd an den Markt. Nach der Ölpreiskrise 1973 aber orientierten sich die Verbraucher – auch aus Gründen *der Versorgungssicherheit – mehr* und mehr an Strom und an Erdgas. So ist in den letzten Jahren mehr als die Hälfte aller Neubauten mit einer Erdgasheizung ausgestattet worden.

Der Wärmemarkt insgesamt ist die Summe des Verbrauchs an Endenergie durch Private, Gewerbetreibende und Industrie. Im vergangenen Jahr hatte er ein Volumen von 196 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten (SKE). Für das laufende Jahr wird mit einer Erhöhung des Wärmemarktbedarfs von rund zehn Prozent *gerechnet. Den größten Energiebe*darf hat der sogenannte HuK-Bereich, also Haushalte und Kleinverbraucher (Gewerbe). Diese Gruppe benötigte 118 Millionen Tonnen SKE. Das Erdgas hatte in diesem Bereich einen Anteil von 22 Prozent. Der End*energieverbrauch der Industrie* betrug 78 Millionen Tonnen SKE. 23 Prozent davon waren Erdgas. Das Öl hielt einmal über 50 Prozent des Energiebedarfs am Wärmemarkt. Aber auch heute sind es immer noch mit 63 Millionen Tonnen SKE beachtliche 32 Prozent. Erdgas folgt heute schon auf Platz zwei mit 44 Millionen Tonnen SKE, das sind 23 Prozent. Unmittelbar darauf folgt die Elektri*zität mit 41 Millionen Tonnen SKE* oder mit 21 Prozent. Zurückgefallen sind Stein- und Braunkohle mit 27 Millionen Tonnen SKE, das sind noch 14 Prozent.

Die Lieferanten gehören nicht der Opec an

Von den rund 24 Millionen Haushalten in der Bundesrepublik und in West-Berlin nutzen zur Zeit etwa sieben Millionen das Erdgas, das nicht gelagert zu werden braucht, das daher keinen zusätzlichen Raumbedarf hat, dem Heizöl im Preis stets folgt und in hohem Maße umweltfreundlich verbrennt. Es kommt wie Wasser aus der Wand. Die Marktforschung der Erdgaswirtschaft rechnet damit, daß um 1990 etwa acht Millionen Haushalte mit Erdgas heizen und kochen.

Auch die Versorgungssicherheit ist bei Erdgas in hohem Maße gewährleistet. 29 Prozent des benötigten Gases stammen aus deutschem Boden. 32 Prozent kommen aus den Niederlanden, 13 Prozent aus Norwegen und bisher rund zwei Prozent aus Dänemark. Der Anteil des Gases aus der Sowjetunion beträgt zur Zeit 24 Prozent. Die deutsche Gaswirtschaft bezieht also ihr Gas ausschließlich aus Ländern, die nicht zur Opec gehören.

Die Versorgungssicherheit wird auch dadurch gewährleistet, daß die *Lieferverträge Laufzeiten von 20 bis* 25 Jahren haben. Die Lieferanten wiederum sind brennend am Absatz ihres Gases interessiert, da sie für die Erschließung der Quellen, ihre Unterhaltung und für den Abtransport des Gases bis zur Grenze des Empfängerlandes Milliarden-Investitionen vorgenommen haben, die sich nur rentieren, wenn das Erdgas kontinuierlich fließt.

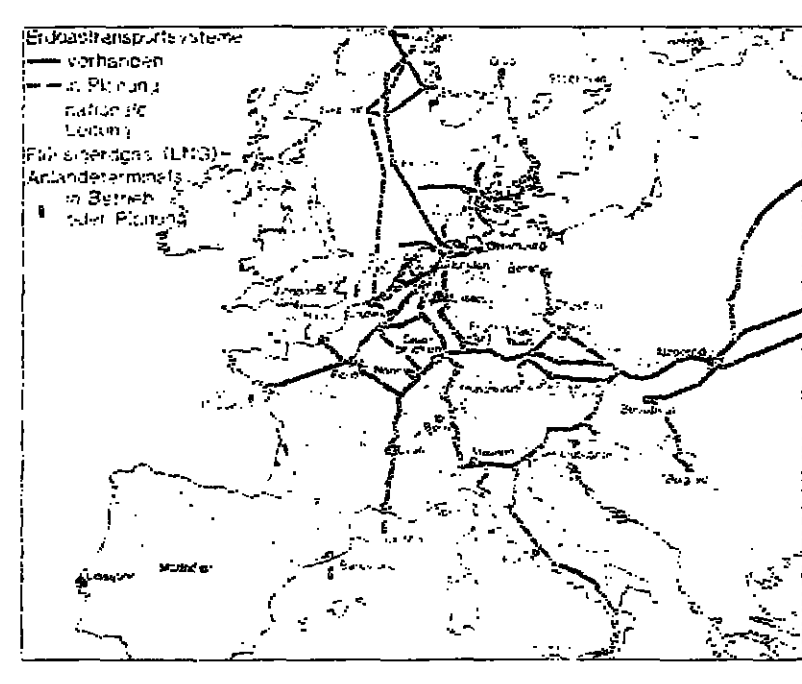
Noch ein Wort zu den Erdgaspreisen, die von den großen Zuliefergesellschaften zum 1. Oktober um rund 30 Prozent gesenkt worden waren. Dieser Preissenkung lag die Entwicklung des Heizölpreises im 1. Halbjahr 1986 zugrunde. Da aber der Heizölpreis auch in der zweiten *Jahreshälfte* weiter verfiel, ist es sehr wahrscheinlich, daß zum 1. April nächsten Jahres oder aber schon zum 1. Januar der Erdgaspreis erneut zurückgenommen wird.

Preis wird zu neuen Terminen korrigiert

Viele Kommunen, die ihr Erdgas von den Ferngasgesellschaften beziehen, sind inzwischen dazu übergegangen, mit ihren Lieferanten Anpassungsfristen von einem Vierteljahr zu vereinbaren.

Wurden die Gaspreise bisher jeweils zum 1. April und zum 1. Oktober korrigiert, so wird das künftig in vielen Fällen auch zum 1. Januar und zum 1. Juli der Fall sein. Auch der Verbraucher kommt so schneller in den Genuß fallender Ölpreise. Er wird aber auch eher zur Kasse gebeten, wenn der Ölpreis wieder steigt – und mit ihm der Erdgaspreis. Bm.

	Förderung 1985 Mio t SKE	Sicher gewinnbare Reserven (Stand 1.1.86) Mrd t SKE	Zusätzlich gewinnbare Ressourcen (Stand: 1.1.86) Mrd t SKE
UdSSR/Osteuropa/ China	880	52,5	56.0
USA	565	6,7	19,0
Westeuropa	215	7,8	4,3
Südamerika	60	3.5	7,3
Kanada	95	3,4	11,5
Fernost/Pazifik	145	5,9	8,7
Mittel- und Nahost	65	29,1	34,5
Mittelamerika	40	3,0	1,4
Afrika	65	6,7	14,4
Welt	2130	118,6	157,6



Gastech 86: Symposion für die Fachwelt

WR. Hamburg

Zum zweiten Male in Hamburg findet die zwölfte internationale Kongreß-Ausstellung über Flüssiggas statt. Eröffnet wird die „Gastech 86“ heute, auf der bis zum 28. November *etwa 1500 Fachleute aus mehr als 50* Ländern erwartet werden.

Das Kongreß-Programm gliedert sich in neun Themenkreise mit über 50 Einzelbeiträgen und spricht die Schlüsselthemen der Erdgas- und Flüssiggasmärkte im Energie- und Rohstoffbereich an.

Die Themenkreise in Hamburg sind beispielsweise:
Erdgas/LNG/LPG-Produktion und -märkte, Petrochemische Gase, Flüssiggas-Häfen, Terminals und Lagerung, Sicherheit und Training, Flüssiggas als Transportbrennstoff und die Entwicklung von Gasfeldern der Zukunft.

Integriert in die „Gastech“ ist eine Fachschau mit mehr als 100 Ausstellern von Dienstleistungen, Anlagen und Geräten für Gewinnung, Transport, Lagerung und Verteilung von verflüssigtem Erdgas und Petroleumgasen. Wichtige Tagungspunkte werden auch in diesem Jahr wieder die technischen Exkursionen sein. *Den Konferenz-Delegierten wird die* Möglichkeit geboten, LNG- und LPG-Anlagen zu besuchen.

Der Marktbereich der verflüssigten Gase gewinnt sowohl unter dem Gesichtspunkt der Energieversorgung als auch der Rohstofftechnik eine wachsende Bedeutung für alle Industrieländer. Erdgas und Erdölbegleitgas sind weltweit in interessanten Mengen verfügbar, jedoch weniger in *den Industrieländern, wo sie drin*gend benötigt werden, sondern in den Ölförder- und Drittländern.

Erdgas ist heute für Energieversorgung so wichtig geworden, daß auch technisch hochwertige Verfahren, Anlagen und große Investitionen für Verflüssigung, Zwischenlagerung, Umschlag, Transport und Verteilung in Kauf genommen werden.

Petroleumgase sind Nebenproduk*te der Rohöldestillation und bilden* in verflüssigter Form oder unter Druck als LPG in vielen Ländern die Basis der haustechnischen Energieversorgung. Mit der Entwicklung neuer Techniken wird Flüssiggas nicht nur zum sauberen, sondern auch schadstoffarmen Brennstoff für Kraftfahrzeuge, wie der Veranstalter der „Gastech 86“ betont.

Gastech 88 in Malaysia

WR. Essen

Die nächste internationale Gastech 1988 wird eine exotische Heimat haben: Malaysia, und dort in der Hauptstadt Kuala Lumpur. Veranstaltungsort ist das neue Putra World Trade Centre.

Dieses Centre, das kurz PWTC genannt wird, bietet Konferenz- und Ausstellungsmöglichkeiten, die den höchsten internationalen Ansprüchen genügen. In den zum Centre gehörenden „Türmen“ befinden sich Büro- und Geschäftsräume sowie erstklassige Unterbringungsmöglichkeiten im Pan Pacific Hotel, das im Dezember eröffnet wird.

Vorhanden sind ein Plenarsaal für 3500 Personen, zwei Konferenzsäle und 13 Meeting-Räume. Ausgestattet ist das Centre für maximal 6500 Teilnehmer. *Logistik und Informatik* sind hochmodern. Im Bankett-Bereich finden bis zu 1500 Personen Platz.

BEB informiert...

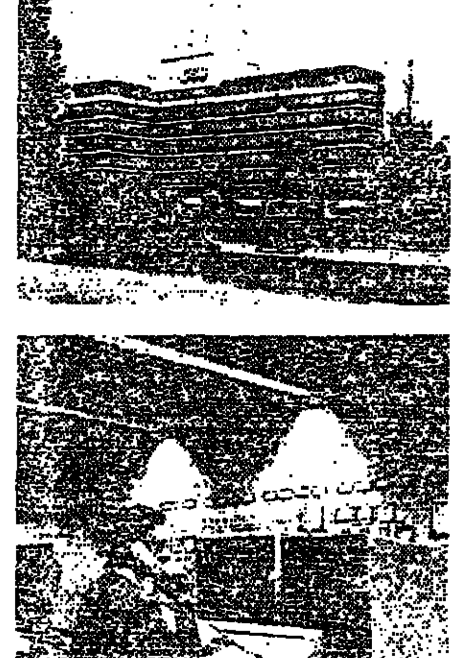
Als führender Produzent von Erdöl und Erdgas in der Bundesrepublik Deutschland und als bedeutendes Gasversorgungsunternehmen haben wir uns die Aufgabe gestellt, unsere Kunden langfristig und sicher zu versorgen.

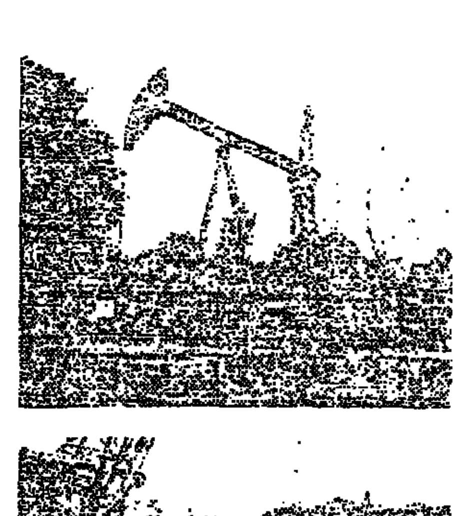
Da Energie, *die heute verbraucht wird, morgen* nicht mehr zur Verfügung steht, müssen wir neue Quellen erschließen und die Nutzung vorhandener so weit wie möglich verbessern. Die Förderung aus unseren deutschen Erdgasvorkommen ergänzen wir durch Erdgasbezüge aus den Niederlanden, dem norwegischen und dänischen Teil der Nordsee und aus der UdSSR. Mit *unseren nationalen und internationalen* Aufkommensquellen decken wir mehr als 25% des Erdgasbedarfs der Bundesrepublik Deutschland. Damit leisten wir einen beachtlichen Beitrag zur Sicherheit der Energieversorgung. Weil wir diesen Beitrag auch in Zukunft leisten wollen, müssen wir schon heute die Voraussetzungen dafür schaffen. Neue Vorkommen zu entwickeln oder langfristige Importverträge abzuschließen, dauert seine Zeit. Wir sind mit Energie dabei.

BEB Erdgas und Erdöl GmbH
Riethorst 12, 3000 Hannover 51

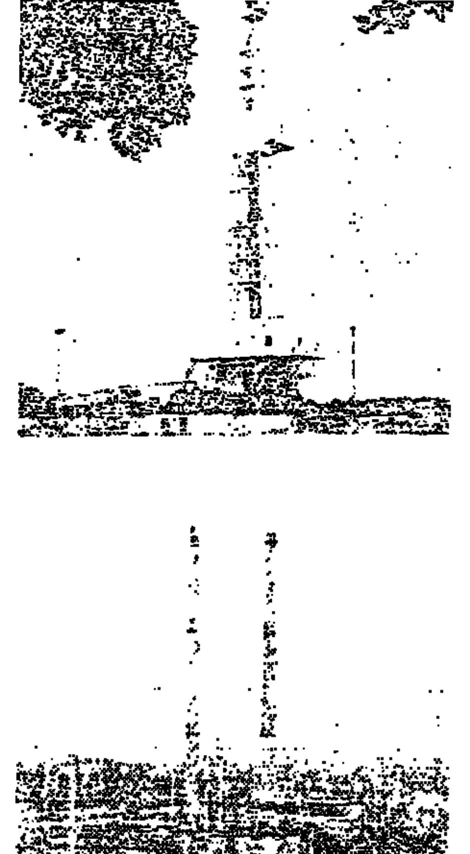


Wir sind mit Energie dabei









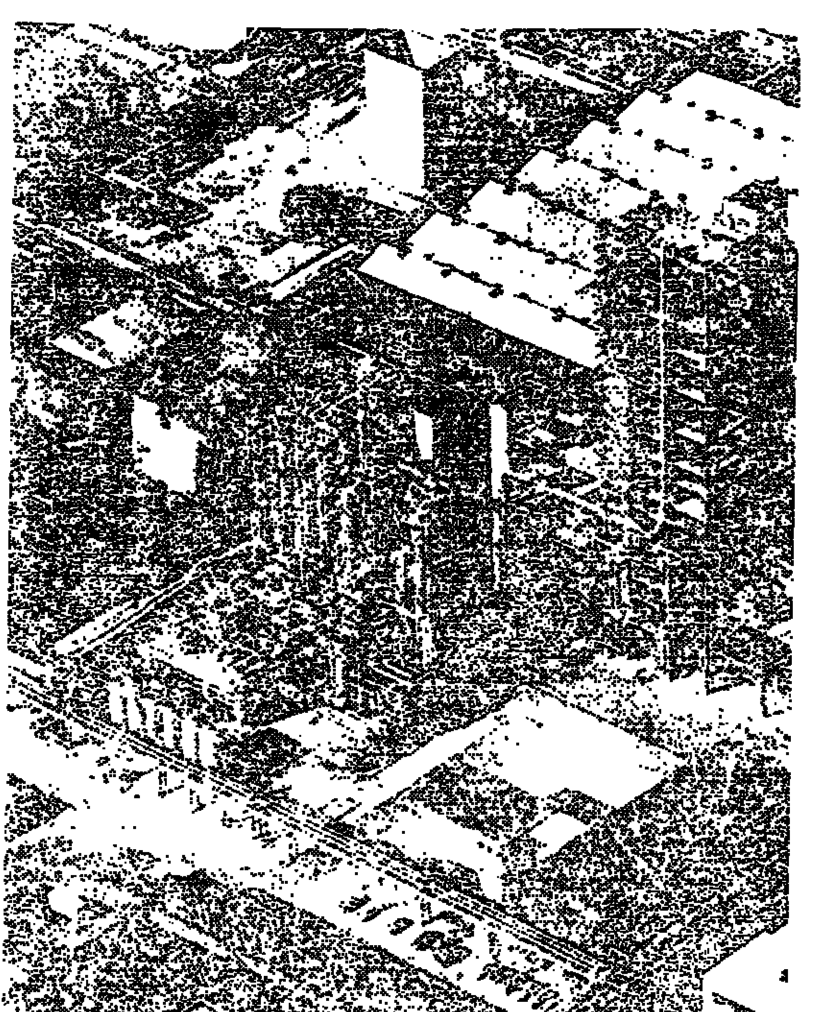


FOTO: RAG/FRANK (Freigegeben vom Reg.-Präs. Münster, Nr. 5815/86)

Auf die Verbrennung folgt jetzt die Chemie

Ganz jung ist sie, die Synthesegasanlage Ruhr in Oberhausen-Holten – Fortsetzung der Kohlepolitik auf einem intelligenteren Niveau

„Aus Kohle kann man mehr machen als Feuer" zitierte Wirtschaftsminister Martin Bangemann den Grundgedanken der neuen Synthesegasanlage Ruhr in Oberhausen-Holten bei der Eröffnung am 17. Oktober.

Die Ruhrchemie AG, Oberhausen-Holten (eine hundertprozentige Tochter der Hoechst AG, Frankfurt), und die Ruhrkohle Oel und Gas GmbH, Bottrop, hatten 1983 die Synthesegasanlage Ruhr GmbH (SAR) gegründet, die auf dem Gelände der Ruhrchemie eine industrielle Kohlenstaub-Druckvergasungsanlage errichtete. 220 Millionen Mark wurden mit Förderung des Bundeswirtschaftsministeriums investiert. Bonn und das nordrhein-westfälische Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie bezuschussen den Einsatz deutscher Steinkohle mit 60 Mark je Tonne. Mit dieser Anlage wird erstmals seit 1945 wieder ein deutsches Chemiewerk mit Synthesegas aus Kohle versorgt.

250 000 Tonnen Kohle wird die Ruhrkohle AG jährlich liefern, aus denen 400 Millionen Kubikmeter Gas hergestellt werden. Davon können je nach Fahrweise bis zu 320 Millionen Kubikmeter als Synthesegas und bis zu 140 Millionen Kubikmeter als Wasserstoff produziert werden.

Synthesegas und Wasserstoff werden für die Herstellung von Erzeugnissen der Oxo-Synthese in die Produktionsanlagen der Ruhrchemie AG eingespeist. Heimische Steinkohle ersetzt somit schweres Heizöl, aus dem diese Gase bisher hergestellt wurden – und das in einer Zeit, in der alle Welt die Preisvorteile des billigen Öls nutzt.

Problematische Bewertung

„Der nächste Ölpreisschock kommt bestimmt", betonte Heinz Horn, Vorstandsvorsitzender der Ruhrkohle AG in Essen, bei der Inbetriebnahme der Anlage. Energiepolitik und Versorgungssicherheit werden nicht vom Tagespreis bestimmt, wenn man nicht eines anderen Tages einen weit höheren Preis bezahlen will.

„Als wir das Projekt Synthesegasanlage Ruhr begannen, lag der Preis für schweres Heizöl bei 510 Mark je Tonne, heute kostet die Tonne 150 Mark. Die wirtschaftliche Beurteilung der Anlage ist daher im Augenblick nicht unproblematisch. Wenn wir aber die Technologien, die wir hier entwickelt haben, wieder verfallen ließen, wenn wir etwa auch die heimische Kohle aufgeben würden, nur weil Importkohle vorrübergehend billiger zu haben ist, dann wären wir mit einem Autofahrer zu vergleichen, der gerade zwei Unfälle hinter sich hat, den nächsten kommen sieht und dennoch seine Haftpflichtversicherung kündigt." Damit zielt der RAG-Vorstandsvorsitzende auf die beiden „Ölunfälle" des letzten Jahrzehnts ab.

Die Synthesegasanlage Ruhr ist in enger Nachbarschaft zu den weiterverarbeitenden Betrieben der Ruhrchemie AG errichtet worden, deren Versorgungs- und Hilfsbetriebe und deren umfangreiche Infrastruktur von der SAR genutzt werden. Sie stellt die industrielle Nutzung der von Ruhrkohle AG und Ruhrchemie seit 1978 gemeinsam weiterentwickelten Kohlenstaub-Druckvergasung nach dem Texaco-Verfahren dar. Hierzu haben die Partner bis 1982 eine Demonstrationsanlage mit Förderung des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen betrieben.

Reduzierte Emissionen

Der Einsatz der Texaco-Kohlevergasung wurde in einem Kombi-Kraftwerk in den USA bereits erfolgreich demonstriert. Die Vorteile des Kombi-Kraftwerks sind ein hoher thermischer Wirkungsgrad, der höher als beim konventionellen Kraftwerk liegt. Außerdem werden die Emissionen an Staub, Schwefeldioxid und auch Stickoxiden drastisch reduziert.

Verantwortlich für Planung und Bau der Synthesegasanlage Ruhr war das Dortmunder Ingenieurunternehmen Uhde GmbH. Auf der Basis des gleichen Texaco-Verfahrens bearbeitet die Firma Uhde derzeit ein Großprojekt zur Kohlevergasung in Schweden. Aus täglich 2000 Tonnen Steinkohle sollen dort Ammoniak, Heizgas und elektrische Energie gewonnen werden. Die Abwärme der Anlage soll zur Erzeugung von Heißwasser für das Fernwärmenetz von Stockholm genutzt werden.

„Der Weg zu neuen Ufern, zu neuen Technologien" sei eine notwendige Aufgabe gerade der Energiewirtschaft, betonte Wirtschaftsminister Martin Bangemann. Bei der Beurteilung der Kohleveredlungstechnologie bestehe erfreuliche Übereinstimmung zwischen öffentlicher Meinung, Industrie, Energieversorgung sowie bei allen Parteien.

Die Erfolge der in Oberhausen-Holten geleisteten Entwicklungsarbeit spiegeln sich in Lizenzvergaben nach USA, Japan, China, Schweden und wahrscheinlich demnächst auch nach Holland wider. Synthesegas, Wasserstoff, Methanol und Ammoniak sind auch dort die Produkte. M. G.

Technologie für die Welt

Seit dem 17. Oktober 1986 arbeitet die Synthesegasanlage Ruhr (SAR), an der die Ruhrchemie AG und die Ruhrkohle Oel und Gas GmbH je zur Hälfte beteiligt sind. Verfahrensgrundlage sind die Ergebnisse der von 1978 bis 1985 in Oberhausen betriebenen Versuchsanlage zur Kohlestaub-Druckvergasung. Die gemeinsam von Ruhrkohle und Ruhrchemie entwickelte Kohlevergasungstechnologie wird bereits in verschiedenen Industrieprojekten weltweit genutzt. Seit 1983 erzeugt die Tennessee Eastman Co. Chemieprodukte in Kingsport/USA mit einem Kohledurchsatz von 820 Tonnen pro Tag; und seit 1984 in Betrieb ist eine Anlage von Ube Industries in Japan. (WR)

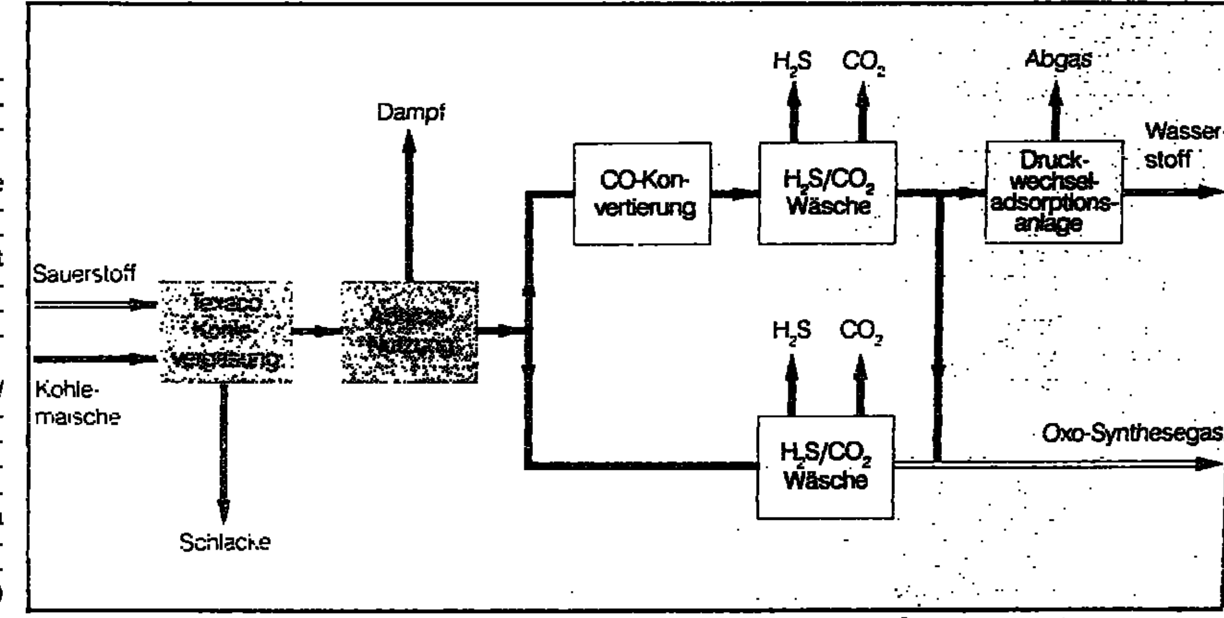
Rohstoff Gas aus Kohle

Die aus den Bergwerken der Ruhrkohle AG mit der Bahn angelieferte Kohle gelangt in der Großanlage über eine Entladestation und Förderbänder in das Kohlelager. Anschließend wird die Kohle mit Wasser in einer Naßmahlung zu einer Suspension verarbeitet. Hochdruckpumpen fördern diese Kohle-Wasser-Suspension unter Druck zum Vergasungsreaktor. Für die Vergasung wird Sauerstoff benötigt. Die Vergasungstemperatur liegt je nach Kohle zwischen 1200 und 1500 Grad Celsius.

Das bei dieser Temperatur erzeugte Rohgas wird zunächst in einem Strahlungskühler auf etwa 700 Grad Celsius abgekühlt. Dabei erstarrt die Schlacke, die in ein Wasserbad fällt und über ein Schleusensystem den Druckteil der Anlage verläßt. Das Rohgas wird in einen Synthesegasstrom für die Oxoproduktion und einen Wasserstoffstrom für Hydrierzwecke aufgeteilt.

Die im Prozeß zurückgewonnene Wärme des Rohgases dient zur Erzeugung von Dampf, der von der Ruhrchemie AG als Prozeßdampf genutzt wird. Dieses System der Abwärmenutzung ist Voraussetzung zum Einsatz der Kohlevergasung in Kombi-Kraftwerken.

Der Einsatz von Kohlegas in Gas-/Dampfturbinen-Kraftwerken hat besondere Vorteile. Die Cool Water-Anlage in Kalifornien, seit 1984 in Betrieb, gilt als das sauberste Kohlekraftwerk der Welt. Auch in Europa hat diese Form der Kohleverstromung wegen ihrer hohen Umweltverträglichkeit Zukunft. (WR)





Mobile Energie – unabhängig vom Leitungsnetz

Absatz von Flüssiggas hat sich in den vergangenen zehn Jahren mehr als verdoppelt – Besondere Bedeutung bei Camping und Caravaning

In den letzten zehn Jahren hat sich der Flüssiggasabsatz in der Bundesrepublik auf dem Sektor der Haushalts-, Industrie- und Gewerbeversorgung mehr als verdoppelt. Im Jahre 1976 wurden noch 613 000 Tonnen Flüssiggas umgesetzt. Nach den bisher vorliegenden Zahlen des Deutschen Verbandes Flüssiggas werden seine Versorgungsunternehmen in diesem Jahr mehr als 1,3 Millionen Tonnen ausliefern. Das Gesamtvolumen des deutschen Flüssiggasmarktes wird sich einschließlich der Raffinerielieferungen an Großchemie und Großindustrie voraussichtlich wieder auf 2,4 Millionen Tonnen belaufen.

Ebenso wie Erdgas in den letzten Jahren für einen Umbruch auf dem Energiemarkt sorgte und hohe Zuwachsraten erzielte, konnte sich auch Flüssiggas als mobile Energie, die Gaskomfort unabhängig vom Leitungsnetz bietet und mit den gleichen technischen Vorzügen wie Erdgas ausgestattet ist, durchsetzen.

Diese Entwicklung wurde dadurch begünstigt, daß der starke Konkurrent Erdgas den Gedanken der Gasverwendung mit ihren spezifischen Vorteilen und ihrer Wirtschaftlichkeit im Energiemarkt schnell durchsetzen konnte.

Die Entscheidung für die Energie Gas ist also nicht an den Verlauf des Erdgasnetzes gebunden. Flüssiggas bietet vor allem dort, wo keine Erdgasleitung hinführt, eine echte Alternative. Denn die Mobilität von Flüssiggas macht Energiekomfort überall möglich.

Was ist eigentlich Flüssiggas? Mit diesem doppelsinnigen Begriff eines flüssigen Gases werden die leicht siedenden Kohlenwasserstoffe Propan und Butan bezeichnet. Sie sind unter normalen atmosphärischen Bedingungen gasförmig, verflüssigen sich schon unter geringem Druck.

Dieser markanten Eigenschaft verdankt das Flüssiggas – im internationalen Fachjargon „LPG" (Liquefied Petroleum Gas) genannt und nicht zu verwechseln mit verflüssigtem Erdgas „LNG" (Liquid Natural Gas) – seinen Namen. Da es in flüssigem Zustand nur einen Bruchteil seines Gasvolumens beansprucht (1/260), läßt es sich in großen Mengen in Druckbehältern lagern und in Bahnkesselwagen, Schiffen, Straßentankwagen und Stahlflaschen an jeden Ort transportieren.

In den dreißiger Jahren wurde damit begonnen, für die Belieferung von Haushalten Flüssiggas in Stahlflaschen zu füllen. Seit 1964 ist neben die Flaschengas-Versorgung bei größerem Bedarf die Tankgas-Versorgung getreten. Das eröffnete ganz neue Möglichkeiten der Energieversorgung.

Selbst im kleinsten „Einödhof" – fern von allen Energieschienen – konnte nun mit Flüssiggas-Vollversorgungsanlagen (Heizen, Kochen, Warmwasserbereitung) – stadtüblicher Komfort einziehen. Straßentankwagen füllen auf Abruf die bei den Verbrauchern aufgestellten druckbeständigen Tanks, die je nach Bedarf eine oder mehrere Tonnen Gas fassen. Diese moderne Gas-Technik macht heute schon mehr als 80 Prozent des gesamten Flüssiggasabsatzes aus. Insgesamt setzen heute mehr als 1,5 Millionen private Verbraucher Flüssiggas aus Tank und Flasche ein. Ein dichtes Versorgungsnetz gewährleistet mit ausreichender Lagerhaltung eine sichere Versorgung der Verbraucher. Aus der Vielzahl der Anwendungsbereiche (die Branche nennt nahezu 2000) sollen hier nur die wesentlichen Gebiete genannt werden: Neben der Energieversorgung im Haushaltsbereich, für die Versorgung im Neubau genauso wie für den nachträglichen Einbau bei der Modernisierung von Altbauten dient Flüssiggas der Industrie als Energiequelle für Prozeß- und Heizwärme mit besonderen Qualitätsansprüchen: umweltfreundlich und wirtschaftlich.

Flüssiggas-Infrarot- und Wärmewellen-Heizungen werden zunehmend in Werkshallen und Sporthallen eingesetzt. Auch im Straßenbau hat Flüssiggas einen gewichtigen Platz bei der Aufbringung von Straßendecken, und die Bauwirtschaft setzt Flüssiggas unter anderem bei der Bautentrockung und zur Aufrechterhaltung des Winterbaus ein.

In der Landwirtschaft hilft Flüssiggas bei der Vieh- und Geflügelaufzucht, und im Hotel- und Gaststättengewerbe ist Flüssiggas als saubere, wirtschaftliche und fein regulierbare Energie gefragt.

Absolute Vormachtstellung genießt Flüssiggas als Energiequelle im gesamten Freizeitbereich, wobei Camping und Caravaning eine besondere Rolle spielen. Die Vorzüge der Mobilität, der hohen Heizkraft und der rückstandsfreien Verbrennung kommen hier besonders zum Tragen.

In Verbindung mit sinkenden Rohölpreisen und fallendem Dollarkurs haben die internationalen Beschaffungspreise für Flüssiggas so stark nachgegeben, daß sich dies auch für die Verbraucher spürbar ausgewirkt hat. Zwischen Januar und Oktober 1986 wurden die Preise für Flüssiggas in mehreren Schritten bis zu 35 Prozent gesenkt. Dadurch hat sich die Wettbewerbssituation für die Energie Flüssiggas in der Bundesrepublik Deutschland weiter verbessert.

St. M.-R.

Der Flüssiggasverbrauch steigt

Saubere Energie im Aufwind

2.418.119

Verbrauch 1985 in Tonnen

plus 13,5%

Haushalte, Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie, Freizeitbereich	Großchemie und Großindustrie
1.238.051 t	1.180.068 t

Kräftig zugelegt hat der Verbrauch an Flüssiggas im Jahr 1985. Mit einer Steigerung von 13,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Inlandabsatz auf rund 2,42 Millionen Tonnen. Mit 63 Prozent hat der Energiebereich den größten Marktanteil des Inlandabsatzes. In die chemische Industrie gingen 37 Prozent. Stark gestiegen ist die Nachfrage im privaten Bereich. Fast zehn Prozent der deutschen Haushalte verwenden Flüssiggas.

GRAFIK: IMPRESS



KLÖCKNER GAS

Wir versorgen Sie: mit Flüssiggas (LPG) – Propan, Butan, Gemischen – aus inländischer und ausländischer Produktion.

Wir decken Ihren Bedarf: für Industrie, Landwirtschaft, Gewerbe, Haushalt und Freizeit. Wir liefern LPG als Chemierohstoff und Autogas.

Wir transportieren LPG: in der Flasche, im Tankwagen, im Kesselwagen, im Schiff.

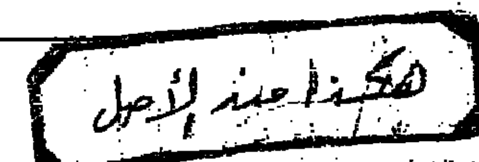
Wir bieten Ihnen: technische Beratung, Aufstellung und Wartung von Tankanlagen, eigene Läger, Füllstellen und Vertriebsstützpunkte, eigenen Fuhrpark.

Wir arbeiten international: Wir importieren, exportieren und schließen Transitgeschäfte ab.



Geschäftsbereich Gas
Telefon (0203) 18-1

Duisburg · Bamberg · Bad Harzburg · Hamburg · Krefeld · Köln · Leer · Marburg
Oldenburg · Osnabrück



In Brunsbüttel und Emden geht die LNG-Flotte vor Anker

Ladekapazität für den Flüssiggas-Transport von über 3,5 Millionen Tonnen – Umweltfreundliche Energie durch geringe Schadstoffemissionen

Seit Flüssiggas als hochwertige Energie mit besonderen Vorzügen anerkannt wird, wurden weltweit große Anstrengungen unternommen und Milliarden-Dollar-Beträge investiert, anfallende Flüssiggase bei der Rohöl- und Erdgasförderung zu gewinnen, statt weiterhin abzufackeln.

Flüssiggase, Propan und Butan, werden bevorzugt eingesetzt, wo ein gasförmiger Brennstoff mit wirtschaftlichen und technologischen Vorteilen verlangt wird, einfach zu handhaben ist und vom Standpunkt des Umweltschutzes günstig beurteilt wird. Propan wird in überwiegendem Maße in den Bereichen Haushalte und Gewerbe verwendet, während Butan verstärkt in der Industrie, in der Chemie und zur Gaserzeugung eingesetzt wird.

Im vergangenen Jahr konnte der Gesamt-Flüssiggas-Absatz in der Bundesrepublik um 13,5 Prozent auf annähernd 2,4 Millionen Tonnen gesteigert werden. Mit einem Anteil von rund 63 Prozent blieb der Energiebereich das bedeutendste Marktsegment des Inlandabsatzes. Die besonders stark gestiegene Nachfrage im Haushaltsbereich ist auch auf einen langen und harten Winter zurückzuführen.

Gewonnen wird Flüssiggas bei der Rohöl- und Erdgasförderung sowie bei der Rohölverarbeitung in den Raffinerien. Die größten Mengen werden in den Opec-Ländern, in Nord- und Südamerika und in der Nordsee gefördert. Da sich die Flüssiggas-Verbrauchszentren häufig nicht mit den Produktionsschwerpunkten decken, waren für die Nutzbarmachung des Flüssiggases sowohl in den Export- und Importländern als auch für den Seetransport erhebliche Investitionen erforderlich. So beträgt heute die Ladekapazität der für den internationalen Flüssiggastransport notwendigen Tankerflotte über 3,5 Millionen Tonnen.

Importanteil: 37 Prozent

In der Bundesrepublik konnte der durch die Stillegung von Raffineriekapazitäten bedingte Produktionsrückgang durch Importe ausgeglichen werden, da Flüssiggas international in ausreichenden Mengen zur Verfügung steht. 1985 importierte die deutsche Flüssiggaswirtschaft rund 890 000 Tonnen, so daß sich – bezogen auf den gesamten Inlandsabsatz – ein Importanteil von 37 Prozent ergibt.

Der zunehmenden Bedeutung der Flüssiggasimporte hat die Branche durch den Aufbau einer beachtlichen Import-Infrastruktur Rechnung getragen. Für den Direktbezug von Flüssiggas per Seetanker wurden in der Bundesrepublik die Seehafen-Terminals Brunsbüttel (Lagerkapazität 7000 Tonnen) und Emden (Lagerkapazität 20 000 Tonnen) errichtet. Bedeutende Mengen gelangen auch über die Import-Terminals in Belgien und in den Niederlanden auf den deutschen Markt.

Binnenschiffe mit einer Tragfähigkeit von 600 bis 1200 Tonnen übernehmen in den Seehäfen die Importware zum Transport in die Binnenhafen-Lager Duisburg, Krefeld, Mainz, Mannheim, Karlsruhe und Münster. Insgesamt verfügen die 80 Flüssiggas-Versorgungsunternehmen in der Bundesrepublik über 100 regionale Vorratsläger und gewährleisten damit eine sichere und lückenlose Versorgung der Endverbraucher. Die gesamte Lagerkapazität beläuft sich einschließlich der bei den Verbrauchern aufgestellten Kundentanks auf über 500 000 Tonnen.

Für den Transport von Flüssiggas werden auch etwa 1000 Bahnkesselwagen und über 350 Straßentankwagen eingesetzt. Die Straßentankwagen beliefern fast 200 000 Tankgas-Endverbraucher.

Hoher Flaschengasabsatz

Auch die Stahlflasche, die den Flüssiggasverbrauch populär gemacht hat, ist weiter im Einsatz. Rund acht Millionen Stahlflaschen mit einem Fassungsvermögen von fünf, elf und 33 Kilogramm sind im Umlauf. Für die Belieferung der 37 000 Flaschengas-Vertriebsstellen, die rund 1,3 Millionen Endverbraucher mit Flüssiggas versorgen, werden fast 500 Lastkraftwagen eingesetzt.

Der Absatz von Flüssiggas per Tankwagen in ortsfeste Behälter, die beim Endverbraucher ober- oder unterirdisch installiert sind, übertrifft den Flaschengasabsatz um ein Vielfaches. Nach dem zunächst zögernden Aufbau dieses Marktsegments Anfang der sechziger Jahre wurde die Tankgas-Versorgung zur tragenden Säule des Flüssiggasverbrauchs in der Bundesrepublik.

Mit dem Vordringen in den Wärmemarkt trat Flüssiggas in Konkurrenz zu den traditionellen Energieträgern Kohle und Heizöl sowie zu den leitungsgebundenen Energien Strom, Erdgas und Fernwärme.

Auch wenn der Anteil am Primärenergieverbrauch der Bundesrepublik Deutschland mit nur einem Prozent bescheiden ausfällt, nimmt Flüssiggas in verschiedenen Bereichen des Energiemarktes doch einen wichtigen Platz ein. Das unterstreichen seine überdurchschnittlichen Zuwachsraten in den letzten Jahren gegenüber anderen Energien.

Bei Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wird die Energie Flüssiggas ihren Marktanteil in den nächsten Jahren weiter steigern können.

STEFAN MÜLLER-RUST



Der Transport von Erdgas in verflüssigter Form (LNG = Liquefied Natural Gas) über große Seestrecken ist ausgereifte Technik. Für keinen anderen Handelsschiffstyp gelten so detaillierte, international angewandte Sicherheits- und Bauvorschriften wie für Flüssiggastanker. 1985 wurden rund 60 Milliarden Kubikmeter LNG transportiert. FOTO: DIE WELT

Pumpen schonen das Budget

Aus der neuen Technologie der Gasanwendung ragt die Gaswärmepumpe heraus. Sie nutzt nicht nur die Temperaturen der Außenluft, sondern auch die Abwärme des gasbetriebenen Antriebsmotors der Pumpe. Auf diese Weise sparen Gaswärmepumpen Energie gegenüber anderen, konventionellen Heizsystemen. Beispiel: Bei der Beheizung eines Mehrfamilienhauses mit einer Gaswärmepumpe können bis zu 160 Prozent der eingesetzten Primärenergie als Nutzwärme gewonnen werden. Die Energieersparnis beträgt also gegenüber einer konventionellen Heizungsanlage bis zu 50 Prozent, in Einzelfällen sogar noch mehr.

In der Bundesrepublik Deutschland sind zur Zeit mehr als 500 Kompressions-Gaswärmepumpenanlagen mit Leistungen von über 50 kW in Betrieb. Sie beheizen Verwaltungsgebäude, Sport- und Schwimmzentren, Mehrfamilienhäuser und Industrieanlagen.

Energie spart auch der Brennwertkessel. Er nutzt die Kondensationswärme, die bei herkömmlichen Heizungsanlagen mit dem Abgas verlorengeht. Voraussetzung für die Nutzung des Brennwerts ist die saubere Verbrennung, die durch den Einsatz von Erdgas gewährleistet wird. Gegenüber einem modernen Gaskessel ermöglicht der Brennwertkessel eine zusätzliche Energieeinsparung von rund 15 Prozent.

Weiterhin läßt sich mit Gaswärmezentren bis zu 25 Prozent Energie sparen. Gegenwärtig sind bereits mehr als 2000 solcher Gaswärmezentren in Betrieb, die nicht nur für Raumheizung und Warmwasserbereitung sorgen. Angeschlossen sind auch Spülmaschine, Waschmaschine und Wäschetrockner. Weniger Erdgas benötigt auch die neue Generation der Heizkessel, der sogenannte Niedertemperaturkessel. (WR)

50 000 Mark für Ideen zum Sparen

Preis der deutschen Gaswirtschaft vergeben – Energieversorgungskonzept einer Großwäscherei ausgezeichnet

Der Preis der deutschen Gaswirtschaft für rationellen Erdgaseinsatz 1986 wurde jetzt in Bonn verliehen. In zweijährigem Turnus werden durch die Arbeitsgemeinschaft für sparsamen und umweltfreundlichen Energieverbrauch e.V. (ASUE; ein Zusammenschluß von 26 Unternehmen der Gaswirtschaft) Planungsingenieure ausgezeichnet, die Möglichkeiten der Energieeinsparung beim Einsatz gasbetriebener Anlagen umgesetzt haben.

So betonte Wirtschaftsminister Martin Bangemann bei der Preisverleihung, daß das Ziel der Bundesregierung die Energieeinsparung sei und bleibe. Der Preis der deutschen Gaswirtschaft ist mit insgesamt 50 000 Mark dotiert. Schirmherren des nunmehr zum vierten Male verliehenen Preises sind der Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft e. V. (BGW) und der DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V.

Der Vorsitzende der ASUE, Albert Gasch, überreichte den Preis der deutschen Gaswirtschaft in Höhe von 25 000 Mark an H. K. Klinkmann für die Planung der Gasturbinenanlage mit Abwärmenutzung zur Trocknung in der Großwäscherei Carl Bardusch in Ettlingen bei Karlsruhe.

In der Begründung der Jury heißt es zur Vergabe des Preises: „Bis 1983 wurde der hohe Energiebedarf der Großwäscherei durch Fremdstrombezug und mit schwefelarmem Schweröl gedeckt. Detaillierte Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen führten zu einem neuen Energieversorgungskonzept. Für die Kraftwärmekopplung wird eine Gasturbine eingesetzt, deren Abwärme direkt für den Trocknungsprozeß genutzt wird. Der Nutzungsgrad der eingesetzten Primärenergie liegt – bezogen auf den Heizwert – bei über 90 Prozent." Hervorzuheben sei auch die Umweltfreundlichkeit dieses Konzepts. Durch die Umstellung des Betriebes von schwerem Heizöl auf Erdgas wurde die Umgebung um rund 50 Tonnen Schwefeldioxid jährlich entlastet.

Drei Auszeichnungen wurden außerdem für vorbildliche Beiträge zur rationellen Energieverwendung verliehen: Das Ingenieurbüro Adolf H. Kirn in Reutlingen, erhielt 10 000 Mark für die Planung der Gas-Wärmepumpenanlage des Gebrüder-Wagner-Hauses, eines Geschäftshauses mit Dachwohnungen in Reutlingen.

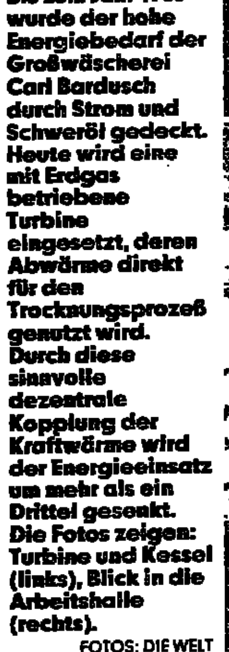
Für die Idee des Blockheizkraftwerks am Krückauplatz mit geplanter Netzersatzfunktion für ein Krankenhaus in Elmshorn wurde das Ingenieurbüro für rationellen Energieeinsatz, Eneratio, aus Hamburg ebenfalls mit 10 000 Mark ausgezeichnet.

Mit 5000 Mark honoriert wurde die Planung der Gas-Absorptionswärmepumpenanlage des Gartenhallenbades in Nachrodt-Wiblingwerde. Das Ingenieurbüro Koch & Partner in Balve zeichnete dafür verantwortlich.

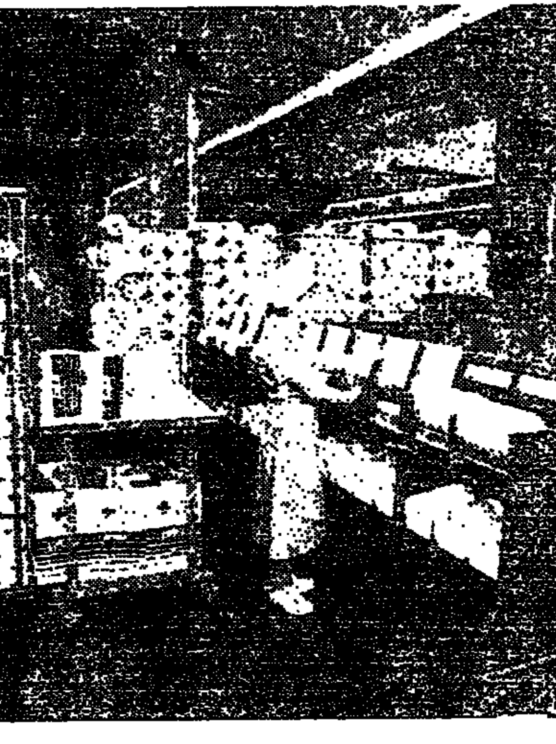
Anerkennung ausgesprochen wurde dem Ingenieurbüro Rudolf Riedel, Bendestorf, für die Planung eines Gegenlaufofens zum Ziegelbrennen in Schleswig. Die Gas-Wärmepumpenanlage im Omnibusbetriebshof Nächstebreck in Wuppertal brachte Hans Fey ebenfalls die Anerkennung.

Der Jury gehörten mit Klaus Daniels (München), Ministerialdirektor Ulrich Engelmann (Bonn), Professor Horst Esdorn (Berlin), Hans Klüß (Duisburg), Professor Hans Kremer (Bochum), Heinz Schmalen (St. Augustin), Ministerialrat Lothar Siebert (Düsseldorf) und Professor Fritz Steimle (Essen) Energieexperten aus Wissenschaft und Praxis an. M. G.





Bis zum Jahr 1983 wurde der hohe Energiebedarf der Großwäscherei Carl Bardusch durch Strom und Schweröl gedeckt. Heute wird eine mit Erdgas betriebene Turbine eingesetzt, deren Abwärme direkt für den Trocknungsprozeß genutzt wird. Durch diese sinnvolle dezentrale Kopplung der Kraftwärme wird der Energieeinsatz um mehr als ein Drittel gesenkt. Die Fotos zeigen: Turbine und Kessel (links), Blick in die Arbeitshalle (rechts). FOTOS: DIE WELT



Langfristige Verträge sichern die Versorgung

Durch Unterwasserpipeline ins Verbundsystem

An elfter Stelle in der Welt und an vierter in Westeuropa nach den Niederlanden, Großbritannien und Norwegen lag die deutsche Erdgasproduktion im vergangenen Jahr. Dabei lag die Förderung bei rund 17,7 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE), was etwa 16,3 Milliarden Kubikmetern entspricht.

Die nachgewiesenen Erdgasreserven der Bundesrepublik Deutschland wurden Anfang 1985 auf rund 270 Milliarden Kubikmeter beziffert. Außerdem wird von geologisch und technisch möglichen Ressourcen von etwa 300 Milliarden Kubikmetern ausgegangen. Diese Erdgasvorräte liegen im wesentlichen in Norddeutschland.

Die Niederlande haben eine hohe Erdgasreserve

Aus den Niederlanden beziehen Unternehmen der deutschen Gaswirtchaft seit 1963 Erdgas. 1985 waren es rund 20,4 Millionen Tonnen SKE (etwa 18,9 Milliarden Kubikmeter) im Rahmen von Verträgen, die Lieferungen bis Ende der neunziger Jahre vorsehen. Vertraglich vereinbart bis etwa zum Jahre 2010 wurde 1985 die Fortsetzung der Erdgaslieferungen. Damit wird das niederländische Erdgas langfristig einen Anteil von etwa einem Viertel an der deutschen Erdgasversorgung haben. Die sicher gewinnbaren Erdgasreserven der Niederlande belaufen sich nach heutigen Schätzungen auf 1900 Milliarden Kubikmeter.

Seit 1977 fließt Erdgas aus dem Ekofisk-Gebiet in der norwegischen Nordsee durch eine 440 Kilometer lange Unterwasserpipeline (die Nordpipe) nach Emden und von dort und das deutsche und westeuropäische Verbundsystem. Seit 1983 kommt Erdgas auch aus dem Valhall-Feld im Ekofisk-Gebiet. Im Oktober 1985 wurden die Erdgaslieferungen aus dem Statfjord-Feld, das in der nördlichen norwegischen Nordsee liegt, über Emden nach Kontinentaleuropa aufgenommen. Insgesamt betrugen 1985 die Erdgasbezüge aus Norwegen etwa 7,7 Millionen Tonnen SKE oder 7,1 Milliarden Kubikmeter. Seit April 1986 kommt zudem Erdgas dieser Förderregion aus dem Heimdal-Feld. Ab 1987 wird auch aus dem Gullfaks-Feld Erdgas nach Westeuropa fließen.

Aus der UdSSR bezieht die deutsche Gaswirtschaft seit 1973 Erdgas im Rahmen der Verträge, die von der Ruhrgas AG 1970, 1972, 1974 und 1981 abgeschlossen wurden. 1985 waren es rund 14,9 Millionen Tonnen SKE (13,7 Milliarden Kubikmeter). Das Erdgas wird von der Sowjetunion über ein von der UdSSR beziehungsweise von der CSSR gebautes Leitungssystem zur deutsch-tschechoslowakischen Grenze bei Waidhaus transportiert. Hier beginnt die Ost-West-Schiene des westeuropäischen Erdgasverbunds, über die das Erdgas bis nach Frankreich weitergeleitet wird.

Über separate Leitung nach West-Berlin

Seit 1985 wird auch West-Berlin mit Erdgas beliefert. Das Erdgas wird von der UdSSR an der Grenze CSSR/„DDR" bereitgestellt und von dort über ein separates Erdgasleitungssystem durch die „DDR" nach West-Berlin transportiert.

Aus Dänemark bezieht die Bundesrepublik seit 1984 Erdgas. Die Lieferungen betragen jährlich 400 Millionen Kubikmeter und sind bis zum Jahr 2003 vereinbart. Die Erschließung der in der Nordsee liegenden Reserven bietet Perspektiven für eine erweiterte Zusammenarbeit mit der dänischen Gaswirtschaft. (WR)

Erdgas

Wir sorgen für Erdgas. Durch langfristige Verträge mit in- und ausländischen Lieferanten helfen wir, die Erdgasversorgung bis ins nächste Jahrtausend zu sichern. Wir transportieren Erdgas durch ein unterirdisches Leitungssystem bedarfsgerecht zu unseren Kunden. Und wir engagieren uns beim Energiesparen – damit möglichst viele möglichst sorgsam mit der umweltfreundlichen Energie Erdgas umgehen.

Wir sorgen für Erdgas ruhr gas

Ein deutscher Hauch im indischen Film

Vor 90 Jahren kamen die ersten *Vertreter der Brüder Lumiéres,* der Erfinder des Films, nach Bombay. Innerhalb weniger Jahre haben dann die „laufenden Bilder" auch die kleinsten Dörfer des Subkontinents erreicht. Und noch heute zählt der Film zu den beliebtesten Freizeitunterhaltungen der Inder. Jede Woche gehen etwa 66 Millionen Inder in die 7500 Kinos des Landes.

1912 entstand in Bombay der erste indische Spielfilm, den Dada Saheb Phalke drehte. Dieses Debüt erwies sich als ein so gewaltiger Erfolg, daß Phalke bis zu seinem Tode 1944 eine Vielzahl von Filmen schuf, die fast alle in den indischen Mythen und Epen wurzeln. Phalke wußte wohl, daß in Indien keine Massenunterhaltung Chancen haben würde sich durchzusetzen, wenn sie nicht in der Überlieferung wurzelte.

Doch begannen sich die Zuschauer in den Großstädten rascher von ihren Vorstellungen von dem zu lösen, was ein Film an indischer Überlieferung bringen müßte, als die Bewohner in den ländlichen Regionen. In den Städten sah sich das Publikum mit wachsender Begeisterung englische und amerikanische Importe an – der indische Film geriet in einen argen Konkurrenzdruck.

Deshalb lud man in den zwanziger *Jahren Berater aus dem* Ausland ein. In dieser Zeit kam Franz Osten aus Deutschland nach Indien und besuchte Kalkutta und Bombay. In Bombay lernte Osten den jungen Regisseur Himangshu Raj kennen, der neben Chandulal Shah und Phalke zu den engagiertesten Filmemachern Indiens gehörte. Osten freundete sich mit dem Inder an und beriet ihn bei mehreren Projekten.



Regisseur Himangshu Raj, den Franz Osten maßgeblich beeinflußte, bei den Dreharbeiten zum „Grabmal der großen Liebe". FOTO: TB

1925 entstanden drei Filme unter seiner Leitung: „Die Leuchte Asiens", „Das Grabmahl einer großen Liebe" und „Die Würfel fallen". Shah richtete sich genau nach den Anweisungen Ostens. Diese Filme, die deutlich den Einfluß des deutschen Kinos widerspiegeln, sind einige der wenigen indischen Produktionen aus jener Zeit, die richtungsweisend waren.

Kulturwelt – ARD, 23 Uhr

Aber Franz Osten und seine „deutsche Schule" konnten sich in Indien nicht durchsetzen. Wenige Jahre später kam der Tonfilm, der das junge indische Kino in eine weitere Krise stürzte. Man sah sich nun vor allem den Schwierigkeiten gegenüber, Filme zu produzieren, die für die vielen Dialekte und Sprachen geeignet waren. Aber bald zeigte sich, daß der Film sich als Unterhaltungsmedium schon so fest etabliert hatte, daß das Publikum auch mit Synchronisationen zufrieden war.

Und da ohnehin Musik und Lieder den größten Teil der Filme bestimmten, setzte sich auch der Tonfilm in Indien rasch durch. Ostens Schule des naturalistisch gefärbten Kinofilms blieb ohne Nachfolge.

MARGARETE von SCHWARZKOPF

Circe am Klavier: Martha Argerich spielt Liszt

Außer der Kamera hat noch keiner je Martha Argerich (45) beim Spiel ins Gesicht gesehen. Man weiß nie, macht sie nun böse Miene zum guten Spiel – oder nicht. Denn daß sie überragend gut spielt, daran hat von Anfang kein Zweifel bestanden.

Sich selbst aber verbirgt die Argentinierin hinter der Jalousie ihres Haares. Es wird bei jeder Gelegenheit aus der Stirn gestrichen. Es fällt aber sofort wieder zurück. Die Argerich, abgeschirmt von *ihrer Frisur, stürzt sich* wie besessen in die Musik.

Sie ist klein, energisch und mädchenhaft. Sie hat einen fürchterlich festen Willen und läßt unter ihm gern andere leiden. Ob und wann sie selbst leidet, darüber schweigt sie sich aus. Immerhin hielt sie zeitweilig einen der brillantesten jungen Pianisten Frankreichs in ihrem Gefolge. Er durfte ihr demütig die Noten umblättern. Wenn man auch nicht weiß, ob Circe Klavier spielte, aber viel hat Martha Argerich mit der antiken Dame gemein. Sie ist unwiderstehlich wie diese – und noch dazu am Klavier, wo die Konkurrenz beinahe bösartiger ist als im täglichen Leben.

Liszts Klavierkonzert Nr. 1 Es-Dur – im ZDF um 23.40 Uhr

Als sie sich einmal in der Jury des Warschauer Chopin-Wettbewerbs langweilte über die Artigkeit der Kandidaten, entschied sie sich lauthals für den einzigen Exzentriker, kämpfte furios für ihn und sprengte damit die Jury. Der junge Mann gewann nicht, aber Martha Argerich hatte ihm einen Namen gemacht: Ivo Pogorelich. Nun hat die Musikwelt zwei Künstler, vor denen sich zittern läßt.

Die Bewunderer der Argerich – und wer bewundert sie nicht? – finden mitunter, sie zähle zu den lernfaulsten Großbegabungen. In der Tat spielt sie offenbar einzig gern, was sie schon hundertmal gespielt hat. Mit einer Handvoll von Klavierkonzerten macht sie rund um die Welt Sensation, und wenn sie nach Jahr und Tag wiederkommt, ist man dankbar, dasselbe wiederzuhören. Nur Sängerinnen, die ihre Stimme schonen müssen, kaprizieren sich auf ein so schmales Repertoire. Aber Martha Argerich schont ihre Steinways beileibe nicht. Sie ist eine Virtuosin großen Stils. Als Frau wie als Pianistin.

KLAUS GEITEL

Wie der Käfer die chemische Keule lädt

Die Zahl der Insektenarten ist *kaum erfaßbar – etwa 750 000* will man ermittelt haben. Heute unternimmt Heinz Sielmann den Versuch, *einige markante* von ihnen vorzustellen.

Insekten führen einen harten Kampf gegen die Vielzahl ihrer Feinde. Dabei muß sich die Mehrzahl von *ihnen mit körperlich überlegenen* Gegnern auseinandersetzen. Um hierbei überleben zu können, sind sie von der Natur mit oftmals recht seltsamen Waffen ausgestattet worden, vom Giftstachel bis zur chemischen Keule. So verteidigt sich der Bombardierkäfer, der zum Stamm der Gliederfüßler gehört, mit einem bläulich-weißen Gas, das er aus Hinterleibsdrüsen verpufft *und dabei nachts leicht* phosphoresziert. Der scharfe, ätzende Geruch dieser Duftwolke schreckt größere Feinde wie Spinnen, Ameisen und Laufkäfer ab. Untersuchungen haben ergeben, daß der Bombardierkäfer sein Sekret im Hinterleib bildet und es im Notfall in eine Kapsel pressen kann, die eine Körperöffnung hat. Kommt das Sekret mit Luft in Berührung, explodiert es.

Expeditionen – ARD, 20.15 Uhr

Eine große Gruppe unter den Gliederfüßlern nehmen die Skorpione ein, die auch Menschen tödlich bedrohen können. Einige Arten kom*men auch in den gemäßigten Zonen* vor. Der Stachel des Skorpions ist Angriffs- und Verteidigungswaffe zugleich. Über den gekrümmten Hinterleib stößt der Giftstachel nach vorn. Das Gift ist wirksam wie Schlangengift. Wehrt sich ein Opfer, wird zugestochen – seien es nun Insekten, kleine Nager oder Spinnen. Im „Normalfall" kommt der Skorpion mit seinen Scheren aus, die denen der Krebse vergleichbar sind.

Sielmann und seinem Kamerateam gelangen packende Aufnahmen von einer Welt um uns, die wir nur selten zur Kenntnis nehmen.

SIEGFRIED IHLE





nur im ZDF:
8.57 Haushaltsberatung im Bundestag
nur in der ARD:
9.45 Info: Gesundheit

10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.23 Glückspforte
11.55 Aspekte aus Japan
12.55 Presseschau/Tagesschau

ARD

15.50 Die Sklavin Isaura (2)
Die Sitten im Hause des Commendadors Almeida ändern sich sehr, als Leonico, Sohn der Familie, auf die Plantage heimkehrt.
16.25 Rund um den Dom
Um einen Eindruck vom Leben und Treiben in Köln zu vermitteln, verbindet Armin Maiwald jeweils mit einem Blick vom Dom-Turm aus *drei Schauplätze miteinander.*
16.45 Spaß am Dienstag
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Expeditionen ins Tierreich
Heinz Sielmann zeigt: Die Geheimwaffen der Insekten
21.00 Monitor
Schwarze Kasse des Friedhelm Ost. Wie gefährlich sind Chemie-*Anlagen? Südafrika.*
21.45 Dallas
Feinde
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Ex occidente lux
Die deutschen Väter der indischen Traumfabrik
Beitrag von Georg Lechner und Carsten Diercks
23.45 Tagesschau
23.50 Nachtgedanken
Seneca: Vom goldenen Zeitalter

ZDF

16.00 heute
16.04 Pinnwand
16.20 Pfiff
Sportstudio für junge Zuschauer
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Mit dem Kopf durch die Wand
Familienquiz
18.20 Der Untermieter
Die Spezialisten
19.00 heute
19.30 Die Reportage
Altern – Unsterblichkeit in Sicht?
Von Volker Arzt
20.15 Privatdetektiv Joe Dancer
Tote Zeugen nützen nichts
Amerikanischer Spielfilm (1981).
Mit Robert Blake, Robin Dearden
Der 17jährige Steve wird Mordzeuge in einer Luxusvilla Hollywoods. Filmstar Jud Hempden *verläßt fluchtartig den Tatort.* Wenige Tage später ist auch Steve tot – überfahren.
Deutsche Erstaufführung
21.45 heute-journal
22.05 Der Nachbar
Fernsehspiel mit Rolf Hoppe, Eva Scheurer, Marco Morelli
23.40 Franz Liszt
Gespielt von Martha Argerich
Konzert für Klavier und Orchester Nr. 1 Es-Dur
23.55 heute

III.

WEST
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Amerikas Vietnamtrauma
20.45 Rückblende
Vor 20 Jahren: Ludwig Erhard als Bundeskanzler gescheitert
21.00 Formel Eins
21.45 Vom Djnestre an den Rhein
Ein Fremdarbeiter-Schicksal
22.15 Monitor im Kreuzfeuer
23.00 Polens Twens
Die gebrannten Kinder der „Solidarnosć"

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Formel Eins
19.15 Aus der Asche ...
Arbeitsmarkt Großbritannien
20.00 Tagesschau
20.15 Schaufenster
21.00 Der Amateur
Fernsehspiel nach A. Bordsen
Buch, Regie: Rainer Erler
23.00 Maskenspiele im Park
Frankreich im 18. Jahrhundert, gesehen von Antoine Watteau (1684–1721)

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.33 Formel Eins
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Chronik einer Liebe
Italienischer Spielfilm (1950)
Regie: Michelangelo Antonioni
21.35 Drei aktuell
21.50 Kultur aktuell
22.35 Opfer sein – ein Zufall?
Vergewaltigung
23.20 Focus on Jazz
Mit dem Henry Kaiser Trio

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Schwarzes Theater
18.32 Zoos der Welt
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.30 Die Stadt der Weißkragen
20.15 Museen der Welt
Topkapi-Museum in Istanbul
(21.00 Aktuell/Neues
21.15 Lenz oder die Freiheit (2)
22.50 8 x USA
3.: Apple

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Jetzt red' i
19.55 Z. E. N.
Fraunhofer Saitenmusik
20.00 In einem japanischen Zen-Kloster
20.45 Gesundheitsküche: Das Ei
21.30 Rundschau
21.45 Spiel mit dem Tod
Amerikanischer Spielfilm (1948)



15.35 Indian River
Der Wendigo
16.00 Drei Mädchen, drei Jungen
16.25 Die Waltons
Das Lügenmädchen
17.10 Western von gestern
Das Herz des goldenen Westens
18.00 Verliebt in eine Hexe
Schwierigkeiten
18.30 blick
18.45 Schirm, Charme, Melone
19.45 Love Boat
Ich bin reich! Ich bin reich!
Politik ist ein grausames Geschäft
Daddy, ich bin doch schon 28
20.40 Airwolf
Flug Nr. 093 wird vermißt
21.30 blick
22.15 F. A. Z. etten
So sehen uns die Polen
22.45 Vegas
Ein Spiel mit drei Damen



19.00 Flußabwärts
Leben und Sterben der Nidda
19.45 Rückblende
Vor 470 Jahren: Reinheitsgebot für Bier in Bayern
20.00 Tagesschau
20.15 Trauer muß Elektra tragen (1)
Schauspiel von Eugene O'Neill
Deutsch von Marianne Wentzel
Mit Peter Pasetti
22.30 Zwei Geishas
Japanischer Spielfilm (1953)



18.00 Mini-ZiB
18.10 Schenk mir ein Buch
19.00 heute
19.20 Studio
19.30 Diese Drombuschs
Das kalkulierbare Risiko
20.30 auslandsjournal
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2



18.15 Deutsche Szene / Regional 7
18.35 Hans-Werner kauft alles
18.53 7 vor 7
19.22 Karichao
19.30 Das Tal der Pappeln
Töchter Courage
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Heißer Tatort Tripolis
Ital.-span. Spielfilm (1967)
Ein Schmugglerring schafft Waffen von Europa nach Nord-Vietnam.
22.10 RTL-Spiel
22.15 Die 7-Minuten-Nachrichten
22.25 Popeye als Hotelboy
22.30 Blick in die Welt
22.40 Ihre Sorgen – unser Problem
23.25 Wetter/Horoskop/Betthupferl
23.30 Wall Street Final

JOSEF MÜNSTER

ist tot.

Er starb nach schwerer Krankheit im Alter von 79 Jahren.

Mehr als 50 Jahre hat sich Josef Münster mit seiner ganzen Kraft für unser Unternehmen und für seine Mitarbeiter eingesetzt.
Bis 1972 trug er im Vorstand die Verantwortung für die Technik.
Mit Weitsicht bestimmte er die Richtung der technologischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Unternehmensstiftung und war stets Verwalter des geistigen Vermächtnisses des Stiftungsgründers.

Seit 1972 bis zu seinem Tod war er weiser Ratgeber als Mitglied des Kuratoriums der Ferdinand Lentjes-Stiftung.
Er setzte sich Ziele, um immer das Bestmögliche für die Unternehmen und für die Mitarbeiter zu erreichen.
Damit erwarb er Achtung und Zuneigung der Belegschaften.

Seine große Bescheidenheit, seine stete Bereitschaft zum Dienen und seine warme Menschlichkeit werden uns immer Vorbild sein.

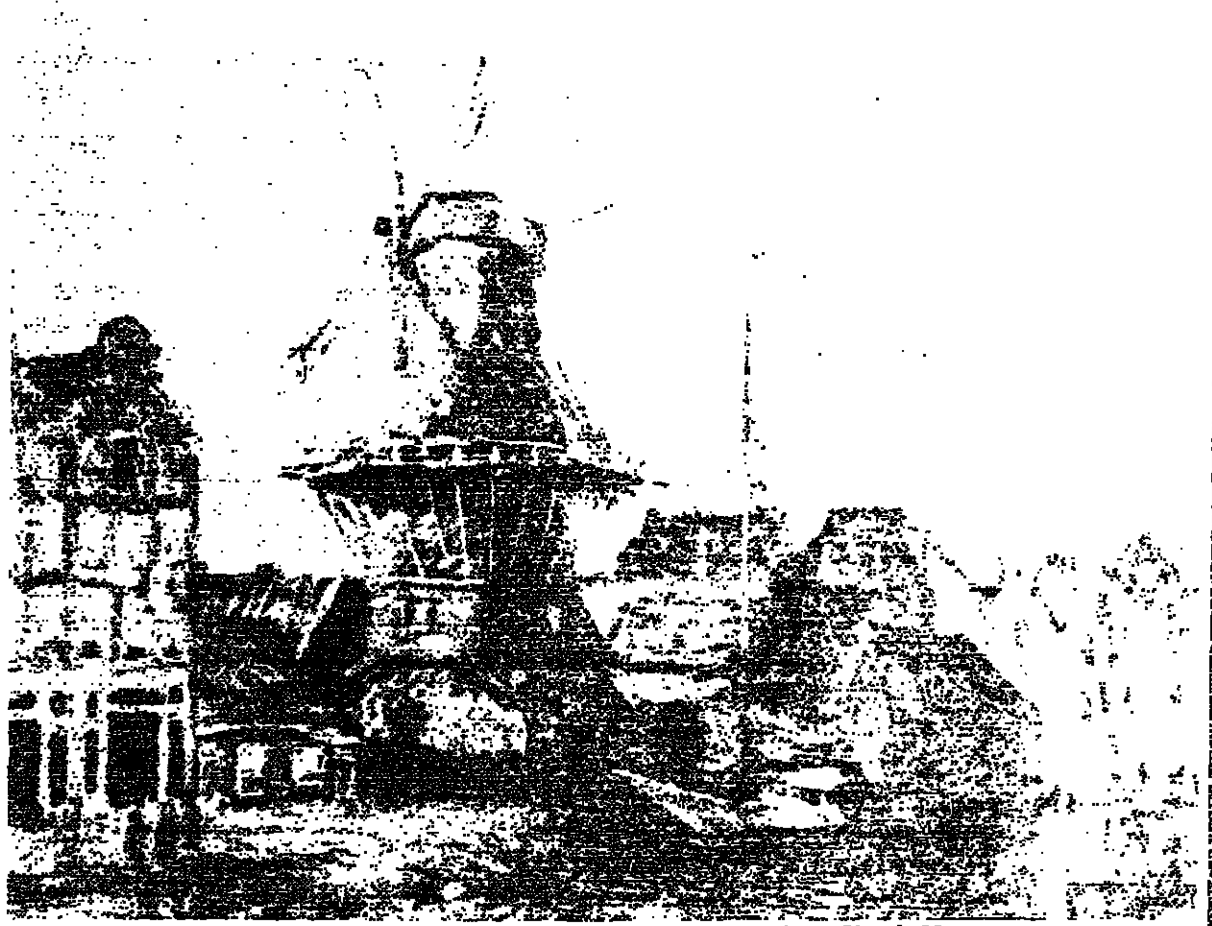
Wir danken ihm, wir ehren ihn.

Düsseldorf, den 25. November 1986

FERDINAND LENTJES - STIFTUNG

Kuratorium, Aufsichtsrat, Vorstand, Konzernbetriebsrat und Belegschaft, zugleich im Namen aller LENTJES-Gesellschaften

Die Beisetzung fand im engsten Familienkreis statt.



Im Banne einer Landschaft: „Die Mühle von Roozeboom" von Claude Monet FOTO: KATALOG

Amsterdam zeigt holländische Landschaftsimpressionen von Claude Monet

Das Licht von Zaandam, das war es!

Schon seit Generationen hatte Holland mit seiner eigenartigen, von unzähligen Kanälen durchzogenen Landschaft, seinen Mühlen, den charakteristischen Backsteinbauten und den weithin bekannten Museen große Anziehungskraft auf Kunstliebhaber und Künstler ausgeübt. Auch Claude Monet geriet in den Bann dieses Landes, wenn auch die Motive dieser seiner ersten Auslandsreise politische waren.

Der Belagerung von Paris durch die Preußen war er mit seiner Familie nach London ausgewichen und kam von dort im Sommer 1871 nach Holland. Hier ließ er sich in dem kleinen Städtchen Zaandam nieder. Bald war Monet von dem immer spannenden Schauspiel vorbeiziehender Wolken, den reinen Farben der Landschaft und dem ständig wechselnden Licht so fasziniert, daß er beschloß, den ganzen Sommer über in diesem malerischen Städtchen am Wasser zu verbringen. Vor seiner Rückkehr nach Paris verbrachte die Familie noch einige Zeit in Amsterdam.

Rund 40 Gemälde entstanden auf dieser und einer weiteren Reise in die Niederlande im Jahr 1886, von denen über die Hälfte jetzt erstmals in einer Ausstellung im Amsterdamer Van-Gogh-Museum zusammengefaßt gezeigt werden. Ein Jahr bevor das Gemälde „Impression, soleil levant" der Kunstrichtung ihren Namen gab, findet man in den Zaandamer Bildern schon die Konzentration der impressionistischen Malweise. Auch deuten die vielen Windmühlenbilder und Häuserzeilen am Wasser die Malweise in Serien der „Lilien" oder „Kathedrale von Rouen" an.

Aus einem Brief, den Monet an Pissarro schrieb, geht hervor, daß die Museen und das Studium der alten Meister ihn kaum interessierten. Er wollte das besondere Licht, von dem sein Freund Jongkind ihm so viel erzählt hatte, mit eigenen Augen sehen. Was bei den Zaandamer Bildern Monets erstaunt, ist die Frische der Farben. Waren es doch bei der Haager Schule, dem niederländischen Ableger der Impressionisten, gerade die der holländischen Landschaft eigenen Grautöne, die deren Ruhm begründeten.

Die Umgebung von Zaandam inspirierte Monet zu spontanen Momentaufnahmen, in denen er mit flotten Pinselzügen herrlich klare Landschaftsimpressionen schuf. Zahlreiche Mühlen und das immer bewegte Wasser unter ziehenden Wolkenformationen bildeten sein Hauptmotiv. Voller Lebendigkeit und Bewegung sind Licht und Atmosphäre in den verschiedenen Plein-air-Kompositionen festgehalten.

Trotz der Bemerkung, daß es in Zaandam genug für ein ganzes Leben zu malen gebe, reiste Monet nach vier Monaten Richtung Amsterdam weiter. Die zwölf Gemälde, die hier entstanden, bilden stilistisch beinahe einen Kontrast zum Zaandamer Werk, so groß sind die Unterschiede. In Amsterdam wählte Monet eine größere Leinwand, überaus dynamisch und in schneller Arbeitsweise malte er die Ansichten von Brücken, Grachten, Katen und Kirchen.

1886 fuhr Monet nach Holland, um die berühmten Tulpenfelder zu malen. Die fünf Gemälde, die teilweise erst in Giverny vollendet wurden, gehören zu den buntesten des gesamten Œuvres, wahre Vorboten des Fauvismus und Expressionismus. (Bis 4. Januar, Katalog 35 Gulden)

DOROTHEE v. FLEMMING



Zum dritten Band der Memoiren Erich Mendes

Brillant, ohne Eigenlob

Von Wende zu Wende", der dritte Band der Memoiren Erich Mendes, bietet wieder eine reizvolle Lektüre. Die Jahre 1962 bis 1982, die behandelt werden, erklären den Titel. Es ist der Zeitraum, der mit der Rückkehr der Freien Demokraten in die Regierung Adenauer beginnt und mit der Flucht der Liberalen aus der untergehenden Regierung Helmut Schmidts und ihrer Rückkehr in die Koalition mit der CDU/CSU endet. Das ist zugleich der Zeitraum, in der der FDP-Parteivorsitzende Mende seine politisch bedeutungsvollste Rolle spielt, bis er 1968 von Walter Scheel als Parteivorsitzender abgelöst wurde. Damit wurde die Tür für den Linksschwenk der FDP weit aufgerissen.

Erich Mende, heute 70 Jahre, ist als Politiker wie als Schriftsteller unverkennbar geprägt von seiner Zeit als Berufsoffizier, Major, Ritterkreuzträger, geprägt zugleich von seiner oberschlesischen Heimat. Sie hat ihn, ebenso wie seinen Ministerkollegen, den kurzweiligen FDP-Finanzminister Starke, in die Opposition gegen Brandts Ostpolitik und damit zum



Übertritt von der FDP zur CDU getrieben, deren Bundestagsabgeordneter in Hessen er wurde.

Von all dem berichtet Mende in einer unprätentiösen, flüssigen, gut lesbaren Sprache. Das heben wir hervor, weil manche Politiker-Memoiren sich nicht gerade dadurch auszeichnen. Verglichen mit dem Durchschnitt ist dies geradezu ein brillantes Buch, das ohne offenes oder verstecktes Eigenlob zwanzig Schicksalsjahre der Bundesrepublik Deutschland einer nachgewachsenen Generation nahebringen kann. Sie wird einen Autor vorfinden, der gut zu erzählen und treffend zu formulieren versteht, der sich nicht in den Vordergrund drängt, der über Haltung und Takt verfügt, so daß mancher Name fortbleibt.

Vielleicht geht die Zurückhaltung manchmal ein wenig allzu weit. Aber Trouvaillen gibt es noch genug. Wer von uns weiß z. B. schon, daß bei der „Spiegel"-Affäre der damalige Verteidigungsminister Strauß seine nächtlichen Gespräche mit dem Militärattaché in Madrid, die zur Verhaftung des „Spiegel"-Redakteurs Conrad Ahlers führten, vor dem Bundestag nicht deshalb eingestand, weil Außenminister Schröder auf ihn gedrückt hatte, sondern weil die SPD Beweise für diese Gespräche in ihrer Hand hatte? Diese legten gleichzeitig offen, daß es einen SPD-Geheimdienst gab.

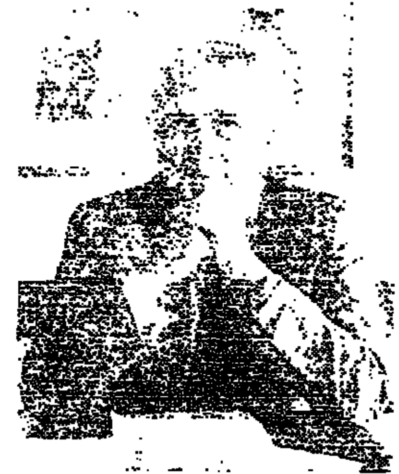
Erich Mende schreibt: „Wolfgang Döring (FDP) hatte bereits am Mittwoch den 7. November von Fritz Erler (SPD) erfahren, daß die SPD über Beweise verfüge, wonach Strauß mit dem Militärattaché in Madrid, Oberst Hans Oster, zweimal in der fraglichen Nacht vom 26. zum 27. Oktober 1962 telefoniert und den Haftbefehl durchgegeben sowie die Festnahme veranlaßt habe. Als ich diese Gewißheit hatte, informierte ich aus Gründen der Koalitionsloyalität sowohl Hermann Höcherl wie den CSU-Kollegen Werner Dollinger. Es habe keinen Sinn, wenn Franz Josef Strauß weiter hinhaltend taktiere und schweige, erklärte ich. Die SPD verfüge über die Gesprächsbelege des Auslandsamtes der Bundespost in Frankfurt, die ihr von Genossen der Postgewerkschaft zugeleitet worden seien. Strauß sollte nun seinerseits die Flucht nach vorne, nämlich zur Wahrheit, antreten."

Mende kündet nach dem Eingeständnis von Strauß dem Bundeskanzler an, daß der FDP eine weitere Zusammenarbeit mit Strauß im Kabinett nicht zuzumuten sei. Aber er rannte schon offene Türen ein. „Mit dieser Bemerkung löste ich zu meiner eigenen Überraschung weder bei Adenauer noch bei den anderen Kollegen der CDU und CSU Widerspruch aus", schreibt er heute.

Strauß seinerseits dachte nicht im geringsten daran, klein beizugeben: „Inzwischen hatten auch die Minister der CDU/CSU auf Vorschlag des Generalsekretärs der CDU, Hermann-Josef Dufhues, ihre Ämter zur Verfügung gestellt, um Adenauer freie Hand bei der Regierungsbildung zu geben. Strauß jedoch wich erst sanftem Druck. Der Fraktionvorsitzende von Brentano drohte mit der Niederlegung sämtlicher Ämter, falls Strauß wieder in die Regierung käme."

Wie Mende enthüllt, erklärten damals auch einige CDU-Minister, u. a. Krone, Lücke, Wuermeling und von Merkatz, daß sie nicht bereit wären, mit Franz Josef Strauß in einem neuen Kabinett zu arbeiten. Erst nach dieser Erklärung verzichtete dieser, es war am 30. November, auf ein Ministeramt im neuen Kabinett.

Um die nachträglichen Enthüllungen über den einen oder anderen Hintergrund der „Spiegel"-Affäre abzurunden: Damals fragten sich die Liberalen voller Wut, warum ihr Bundesjustizminister Stammberger, also der



Versteht Politik ingeniös zu erzählen: Erich Mende FOTO: PETER MITCHELL

zuständige Mann, völlig übergangen worden sei, ehe der Schlag gegen den „Spiegel" geführt wurde. Mende liefert die Erklärung:

„Bereits am Montag den 26. November hatte Adenauer mir unter vier Augen erklärt, warum der Bundesjustizminister Dr. Stammberger aus der gesamten Spiegel-Aktion hatte ausgeschaltet werden müssen. Es sei seit längerem aufgefallen, daß der Spiegel über Vorgänge im Bundesjustizministerium laufend und gut informiert werde. Bonner Journalisten hätten bestätigt, daß Dr. Stammberger einen guten Kontakt mit Spiegel-Redakteuren pflegte und häufiger mit ihnen zusammengetroffen sei."

Und weiter Mende: „Adenauer sagte, Stammberger sei als Leutnant der Wehrmacht wegen verschiedener Delikte bestraft worden. Es seien ihm Falschmeldungen, Urkundenfälschungen und Angabe falscher Verpflegungsstärken und Unterschlagungen von Wehrmachtseigentum nachgewiesen worden. Unterlagen darüber befänden sich im Besitz des Spiegel. Stammberger sei somit in seinen Handlungen und Entscheidungen nicht mehr frei, da er unter dem ständigen Druck stünde, der Spiegel könnte dieses Material veröffentlichen. Eine für einen amtierenden Bundesjustizminister höchst peinliche Sache."

Mende informierte daraufhin den engsten Führungskreis der FDP von diesem Gespräch. Wolfgang Stammberger gab auf Befragen zu, während seiner Wehrdienstzeit in ein Militärstrafverfahren verwickelt gewesen zu sein, das zu seiner Bestrafung geführt hätte: „Es war jedoch im Fraktionsvorstand der Liberalen klar, daß Stammberger für ein Ministeramt bei der Regierungsbildung nicht mehr in Frage kam, zumal er diese Ereignisse vor seiner Ernennung zum Bundesjustizminister im Herbst 1961 verschwiegen hatte." Stammberger trat 1964 in die SPD-Fraktion über.

GEORG SCHRÖDER

Erich Mende: „Von Wende zu Wende. 1962–1982". Herbig. 432 S., 39,80 Mark.

Die Marke der Weltstars · Symbol der Exklusivität

Klassische Beispiele

HOROWITZ IN MOSCOW

Wladimir Horowitz ist für die Musikwelt »Der Mann des Jahres«. Die drei Neuaufnahmen des Jahrhundert-Pianisten auf Deutsche Grammophon belegen die ersten drei Plätze der Bestseller-Listen: »Horowitz in Moscow« (419 499), das Horowitz-Recital (419 045) und »The Studio Recordings« (419 217).

TSCHAIKOWSKY · KLAVIERKONZERT NO. 1
Piano Concerto · Concerto pour piano
London Symphony Orchestra
IVO POGORELICH · CLAUDIO ABBADO

Ivo Pogorelich schlägt mit seiner Aufnahme des Konzerts der Konzerte, mit Tschaikowskys b-moll-Klavierkonzert, alle Rekorde. Tschaikowsky Nr. 1 macht Pogorelich zur Nr. 1, zum absoluten Kultstar der jungen Interpreter-Generation (415 122).

DON GIOVANNI

Das Wunder Karajan lehrt immer wieder wundern: Der Maestro assoluto überrascht in seinem 78. Lebensjahr mit einer Schallplattenpremiere. Wie alles, was ihm am Herzen liegt, vertraute er auch seine Ideal-Vorstellung von Mozarts »Don Giovanni« Deutsche Grammophon an (419 179).



Weihnachten ist »West-Side«-Zeit. Am 25. Dezember [illegible] die ARD die Filmdokumentation über die Entstehung der Deutsche Grammophon-Aufnahme »West Side Story«. Zum ersten Mal dirigiert Bernstein nicht Mozart, Mahler, Beethoven, Brahms, sondern Bernsteins eigenes Meisterwerk: die schönste musikalische Love-Story seit »La Bohème« (415 253).

Für die größte Auswahl!

Compact Discs
Langspielplatten
und MusiCassetten

LASSEN SIE SICH NICHT VERSCHAUKELN,...



WEIL ANDERE GLAUBEN, SIE WÜSSTEN, WO ES LANGGEHT.

Warum wollen Sie sich das Recht vorenthalten, Südafrika kennenzulernen?

Sie können doch morgen schon dort sein – mit einem Dutzend oder mehr internationaler Fluglinien.

Lassen Sie sich vom Safari-Fieber anstecken und von Städten faszinieren, die auf Gold und Diamanten gegründet wurden. Die landschaftliche Schönheit und Vielfalt werden Sie bezaubern.

Sie werden von den positiven Veränderungen, die in Südafrika vor sich gehen, angenehm überrascht sein. Allein dies zu erleben ist schon eine Reise wert.

Und gerade jetzt ist Südafrika durch den günstigen Wechselkurs von ganz besonderem Reiz für Besucher.

Erfüllen Sie sich Ihren persönlichen Traum, dieses wunderschöne Land zu erleben, und lassen Sie sich von seinem Zauber gefangennehmen.

Ausführliche Informationen darüber, was Südafrika dem Besucher zu bieten hat, finden Sie in dem neuen SAAtours Handbuch für Südafrika-Reisen.



South African Tourism Board
SATOUR
An der Hauptwache 11
6000 Frankfurt/M. 1
Postfach 10 19 40

DW 25/11

Bitte schicken Sie mir kostenlos das SAAtours Handbuch für Südafrika-Reisen 1987.

Name ____________________

Adresse ____________________

SÜDAFRIKA.

VIELFALT, DIE EIN WIEDERSEHEN WERT IST.

Porträtkunst: siehe Prado

H. B. – Leider war es vergeblich, die Presse, die so ausführlich über das großformatige Familienporträt des Fürsten von Thurn und Taxis berichtete, nach den Quellen seiner Inspiration zu durchforschen. *Schien es doch naheliegend, daß* sich Auftraggeber und Hofmaler auf berühmte Vorbilder beriefen, um das Werk, das die junge Fürstin nachträglich so schwer enttäuschte, in die Nähe der klassischen Malerei zu rücken. Solche Ansprüche waren *wohl doch zu gewagt. Die* „Meninas", das größte Werk des Diego Velázquez, und Goyas „Familie Karls IV." kamen uns in den Sinn. War es denkbar, daß der Ruhm solcher Spitzenwerke nicht bis nach Regensburg gedrungen ist?

Von jeher hatten Fürstenhäuser Wert auf viele Quadratmeter bemalter Leinwand gelegt, um sich mög*lichst eindrucksvoll der Nachwelt* zu überliefern. Den spanischen Habsburgern war dies mit den „Meninas" mit unübertroffener Wirkung gelungen. Das Bild stellt Margarita mit ihrem Hofstaat, den Künstler vor der Staffelei und im Hintergrund das Königspaar in einer Komposition von beispielloser Rafinesse dar.

Obgleich im Regensburger Auftragsbild solche Virtuosität nirgends zu entdecken ist, drängt sich der Verdacht auf, daß deren Autor den Ehrgeiz hatte, es Velázquez gleichzutun. Seine Komposition lehnt sich eng an das große Vorbild an, nur sind dabei Figuren entstan*den, welche die Lebendigkeit von* Schaufensterpuppen haben. Um nicht hinter Velázquez zurückzustehen, lugt des Malers Selbstbildnis schelmisch um den Rand seines Werkes.

Inzwischen hat sich die Fürstin *von amerikanischen Museumsdi*rektoren in die Anfänge der Porträtkunst einführen lassen. Sie kam zu der Erkenntnis, daß sie so doch lieber nicht an den Wänden des Regensburger Schlosses hängen möchte. Ein Besuch bei Velázquez *und Goya im Madrider Prado hätte* ihr den Umweg über New York ersparen können.

Ein Pariser in Amerika: Virgil Thomson wird 90

Musik in Morseschrift

Fast ein halbes Jahrhundert nun schon wohnt er im Hotel, und da Virgil Thomson ein ungewöhnlicher Mann ist, ist es auch ein ungewöhnliches Hotel: das berühmt-berüchtigte „Chelsea" in New York, in dem sich mehrere erlauchte Geister, von Brendan Behan bis *Dylan Thomas*, dem Tode entgegentranken, in dem Andy Warhol seinen Film über die „Chelsea-Girls" drehte und Rosa von Praunheim, um sein Leben zitternd, des Nachts Gläser mit Wasser auf die Türklinke stellte als Alarmanlage.

Dort also, in den oberen Stockwerken, bewohnt Thomson, ein kleiner, rundlicher Herr mit glattem Kugel*kopf, eine Suite winziger Zimmer*, alle vollgestopft mit Erinnerungsstükken aus einem Leben, das sich von Anfang strikt jede Karriere im landläufigen Sinne versagte. Thomson hatte sich zwei Dinge zur unverbrüchlichen Regel gemacht: Aus jedem Erfolg, bevor er zum Gefängnis für künftige Arbeit wurde, ohne Rücksicht auf was auch immer auszubrechen, und zweitens alle Schulden schnellstmöglich zu bezahlen. Einzig Promptheit der Rückzahlung sichere den Armen immerwährend Kredit. Thomson hat ihn sicherlich wiederholt in Anspruch genommen.



Liebt die Literatur: Der Komponist und Kritiker Virgil Thomson
FOTO: AP

Er zählte zu den Amerikanern in Paris zwischen den Kriegen, die nicht *nur* Musik oder Bücher schrieben, sondern Kulturgeschichte gemacht haben. Thomson befreundete sich mit seiner Landsmännin Gertrude Stein, und sie schrieb ihm zwei epochale Operntexte: die legendären „Vier Heiligen in drei Akten" und den biographischen Suffragetten-Hymnus „Unser aller Mutter". Die Aufführung seiner dritten (und letzten) Oper „Lord Byron" in Deutschland versprach sich Thomson auf seine alten Tage von Dennis Russell Davies in Stuttgart. Doch der paktierte trotz aller Versprechen am Ende künstlerisch lieber mit dem jüngeren Philip Glass. Thomson *muß weiter warten.*

Er war zum Pariser geworden, gleichzeitig aber Amerikaner geblieben. Seine Begegnung mit Erik Satie bestimmte seine Ästhetik. Sie visierte Einfachheit, Klarheit, ein Musizieren mit nie erhobener Stimme, und so begann Thomson auch typisch amerikanische Themen verhalten zu artikulieren. Laut wurde er nur als Kritiker in der „New York Herald Tribune", deren scharfsichtiger und scharfzüngiger Musikkritiker er 1940 wurde und 14 Jahre lang blieb. In mehreren Bänden hat er seine Musikberichte gesammelt. Sie zeichnen ein genaues, oft polemisch beflügeltes Bild des Musiklebens in Amerika während des Zweiten Weltkrieges und danach.

Wichtiger noch waren die Musiken, die Thomson für Filme schrieb. Er *gab Dokumentarfilmen auf musikalische* Weise erst ihr unverwechselbares Arom. Thomson gelang es, seinen Filmpartituren ein Kolorit zu geben, das atmosphärisch dicht war, immer aber auf Distanz zum Gegenstand blieb und sich künstlerische Autono*mie zu bewahren verstand. Er kleis*terte die Bilder nicht musikalisch auf die leichtgängige Art zu. Für die Musik zu Flahertys „Louisiana Story", dem Stolz aller Kinematheken, erhielt Thomson den Pulitzer-Preis.

In einer höchst lesenswerten Autobiographie, die vor 20 Jahren erschien, hat er sich als glänzender Chronist vor allem seiner Pariser Jahre erwiesen. Er dürfte heute einer der wenigen sein, die noch zwischen den literarischen Fronten agierten, die James Joyce und Gertrude Stein *durch die Pariser Quartiers gezogen* hatten. So mußte Thomson mit höchstem Bedauern den Antrag Joyces ablehnen, für die Pariser Opéra ein Ballett nach einem Abschnitt aus „Finnegans Wake" zu schreiben. Er hätte das ganz einfach Gertrude nicht an*tun können, mit dem literarischen* Nebenbuhler der Stein zu paktieren. Und es war derselbe Grund, der Picasso davon abhielt, den „Ulysses" zu illustrieren. Thomson stiftete er dagegen immerhin noch 1940 die Titelzeichnung für den Notendruck.

Als Gegengabe hat Thomson Picasso musikalisch gezeichnet. Wie Elgar in den „Enigma Variations" mit dem Öl des vollen Orchesters Porträts seiner Bekannten gemalt hatte, so zeichnete Thomson die Bilder seiner Freunde mit musikalisch gespitztem Stift: Porträts ganz gewiß nicht zum Wiedererkennen, Wesensbilder sozusagen in musikalischer Morseschrift. Sie alle vereint in ihrer Winzigkeit *summieren sich indessen zu einem* transparenten Monumentalporträt ihres Komponisten: Virgil Thomson.

KLAUS GEITEL

„Nackte Jugend": Früher Film von Nagasi Oshima

Ideologische Raubzüge

Makoto, ein „Mädchen aus gutem Hause", als Anhalterin mitgefahren, wird von einem älteren Herrn bedrängt. In höchster Not erscheint ein junger Mann – Kiyoshi heißt er und ist Student –, der den Tunichtgut *zusammenschlägt. Wenn er dessen* Brieftasche raubt („das ist fürs Taxi!"), sieht man sofort: Er macht das nicht zum ersten Mal. Das ist die erste Einstellung des Films „Nackte Jugend" von Nagasi Oshima. Mit dessen „Reich der Sinne" hat das inzwischen 16 Jahre alte Werk allerdings nichts zu tun, und der Titel trügt: Um sinnleere Existenz geht es, um die Ziellosigkeit jener *Generation, die die Stu*dentenrebellion inszeniert hat.

Die beiden finden sich. Makoto verläßt Eltern *und* materielle Sicherheit, wenn auch nicht unbedingt aus Liebe: Lust am Abenteuer treibt sie zu Kiyoshi, der sie wiederum eher als Geldquelle und Lockvogel zu schätzen weiß: Das Spiel als „Anhalterin" betreibt man künftig gemeinsam, als – freilich ideologisch bemäntelten – Straßenraub. „Niederlagen", wie es im Film heißt, sind die Folge: Abtreibung und Gefängnis; sinnloser Tod.

Für diese Geschichte von Bonnie und Clyde in Tokio, die von Unabhängigkeit und Freiheit träumen und bei der Frankreichs „Nouvelle Vague", *vor allem Godard, aber wohl* auch Antonioni („Rote Wüste"), sichtbar Pate standen, hat Oshima allerdings faszinierende Bilder gefunden. Die graue Trostlosigkeit der Großstadt aus Beton und ihrer regennassen Straßen ohne jedes Grün wird eingefangen, das Fragwürdige der Spelunken am Hafen, wo jugendliche Gaunerbanden ihr Unwesen treiben. *Dazwischen freilich stehen ganz kon*ventionell aufgenommene Dialog-Szenen, die nur die Funktion haben, die gequälte, aber doch eindringliche Handlung voranzubringen.

Der Verleih muß allerdings auch der Meinung sein, daß Oshimas Jugendwerk, mit 22 gedreht, in diesem zeitlichen Kostüm etwas zu spät kommt: Er läßt „Nackte Jugend" im japanischen Original *mit Untertiteln* laufen.

KATHRIN BERGMANN

Mit Kunst gegen den Ruf angehen, eine Metropole des Terrors zu sein: Das „Belfast Festival '86"

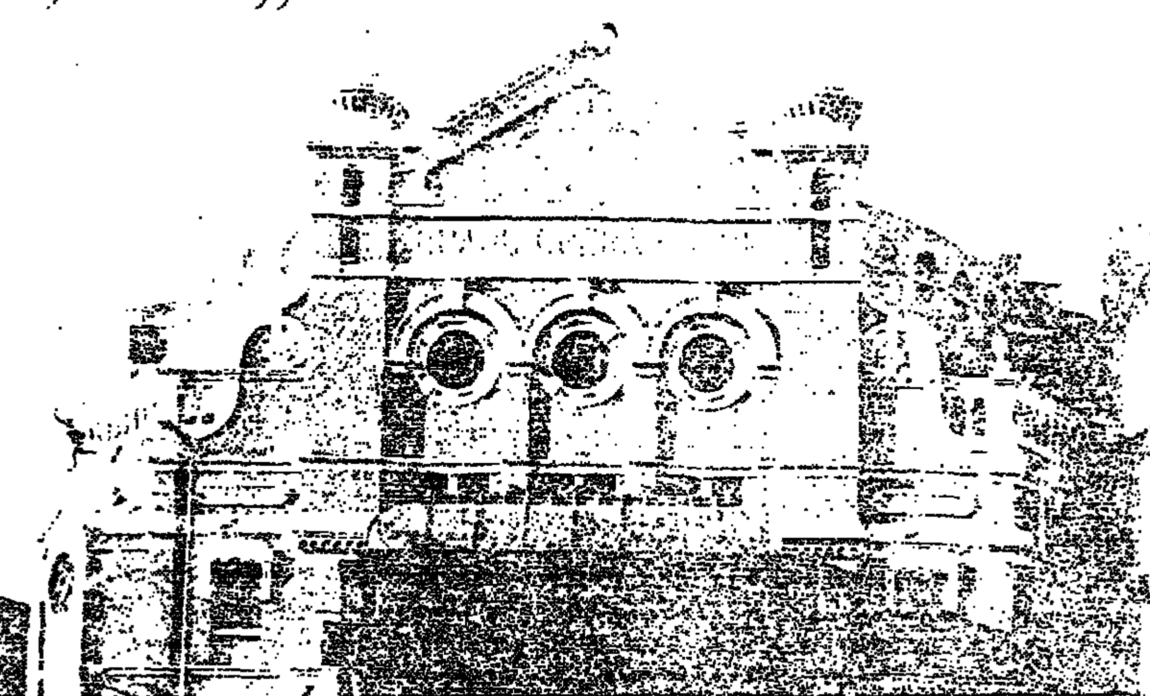
Die schöne, die „zweite" Wirklichkeit

Ein Festival im nordwestlichen Zipfel Europas beendet – seit *nunmehr 24 Jahren und nahezu unter* Ausschluß der nicht unmittelbar in der Nachbarschaft ansässigen Bevölkerung – den Jahresreigen der Opern-, Ballett-, Theater-, Film- und Jazz-Festspiele. Daß das „Belfast Festival at Queen's" während gut zwei *Wochen im unwirtlichen November* stattfindet, hat natürlich seinen Grund: Weniger für Touristen ist es gedacht als vielmehr für die einheimische Bevölkerung, die Produktionen aus dem In- und Ausland in den heimischen Theatern goutieren kön*nen soll. Dennoch verweisen die Ver*antwortlichen nicht ohne Stolz auf den Amerikaner, der eigens wegen eines Jazz-Konzerts aus New York nach Belfast gejettet ist.

Begonnen hat das Festival ganz bescheiden als studentisches Ereignis, *woran der Name heute noch erinnert.* An der „Queen's University" unterrichtete in den sechziger Jahren Michael Barnes Geschichte. Ihn brachte ein Student auf *die Idee*, aus Belfast ein kleines Edinburgh zu machen. Zu diesen hochgestochenen Plänen fehlte natürlich das Geld – wie will man sonst große Namen auf den Bühnen präsentieren? Also machte man aus der Not eine Tugend, zählte Pfund und Penny zusammen und überlegte, wen man mit dieser bescheidenen Summe (weniger als zehntausend Pfund) heranlocken könnte.

Künstler aus dem zweiten und dritten Glied und jede Menge Amateure zogen damals, 1962, gen Belfast. In kleinen Theatern und improvisierten Spielstätten gab es Jazz- und Folk-Music, Kabarett, Film und Theaterproduktionen. Und schon drei Jahre später konnte man in der nordirischen Metropole ein Gastspiel des englischen „National Theatre" mit Laurence Olivier und Albert Finney präsentieren.

1973 geriet das „Belfast Festival" in eine finanzielle Krise. Barnes wurde zum Feuerwehrmann ernannt, der retten sollte, was noch zu retten war. Man erließ dem nur noch mit roten Zahlen arbeitenden Komitee die Schulden, und Barnes konnte mit 15 000 Pfund einen Neubeginn wagen. Bescheiden ist man übrigens das gesamte Vierteljahrhundert hindurch geblieben; in diesem Jahr sind es gerade 350 000 Pfund, mit denen Barnes wuchern kann. Etwa 70 Prozent dieser Summe werden aus dem Verkauf von Eintrittskarten gewonnen; den *Rest steuern das Arts Council sowie* Firmen und private Mäzene bei.



Den Ruch der Provinzialität längst überwunden: Das „Grand Opera House", in dem sich im November ein gut Teil des Belfast Festivals abspielt
FOTO: NITB

Das Festival macht Gewinn, und das trotz relativ niedriger Eintrittspreise. Für gut vierzig Mark kauft man den besten Platz beim Leipziger Gewandhaus-Orchester, mit dem in *diesem Jahr zum ersten Mal ein* (ost-) deutsches Orchester in Belfast gastiert. Gerade zehn Pfund mußte bezahlen, wer beim Eröffnungskonzert des „Ulster Orchestra" mit der Altistin Dame Janet Baker oder bei den Aufführungen der phantastischen „*Royal Shakespeare Company*", die in diesem Jahr mit „Viel Lärm um nichts" und dem „Kaufmann von Venedig" gekommen war, dabei sein wollte. Der Durchschnittspreis liegt bei rund vier Pfund; ein Glas Wein gibt's oft gratis obendrein.

Klangvolle Namen machen's deutlich: Das „Belfast Festival" hat den Beigeschmack von Provinzialität längst hinter sich gelassen. 1978 kam mit dem „Grand Opera House" eine glanzvolle Spielstätte hinzu. Das 1895 von Frank Matcham erbaute Haus, das lange Jahre als Kino diente, wurde nach ausgiebigen Renovierungsarbeiten in alter Pracht wiedereröffnet. Barnes, der sich als umsichtiger Festival-Leiter erwiesen hatte, sollte nun auch noch Direktor des neuen Theaters werden. Er zögerte nicht lange, gab endgültig seine akademische Lehrtätigkeit auf, und seitdem ist der 54jährige eine Art Doyen der Belfaster Kulturszene geworden.

Das Festival diente, vor allem in den siebziger Jahren, natürlich auch dazu, den ramponierten Ruf Belfasts als Zentrum des Terrors und der Bombenanschläge aufzupolieren. Daß es neben dieser trostlosen Ge*genwart auch noch eine „zweite"* Wirklichkeit gibt, die von den Medien in der Regel unberücksichtigt bleibt, ist ein – wenn auch unausgesprochener – Aspekt des Festivals, das auch ein wenig vom Lorbeer Edinburghs abzupflücken bemüht ist.

Dennoch ist die spezifische Situation Nordirlands auch in den Theaterstücken immer präsent. In „Summer Class" von John Boyd, einem im übrigen drögen Konversationsstück, das vom Ensemble des Belfaster „Lyric Theatre" uraufgeführt wurde, verliebt *sich die Frau eines Universitäts*professors in einen ehemaligen Häftling des berüchtigten Maze-Gefängnisses, der in einem arg aufgesetzten Schluß erschossen wird, während sich die anderen Charaktere lang und breit über ihre Konfession unterhalten. Und in einer zynischen Polit-Show rückten die acht Mitglieder der „Northern Lights Revue" mit ätzendem Humor das gespannte Verhältnis zwischen Nordirland und London in den satirischen Brennpunkt.

Die Aufführung jedoch, die den nachhaltigsten Eindruck hinterließ, greift weit in die Geschichte Irlands zurück und bezieht gleichzeitig die *unmittelbare Gegenwart mit ein. Tom* MacIntyre machte aus dem monumentalen Gedicht „The Great Hunger" von Patrick Kavanagh aus dem Jahr 1947 ein expressionistisches Theaterstück, das von der traditionsreichen „Abbey Theatre Group" aus *Dublin in einer grandiosen tour de force* gespielt, getanzt, geschrien und geturnt wurde. Im Mittelpunkt des Geschehens steht Patrick Maguire, eine verlorene Seele, unfähig zur Kommunikation und zur Liebe, der – wie Kavanagh selbst – in einem der ärm*sten Gebiete Irlands, im County Mo*naghan, lebt. Auch in diesem Leben dominiert die Kirche, symbolisiert durch eine Muttergottes-Statue und einen Tabernakel, das Leben der Bevölkerung. Der große Hunger im Titel – das ist der Hunger nach Liebe und *einem Stück Land, um eine erbärm*liche Existenz halbwegs erträglich zu machen. Doch der eine wie der andere bleiben unbefriedigt.

Während der gut 250 Vorstellungen in diesem Jahr sehnt sich Michael Barnes, wie er zugibt, mitunter nach ein paar ruhigen Tagen. Doch sobald er sie Ende des Monats genießen kann, spürt er in sich aufs neue den großen Hunger – nach dem nächsten „Belfast Festival". Für das Silberjubiläum hält der Doppel-Direktor ein paar Leckerbissen in der Schublade, vornehmlich für die Belfaster. Aber auch für Besucher von außerhalb. Denn Iren sind prinzipiell gastfreundlich. Daran dürfte auch der Kampf um Eintrittskarten nichts ändern.

RAINER NOLDEN

Tagung in Bonn: „Deutsche Ostkunde im Unterricht"

Wie weit bis Karaganda?

„Pommern, was ist das?" Die Antworten, die Neuntkläßler an Nürnberger Schulen auf die spontan gestellte Frage von Lehrern gaben, waren erschreckend: 80 Prozent konnten gar nichts mit dem Begriff anfangen, zehn Prozent hatten ver*schwommene Vorstellungen von* „irgendeinem Land" (aber wo?), nur jeder zehnte kam zumindest in die Nähe einer richtigen Antwort.

Über solche und ähnliche Erfahrungen in unserer Bildungswirklichkeit berichteten auf einer Tagung des West-Ost-Kulturwerks in Bonn Lehrer, Politiker und Vertreter des Bundes der Vertriebenen. „Deutsche Ostkunde im Unterricht – Bilanz und Ausblick nach 30 Jahren" hieß das Thema, und allen Teilnehmern war klar, daß nur Bruchstücke einer Bilanz erarbeitet werden konnten. Die Gründe: Bis heute gibt es keine befriedigende wissenschaftliche Darstellung; seit der Suspendierung des *Ostkunde-Erlasses (1956) durch die* Kultusminister-Konferenz 1973 ist die Thematik Bestandteil der Diffusionen der Länder-Kulturpolitik, letztlich ist der persönliche Einsatz des Pädagogen entscheidend.

Und da sieht es düster aus. Der bayerische *CSU-Landtagsabgeordne*te Sieghard Rost berichtete von Schuldirektoren, die Hefte für ostkundliche Schülerwettbewerbe in ihren Zimmern verstauben lassen, ein Pädagoge aus Westfalen sprach von „völliger Indifferenz" seiner Kollegen *bezüglich derartiger Thematik*, ja, von Revanchismus-Vorwürfen. Solche erfolgten beispielsweise noch im vergangenen Jahr in Bayern, als der GEW-Landesvorsitzende dem Schülerwettbewerb mit Schwerpunkt Rußland „psychologische Kriegsvor*bereitung vorwarf". Anlaß war die* Aufgabe, die Entfernung zwischen Karaganda (in dieser kasachstanischen Stadt leben viele Volksdeutsche) und Bonn anzugeben ...

Jeder weiß, daß die norddeutsche Backsteingotik nicht nur in Lübeck, sondern auch in Danzig zu finden ist. Aber in der Schulstunde? Von den geltenden Richtlinien her ist ein solcher Unterricht möglich, auch nach der Aufhebung des Ostkunde-Erlasses 1973; damals forderten die Kul*tusminister als Quasi-Ersatz die „Not*wendigkeit der vertieften Beschäftigung mit osteuropäischen Völkern und den politischen wie gesellschaftlichen Verhältnissen in Osteuropa". Auch wenn der ostdeutsche Raum im Haifischmagen einer dergestalt bis nach Sibirien kosmopolitisierten „*Osteuropakunde*" verschluckt wurde, der einzelne Pädagoge konnte die Akzente setzen.

Dennoch bildet die Schulpolitik mancher Länder Hypotheken. Die Kritik richtete sich namentlich gegen die SPD-regierten Länder, voran Nordrhein-Westfalen. Der Düsseldor*fer CDU-Abgeordnete Rüdiger Gold*mann konstatierte in dem Landes-Erlaß „zur deutschen Frage im Unterricht" (1981) einen „Substanzverlust" Deutschlands um die Gebiete östlich von Oder und Neiße. Wie die Richtlinien, so die Unterrichtsmaterialien und Schulbücher. Goldmann nannte das Beispiel eines in Nordrhein-Westfalen zugelassenen Geschichtsbuches, in dem die Ostverträge als Grenzanerkennungsverträge dargestellt werden, oder eines Politikbandes, in welchem im Kapitel über die Besatzung und Aufteilung Deutschlands nach 1945 das Wort „Vertreibung" überhaupt nicht vorkommt.

Droht Millionen Deutschen *nach* der Vertreibung aus ihrer *Heimat nun* auch ihre Vertreibung aus der deutschen Geschichte und Kultur? Ganz so wollten es die Tagungsteilnehmer nun doch nicht sehen. Rost berichtete von den Bemühungen im Freistaat, die alte Ostkunde durch einen eigenen *Kultusminister-Erlaß (1973)* modifiziert hinüberzuretten, vom Engagement des Bayerischen Rundfunks oder von steigenden Teilnehmerzahlen bei Schülerwettbewerben.

Gleichwohl: Die Widrigkeiten bleiben. Kritisiert wurde, daß Bund, Län*der und Gemeinden für* „westdeutsche Kultur" im Jahr sieben Milliarden Mark ausgeben, dagegen nur 40 Millionen für die Pflege ostdeutscher Kultur. Die Vertriebenen vermerkten mit Bitterkeit, daß auch 40 Jahre nach Kriegsende kein Universi*täts-Institut die Landeskunde der al*ten ostdeutschen Provinzen erforsche. Die Brisanz dieses Mankos wird deutlich vor dem Hintergrund der intensiven polnischen Forschungsförderung der Landesgeschichte Pommerns, Schlesiens oder Ostpreußens als „wiedergewonnener Gebiete".

Das sind die Rahmenbedingungen, unter denen die Lehrer der „Bundesarbeitsgemeinschaft für deutsche Ostkunde" seit mehr als 30 Jahren arbeiten. „Karriere kann man bei uns *nicht machen, aber den Dienst* an einer guten Sache lernen", schilderte Studiendirektor Reinhard Grund das Pflichtethos des einige 1000 Mitglieder zählenden Verbandes. Man sei wieder optimistischer, seit die Seminare der Arbeitsgemeinschaft wieder verstärkt von jüngeren Lehrern besucht würden.

HANS KRUMP

Berlin: Marius Constant dirigiert eigene Werke

103 Blicke ins Wasser

Marius Constant, der in Rumänien aufgewachsene Franzose, verließ das Land nicht, ohne noch im letzten Augenblick Bukarest, seiner *Geburtsstadt, den heißbegehrten* Enescu-Preis für Komposition entrissen zu haben. Den Preis in der Tasche, übersiedelte er sofort nach dem Krieg ans Conservatoire von Paris und wurde Schüler von Olivier Messiaen. Heute leitet er die einstige *Klasse des Meisters als eigene Mei*sterklasse.

Constant ist ein Komponist, der sich mit Haut und Haaren dem Theater verschrieben hat, wo es gemeinhin am musikfeindlichsten zugeht: dem Ballett. Er kann dabei auf Welterfolge wie kaum ein anderer Komponist seit Strawinsky zurückblicken. Sein jüngster wurde gleich dreimal zugleich verfilmt: ohne Frage ein Weltrekord, an dem das Guinness-Buch der Rekorde hoffentlich nicht vorbeigehen wird.

Constant schrieb für Peter Brooks' Kammeroper „La Tragédie de Carmen" nach der Vorlage Bizets die Musik, und da Brooks aufs allerdemokratischste sich nicht entscheiden mochte, welche der drei Besetzungen, mit denen die berühmte Produk*tion durch die Welt zieht, die stilge*rechteste sei, wurden alle drei aufgezeichnet: ein Luxus, den sich wirklich nur das plakativ „arme Theater" erlauben kann. Constant jedenfalls kann lachen. Er ist mit seinen (und Bizets) Noten in jeder Besetzung dabei. *Auch zu Schallplattenehren ist* seine „Carmen"-Version inzwischen gekommen.

Constant ist ein virtuoser Musiker, ein Mann mit feinstem Gespür für dramatische Wirkungen, für Atmosphäre, für das überdies, was man als „timing" bezeichnet. In ihm tickt offenbar insgeheim ständig ein Wecker, der ihn (und seine Musik) nie langweilig *wegduseln läßt. Constants Mu*sik ist ständig auf dem intelligenten „qui vive".

Dabei wird sie kompositorisch elegant in Szene gesetzt. Sie versteht zu klingen. Man hört ihre Modernität, doch die mindert nicht den Genuß. Constant beherrscht sein Handwerk und läßt es blitzen. Aber er protzt nie mit dem, was er kann.

Für die Deutsche Oper Berlin hat er den Welterfolg des „Blauen Engel" komponiert, den – wie so viele von Constants Stücken – *Roland Petit* choreographiert hat. Das von Gert Reinholm (mit Makarowa) lancierte Ballett kommt *jetzt in Paris im* riesigen Palais des Sports heraus, mit den Bolschoi-Russen Maximowa und Wassiljew in den Hauptrollen.

Im Sender Freies Berlin dirigierte Constant jetzt ein Konzert des Radio-Symphonie-Orchesters mit „Musik der Gegenwart" und setzte zu Ravels „La Valse" zwei deutsche Erstauffüh*rungen aufs Programm: Eine Pelléas-* und Mélisande-„Symphonie", von der Debussy nichts weiß, obwohl sie die Noten des Meisters nutzt, und die „103 Blicke ins Wasser", eine halbstündige, eigene, raffinierte Geigenmusik mit Orchester, von Patrice *Fontanarosa griffsicher und leuch*tend gespielt.

Die Debussy-Symphonie ist eine mit Anführungsstrichen. Constant hat sie (mit Erlaubnis der in solchen Dingen als notorisch schwierig berühmten Debussy-Erben) aus den Zwischenspielen der Oper montiert: eine zwanzigminütige, erstaunlicherweise sanft wagnerianernde Huldigung an „Claude de France".

Constants Violinkonzert spricht eine eigenwilligere Sprache. Es folgt philosophischen Gedankengängen über die Wasserbeschau, wird aber durchaus nicht wässerig darüber. Es mündet am Schluß seiner 4. Abtei*lung gewissermaßen im Quell*, aus dem es entsprang, und wird im Verlauf seines glitzernden Dahinströmens immer tiefer. Es gewinnt an kompositorischer Dichte, ohne darüber an Eleganz einzubüßen. Constant wirft offenbar seine 103 Blicke ins Wasser von Bord einer kompositorischen Luxusyacht.

KLAUS GEITEL



Lieferte Peter Brooks die „Carmen"-Musik zu: M. Constant
FOTO: SCHÜTZE

JOURNAL

Moskau erhält sieben selbstverwaltete Theater

AFP, Moskau

Eine neue Ära beginnt im Januar im Moskauer Theaterleben mit der Eröffnung von sieben neuen, selbstverwalteten Häusern, die zu den rund 30 bereits bestehenden Bühnen hinzukommen. Die neuen Theater sollen unabhängig über ihr Budget verfügen können – *Ausdruck einer Politik mit dem Ziel*, die kulturellen Einrichtungen von administrativer Vormundschaft zu befreien, wie der Dramatiker Michail Schatrow erklärte. Außerdem sollen die dem Kulturministerium unterstellten Prüfungsausschüsse, *von deren Genehmigung die Auf*führung eines Stücks bisher abhing, abgeschafft werden.

Vladimir Horowitz im Concertgebouw

Bth. Amsterdam

Mit einem umjubelten Auftritt im ehrwürdigen Amsterdamer Concertgebouw verabschiedete sich Vladimir Horowitz – zumindest für dieses Jahr – am Sonntagnachmittag von seinen europäischen Verehrern, darunter Königin Beatrix und Prinz Claus. Es war Horowitz' erstes Auftreten in den Niederlanden seit genau 50 Jahren und sein zehntes in Europa seit der Wiederaufnahme seiner Konzertreisen. Er spielte dasselbe Programm wie eine Woche zuvor in der Frankfurter Alten Oper (vgl. WELT v. 18. 11.), wenn auch dank der äußersten Konzentration und Ruhe im Saal noch eine Spur *nachdenklicher und empfindsamer.* Der höchste Kartenpreis lag in Amsterdam bei lediglich 200 Gulden.

Van Goghs Skizzenbücher erstmals veröffentlicht

dpa, Amsterdam

Sieben Skizzenbücher mit 150 Zeichnungen des Malers Vincent van Gogh (1853–1890) sind in Amsterdam als Sammelband erschienen und damit zum ersten Mal der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Johannes van der Wolk, der frühere Leiter des „Rijksmuseum Vincent van Gogh" in Amsterdam und heutige Kurator des Kröller-Muller-Museums in Otterlo, hat die Skizzen, die zum Teil aus losen Blättern bestanden und teilweise in stark beschädigten Blöcken enthalten waren, in minutiöser Kleinarbeit geordnet und kommentiert.

Literaturpreise Femina und Medicis vergeben

AFP, Paris

In der zweiten Runde der französischen Literaturpreise sind nach Goncourt und Renaudot die Preise Femina und Medicis in Paris vergeben worden. Der Preis Femina ging an René Belletto für „L'enfer" (Die Hölle). Der Hauptpreis beim Medicis erhielt Pierre Combescot für „Les funerailles de la sardine" (Die Bestattung der Sardine).

William Turner erhält eine eigene Galerie

DW, London

Eine speziell angefertigte Galerie für die nationale Turner-Sammlung wird im Frühjahr 1987 in London eröffnet. Sie befindet sich neben der Tate Gallery. Erstmalig wird der riesige Nachlaß von Britanniens größtem Maler, J. M. W. Turner (1775–1851) unter einem Dach ausgestellt. Fast alle seine 300 Ölbilder und eine stets wechselnde Auswahl seiner 19 000 Aquarelle sind hier vertreten.

Hans J. Fröhlich †

Daß er über reiche Phantasie verfügte und mit der Sprache umzugehen verstand, hatte er gleich mit seinen zwei ersten Veröffentlichungen bewiesen: „Aber egal! Abenteuer und Meinungen des Ephraim Lechberger aus Wilna" (1963) und „Tandelkeller" (1967) – eine moderne Schelmengeschichte die eine, ein sprachexperimenteller Roman vor dem Hintergrund des Bombenkriegs der andere. Es folgten die Romane „Engels Kopf", „Anhand meines Bruders", „Im Garten der Gefühle" und als letzter, 1982, „Mit Feuer und Flamme". Außerdem legte der studierte Musikwissenschaftler und Komponist eine vielgepriesene Schubert-Biographie vor. Der 1932 in Hannover geborene Schriftsteller, der sich auch als Hörspielautor einen Namen gemacht hat, lebte seit mehreren Jahren in München. Jetzt ist er an den Folgen eines Herzinfarkts gestorben.

sta.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Jack London braucht man nicht vorzustellen. Man hat ihn gelesen *und kann ihn doch immer wieder* lesen. In dem Buch „Der Wolf von Wall Street" geht es um die abenteuerliche Suche nach einem Schatz, den einst der Pirat Sir Henry Morgan zu Wasser ließ. Es ist eine pralle Geschichte, voll Exotik und Geruch des Meeres, leider wegen der kleinen Schrift kaum lesbar.

Ho

Jack London: „Der Wolf von Wall Street". Ullstein, 194 S., 6,30 Mark.

Gelungene Flucht nach französischem Vorbild

Mit Hubschrauber aus römischem Gefängnis entkommen

FRIEDRICH MEICHSNER, **Rom**

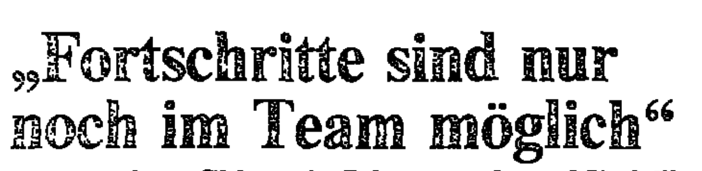
Für Italien war es der „Ausbruch des Jahrhunderts", ein Coup, wie ihn das Land bisher noch nie erlebt hat: Aus dem römischen Gefängnis Rebbibia, das als eine der sichersten Haftanstalten gilt, wurden in einem Rot-Kreuz-Hubschrauber zwei Gangster befreit. Das Kommando-Unternehmen, das an die „Hubschrauber"-Flucht des Franzosen Michel Vaujour Ende Mai dieses Jahres aus dem Pariser „Sante"-Gefängnis erinnert, war offensichtlich aufs beste vorbereitet, möglicherweise von Gangstern aus der Pariser Unterwelt.

Die Aktion begann um 10.30 Uhr, als zwei Männer das Tor des Krankenhauses San Camillo im Stadtteil Trastevere passierten. Die beiden gingen zielstrebig zur Notaufnahme-Station, vor der auf einem freien Platz ein startbereiter Rot-Kreuz-Hubschrauber bereitstand. Am Rande des Platzes spielte der Sohn des Piloten. Die zwei Männer, die ihn offensichtlich kannten, fragten ihn: „Wo ist dein Papa?" Der Junge führte sie in eine Baracke, wo der Vater Zeitung las. Dort zogen die Gangster ihre Pistolen und sagten in Italienisch mit französischem Akzent: „Wir brauchen deinen Hubschrauber. Komm mit!" Als sich der Pilot zunächst weigerte, wiesen die beiden auf seinen Sohn, den sie inzwischen an die Heizung gefesselt hatten. „Denk an ihn", drohten sie.

So setzte sich der Pilot mit den beiden in den Hubschrauber und startete. Um 10.38 Uhr befand sich der Helikopter bereits über dem am entgegengesetzten Stadtrand gelegenen Gefängnis, wo die Gefangenen gerade ihre Freistunde hatten. Dort ging der Hubschrauber nieder, ohne daß die Wachen zunächst Verdacht schöpften. Als er unmittelbar über dem Boden war, rannten drei Häftlinge auf ihn zu. Zwei schwangen sich an Bord, der dritte stolperte und blieb liegen. Der Hubschrauber stieg sofort wieder auf. Erst jetzt eröffneten die Wachen das Feuer, das aus dem Flugzeug erwidert wurde.

Fünf Minuten später landete der Helikopter auf einem anderen Sportplatz zwischen Rom und den Albaner Bergen, wo gerade ein Fußballspiel ausgetragen wurde. Die Gangster besorgten sich unter Waffendrohung von einem der Zuschauer ein Auto, von dem aus sie nach einigen Kilometern in ein anderes, ebenfalls gestohlenes umstiegen. Den Piloten ließen sie erst frei, als sie aus dem zweiten Auto spurlos verschwanden.

Der eine der befreiten Häftlinge ist der 36jährige Tunesier Bellaiche, ein zur Pariser Unterwelt gehörender Gangster, der im römischen Gefängnis auf seine Auslieferung an Frankreich wartete. Der andere ist der 30jährige Italiener Esposito, der wegen Beteiligung an einem Menschenraub im Gefängnis saß und der rechten Terrorszene zugerechnet wird.



„Fortschritte sind nur noch im Team möglich"

Amputations-Chirurgie Schwerpunkt auf Unfallkongreß

HELMUT SCHMIDT, **Berlin**

Auf der 50. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Unfallheilkunde tauschten in Berlin 2300 Ärzte, Juristen und leitende Beamte der gesetzlichen Unfallversicherung ihre Erfahrungen aus. Die Themenpalette auf diesem traditionsreichen Kongreß reichte vom Unfallrettungswesen über Amputationen bis zur Sportmedizin. Am Rande des Kongresses sprach die WELT mit Professor Ernst Marquardt (62), Heidelberg.

Der Fachmann auf den Gebieten der Gliedmaßenfehlbildungen, Amputationen und technischen Orthopädie setzte sich mit Nachdruck für die Teamarbeit ein: „Im technischen Bereich hat sich mit Hilfe der Ingenieurwissenschaften, einer fortschrittlichen orthopädischen Industrie und eines auf ständige Fortbildung ausgerichteten orthopädietechnischen Handwerks viel getan", sagte er. „Fortschritte im Bereich der Amputationschirurgie sind jedoch nur noch durch enge partnerschaftliche Zusammenarbeit aller am und für den Amputierten arbeitenden Berufe im Team möglich", betonte der Wissenschaftler.

Die in den berufsgenossenschaftlichen Krankenhäusern und einigen orthopädischen- und Unfallkliniken etablierten Teams aus Arzt, Orthopädietechniker, Krankengymnast, Beschäftigungstherapeut, Pflegedienst, Sozialarbeiter und Psychologen sollten die Regel sein. „Vorbildlich sind auf diesem Gebiet die USA, Kanada, Großbritannien, Australien und die skandinavischen Länder."

Amputation bedeute nicht einfach „Abschneiden", sondern unter Ausnutzung der Kenntnisse der plastischen und Wiederherstellungschirurgie die Bildung eines „gesunden, möglichst schmerzfreien Stumpfes, der den betroffenen Prothesenträger in optimaler Weise ein normales Leben ermöglicht".

Um dieses Ziel zu erreichen, sei eine Absetzung im Gelenkbereich zu bevorzugen. Dies gelte insbesondere für Kinder, um deren Wachstumsfugen möglichst zu erhalten. „So wichtig wie Höhe und Art der notwendigen Amputation sind die postoperative Behandlung, die frühestmögliche prothetische Versorgung sowie die krankengymnastische Behandlung mit Gehschulung." An den oberen Gliedmaßen werde die Prothesenschulung von Beschäftigungstherapeuten vorgenommen.

In der Bundesrepublik würden jährlich etwas 12 000 bis 14 000 Amputationen durchgeführt, wobei 90 Prozent auf die unteren Gliedmaßen entfielen. Davon seien wiederum 80 bis 90 Prozent auf Gefäßerkrankungen (zum Beispiel Raucherbein) zurückzuführen. Nur zehn Prozent der Amputationen beträfen die oberen Gliedmaße.

Die verbleibenden zehn bis 15 Prozent der Amputationen der unteren Extremitäten sind zum größten Teil unfallbedingt. Dabei hätten Mehrfachverletzungen beispielsweise durch Unfälle mit schweren Motorrädern während der letzten Jahre deutlich zugenommen.

Marquardt schilderte einen Fall eines Unfallopfers, dem nicht nur ein ganzes Bein einschließlich Beckenhälfte herausgerissen wurde; es kam auch zum Zerreißen des Enddarms und schwersten Verletzungen im Urogenitalbereich. „Die Fortschritte der Chirurgie und der Intensivmedizin ermöglichen das Überleben dieser schwerstverletzten Personen. Die moderne Orthopädietechnik macht die Verletzungsfolgen in der Öffentlichkeit fast unsichtbar", sagte der Heidelberger Wissenschaftler.



FOTO: HANS JÜRGEN FRATZER/AP

Mit dem TOPAS in die richtige Richtung

HEINZ HORRMANN, **Bonn**

Jahrzehntelang wiederholte sich der Ablauf nach schweren Unfällen, an denen Öltankwagen und Transporter mit gefährlichen Gütern beteiligt waren. Die Öffentlichkeit wurde aufgeschreckt, reagierte erst bestürzt, dann empört und forderte bessere Laster, eine Verschärfung der Sicherheitsvorschriften und sorfältigere Schulung für die Fahrer. Dabei blieb es. Tatsächlich passiert ist herzlich wenig. Die Mängel an Schwertransportern nahmen sogar zu. Bei Kontrollen wurden an jedem zweiten Fahrzeug Schäden festgestellt, die die Verkehrssicherheit erheblich beeinträchtigen. Gefahrenquellen, die erstmal behoben werden mußten, von technischen Verbesserungen im Bereich des Fahrwerks und damit der Straßenlage ganz zu schweigen.

Jetzt wurde erstmals ein Schritt in die richtige Richtung getan. Der Anstoß war eine Untersuchung, die der TÜV-Rheinland im Auftrag des Bundesforschungsministers durchführte. Darauf fußte die Arbeit der Unternehmen. Unter dem Namen TOPAS stellten die Firmen Daimler-Benz und Fahrzeugbau Haller ihren Prototyp auf einer Teststrecke vor: ein Tankfahrzeug mit optimierten, passiven und aktiven Sicherheitseinrichtungen (die Anfangsbuchstaben ergeben den Projektnamen).

Die Zuschauer konnten sich davon überzeugen: Schon bei 40 km/h auf einem Kreisbahnkurs drohte der herkömmliche Schwertransporter umzukippen, doch der TOPAS lief nie Gefahr, aus der Bahn zu geraten. Erreicht wurde das durch besondere konstruktive Merkmale und Einrichtungen. Daimler-Benz-Entwicklungschef, Rudolf Hörnig, erläutert: „Von außerordentlicher Bedeutung ist die tiefe Schwerpunktlage und damit die Kippsicherheit des Tankzuges auch bei kritischen Fahrsituationen. Die Vollverkleidung seitlich und am Heck dienen als Unterfahrschutz, der Luftdruck aller Reifen wird ständig elektronisch überwacht, Fehler gemeldet".

Die zweiachsige Sattelzugmaschinen mit dem Nummernnamen 1935 LS bekamen eine luftgefederte Hinterachse und wichtige Elemente der aktiven Fahrsicherheit: ABS, Antriebs-Schlupf-Regelung, Differentialsperre, eine den Fahrer entlastende elektro-pneumatische Schaltung und Sichthilfe durch eine Fernsehkamera am Heck. Kleinere Detailarbeiten wie elektrische bewegliche Außenspiegel am Hänger runden das wertvolle Paket ab. Der Preis soll bei 480 000 Mark liegen.

Auch an die Sicherung des gefährlichen Transportgutes wurde gedacht. Der aus Leichtmetall hergestellte Ausleger mit 39 000 Liter Tankinhalt bekam einen zusätzlichen Prallschutz, der mögliche Beschädigungen bei einem Auffahrunfall verhindert. Hinzu kommt ein neu entwickelter Brand- und Explosionsschutz durch eine automatische arbeitende Warn- und Löschanlage.

Zugmaschine und Hänger haben eine auffällige Sicherheitslackierung, weiß mit roten Farbbändern. Zur weiteren Verbesserung der Erkennung bei Nacht und schlechter Sicht wurden stark reflektierende Zusatzelemente an den Seiten und am Heck angebracht. Ein solches Projekt läßt sich nicht von heute auf morgen verwirklichen, sondern ist das Ergebnis einer mehrjährigen intensiven Studie. Der nächste Schritt ist das „denkende Fahrzeug", wie es Volkswagen-Entwicklunschef Professor Ernst Fiala umrissen hat. Bei einem Fahrfehler oder zu hohem Tempo in der Kurve soll ein solches Gefährt elektronisch gesteuert gegenlenken und durch „eigene technische Vernunft" treu und brav in der Spur bleiben.

LEUTE HEUTE

Preis für Prinzipalin

Bisher widerstanden sie allen staatlichen Ehrungsversuchen, selbst das Bundesverdienstkreuz lehnten **Kay** und **Lore Lorentz** in den siebziger Jahren „nach kurzem Nachdenken



mit freundlich-dankbarer Entschiedenheit" ab. Jetzt sollen die beiden Begründer des Düsseldorfer Kabaretts „Kom(m)ödchen" den von der Landesregierung Rau gestifteten Staatspreis Nordrhein-Westfalens bekommen. Ebenfalls über die mit *50 000 Mark* dotierte Auszeichnung darf sich der Publizist **Walter Dirks** freuen. breu.

Mord oder „Selbstmord"?

Frankreich: Prozeß um Verbrechen unter Zwillingsbrüdern

JOCHEN LEIBEL, **Paris**

Ein Mord unter Zwillingsbrüdern bringt seit gestern ein französisches Schwurgericht in Verlegenheit. Richter und Geschworene müssen darüber entscheiden, ob es sich tatsächlich um „Mord" handelt oder ob nicht eventuell ein „indirekter Selbstmord" vorliegt.

Für die Polizei ist die Sachlage klar: Der heute 25 Jahre alte Bruno Jolif hat vor zwei Jahren seinen Zwillingsbruder Guy erdrosselt und die Leiche dann verbrannt. Das war Mord. Für die psychiatrischen Experten dagegen handelt es sich um einen hochkomplizierten Fall. Der bekannte französische Zwillingsforscher Professor Gedda: „Bruno Jolif hat nicht einen fremden Menschen getötet, sondern einen Teil von sich selbst. Es handelt sich um eine Art Selbstmord."

Die Zwillingsbrüder Bruno und Guy Jolif lebten gemeinsam in einem Haus im Pariser Vorort Enghien-les-Bains. Guy war seit der Geburt der Stärkere und zwang seinem Bruder Bruno stets seinen Willen auf. Guy schlug auch sehr häufig seine Lebensgefährtin, die 26 Jahre alte Algerierin Rachida Stephan, die sich bei Bruno über die Brutalität beklagte.

Eines Tages überredete Bruno zwei Freunde, ihm beim Mord an Guy zu helfen. Das Trio lockte den Ahnungslosen in den Keller des Hauses. Dort warf ihm Bruno von hinten eine Schlinge um den Hals und erwürgte ihn. Das Mörder-Trio steckte die Leiche in einen Jute-Sack und zündete ihn an. Polizei-Experten gelang es nicht, die Leichenreste zu identifizieren. Bruno Jolif hatte ein fast perfektes Verbrechen begangen.

Ein Jahr später wurde ihm ein Rauschgift-Vergehen zum Verhängnis. Die Beamten fanden bei ihm ein Foto seines Zwillingsbruders und fragten nach dessen Verbleib. Schließlich berichtete die Lebensgefährtin des Ermordeten von dem Verbrechen. Bruno Jolif und seine beiden Mord-Komplizen wurden verhaftet. (SAD)

Weniger Menschen sterben an Drogen

AP, **Bonn**

In der Bundesrepublik gibt es insgesamt keine Zunahme des Suchtmittelmißbrauchs. Nach dem „Suchtbericht" der Bundesregierung vom Juli dieses Jahres bestätigt dies auch eine Antwort von Bundesgesundheitsministerin Rita Süssmuth (CDU) auf eine SPD-Anfrage zur Suchtkrankenhilfe, die am Montag in Bonn vom Bundeskabinett verabschiedet wurde. Danach gehen der Konsum der „Leitdroge" Heroin und der Alkoholmißbrauch bei Jugendlichen sogar zurück.

Seit 1983 ist die Zahl der Rauschgift-Toten zurückgegangen. Damals wurden noch 472 gezählt, in diesem Jahr bis zum 31. Oktober 236. Im selben Zeitraum 1985 waren es noch 261 Drogen-Tote. Ministerin Süssmuth betonte jedoch, die Probleme seien „trotz gewisser Entlastungssymptome" in allen angesprochenen Bereichen von einer Größenordnung, die weitere verstärkte Anstrengungen zur Bekämpfung des Mißbrauchsverhaltens notwendig machen.

Warum sind manche Leute nur so langweilig?

SAD, **New York**

Eine Gruppe von Psychologen an der Universität Salem (North Carolina) hat sich mit der Frage beschäftigt, warum manche Leute als ständige Langweiler gelten und andere nie in diesen Ruf kommen. 210 Studenten wurden befragt, was sie bei anderen Menschen langweile. An der Spitze lagen der Austausch von Banalitäten und ein Gesprächspartner, der sich nur für ein einziges Thema interessiert. Ebenfalls negativ bewertet wurden Gesprächspartner, die nur über sich selbst reden. Am wenigsten Einwände hatten die Studenten gegen Menschen, die versuchen, sich durch Scherze oder Schmeicheleien beliebt zu machen. Diejenigen, die viel sprachen, wurden kaum zu den Langweilern gezählt; Gesprächspartner, die kaum redeten und dann meist mit belanglosen Kommentaren wie „aha" reagierten, bekamen dagegen sehr schlechte Bewertungen.

Tiefkühlkost beanstandet

dpa, **Stuttgart**

Die Stuttgarter Polizei hat bei Kontrollen in 89 Tiefkühlhäusern rund 40 Prozent der untersuchten Ware beanstandet. 24 Tonnen Tiefkühlkost wurden aus dem Verkehr gezogen. Die Polizei bemängelte vor allem untragbare hygienische Zustände und unsachgemäße Lagerung. Auch sei aufgetautes Fleisch als Frischware deklariert worden. Bei Wild sei das abgelaufene Mindesthaltbarkeitsdatum durch neue Etiketten ersetzt worden.

Eurosuper in der „DDR"

dpa, **München**

„DDR"-Tankstellen mit bleifreiem Normalbenzin bieten jetzt neben bleifreiem Normalbenzin auch Superbenzin mit 95 Oktan an. Acht der zehn Stationen an den Transitautobahnen zwischen Berlin und dem Bundesgebiet wurden schon auf beide Bleifreisorten umgerüstet. Als neunte Station geht am 26. November auf der Strecke Leipzig–Berlin die Tankstelle Köckern in Betrieb.

Von der Klippe gerissen

dpa, **London**

Ein Studentenpaar ist am Wochenende an der Südwestküste Englands durch eine Riesenwelle von Felsklippen ins Meer gerissen worden und ertrunken. Dustan Brian Ashby (21) und seine Kommilitonin Dawn McCarron (20) waren bei einer Kletterpartie in den 30 Meter hohen Klippen von South Pembrokeshire von der Welle überrascht worden.

Reifen richtig lagern

dpa, **Köln**

Autofahrer sollten beim Reifenwechsel zu Beginn der Wintersaison auf die richtige Lagerung der Sommerreifen achten. Die Reifen müssen flach aufeinandergestapelt oder aufgehängt werden, riet der TÜV Rheinland. Reifen ohne Felge sollten allerdings aufgestellt werden, weil sie sich sonst eiförmig verziehen oder plattgedrückt werden.

Tot nach Gefängnis-Brand

rtr, **Braunschweig**

Nach einem Feuer, das drei jugendliche Untersuchungsgefangene in der Justizvollzugsanstalt Braunschweig gelegt hatten, sind zwei der Brandstifter gestorben. Der dritte schwebt in Lebensgefahr. Die Gefangenen im Alter von 15, 16 und 17 Jahren hatten sich in einer Zelle zusammenschließen lassen. Gegen die drei wurde wegen Verdachts auf Einbruch und Raub in mehreren Fällen ermittelt.

Soll im Laufschritt erfüllt

AFP, **Moskau**

Ein sowjetisches Ehepaar läuft die 31 000 Kilometer lange Grenze der UdSSR ab. Als Anlaß nennen Rosalia und Pavel Bassow den 69. Jahrestag der Oktoberrevolution. Begonnen haben der 58jährige ehemalige Offizier und seine Frau im Mai in Leningrad, sie liefen dann weiter bis Murmansk im Norden und über Tallinn, Brest und Odessa nach Tiflis in Georgien. Ihr Tagessoll liegt bei 35 Kilometern.

Mit Stromkabel erdrosselt

dpa, **Limburg**

Wegen Mordverdachts hat die Limburger Polizei zwei 23jährige Frauen festgenommen. Sie sollen einen 50 Jahre alten Mann am Sonntagabend in dessen Wohnung mit einem Stromkabel erdrosselt haben. Der Mann hatte die Frauen ihren Angaben zufolge mit nach Hause genommen. Als sie seine sexuellen Forderungen ablehnten, kam es zum Streit.

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt der VOBIS Versandzentrale, Aachen, bei.

ZU GUTER LETZT

Billiges Parfum ist in der Sowjetunion Mangelware, seit Alkoholiker ihre Sucht wegen der hohen Preise für Spirituosen mit Kosmetika stillen. Getrunken wird alles vom Anti-Schuppen-Mittel bis zur Karies-Tinktur. Ein Facharzt für Suchtkrankheiten aus Charkow, Dr. Gurewitsch, hat jetzt ein probates Mittel gegen diese Unsitte gefunden: Parfumartikel sollen so teuer wie Alkohol verkauft werden.

WETTER: Herbstlich, aber mild

Lage: Ausläufer eines atlantischen Sturmtiefs führen wolkenreiche und milde Meeresluft in den Norden Deutschlands, während der Süden unter Hochdruckeinfluß liegt.

Vorhersage für Dienstag: Im Norden stark bewölkt und zeitweise etwas Regen. Im Süden teils neblig, teils heiter. Temperaturen 10 bis 15 Grad, bei länger andauerndem Nebel um 6 Grad. Nachts im Süden um Null, im Norden kaum unter 8 Grad. Schwacher bis mäßiger, im Norden frischer bis starker und böiger Wind aus Süd bis Südwest.

Weitere Aussichten: Im Norden nach Durchzug eines Regengebietes wechselnd bewölkt mit Schauern und etwas kühler. Im Süden wenig Änderung.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 7.56 Uhr*, Untergang: 16.22 Uhr; **Mondaufgang:** 0.51 Uhr, Untergang: 14.07 Uhr (* MEZ: zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 25. Nov., 8 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren

Reykjavik, Haparanda, Stockholm, Hamburg, Berlin, London, Frankfurt, Paris, München, Dubrovnik, Nizza, Rom, Madrid, Lissabon, Malaga, Palma, Tunis

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 13 Uhr (MEZ):

Ort	°C	Wetter
Deutschland:		
Berlin	9	he
Bielefeld	7	bw
Braunlage	3	bw
Bremen	8	bw
Dortmund	8	bd
Dresden	7	he
Düsseldorf	9	bd
Erfurt	8	he
Essen	7	R
Feldberg/S.	-3	iW
Flensburg	8	bw
Frankfurt/M.	9	bd
Freiburg	9	bw
Garmisch	5	bw
Greifswald	7	he
Hamburg	8	bd
Hannover	9	bw
Kahler Asten	2	bw
Kassel	7	bw
Kempten	4	bw
Kiel	8	bw
Koblenz	9	bd
Köln-Bonn	8	bd
Konstanz	9	he
Leipzig	8	bw
List/Sylt	8	bw
Lübeck	8	bw
Mannheim	10	he
München	6	he
Münster	9	bd
Norderney	7	R
Nürnberg	8	bw
Oberstdorf	4	he
Passau	4	R
Saarbrücken	7	bw
Stuttgart	8	he
Trier	7	bd
Zugspitze	-13	he
Ausland:		
Algier	15	bw
Amsterdam	8	Sp
Athen	17	bw
Barcelona	15	he
Belgrad	12	bd
Bordeaux	13	bw
Bozen	13	wl
Brüssel	7	Sp
Budapest	6	R
Bukarest	11	bd
Casablanca	17	bw
Dublin	13	Sp
Dubrovnik	14	R
Edinburgh	11	bd
Faro	17	he
Florenz	13	he
Genf	9	he
Helsinki	3	R
Hongkong	25	he
Innsbruck	7	he
Istanbul	15	he
Kairo	22	bw
Klagenfurt	5	bd
Konstanza	10	bd
Kopenhagen	9	bd
Korfu	20	bw
Las Palmas	20	bw
Leningrad	2	bd
Lissabon	15	he
Locarno	13	wl
London	13	bd
Los Angeles	17	wl
Luxemburg	5	bd
Madrid	11	he
Mailand	15	wl
Malaga	19	wl
Mallorca	18	he
Moskau	-6	he
Neapel	14	bw
New York	6	bd
Nizza	17	wl
Oslo	5	R
Ostende	10	bd
Palermo	16	bw
Paris	8	bd
Peking	0	bw
Prag	6	bd
Rhodos	19	bw
Rom	12	bw
Salzburg	4	bd
Singapur	–	–
Split	15	bd
Stockholm	5	bd
Straßburg	10	bw
Tel Aviv	24	he
Tokio	21	bw
Tunis	17	Gw
Valencia	19	he
Varna	12	bw
Venedig	13	bw
Warschau	5	R
Wien	6	bd
Zürich	8	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; iW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Ausverkauf einer britischen Institution

WILTRUD LINGNAU, **London**

London – wer denkt da nicht an Buckingham Palace und Big Ben, an Bobbys, Doppeldeckerbusse und an die altmodischen roten Telefonzellen aus Gußeisen und Glas. Noch im Mai dieses Jahres prägten fast 8000 der alten „Red Boxes" das Londoner Straßenbild. Aber auf den vertrauten Anblick werden die Londoner und die Millionen Touristen bald verzichten müssen. Denn für die britische Telefongesellschaft Telecom ist die Abschaffung dieser alten „Telefonkunstwerke" beschlossene Sache. Nur 48 sollen als Erinnerung und als Touristenattraktion stehenbleiben.

Londoner Bürger zeigten wenig Verständnis für die Modernisierungspläne. Vergeblich forderte eine Bürgerinitiative, daß alle alten Telefonhäuschen unter Denkmalschutz gestellt werden. Darüber hinaus sollten auch Geländer, Bänke, Schilder und Straßenlampen erhalten bleiben.

1884 gab die britische Regierung ihre Einwilligung für die Aufstellung öffentlicher Fernsprecher. 40 Jahre später drang man dann auf einen Einheitsstil für die Zehntausende von Fernsprechhäuschen, die im Vereinigten Königreich in unendlicher Gestaltungsvielfalt installiert worden waren.

Bei einem Gestaltungswettbewerb im Jahre 1924 schlug Sir Giles Gilbert Scott mit seiner ins Auge stechenden roten Telefonzelle aus Gußeisen und Glas die Konkurrenz um Längen. Scott war ein künstlerisch veranlagter Architekt, dem London Sehenswürdigkeiten wie das unter Denkmalschutz stehende „Battersea"-Elektrizitätswerk verdankt.

Bis 1940 wurden 35 000 der roten Gußeisen-Häuschen im Inselreich aufgestellt, die damit zum dominierenden britischen Telefonzellen-Typ wurden. Im Jahre 1927 tauchten die ersten Betonhäuschen auf, 1930 experimentierte man mit der Einführung der kombinierten „Briefmarkenverkaufs-Postkasten-Telefonzelle".

Die Verbreitung eines neuen Scott-Designs bereitete aber im Jahre 1936 allen anderen Telefonzellen-Experimenten ein Ende. Die „Jubilee"-Telefonzelle war nur in Außenmaßen und in Ausstattungsdetails geringfügig anders als das beliebte Vorgängermodell. „Sie ist", so verkündet die Telefongesellschaft in einer fast 50 Jahre später veröffentlichten Jubiläumsbroschüre, „zu einer britischen Institution" geworden.

Dies hielt die rationalisierungssüchtigen Planer der Telefongesellschaft aber nicht von ihren Verschrottungsplänen ab. Nach dem Motto „Fortschritt fordert seinen Preis" setzt das vor zwei Jahren privatisierte Telecom-Unternehmen auf Funktionalität und nicht mehr auf antiquarische Schönheit. Das Gußeisen wird dem Kunststoff weichen müssen. Nur 48 der Scott-Telefonzellen der Jahrgänge 1924 und 1936 werden in der City Londons stehenbleiben.

Im Frühjahr dieses Jahres fand bereits eine Auktion statt, auf der viele der Red Boxes unter den Hammer kamen. Nostalgische Amerikaner und Engländer erwarben die gewichtigen Souvenirs zu Preisen von bis zu 1500 Mark. Eine britische Privatfirma, die London Telephone Box Company, hat den weiteren Verkauf übernommen. Heute sind die altmodischen Telefonhäuschen schon als Dusch- und Umkleidekabinen neben den Swimming-pools reicher Engländer oder als originelle Gartendekoration zu finden. (dpa)



Die Tage der weltbekannten „Red Boxes" sind gezählt
FOTO: DIRK REINARTZ/VISUM